

Abbruch, Aufbruch, Umbruch

Eine Wirtschaftsgeschichte des Landes Brandenburg, 1945 bis 1952

1. Einführung

In den Jahren zwischen 1945 und 1952 erlebte Brandenburg eine tiefgreifende und umfassende wirtschaftliche Transformation. Man kann sie mit den Schlagworten Abbruch, Aufbruch und Umbruch fassen: Durch Abbruch war die Zeit vom Ende des Krieges bis zur Einstellung der sowjetischen Reparationen gekennzeichnet,¹ und fast zeitgleich kam es zu einem Aufbruch – geprägt durch das Kriegsende, den damit verbundenen Wiederaufbau inklusive verstärkter Industrialisierung und die völlig veränderten politischen Verhältnisse in Deutschland. Der Umbruch war bestimmt durch die Einführung und Durchsetzung eines neuen Politik- und Wirtschaftssystems: der sozialistischen Planwirtschaft. Diese Darstellung konzentriert sich auf die wirtschaftlichen Auswirkungen der Transformationsschübe, die den strukturellen Wandel der Wirtschaft in Brandenburg herbeiführten. Im Zentrum stehen dabei die ersten beiden Phasen dieses Prozesses: der Zeitraum vom Kriegsende 1945 bis 1948 und die Jahre bis 1952.

Die Wirtschaftsstruktur Brandenburgs war hauptsächlich durch die Landwirtschaft bestimmt. Deshalb erfolgt zunächst – neben einer Erläuterung der Maßnahmen zum Wiederaufbau und zur Inangangsetzung der Industrie – eine Darstellung der Durchführung der Bodenreform. Ähnlich wie in Mecklenburg griff die Politik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) hierbei in Brandenburg besonders nachhaltig in die Struktur der Agrarwirtschaft und der ländlichen Gesellschaft ein. Das Kriegsende und der Neuanfang 1945 waren in Brandenburg ebenso wenig wie in der gesamten Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) oder auch in Westdeutschland eine ‚Stunde Null‘. Schon während des Krieges hatten in Brandenburg ein Umbruch in der Agrarwirtschaft und eine Dynamisierung der ländlichen Gesellschaft eingesetzt, wie auch eine Verlagerung wichtiger Industriestandorte, etwa aus dem Berliner Raum in die Lausitz. In den dörflichen Milieus wirkten nach Kriegsende, trotz der Bodenreform, Beharrungskräfte nach. Auch die Industriearbeiterschaft spiegelte mehr Kontinuität als Umbruch wider. Historisch langfristig ausgeprägte Verhaltensmuster der Arbeiterschaft finden sich sowohl vor als auch lange nach 1945. Peter Hübner merkt an, dass „das Verhalten der Arbeiterschaft unter den neuen und sich differenzierenden Bedingungen deutliche Konstanten auf[wies], und zwar im interzonalen Bereich ebenso wie im Vergleich zur NS-Zeit. In

1 Die sowjetischen Reparationen endeten erst 1953 in der SBZ/DDR, sie unterlagen aber gewissen ‚Schwankungen‘.

dieser Hinsicht zeigten sich im Lausitzer Braunkohlerevier bemerkenswerte Parallelen zum Ruhrbergbau.“²

Die zweite Phase ist gekennzeichnet durch den Beschluss der SED, die „Grundlagen zum Aufbau des Sozialismus“ zu legen, wozu auch die Auflösung des Landes Brandenburg im Frühsommer 1952 gehörte. Für diesen Zeitraum wird insbesondere zu zeigen sein, wie der Übergang zur zentralen Planwirtschaft erfolgte und der Föderalismus ausgehöhlt wurde. Nach marxistischer Überzeugung waren die Grundlagen der Volkswirtschaft Bedürfnisbefriedigung, Sicherheit und Krisenfreiheit, Egalität sowie Vollbeschäftigung. Der Markt wurde dabei als entbehrlich angesehen, denn die stete Bedürfnisbefriedigung sollte eine zwangsweise Steigerung der Produktion bewirken, da auch die Bedürfnisse mit der Zeit anwachsen würden. Die Wirtschaft wurde im Sozialismus als zentrales Instrument der Parteidiktatur gesehen. Der Jahresplan war der wichtigste Hebel der Wirtschaftslenkung, auch wenn mit der Zeit mittelfristige Pläne an Bedeutung gewannen. Das größte Gewicht hatte dabei der Produktionsplan, gefolgt vom für die Strukturentwicklung wichtigen Investitionsplan. Die Pläne entstanden in einem hoch zentralisierten, bürokratischen Prozess, in den die nachgeordneten Hierarchieebenen einbezogen wurden.³

2. Kriegsfolgen und wirtschaftliche Ausgangsbedingungen in Brandenburg, 1945–1948

2.1 Die Kriegsfolgen

Brandenburg hatte schwer unter den Folgen des Krieges zu leiden. Eine der letzten großen militärischen Operationen des Zweiten Weltkrieges in Europa, die Operation der Roten Armee zur Umfassung und Eroberung Berlins, betraf nahezu das gesamte Territorium der Provinz. Schon seit dem Spätherbst 1943 hatten zahlreiche Luftangriffe die Berliner und Brandenburger Industrie und Infrastruktur getroffen.⁴ Seit Anfang 1945 wurde die Bombardierung von Rüstungsbetrieben, besonders der Flugzeugwerke und der Treibstoffproduktion sowie der Verkehrsanlagen, forciert. Die Industriestandorte und Eisenbahnknotenpunkte Cottbus, Brandenburg an der Havel und Oranienburg wurden schwer getroffen. Zu den Hauptgebieten der militärischen Operationen der Roten Armee gehörte die Niederlausitz. Durch sie drangen die Angriffsverbände der 1. Ukrainischen Front zur südlichen Umfassung Berlins

2 Peter Hübner, „Durchhalten“ und „Durchkommen“. Niederlausitzer Industriearbeiter im Jahre 1945, in: Werner Stang (Hrsg.) unter Mitarbeit von Kurt Arlt, Brandenburg im Jahr 1945, Potsdam 1995, S. 136–166, hier S. 162.

3 Vgl. hierzu André Steiner, Zwischen Länderpartikularismus und Zentralismus. Zur Wirtschaftslenkung in der SBZ bis zur Bildung der Deutschen Wirtschaftskommission im Juni 1947, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 49–50/93, S. 32–39; ders., Die Deutsche Wirtschaftskommission – ein ordnungspolitisches Machtinstrument?, in: Dierk Hoffmann/Hermann Wentker (Hrsg.), Das letzte Jahr der SBZ. Politische Weichenstellungen und Kontinuitäten im Prozeß der Gründung der DDR, München 2000, S. 85–106; ders., Von Plan zu Plan. Eine Wirtschaftsgeschichte der DDR, München 2004, hier S. 12.

4 Siehe dazu auch den Beitrag von Matthias Helle in diesem Band. Vgl. auch Olaf Groehler, Der Luftkrieg gegen Brandenburg in den letzten Kriegsmonaten, in: Stang (Hrsg.), Brandenburg im Jahr 1945, S. 9–37.



Abb. 20: Das während der Kämpfe schwer zerstörte Dorf Kienitz im Oderbruch, 1946.

und an die Elbe vor. Besonders heftige Kämpfe entwickelten sich dabei im Raum zwischen den Flüssen Neiße und Spree, der etwa durch die Linie Muskau–Forst–Cottbus–Spremberg umrissen wurde und der, abgesehen vom Berliner Umland, als wichtigste brandenburgische Industriezone galt.⁵ Die Auswirkungen der Kämpfe waren verheerend für Brandenburg: Fruchtbare Ackerland war vermint, devastiert oder von Laufgräben durchzogen, Traktoren und andere Landmaschinen waren entweder beschädigt oder zerstört, das Vieh fortgetrieben oder verendet, die Ernte auf den Feldern vernichtet. Deiche waren bei den Kämpfen beschädigt worden, Schöpfwerke standen still, Gewässer füllten sich mit Trümmern, sodass ihre Qualität sank. Zahlreiche Gutsbesitzer und Bauern verließen ihre Wirtschaften. Überdies befanden sich viele Arbeitskräfte in Gefangenschaft oder waren gefallen. In den Städten an der Oder kam das wirtschaftliche Leben nahezu zum Stillstand. Durch Luft- und Bodenkrieg

⁵ Zur wirtschaftlichen Ausgangslage in Brandenburg 1945 vgl. Hübner, „Durchhalten“; Friederike Sattler, Wirtschaftsordnung im Übergang. Politik, Organisation und Funktion der KPD/SED im Land Brandenburg bei der Etablierung der Zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR 1945–52 (Diktatur und Widerstand, Bd. 5), Münster/Hamburg/London 2002, Teilbd. 1, S. 106–112. Für den Landkreis Zauch-Belzig vgl. Matthias Helle, Nachkriegsjahre in der Provinz. Der brandenburgische Landkreis Zauch-Belzig 1945–1952 (Studien zur brandenburgischen und vergleichenden Landesgeschichte, Bd. 4), Berlin 2008, bes. S. 23–50.

wurden von den 1939 vorhandenen 725 398 Wohnungen der Provinz etwa 190 000 beschädigt und mehr als 50 000 völlig zerstört.⁶

Als gravierendes Hindernis für den Wiederaufbau erwiesen sich besonders die Zerstörungen und Unterbrechungen im Transportsystem. Nicht nur die Verkehrsadern wie Straßen, Schienen, Wasserwege und Brücken, auch die Transportmittel waren in erheblichem Maße in Mitleidenschaft gezogen worden. Von den insgesamt 1 435 Kilometer langen Wasserstraßen zwischen Elbe und Oder waren im September 1945 etwa 978 Kilometer befahrbar. Gesperrt waren die für den Güter- und Warenverkehr wichtige Hohen-Nauener-Wasserstraße, der Teltow-Kanal, der Finowkanal, die Lychener Gewässer, der Landwehrkanal in Berlin und die Rüdersdorfer Gewässer. An Elbe und Oder mussten insgesamt 200 Kilometer Deich wieder instandgesetzt werden. Auf der Havel waren sieben Schleusen beschädigt, auf den übrigen märkischen Gewässern mussten acht und auf den Berliner Wasserstraßen vier wiederhergestellt werden. Auf den märkischen Wasserstraßen sowie an Elbe, Oder und Havel waren 31 und auf den Berliner Wasserstraßen 55 Brücken zerstört.⁷

Da es an einsatzfähigen Lastkähnen, Kraftfahrzeugen und Eisenbahnwaggons mangelte, stellten Pferdefuhrwerke und Fahrräder die einzigen Transportmittel dar. Genaue Zahlen für die Kriegszerstörungen liegen für Brandenburg nicht vor, aber Berechnungen und Extrapolationen kommen für die gesamte SBZ auf den Verlust von 20 Prozent der bis 1944 aufgebauten Industriekapazitäten, was rund acht Prozent des Bruttoanlagevermögens entsprach. Nach Friederike Sattler war nicht der zu geringe Umfang des Kapitalstocks in Industrie und Landwirtschaft das eigentliche Problem des Wiederaufbaus in Brandenburg, sondern „die bloße Ingangsetzung des Wirtschaftskreislaufs“.⁸ Im Juli 1945 hatten in der Provinz Brandenburg insgesamt erst 376 Betriebe mit 13 681 Beschäftigten die Arbeit wieder aufgenommen. Im November 1945 waren es schon 2 143 Betriebe mit 62 210 Beschäftigten.⁹ Reparationen und Demontagen durch die sowjetische Besatzungsmacht erschwerten die Wiederingangsetzung der Produktion.

Zu all den Schwierigkeiten kamen Witterungskatastrophen und Hochwasserschäden hinzu. Brandenburg hatte zu allen Zeiten einen hohen Anteil an naturgegebenen Notstands- und Kümmergebieten. Nach 1945 kamen die kriegsbedingten Notstandsgebiete hinzu. Zu den natürlichen Kümmergebieten und landwirtschaftlichen Missständen gehörten über 320 000 Hektar schlechter Ackerboden (Bodenklasse sieben und acht), der gesamte Spreewald, das Rhinluch, das Havelländische Luch sowie die Bergbauschadensgebiete. Als ‚Kriegsschadensgebiete‘ wurden von der Landesregierung offiziell das „östliche Grenzgebiet mit den Städten Frankfurt, Guben, Forst und das Oderbruch“ eingestuft. Sie beschäftigten die

6 Zahlen nach Groehler, *Luftkrieg*, S. 31 f.

7 Vgl. die Angaben über die erforderlichen Wiederherstellungsarbeiten an Kunstbauten in der Provinz Brandenburg vom 26. September 1945, in: Brandenburgisches Landeshauptarchiv [im Folgenden: BLHA], Rep. 330, Nr. 97, Bl. 11.

8 Sattler, *Wirtschaftsordnung*, Teilbd. 1, S. 110.

9 Vgl. den Bericht der Wirtschaftsabteilung der KPD-Bezirksleitung Potsdam vom 30. Dezember 1945, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 98, Bl. 34–40, hier Bl. 36.

Wirtschaftsplaner bis weit in die 1950er Jahre hinein. Als letzte Kategorie seien die ‚industriellen Notstandsgebiete‘ genannt. Dazu gehörte die gesamte Holz- und Glasindustrie, insbesondere das Dorf Zinna. Etwa 100 Gablonzer Familien aus Nordböhmen, die als Spezialisten für Glas-Bijouterie galten, siedelten sich 1945 im Dorf Zinna (Kreis Luckenwalde) an und bauten dort eine der Spezialglas-Industrien auf genossenschaftlicher Grundlage auf. Der genossenschaftliche Zusammenschluss wurde einerseits aus weltanschaulichen Gründen von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) besonders gefördert – daher auch die Einstufung als Notgebiet. Andererseits war er auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen: Glas-Bijouterie war stets von ausländischen Märkten und Export abhängig. Da der Handel jedoch weitgehend zum Erliegen gekommen war, sahen die Handwerker in der Gründung von Genossenschaften einen Ausweg. Allerdings trat auch über vier Jahre später noch keine Besserung der Lage in diesem Bereich ein. Stattdessen sollten die Glasspezialisten schließlich Möbelbeschläge aus farbigem Glas produzieren. Als auch dies keinen wirtschaftlichen Aufschwung brachte, schlug die Hauptabteilung (HA) Wirtschaftsplanung 1949 vor, dort feinmechanische und optische Werkstätten als Ausgleich anzusiedeln.¹⁰

Ein besonderes Problem stellten für Brandenburg die Ströme der befreiten ausländischen Kriegsgefangenen und Zwangsarbeiter sowie der deutschen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße dar. Brandenburg selbst verlor mit der Neumark nicht nur rund ein Drittel des eigenen Gebietes, sondern wurde nun für Hunderttausende zur neuen Heimat oder Durchgangsstation. Die mit der Unterbringung und Versorgung dieser Menschen verbundenen Lasten verteilten sich regional sehr unterschiedlich. Die meisten von ihnen wurden zunächst in eine landwirtschaftliche Tätigkeit vermittelt, was oftmals nicht ihrer beruflichen Qualifikation entsprach. Da auch die einheimische städtische Bevölkerung zum Schutz vor Bombenangriffen und zur Verbesserung der Ernährungssituation in das dörfliche Umland abgewandert war, fehlten für den industriellen Wiederaufbau in den Städten alsbald die erforderlichen Fach- und Arbeitskräfte.¹¹ Angesichts der Kriegsfolgen und der sich daraus ergebenden Schwierigkeiten war es für das Agrarland Brandenburg, das vor dem Krieg bis zu 90 Prozent seiner erzeugten Grundnahrungsmittel exportiert hatte, unmöglich, die Ernährung seiner wachsenden Zivilbevölkerung und der Besatzungstruppen allein sicherzustellen. Auf keinem Gebiet reichte im Sommer 1945 die Versorgung aus. Fehlender Wohnraum, mangelnde Hygiene und Unterernährung sorgten dafür, dass sich im Sommer 1945 Seuchen bei Mensch und Tier sowie Geschlechtskrankheiten ausbreiteten. Zudem hatte die neu eingesetzte Provinzialverwaltung zunächst keinerlei Überblick darüber, welche Viehbestände, Vorräte, Anbauflächen, arbeitsfähige Betriebe und ähnliches tatsächlich vorhanden waren.¹² Zunächst mussten alle Gemeinden und Kreise selbst versuchen, sich

10 HA Wirtschaftsplanung, Notstands- und Kümmergebiete im Land Brandenburg vom 8. Oktober 1949, in: Bundesarchiv [im Folgenden: BArch], DE1/5105, Bl. 1–7.

11 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 110–112; Wolfgang Ribbe, Das Land Brandenburg in der SBZ/DDR (1945 bis 1952), in: Ingo Materna/Wolfgang Ribbe (Hrsg.), Brandenburgische Geschichte, Berlin 1995, S. 677–726, hier S. 679.

12 Vgl. Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. Ernährung, Landwirtschaft und Forsten vom 17. Januar 1946: Bericht über die Versorgung mit Lebensmitteln und Industriewaren in der Zeit vom 1. Juli bis 31. De-

in der Notlage zurechtzufinden. Im Oktober 1945 begann die Ausgabe einheitlicher Lebensmittelkarten. Trotzdem blieben die damit erworbenen Anrechte oft unerfüllt oder mussten nachträglich zurückgesetzt werden. Erst im November 1945 konnte damit begonnen werden, die Bevölkerung mit Industriewaren zu versorgen, wie zum Beispiel mit Textilien und Seife.¹³ Schwarzhandel und Schiebergeschäfte blühten. Die Bodenreform sollte nicht nur Mittel zur ideologisch motivierten grundlegenden Umgestaltung der landwirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse in der SBZ sein, sondern auch zur Verbesserung der Versorgungslage beitragen.

2.2 Die Bodenreform

Die Bodenreform war eine der ersten Maßnahmen, mit der die sowjetische Besatzungsmacht und die deutschen Kommunisten in die ostdeutschen Eigentumsverhältnisse eingriffen.¹⁴ Vor allem im Nordosten Brandenburgs prägten bis 1945 Gutshöfe die Agrarstruktur und das ländliche Leben. Hier erfasste die Bodenreform 41 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche (LN), während sich dieser Anteil in der gesamten SBZ nur auf etwa 35 Prozent belief.¹⁵ Da die wirtschaftliche Rekonstruktion eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln voraussetzte, gewann die agrarische Produktion in der Nachkriegszeit eine Schlüsselstellung. Eigentlich stand das Chaos, das die nationalsozialistische Misswirtschaft und der Zweite Weltkrieg in der SBZ hinterlassen hatten, tiefgreifenden Eingriffen in die Agrarstruktur entgegen, denn umfassende betriebswirtschaftliche Umstellungen mussten zwangsläufig zu Produktionseinbußen führen und damit die Versorgung der Bevölkerung noch weiter gefährden.

Dennoch zeichnete sich die Durchsetzung der Bodenreform rasch nach Kriegsende ab. Bereits Anfang Juni 1945 drängte Josef Stalin die KPD-Politiker Walter Ulbricht, Gustav Sobotta und Anton Ackermann, die Aufteilung des Landes unverzüglich in Angriff zu nehmen.¹⁶

zember 1945, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 154, Bl. 5–7.

13 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 112.

14 Vgl. Steiner, Plan, S. 38.

15 Vgl. Arnd Bauerkämper, Agrargeschichte des Landes Brandenburg vor 1989. Gutachten für die Enquete-Kommission „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ des Landtages Brandenburg, Potsdam 2012, S. 9 f.

16 Vgl. ebd., S. 18 f. Vgl. hierzu weiterhin Rolf Badstübner, Die Bodenreform – nur ein ostdeutsches Projekt? in: Hans Modrow/Hans Watzek (Hrsg.), Junkerland in Bauernhand. Die deutsche Bodenreform und ihre Folgen, Berlin 2005, S. 82–88; Arnd Bauerkämper, Das Neubauernbauprogramm im Land Brandenburg. Voraussetzungen, Entwicklung und Auswirkungen 1947–1952, in: Jahrbuch für brandenburgische Landesgeschichte 45 (1994), S. 182–202; ders., Der verlorene Antifaschismus. Die Enteignung der Gutsbesitzer und der Umgang mit dem 20. Juli 1944 bei der Bodenreform in der SBZ, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft [im Folgenden: ZfG] 42 (1994), S. 623–634; ders. (Hrsg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone (Historische Mitteilungen, Beiheft 20), Stuttgart 1996; ders., Strukturumbruch ohne Mentalitätenwechsel. Auswirkungen der Bodenreform auf die ländliche Gesellschaft in der Provinz Mark Brandenburg 1945–1949, in: ebd., S. 69–86; ders., Amerikanisierung und Sowjetisierung in der Landwirtschaft. Zum Einfluß der Hegemonialmacht auf die deutsche Agrarpolitik von 1945 bis zu den frühen sechziger Jahren, in: Konrad Jarausch/Hannes Siegrist (Hrsg.), Amerikanisierung und Sowjetisierung in Deutschland 1945–1970, Frankfurt/New York 1997, S. 195–215; ders., Aufwertung und Nivellierung. Landarbeiter und Agrarpolitik in der SBZ/DDR

Am 22. August 1945 erließ das Zentralkomitee (ZK) der KPD eine Direktive an die Bezirks- und Kreisleitungen der Partei. Nach dieser Weisung war der Boden der Kriegsverbrecher, Funktionäre der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und führenden Repräsentanten des ‚Dritten Reiches‘ sowie aller Gutsbesitzer mit mehr als 100 Hektar zu enteignen und in einen staatlichen Bodenfonds zu überführen. Auch das Inventar, die Gebäude und das Vieh sollten beschlagnahmt werden. Anschließend hatten Gemeindebodenkommissionen, denen Kreis-, Provinzial- beziehungsweise Landesbodenkommissionen als Kontrollorgane übergeordnet waren, das Land vorrangig Kleinbauern, Flüchtlingen und Landarbeitern zu übereignen. Aus der Bodenreform, die bis Ende Oktober 1945 abgeschlossen sein sollte, sollten Neubauernstellen mit maximal zehn Hektar hervorgehen. Die brandenburgische Provinzialverwaltung ordnete am 6. September 1945 an, alle Großgrundbesitzer mit mehr als 100 Hektar Boden, Kriegsverbrecher, Funktionäre der NSDAP und ihrer Organisationen sowie exponierte Repräsentanten des ‚Dritten Reiches‘ entschädigungslos zu enteignen. Da die KPD-Funktionäre sowie die sowjetischen Besatzungsoffiziere den Stellenwert der Bodenreform deutlich hervorheben wollten, wurde die Landübergabe in den Gemeinden als Feier inszeniert. Die Bodenreform in Brandenburg begann mit der Aufteilung des Gutes Rathenow (Kreis Ruppin) am 23. September 1945.¹⁷

Der Bodenfonds, der aus dem beschlagnahmten Land gebildet wurde, umfasste 35 Prozent der LN in der SBZ. In dem traditionell gutsherrschaftlich geprägten Land Mecklenburg-Vorpommern waren es sogar 54 Prozent, in der Provinz Mark Brandenburg 41 Prozent. In Brandenburg erhielten 26 607 landlose Bauern und Landarbeiter bis zum 1. Januar 1947 199 300 Hektar Bodenreformland. 182 746 Hektar wurden an 22 444 ‚Umsiedler‘ vergeben. Mit dem Begriff wurden in den ersten Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg in der SBZ/DDR die Flüchtlinge und Vertriebenen aus den deutschen Gebieten östlich von Oder und Neiße bezeichnet. Insgesamt stellten die ‚Umsiedler‘ 48,5 Prozent aller Landempfänger. Ihnen wiesen die Kommissionen 75,3 Prozent des verteilten Landes zu.¹⁸ Die Berliner Stadtgüter in Brandenburg wurden nicht in die Bodenreform einbezogen.

1945–1960, in: Peter Hübner/Klaus Tenfelde (Hrsg.), *Arbeiter in der SBZ – DDR*, Essen 1999, S. 245–268; ders., *Zwangsmodernisierung und Krisenzyklen. Die Bodenreform und Kollektivierung in Brandenburg 1945–1960/61*, in: *Geschichte und Gesellschaft* (1999), H. 4, S. 556–588; Sattler, *Wirtschaftsordnung*, Teilbd. 1, S. 139–239 und 423–463; Jens Schöne, *Frühling auf dem Lande? Die Kollektivierung der DDR-Landwirtschaft*, Berlin 2005, S. 57–64; Fritz Reinert, *Dokumente zur Demokratischen Bodenreform im Land Brandenburg*, ausgewählt und eingeleitet von Fritz Reinert, Potsdam 1966; ders., *Bodenreform 1945 in Brandenburg* (Dialog in der PDS, Landesverband Brandenburg, Heft 2), Potsdam 1995; Boris Spix, *Die Bodenreform in Brandenburg 1945–47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz* (Zeitgeschichte – Zeitverständnis, Bd. 2), Münster 1997; Helle, *Nachkriegsjahre*, S. 279–282; Klaus Schmidt, *Agrargeschichte des Landes Brandenburg bis 1989/90. Agrarstruktureller Wandel und Umgang mit Eigentum insbesondere im Prozess der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft in der DDR* (Gutachten für die Enquetekommission 5/1 „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“), Berlin 2012, S. 24–40.

17 Vgl. hierzu Bauerkämper, *Agrargeschichte*, S. 25 f.; Helle, *Nachkriegsjahre*, S. 226–236.

18 Zahlen nach Bauerkämper, *Agrargeschichte*, S. 27.

Die Bodenreform führte in der SBZ/DDR zu einem abrupten Wandel der Agrarstruktur. Mit der Zuteilung von enteignetem Boden an die Neubauern bildete sich insgesamt eine kleinbetriebliche Landwirtschaft heraus, die sich scharf von der bis 1945 in diesem Territorium vorherrschenden großbetrieblichen Agrarstruktur der Gutsherrschaft abhob. Dennoch führte die Bodenreform zu erhöhten Folgeinvestitionen, weil die Neubauern auch mit Vieh, Maschinen und Geräten, Saatgut sowie Gebäuden ausgestattet werden mussten. Trotz großer Anstrengungen konnte der Mangel an diesen unabdingbaren Betriebsmitteln nicht vollständig beseitigt werden. Daher mussten in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren viele ungefestigte Neubauernstellen wieder aufgegeben werden. „Damit hatte die Bodenreform in den ersten Nachkriegsjahren auf dem Land zwar die Not gelindert“, so Arnd Bauerkämper, sie war „aber nicht geeignet, die Agrarproduktion anzukurbeln und dadurch die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln nachhaltig zu verbessern. Vielmehr hatte die Zerschlagung der Gutsbetriebe besonders die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln behindert. Die Abwanderung vieler Neubauern von ihren unrentablen Stellen führte auf dem Lande schließlich eine Problemlage herbei, die den hochgesteckten Zielen der SED entgegenstand und damit auch den Herrschaftsanspruch der Monopolpartei in Frage stellte.“¹⁹

Im Zuge der Landaufteilungsaktion haben in Brandenburg bis Ende 1946 mehr als 117 000 Antragsberechtigte Landzuteilungen im Umfang von 457 732 Hektar erhalten. Güter und Domänen mit einer landwirtschaftlichen Nutzfläche im Umfang von 307 722 Hektar wurden in gesellschaftliches Eigentum (Volkseigentum) überführt und als Großbetriebe in der Betriebsform Volkseigener Güter (VEG) weiter bewirtschaftet. Die in den Bodenreformfonds übernommenen Nutztiere (33 639 Pferde, 159 063 Rinder, davon 64 657 Kühe, 167 089 Schweine, 32 087 Schafe, 56 573 Ziegen) erhielten Neubauern und Siedler als Erstausstattung mit den übergebenen Nutzflächen zugeteilt. Mithin gehörten in Brandenburg insgesamt 403 639 Bauern, Umsiedler, Arbeiter und sonstige Landaufnehmende und deren Angehörige zu den durch die Bodenreform Begünstigten. „49 051 Neubauern hatten begonnen, sich hier eine neue Existenz aufzubauen“, so der Agrarökonom Klaus Schmidt.²⁰

2.3 Entwicklung der Landwirtschaft bis 1948

Bei Kriegsende herrschte akuter Mangel an bestellbaren Äckern, nutzbaren Wirtschaftsgebäuden, an Vieh und an Saatgut. Auch die landwirtschaftlichen Geräte und Maschinen waren entweder zerstört oder verlorengegangen. Eventuell noch vorhandene Vorräte und Vorratslager waren schnell aufgebraucht. Ein geplantes zentrales Vorgehen zur Beseitigung der Schäden und zur Anbauplanung war zunächst nicht zu realisieren. Die Feldbestellungen erfolgten zumeist nach provisorischen Kreisplänen. Die direkte Umsetzung dieser Pläne vor Ort jedoch war von vielen Faktoren abhängig, wobei oft genug der Zufall seine Hand im Spiel hatte. Im Oktober 1945 begannen auf Veranlassung der Besatzungsmacht die Vorarbeiten für einen umfassenden Plan zur Entwicklung der brandenburgischen Landwirtschaft im Jahr 1946. Die sowjetische

19 Ebd., S. 33.

20 Schmidt, Agrargeschichte des Landes Brandenburg, S. 32 f.

Vorgabe an den Präsidenten der Provinzialverwaltung Carl Steinhoff besagte, dass die Produktion insgesamt gesteigert werden müsse, um erstens den Anteil der Landwirtschaft an den zu erbringenden Reparationen zu gewährleisten, zweitens den Bedarf der Besatzungsarmee zu befriedigen und drittens die Bedürfnisse der Bevölkerung auf mitteleuropäischem Normniveau zu halten.²¹ Mit ihrem ‚Wirtschaftsplan 1946: Land- und Forstwirtschaft‘ unterbreitete die Provinzialverwaltung der Sowjetischen Militäradministration Brandenburgs (SMAB) ein dezidiertes, langfristig angelegtes Konzept zur Intensivierung der Landwirtschaft. Im Mittelpunkt stand dabei der Vorschlag, die landesüblich verbesserte Dreifelderwirtschaft mit Hackfrucht, Sommerung und Winterung möglichst schnell durch eine Fruchtwechselwirtschaft mit Hack- und Halmfruchtanbau in nur zweijährigem Turnus zu ersetzen. Der Plan wurde im Februar 1946 offiziell bestätigt. Die Anbauflächen, die 1945 nur 573 350 Hektar betragen hatten, sollten auf 931 000 Hektar ausgedehnt und der Getreideanbau sollte von 431 500 Hektar auf 597 100 Hektar im Jahr 1946 gesteigert werden. Auch eine Steigerung des Kartoffelanbaus von 108 000 Hektar auf 232 000 Hektar war zunächst vorgesehen; angesichts fehlender Saatkartoffeln beschränkte man sich aber auf 207 000 Hektar.²² Damit stand vorerst nicht die Intensivierung, sondern die Rückgewinnung von Anbauflächen im Mittelpunkt. Weder einzelne Bauern noch die Ausschüsse der Bauernhilfe hatten darauf Einfluss nehmen können, nur die Landratsämter waren in die Vorbereitung involviert worden. Die Entwicklung der Gesamtackerfläche veranschaulicht folgende Tabelle:

Entwicklung der Gesamtackerfläche des Landes Brandenburg.²³

Wirtschaftsjahr	Gesamtackerfläche (in Hektar)
1938	1 063 000
1945/46	650 000
1946/47	996 898
1947/48	996 544
1948/49	1 008 900

Während der außerordentlich hohe Rückgang der Ackerfläche im Wirtschaftsjahr 1945/46 gegenüber dem Jahr 1938 den Kriegszerstörungen geschuldet war, gaben die Planer für den weiteren Rückgang im Jahr 1946/47 „Grenzveränderungen (an Polen), Landabgabe an andere Kreise oder durch Verluste an Ackerflächen an die SMA-Güterverwaltungen, die Besatzungstruppen, Industrieanlagen, Autobahnen, Bergbau, Aufforstung, Errichtung von Siedlerstellen im Zuge der Durchführung der Bodenreform und Umwandlung in andere Kulturen“ als Gründe an. Die SMA-Befehle Nr. 4 und Nr. 115 schrieben die Neugewinnung von

21 Vgl. SMAB, Generalmajor Scharow/Oberstleutnant Ponomartschuk, an die Provinzialverwaltung Mark Brandenburg [im Folgenden: PVMBR], Präsident Steinhoff vom 19. Oktober 1945 betr. Aufstellung eines Planes für die Landwirtschaft, in: BLHA, Rep. 208, Nr. 7, Bl. 10–12.

22 Zahlen aus Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 209.

23 Planung und Statistik, Die Entwicklung der Landwirtschaft im Land Brandenburg vom 31. März 1948 (gez. unleserlich), in: BLHA, Rep. 208, Nr. 110, Bl. 1–4, hier Bl. 1.

24 000 Hektar Ackerland im Wirtschaftsjahr 1947/48 und von 10 000 Hektar Ackerland im Wirtschaftsjahr 1948/49 vor.

Besonders katastrophal war der Einbruch nach 1945 bei den Tierbeständen, den die nachfolgende Tabelle verdeutlicht.

Die Entwicklung der Tierbestände in Brandenburg von 1938 bis 1947.²⁴

Tierbestand	03.12.38	01.08.45	01.01.46	03.12.46	03.12.47
Pferde	176 260	76 723	97 529	121 083	129 779
Rinder	668 755	260 499	272 012	364 354	456 072
Schweine	993 468	147 408	100 005	225 736	333 400
Schafe	227 451	42 692	32 017	48 959	62 915
Ziegen	96 845	54 844	53 061	121 989	176 786
Geflügel	4 376 711	909 656	726 751	2 041 667	2 832 870
Kaninchen	–	–	–	1 195 532	1 621 824

Eine der vordringlichen Aufgaben musste es für die Provinzialverwaltung beziehungsweise die Landesregierung sein, Maßnahmen einzuleiten, um den Viehbestand zu erhöhen. Neben der laufenden Vermehrung setzte man auf Vieheinfuhren aus den anderen Ländern und Provinzen sowie teils auch aus den westlichen Besatzungszonen. Allerdings bewegten sich die Zuwachsraten beim Viehbestand in einem moderaten Rahmen. Hierfür waren mehrere Gründe ausschlaggebend. „Als besonders nachteilig für diese Entwicklung“, so die Ansicht der Wirtschaftsplaner, „wirkt sich [...] die Verpflichtung zur Abgabe von Fleisch (Vieh) als Ausgleich für die Nichterfüllung des Ablieferungssolls aus.“²⁵ Überdies dezimierte die extreme Kälte des Winters 1946/47 die Tierbestände zusätzlich, weil oftmals Ställe fehlten oder noch nicht wiederhergestellt worden waren. Insbesondere die Schafbestände waren hiervon betroffen.

Die langsame, aber stetige Aufstockung der Tierbestände wirkte sich insgesamt günstig auf das Zugkräfteverhältnis in der Landwirtschaft aus. Die Zahl der Arbeitspferde konnte bis Ende 1947 auf 107 844 gesteigert werden und erreichte damit zwei Drittel des Vorkriegsstandes, die Zahl der Zugochsen und Zugtiere erreichte mit 14 861 ebenfalls etwa zwei Drittel des Standes von 1938. Der Fehlbestand an tierischer Zugkraft musste mit Zugkühen ausgefüllt werden (32 331 Stück). Dies war eine neue Methode, da vor dem Krieg von der Kuhanspannung in Brandenburg nur in ganz geringem Umfang Gebrauch gemacht wurde.

24 Zahlen aus ebd. und passim. Einen ausführlichen Bericht über die Entwicklung der Brandenburger Landwirtschaft, inkl. Gewinnung von Ackerland aus Brachflächen, Landmaschinen und Geräte, Haushaltsgeräten etc. bis 1947 gibt der Organisationsplan der Landesregierung Brandenburg [im Folgenden: LRBr], Minister für Wirtschaftsplanung an den Chef der Abt. Land- und Forstwirtschaft der SMAB, Herrn Oberstleutnant Trojanow, vom 30. September 1947, in: BLHA, Rep. 208, Nr. 9, Bl. 50–55.

25 LRBr, Min. f. Wirtschaftsplanung an den Chef der SMAB in Zivilangelegenheiten des Landes Brandenburg, z. Hd. Herrn Obltn. Wilitzchowsky, vom 15. Oktober 1947, in: ebd., Bl. 98.

Noch angespannter war die Lage bei den motorischen Zugkräften. Gegenüber 1944, als noch 7 340 Traktoren registriert waren, ging die Zahl 1945 auf 1 190 zurück. Trotz der Bemühungen, alte Wracks wieder in Gang zu setzen und Traktoren aus anderen Ländern beziehungsweise Provinzen zu kaufen, waren auch 1948 erst 2 959 Traktoren verfügbar, also etwa 40 Prozent des Standes von 1944. Um die Frühjahrsbestellung 1948 durchführen zu können, musste das Land Brandenburg 25 Traktoren aus Thüringen ausleihen.

Eine relativ deutliche Steigerung konnte bei der Versorgung mit Saatgut und Düngemitteln erreicht werden. Die allmähliche Hebung des Viehbestandes hatte einen erhöhten Anfall an Naturdünger zur Folge, der durch entsprechende Zugabe von Mineraldünger ergänzt wurde. Während bei der Bereitstellung von Kalidüngemittel die größten Schwierigkeiten auftraten, wurden bei der Produktion von Phosphor- und Stickstoffdüngemittel die Produktionsvorgaben in den Jahren zwischen 1946 und 1948 deutlich überschritten, sodass Ausfuhren in andere Länder möglich waren.

Um die Versorgung der Brandenburger Bevölkerung nach dem schweren Winter 1946/47 und die Herbstbestellung im Jahr 1947 zu garantieren, mussten Wintersaat und Weizen eingeführt werden. Mit Befehl Nr. 7310 verfügte die SMAB am 4. Oktober 1947, dass aus Sachsen-Anhalt 2 700 Tonnen und aus Thüringen 350 Tonnen Weizen einzuführen seien. Als Ersatz für ausgefallene Gerste musste Sachsen 35 Tonnen, Sachsen-Anhalt 116 Tonnen und Thüringen 277 Tonnen zusätzlich an Brandenburg abgeben.²⁶

Eine Schwierigkeit, mit der die Landwirtschaft in Brandenburg immer wieder konfrontiert war, bestand in der zunehmenden Belastung der Umwelt, insbesondere der Verunreinigung der Wasserläufe. Dies war nicht nur ein Problem in den südlich gelegenen Tagebauregionen, sondern auch in Ost- und Nordbrandenburg. Der Landrat des Kreises Osthavelland in Nau- en klagte über die „Verschmutzung der Wasserläufe, die auf die Einleitung ungereinigter und ungeklärter Abwässer aus den Unterkünften der Besatzungstruppen zurückzuführen sind.“ Mehrfach wandte er sich vergeblich an die sowjetische Kreiskommandantur. Das vom Landrat mit der Prüfung mehrerer Kläranlagen beauftragte Institut für Wasserhygiene in Berlin-Dahlem kam zu dem Ergebnis, dass deren „Zustand mit Rücksicht auf die Gesundheit der Bevölkerung eine Verbesserung unbedingt erfahren muss. Einzelne Teilgebiete des Kreises sind bereits als Seuchenherde zu bezeichnen.“²⁷ Die Lage wurde so kritisch, dass sich die Landesregierung direkt an die Leitung der SMAB wandte, ohne jedoch Antwort zu erhalten.

2.3.1 Ablieferungssoll und ‚freie Spitzen‘

In der SBZ/DDR war jeder Bauer verpflichtet, ein festgelegtes Soll an pflanzlichen und tierischen Erzeugnissen abzuliefern. Was anzubauen war, bestimmte der Anbauplan. Die über das Soll hinausgehende Produktion konnte der Bauer als sogenannte ‚freie Spitzen‘ auf dem

²⁶ Vgl. ebd.

²⁷ LRBr, Min. f. Wirtschaftsplanung an den Chef der SMAB, Herrn Kapitän Muchin, vom 12. Dezember 1947, betr. Verunreinigung der Wasserläufe, in: ebd., Bl. 510.

(noch) freien Markt verkaufen. Anbauplan und Ablieferungssoll wurden von den Besatzungsbehörden und den ostdeutschen Stellen vorgegeben. Dabei wurde weniger auf die tatsächlichen landwirtschaftlichen Produktionsmöglichkeiten geachtet als vielmehr auf den Bedarf der Besatzungsmacht und der städtischen Konsumenten. Bei der Festsetzung der Ablieferungsquoten wurde zwar die Größe der einzelnen Betriebe berücksichtigt, aber de facto weder die Wirtschaftskraft und die Ausstattung mit Betriebsmitteln, noch die Bodenqualität, die darüber entschied, ob das entsprechende Produkt überhaupt in der geplanten Quantität angebaut werden konnte. Oftmals wurden Quoten für mehrere Regionen festgesetzt, mit der Folge, dass eine Region mit weniger leistungsfähigen Kleinbauern ebenso viel abliefern musste wie eine Region mit größeren landwirtschaftlichen Betrieben.

In der Provinz Brandenburg lag das Soll beim Getreideanbau 1945 im Durchschnitt effektiv bei 7,2 Dezitonnen pro Hektar; 1946 wurde es bereits auf 9 Dezitonnen pro Hektar erhöht.²⁸ Dieses besonders hohe Ablieferungssoll war den Brandenburger Bauern auferlegt worden, um die Berliner Bevölkerung zu versorgen.²⁹ An dieser nicht zuletzt politisch motivierten Vorgabe konnten auch hohe Funktionäre wie Heinrich Rau nichts ändern.³⁰ 1947 wurde das Ablieferungssoll in Brandenburg hingegen deutlich auf 7 Dezitonnen pro Hektar herabgesetzt, wohl um den schlechten Ertragserwartungen nach einem harten Winter und zwei Jahren mangelhafter Bodenbearbeitung Rechnung zu tragen. Weil im Frühjahr 1947 das für die Feldbestellung erforderliche Saatgut in großen Mengen als ‚Leihgetreide‘ zur Verfügung gestellt werden musste, lag das effektive, also tatsächliche Ablieferungssoll des Jahres 1947 sogar noch um 1,8 Dezitonnen pro Hektar höher als im Vorjahr.

Die Unzulänglichkeiten des Ablieferungssystems stellten für die SED im Sommer 1947 ein immer größeres Problem dar. Der Partei war es nicht gelungen, den Auftakt der Bodenreform zu einem dauerhaften politischen Erfolg unter den Neubauern auszubauen und in der Bauernschaft insgesamt Fuß zu fassen. Durch ihr „beharrliches Festhalten am bündnispolitischen Konzept gegenüber den Bauern“ verlor sie Sattler zufolge gleichzeitig auch in ihren traditionellen Anhängerschichten an Zustimmung. Unter den Industriearbeitern griff eine Bauernfeindlichkeit um sich, die den proklamierten Zielen der SED völlig zuwider lief. In den industriell geprägten Mittelstädten und dem Lausitzer Kohlerevier gab es im Sommer 1947 fast keine Belegschaftsversammlung mehr, in der die Arbeiter nicht ihren Missmut über die schlechte Ernährungslage zum Ausdruck brachten und von der SED-Führung forderten, die

28 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 211 f.; Spix, Bodenreform in Brandenburg, S. 75; für regionale Beispiele vgl. Helle, Nachkriegsjahre, S. 315–320.

29 Vgl. Wolfgang Ribbe, Flüchtlinge – Vertriebene – Displaced Persons. Ihre Aufnahme, Weiterleitung bzw. Eingliederung in Berlin und Brandenburg bei Kriegsende 1945, in: Michael Lemke (Hrsg.), Schaufenster der Systemkonkurrenz. Die Region Berlin-Brandenburg im Kalten Krieg (Zeithistorische Studien, Bd. 37), Köln/Weimar/Wien 2006, S. 129–144, hier S. 158; Bauerkämper, Agrargeschichte, S. 24; ders., Die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg. Wandel und Beharrung in der Agrarwirtschaft und ländlichen Gesellschaft 1945, in: Stang (Hrsg.), Brandenburg im Jahr 1945, S. 165–196, hier S. 266–268; Horst Barthel, Die wirtschaftlichen Ausgangsbedingungen der DDR. Zur Wirtschaftsentwicklung auf dem Gebiet der DDR 1945–1949/50, Berlin (Ost) 1979, S. 43–49.

30 Vgl. Rau an Franz Dahlem vom 17. Dezember 1946, in: BLHA, Rep. 428, Bl. 7 f.



Abb. 21: Ablieferung von Getreide bei einer Erfassungsstelle in Nonnhäusen im Westhavelland, August 1947.

Bauern härter anzufassen.³¹ Immer mehr Beschäftigte waren darauf angewiesen, sich selbst um die Beschaffung von Lebensmitteln zu kümmern, weil die durch Karten verbürgten Versorgungsansprüche von der Verwaltung aufgrund der nicht voll erfüllten Pflichtablieferungen nicht mehr eingehalten werden konnten. Der geplante Tageskalorienwert von 1 400 Kilokalorien konnte bei vielen Lebensmitteln, vor allem bei Fleisch und Fett, nur etwa zur Hälfte tatsächlich bereitgestellt werden. Darunter litten die Produktionserfolge und die Arbeitsdisziplin; politisch verschärfte sich der Druck auf die SED, bei der Versorgung der Bevölkerung und der Wiedererreichung der Friedenshektarerträge endlich erfolgreich zu sein.

Daraus resultierte eine gesteigerte Strafverfolgung ab 1946 als eine Art „wirtschaftspolitische Ersatzhandlung“, wie es Sattler pointiert bezeichnet.³² Die Überlieferung des zuständigen Ministeriums der Justiz im Brandenburgischen Landeshauptarchiv ist voll von Vorgängen bezüglich „Nichterfüllung des Ablieferungssolls“, „Wirtschaftsverbrechen“, „Geldstrafen bei freiem Aufkauf von Vieh“, „Wirtschaftsstrafverfahren“, „Saboteure[n] der Wirtschaftsplanung“ in der Landwirtschaft und dem großen Komplex der „Bauernbestrafungen“.³³

31 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 224.

32 Ebd., S. 211.

33 Vgl. die Überlieferung in BLHA, Rep. 212, Nr. 802–804, 807, 821 f. Weiterhin die Kooperation mit den anderen Ministerien und Behörden in BLHA, Rep. 208, Nr. 9, 110 und 4414 und als ein Beispiel bei Nichterfüllung des Ablieferungssoll in Angermünde BLHA, Rep. 250, Nr. 243.

Es lag in der Natur der Sache, dass sich die staatlichen Behörden zur besseren Übersicht über die Planungsgrundlage des Ablieferungssolls einen genauen Überblick über die realen Gegebenheiten verschaffen mussten. Schnell wurde offenbar, dass zwischen den offiziell übermittelten Zahlen und den tatsächlichen Gegebenheiten eklatante Unterschiede bestanden. So war es etwa nicht selten Praxis einiger Landratsämter, die Milchablieferungen einer zur Schlachtung gelangten Kuh nicht ab diesem Tage zu streichen, sodass das geschlachtete Tier in den Statistiken weiterhin Milch lieferte.³⁴ Der Abstellung solcher Missstände sollten Besuche der Justizbehörden vor Ort dienen. Außerdem sollte damit die im September 1947 groß angelaufene Aktion „zur Feststellung und schleunigsten Aburteilung böswilliger säumiger Pflichtablieferer“ vorangetrieben werden.³⁵ Im Kreis Templin musste der vom Justizministerium entsandte Sachbearbeiter feststellen, dass dort bislang weder das Landratsamt noch die Anwaltschaft über ihre Aufgaben informiert worden waren. Da der erste festgesetzte Termin für die Getreideablieferung in Templin noch gar nicht verstrichen war, hatte man dort demzufolge auch noch keine „böswilligen Nichtablieferer“ ermitteln können. Dennoch war eine Kreistagssitzung schon fest geplant, auf der mehr als 60 ehrenamtliche „Erfasser“ in die Gemeinden entsandt werden sollten, um vor Ort Überprüfungen vorzunehmen und die Anwaltschaften über alle besonderen Vorkommnisse zu unterrichten. Anwaltschaft und Kreiskommandantur hatten vereinbart, Hinweisen auf „Böswilligkeit“ dann selbst nachzugehen.³⁶

Auch im Kreis Teltow setzten zwischen September 1947 und März 1948 zahlreiche Strafaktionen ein. Im Dezember 1947 kam es im Amtssitz Mahlow zu einer großen Konferenz über ‚Bauernbestrafungen‘ zwischen Staatsanwälten und Richtern, Vertretern des Landrates sowie dem Vertreter der SMAB Major Iwanow. Landrat Carl Siebenpfeiffer betonte zur Eröffnung, dass „die heutige Sitzung auf Wunsch der Kreiskommandantur“ erfolge. Weiterhin nahm er Bezug auf die zwei Wochen zuvor in Potsdam „unter Vorsitz des Herrn Minister Rau und des Herrn Hoeniger vom Justizministerium abgehaltene Besprechung[,] auf der u. a. auf die Überfüllung der Gefängnisse und den nicht gut ausgebildeten Richterstand hingewiesen wurde. Auf dieser Besprechung wurde nun angeregt, dass die Verwaltungen mehr wie [sic!] bisher Bestrafungen durchführen soll[en], um die Entlastung der Gerichte herbeizuführen. Die Möglichkeiten der Bestrafung liegen in hohen Geldstrafen und Bußen. Die größeren und schwereren Fälle allerdings sind nach wie vor an die Gerichte weiterzuleiten, die auch dazu übergehen werden, die Vergehen durch harte Strafen und strengen Arbeitseinsatz abgelenken zu lassen. [...] Herr Landrat Siebenpfeiffer erwähnt ferner die zwei Möglichkeiten der Bau-

34 Vgl. Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Mittenwalde (Mark) an den Generalstaatsanwalt des Landes Brandenburg vom 12. November 1947, gez. Mösing, in: BLHA, Rep. 212, Nr. 821, Bl. 2.

35 Landesregierung Mark Brandenburg [im Folgenden: LRMB], Ministerium der Justiz [im Folgenden: MdJ], an den Minister für Wirtschaftsplanung [im Folgenden: MfWpl], Abt. Handel und Versorgung, vom 27. September 1947, gez. Hoeniger, betr. Maßnahmen zur Feststellung und schleunigsten Aburteilung böswilliger säumiger Pflichtablieferer aufgrund mündlichen Auftrages der SMAB, in: BLHA, Rep. 209, Nr. 29, unfol.

36 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 236. Vgl. auch LRBr, MfWpl eigenhändig an Landrat Siebenpfeiffer in Mahlow (Kr. Teltow) vom 10. Februar 1948, betr. Fahrten zwecks Ermittlung landwirtschaftlicher Erzeuger, gegen die wegen ungenügender Erfüllung der Ablieferungspflicht ein Strafverfahren eingeleitet werden muss, gez. Streit, in: BLHA, Rep. 212, Nr. 821, Bl. 9 f.

ernbestrafungen. So hat erstens die Besatzungsmacht die Möglichkeit, Strafen direkt und sofort zu verhängen. Hiergegen kann der Betroffene nur Einspruch bei der SMA erheben. Der zweite Weg ist der, dass die Besatzungsmacht der Verwaltung Vorschläge und Empfehlungen über zu bestrafende Bauern macht. Die Bestrafungen werden dann nach deutschem Recht durchgeführt und den Betroffenen steht das Einspruchsrecht bei den deutschen Stellen zu.“ Im weiteren Verlauf der Konferenz wurde die Zahl der bis dato den Amtsgerichten übergebenen Fälle genannt: Danach waren bei den einzelnen Gerichten insgesamt 43 Fälle zur Bestrafung eingereicht worden, wovon 20 Fälle noch dem Beirat für Landwirtschaft und Ernährung zur Überprüfung vorlagen. In Einzelfällen sollte auch eine Zwangsverpachtung durchgeführt werden. Aber die Erfahrung, die in einem Fall gemacht wurde, zeigte, dass bei einer fünfjährigen Zwangsverpachtung „nicht viel geholfen ist, da sich für fünf Jahre schlecht oder gar nicht ein Pächter findet. In derart schweren Fällen hilft nur die Enteignung.“ Klargestellt wurde vom SMA-Vertreter Iwanow, dass „die Bauern, die ihr Soll nicht erfüllen, zur Rechenschaft zu ziehen sind. Das Gericht hat die Aufgabe, mit seinen Verfügungen die Sicherstellung der Ernährung auf alle Fälle zu erreichen. Bei der Erfüllung des Solls sind die Entschuldigungen wie Witterungseinflüsse usw. nicht maßgebend. Die Entscheidung darüber, ob ein Bauer sein Soll erfüllen konnte oder nicht, muss der Kreisverwaltung überlassen bleiben. Das Gericht hat die Aufgabe, die zur Bestrafung eingereichten Bauern auch wirklich und hart zu bestrafen.“³⁷ Landrat Siebenpfeiffer sandte eine Kopie des Protokolls an den brandenburgischen Innenminister Bernhard Bechler (SED) und betonte in seinem Begleitschreiben, dass die Staatsanwälte und Richter in Bezug auf die Bauernbestrafungen „im wesentlichen aus formal juristischen Gründen nicht unbedingt ablehnend, aber sehr zurückhaltend waren. Die Herren ließen sich aber davon überzeugen, dass die Landwirte schuldig sind, wenn die Kreisverwaltung Anzeige erstattet.“ Diesen Passus markierte Bechler mit einem großen Fragezeichen.³⁸

Als es gegen Ende des Jahres 1947 trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen war, die Pflichtablieferung aus der Ernte des gesamten Jahres fristgemäß aufzubringen, weil die Ernteerträge gegenüber dem Vorjahr nur unwesentlich gesteigert werden konnten und die Ablieferungsnormen im Verhältnis dazu viel zu hoch festgelegt worden waren, kam es auf dem ‚Freien Markt‘ zu einer neuen und unerwarteten Wendung: Am 4. Dezember 1947 wurde von der SMAB verfügt, dass die Ausschüsse ‚Freier Markt‘ ihre ganze Kraft zur Sicherung der Ablieferungspflichten einzusetzen hatten und anderen Handelseinrichtungen der Aufkauf freier Spitzen streng untersagt wurde, solange in einem Kreis das Soll nicht vollständig erfüllt worden war. Damit wurde das zuvor nur punktuell praktizierte Heranziehen der freien Aufkäufe zur Befriedigung der Lebensmittelkartenansprüche zum Normalfall erklärt. Militärverwaltung und Landesregierung hofften, auf diese Weise noch zusätzliche Ablieferungen der

37 Auszugsweise Abschrift aus dem Protokoll über die 52. Sitzung des Rates des Kreises am 6. Dezember 1947: Besprechung über Bauernbestrafungen mit den Staatsanwälten und Richtern der Amtsgerichte des Kreises Teltow sowie mit Herrn Major Iwanow bei Götke, in: ebd., Bl. 12–14.

38 Der Rat des Kreises Teltow, Amtssitz Mahlow, an die LRBr, Ministerium des Innern [im Folgenden: MdI], Herrn Minister Bechler vom 19. Februar 1948, betr. Verfahren in Wirtschaftsstrafsachen, in: ebd., Bl. 11.

Bauern zu erreichen.³⁹ Doch trotz massiver Einschaltung der Gerichte und Einschüchterungen und obwohl die Besatzungsmacht kaum Reparationen aus der Landwirtschaft forderte und in großem Umfang von der Möglichkeit der ‚Austauschlieferungen‘ Gebrauch gemacht werden konnte, gelang es bis Anfang 1948 nicht, die Ergebnisse bei den Ablieferungen zu verbessern.

1947 war überdies das für die brandenburgische Landwirtschaft bislang schwerste Nachkriegsjahr: Begonnen hatte es mit einem schweren, extrem frostreichen und von Kahlfrösten begleiteten Winter. Es folgten Hochwasser und schließlich eine sommerliche Dürre. Die Härte des Ablieferungssystems traf in der Regel kleine und mittlere Bauern, was der politischen Zustimmung auf dem Lande großen Abbruch tat. Leichte Modifikationen traten zu Beginn des Jahres 1948 durch die Einführung der ‚Feindifferenzierung‘ ein, die aber erst am 5. Mai 1948 durch den Chef der SMAD per Ablieferungsbefehl wirksam wurde.⁴⁰ Diese ‚Feindifferenzierung‘ sah zwar auch keine Progression der Ablieferung nach Betriebsgrößenklassen vor, erlaubte aber den Gemeinden in der Tat größeren Spielraum bei der Veranlagung der einzelnen Bauern. Mit dem 1948 eröffneten ‚Klassenkampf‘ auf dem Lande allerdings veränderten sich die politischen Rahmenbedingungen so stark, dass die Anwendung der lange geforderten Ausdifferenzierung der Ablieferungsnormen weit über das hinausging, was ursprünglich mit ihr bezweckt worden war. ‚Hungerkriminalität‘ und der Schwarzhandel beschäftigten die brandenburgischen Wirtschaftsorgane dauerhaft, auch noch nach 1952.

2.3.2 Schwarzmarkt und Schwarzhandel

Die sogenannte ‚Hungerkriminalität‘ war in allen Besatzungszonen eine typische Erscheinung der Nachkriegszeit.⁴¹ In diesem Zusammenhang entwickelte sich auch in Brandenburg der Schwarzmarkt zum zentralen Problem von Verwaltung, Justiz und Polizei. Die in der Nachkriegszeit eingeführte Bewirtschaftung lief, so Jörg Roesler, auf „die totale Erfassung und Verteilung aller Waren“ hinaus. Deshalb betrachteten die Bewirtschaftungsbehörden die auf dem Schwarzmarkt gehandelten Güter als „zweckentfremdet und ließen Schieber und Schwarzhändler durch die Polizei bekämpfen.“⁴² In Brandenburg konnten Oberbürgermeister und Landräte bei Preisüberschreitungen laut der Verordnung zur Preisregelung vom 5. Dezember

39 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 236 f.

40 Vgl. den Befehl Nr. 84 der SMAD vom 5. Mai 1948 über die Pflichtabgabe von Getreide, Hülsenfruchtmenge, Buchweizen, Ölsamen, Kartoffeln und Gemüse aus der Ernte 1948, in: Zentralverordnungsblatt [im Folgenden: ZVBl] 19 (1948), S. 164–167.

41 Vgl. Dieter Pohl, Justiz in Brandenburg 1945–1955. Gleichschaltung und Anpassung (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 50), München 2001, S. 63 f. Zum Schwarzmarkt in Brandenburg und Berlin vgl. auch Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 64 f.; Jürgen Schmidt (Hrsg.), Rote Rüben auf dem Oliväer Platz. Quellen zur Ernährungskrise in der Nachkriegszeit Berlins 1945–1948, Berlin 2008, bes. S. 201–236; Malte Zierenberg, Stadt der Schieber. Der Berliner Schwarzmarkt 1939–1950 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 179), Göttingen 2008.

42 Jörg Roesler, Momente deutsch-deutscher Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1945 bis 1990. Eine Analyse auf gleicher Augenhöhe, Berlin 2006, S. 41.

1945 Geldstrafen bis zu 5.000 Reichsmark (RM) verhängen.⁴³ In einigen Fällen konnten die Strafen aber auch höher sein oder andere Formen annehmen, wie zum Beispiel Geschäftsschließungen. Einzelne Landräte wie beispielsweise der Landrat von Teltow begannen, trotz fehlender Rechtsgrundlage selbst Strafverordnungen zu erlassen. Solches Vorgehen zeigt allerdings, wie virulent das Problem des Schwarzmarkts war. Und selbst Richter wussten mitunter nicht, wie sie den Schwarzhändlern juristisch beikommen sollten. Die Abteilung Justiz der Provinzialverwaltung empfahl den Richtern Anfang Mai 1946 „die Anwendung von Preisstraf-VO, KWStVO und Verbrauchsregelungsstraf-VO“.⁴⁴ Die Brandenburger Justizverwaltung forderte von den Gerichten eine Beschleunigung der Gerichtsverfahren und härtere Strafen bei den Wirtschaftsvergehen. Auch die SMA kritisierte die in ihren Augen zu nachlässige Verfolgung von Schwarzhändlern und Schiebern durch die deutschen Stellen. Um das Problem zu lösen, entwickelte die Kommandantur in Potsdam eine besonders rigide Form der Eigeninitiative: Sie ließ ertappte Schieber umgehend zur Zwangsarbeit an Einsatzkommandos überstellen.⁴⁵

Vielfach beklagten die Justizbehörden und Planungsstellen die „unheilvollen Auswirkungen des Hamstererunwesens auf unsere Gesamternährungslage. [...] Der Hamsterer wird oft nur bemitleidet und kommt ungeschoren davon.“ Die Käufer auf dem Schwarzmarkt, die sogenannten ‚Hamsterer‘, entzogen nach Ansicht des Brandenburger Justizministers „der arbeitenden Bevölkerung, die keine Zeit zum Hamstern hat, ungezählte Tonnen von landwirtschaftlichen Produkten.“⁴⁶ In einem Runderlass vom Oktober 1948 stellte der Justizminister das Amtsgericht Fürstenwalde als vorbildlich im Kampf gegen den Schwarzmarkt dar. Die geschilderte Aktion verlief wie folgt: „Richter und Anklagevertreter fahren zusammen mit einigen Kriminalpolizisten auf einem Lastkraftwagen auf ein Dorf zu. Entgegenkommende Hamsterer werden angehalten und auf den Wagen geladen. Sie werden gefragt, wo sie die Produkte herhaben. Die meisten von ihnen geben ihre ‚Quellen‘ an, schon aus Angst, sonst des Diebstahls bezichtigt zu werden. Sie werden auch gefragt, welche Gegenwerte sie hergegeben haben. Auch hierüber erhält man zumeist Auskunft. Im Dorfe angekommen, begeben sich die Insassen des Wagens in das Gasthaus, die Kriminalpolizei holt die Bauern herbei, und das Gericht eröffnet nunmehr ein Schnellverfahren gegen sämtliche Beteiligten, wobei die Hamsterer, soweit sie nicht als Schwarzhändler erkannt werden, glimpflich fortkommen, die Bauern aber empfindliche Strafen erhalten. [...] Ähnliche Aktionen sollten alle Amtsgerichte durchführen.“⁴⁷

43 Vgl. den Runderlaß der Abt. Justiz Nr. 99, 22. Februar 1946 (zur Preisregelungs-VO vom 5. Dezember 1945), zit. nach Pohl, Justiz in Brandenburg, S. 63.

44 Zit. nach ebd., S. 64. KWStVO ist die Kriegswirtschaftsstrafverordnung.

45 Vgl. ebd.

46 LRB, MdJ, Entwurf für Runderlass Nr. 331/VI (1948) vom 1. Oktober 1948, in: BLHA, Rep. 212, Nr. 802, Bl. 26–34, hier Bl. 32 f.

47 Ebd., Bl. 33. Die ‚Volkskontrollausschüsse‘ waren von Ulbricht im September 1947 auf dem II. SED-Parteitag gefordert worden, um eine wirksamere Bekämpfung des Schwarzhandels zu ermöglichen. Die ‚Volkskontrolle‘ war allerdings von Anbeginn an umstritten, da sie wenig effektiv war. Außerdem traten Anfang 1948 die Vorbereitungen der SED-Führung für die Etablierung einer zentralen staatlichen Kontrollkommission in ein neues Stadium, weshalb das Interesse an der ‚Volkskontrolle‘ schnell nachließ. Vgl. dazu Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 638–648; Elke Scherstjanoi, Volkskontrolle und zentrale staatliche Kontrolle im Land

Der Schwarzhandel konnte von der Polizei nie effektiv unterbunden werden und beschäftigte die Behörden noch bis in die 1960er Jahre hinein. Groß angelegte konzertierte Aktionen gegen ‚Schieber‘, ‚Schwarzhändler‘ und ‚Währungskriminelle‘ unternahmen die Sicherheitsorgane, vor allem die Polizei, erst ab 1947.⁴⁸ Im Frühjahr 1948 kamen auf der ‚Cottbusser Landwirtschafts-Messe‘ Vertreter der Landesregierung, der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB), des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) und der Genossenschaften „mit den Aktivisten aus den Betrieben und Dörfern“ zusammen, um Maßnahmen „zur Verbesserung der Versorgung der werktätigen Bevölkerung durch Erschließung zusätzlicher Nahrungsquellen“ zu beschließen.⁴⁹

Als Ort für eine solche Zusammenkunft mit anschließender Resolution eine Landwirtschaftsausstellung zu wählen, war während des beginnenden Kalten Krieges eine wichtige Entscheidung: In der Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs nach Kriegsende und der Teilung Deutschlands in Besatzungszonen stellten derartige Ausstellungen und Messen Punkte auf ehemaligen Handelsketten dar, die es zu reaktivieren galt. Außerdem waren sie ein Ort des fachlichen und wirtschaftlichen Austauschs, aber auch Drehscheiben der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz und politische Kommunikations- und Verhandlungsräume.⁵⁰ Landwirtschaftliche Schauen oder Ausstellungen von überregionaler Bedeutung (zum Teil mit Messecharakter) fanden innerhalb der SBZ seit 1948 wieder statt. Zu nennen sind die ‚Cottbusser Landwirtschaftsmesse‘, die ‚Oderlandschau Frankfurt/Oder‘, die ‚Ostsächsische Landwirtschaftsschau‘ in Biesnitz (September 1949), die ‚Landwirtschaftliche Lehrschau für die Oberlausitz‘ in Bautzen (September 1949), die ‚Oberlausitzer Landwirtschaftsschau in Verbindung mit der Industrie- und Gewerbeausstellung‘ in Görlitz (Mai 1950), aber auch die Gartenbauausstellung in Leipzig-Markkleeberg. Auf die Bedeutung der Leipziger Messe für Brandenburgs Wirtschaft wird noch einzugehen sein. Jedenfalls stand die Cottbusser Resolution unter dem Titel: „Nicht schwarzer Markt, sondern freier Markt!“ Insbesondere an die Bauernschaft wurde appelliert, „die Lebenslage der städtischen Bevölkerung, insbesondere der Industriearbeiterschaft zu verstehen und alle freien Spitzen den Ausschüssen ‚Freier Markt‘ zur Verfügung zu stellen.“ Die Aufgabe der Organisation ‚Freier Markt‘ hatte es zu sein, „mit Unterstützung der politischen Parteien, der Massenorganisationen, der Presse und der Selbstverwaltungsorgane, insbesondere der Landräte und Bürgermeister, ihre Ortsausschüs-

Brandenburg, Diss. A., Akademie der Wissenschaften der DDR, Zentralinstitut für Geschichte, Berlin (Ost) 1987 (Ms.).

- 48 Vgl. dazu etwa die Überlieferung in BArch, DN 1/38479, unfol. Darin sind viele Verordnungen und Maßnahmen gegen den Schwarzmarkt des Jahres 1947 überliefert. Dabei wird deutlich, dass noch zahlreiche Gesetze und Verordnungen des ‚Dritten Reiches‘ gegen den Schwarzmarkt angewandt wurden und Gültigkeit besaßen. Viele Prüfblätter aus der Zeit vor 1945 wurden, mitsamt den alten Dienstsiegeln, als Vorlage genutzt. Auch die überlieferten Prüfungsmerkblätter der Ernährungswirtschaft und Textilindustrie stammen allesamt aus dem Zweiten Weltkrieg.
- 49 Diskussionsbericht über die zonale Tagung der VdGB und FDGB sowie deren Vertreter am 7. August 1948 im Gästehaus der Stadt Cottbus, o. D. [1948], in: BLHA, Rep 208, Nr. 110, Bl. 9–16, hier Bl. 15 f. und passim.
- 50 Vgl. zu diesen Punkten Sven Schultze, „Land in Sicht“? Agrarexpositionen in der deutschen Systemauseinandersetzung: Die „Grüne Woche“ und die DDR-Landwirtschaftsausstellung in Leipzig-Markkleeberg 1948–1962 (Zeitgeschichte im Fokus, Bd. 4), Berlin 2015. Zur Cottbusser Landwirtschaftsmesse vgl. ebd., S. 95.

se zu arbeitsfähigen Instrumenten zu entwickeln, die freien Spitzen in allen Dörfern restlos aufkaufen und den Schiebern, Spekulanten und Hamsterern das Handwerk legen. [...] Von den Regierungen [der Länder, d. Verf.] wird die Durchführung aller Maßnahmen erwartet, die durch Kompensationsgeschäfte den schwarzen Markt am Leben erhalten. Insbesondere ist eine stärkere Entwicklung und Aktivität der Volkskontrollausschüsse in den Betrieben und Dörfern hierzu notwendig.“ Schließlich sollten diese Maßnahmen in der Hauptsache dazu beitragen, „den Zweijahrplan erfolgreich durchzuführen.“⁵¹

2.4 Demontagen, Reparationen und die Wiederingangsetzung der Produktion

Mit dem Vormarsch der Roten Armee auf die Reichshauptstadt kam es entlang der Front sowie im besetzten Hinterland im großen Maßstab zur systematischen Beschlagnahmung von landwirtschaftlichen Gütern und Industrieeinrichtungen. Diese Maßnahmen dienten anfänglich in erster Linie zur Versorgung der vorrückenden Truppen während der Kampfhandlungen. In Brandenburg richtete sich der Blick zunächst auf die größeren Rüstungsbetriebe, die jedoch zumeist von starken Zerstörungen betroffen waren. Darüber hinaus beschlagnahmten die Truppen Verkehrs- und Versorgungsunternehmen, Kommunikationsanlagen, Banken, Versicherungen und wichtige öffentliche Einrichtungen. Im Kern ging es der Roten Armee darum, wichtige wirtschaftliche Schlüsselpositionen unter ihre Kontrolle zu bringen, um dem Feind seine Ressourcen zu entziehen. Das Vorgehen stand insofern weitgehend im Einklang mit dem geltenden Kriegsrecht. Die im Anschluss einsetzenden Demontagen konzentrierten sich auf Unternehmen des Hüttenwesens, der Metallverarbeitung sowie des Maschinenbaus. Die eigenen Sicherheitsinteressen hatten zu diesem Zeitpunkt für die Besatzungsmacht eindeutig Vorrang vor der Frage, wie man die Produktion wieder aufnehmen könne.⁵² Soweit nicht unmittelbar für die wieder einsetzende Produktion benötigt, sah sich die arbeitsfähige Bevölkerung auf Anweisung der sowjetischen Kreis- und Ortskommandanturen zu Reinigungs-, Entrümmerungs-, Wiederaufbau- und Demontearbeiten zwangsverpflichtet. Oft fanden sich auch gar keine anderen Möglichkeiten des Broterwerbs. Hübner zufolge gab es etwa im Dezember 1945 in der Industriegemeinde Lauta, die weitestgehend von dem zu demontierenden Aluminiumwerk abhängig war, bei einer Gesamtbevölkerung von 7 668 Personen 1 849 arbeitsfähige Männer und 2 541 arbeitsfähige Frauen. In den zwei örtlichen Aluminiumwerken waren davon jedoch lediglich 465 Personen beschäftigt. „Bei den Russen zur Demontage“ befanden sich dagegen 3 925 Arbeitskräfte.⁵³

51 Diskussionsbericht über die zonale Tagung der VdGB und FDGB sowie deren Vertreter am 7. August 1948 im Gästehaus der Stadt Cottbus, o.D. [1948], in: BLHA, Rep 208, Nr. 110, Bl. 9–16, hier Bl. 15 f.

52 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 241 f.; dies., Demontagen und Reparationsentnahmen als Problem der beginnenden Wirtschaftsplanung in der SBZ: Das Beispiel der Provinz Brandenburg (1945–1947), in: Rainer Karlsch/Jochen Laufer (Hrsg.), Sowjetische Demontagen in Deutschland 1944–1949. Hintergründe, Ziele und Wirkungen (Zeitgeschichte Forschungen, Bd. 17), Berlin 2002, S. 329–370; Rainer Karlsch, Allein bezahlt? Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR 1945–53, Berlin 1993, S. 60–63.

53 Zitiert nach Hübner, „Durchhalten“, S. 153. Hübner bringt auch das Beispiel der Besetzung und Wiederingangsetzung der Industriebetriebe in Schwarzheide (S. 154–156).

Welche genauen deutschlandpolitischen Vorstellungen die Sowjetunion in der Zeit bis 1948 verfolgte, ist in der historischen Forschung noch immer umstritten. Der Zugang zu neuem Quellenmaterial ermöglicht zumindest eine Erweiterung des bisherigen Kenntnisstandes hinsichtlich der Ziele, Determinanten und Methoden der sowjetischen Wirtschaftspolitik in der SBZ. So wird deutlich, dass die Führung in Moskau jedenfalls bis zum Frühjahr 1948 über kein stringentes deutschlandpolitisches Konzept verfügte. Ihr primäres Interesse galt der Umsetzung des Reparationsprogramms, was, so Viktor Knoll, „die Entwicklung des Interzonenhandels ebenso zuließ wie den Ausbau der für den sowjetischen Bedarf produzierenden Betriebe.“⁵⁴

Mit ihrem Befehl Nr. 9 verfügte die SMAD die Wiederaufnahme der Produktion und die Inventur der vorhandenen Bestände. Als Grundlage sollten die Preise des Jahres 1944 gelten. Die SMA Brandenburg (SMAB) war an einer schnellen Wiederaufnahme der industriellen Produktion für den Besatzungsbedarf und für Reparationsleistungen interessiert und drängte auf die Ausführung des Befehls. In der Provinz Brandenburg übernahm die Abteilung Wirtschaft und Verkehr der Provinzialverwaltung die Verantwortung für die Umsetzung dieses ersten umfassenden Ingangsetzungsbefehls der SMAD. Sie unterstand der Aufsicht Heinrich Raus (KPD/SED)⁵⁵ und wurde zunächst von Leo Skrzypcynski (KPD), nach dessen Berufung zum Präsidenten der Deutschen Zentralverwaltung der Industrie dann von Hans Lauf (parteilos) geleitet. Innerhalb der Abteilung lag die Hauptlast der Arbeit auf dem am 1. August 1945 gebildeten Referat Industrielle Wirtschaftsplanung, geleitet von Alfred Böhm. In Konkurrenz zu den Landes- und Provinzialverwaltungen traten die mit SMAD-Befehl Nr. 17 vom 27. Juli 1945 ins Leben gerufenen Zentralverwaltungen für die SBZ. Diese beanspruchten ein Weisungsrecht gegenüber den Provinzial- und Landesverwaltungen. Das stieß jedoch, etwa bei der Landwirtschaft und der gewerblichen Wirtschaft, auf erheblichen Widerspruch.

Ab dem Sommer 1945 begann die Industrie innerhalb der SBZ mit der Wiederaufnahme der Produktion. Im letzten Quartal des Jahres 1945 existierten 13 685 Betriebe. Bis zum Frühjahr 1946 kamen weitere 7 926 Betriebe hinzu.⁵⁶ Die folgende Tabelle zeigt die Anzahl der produzierenden Betriebe in ihrer zahlenmäßigen Entwicklung zwischen 1945 und 1946 und gibt so den unterschiedlichen Grad der Industrialisierung innerhalb der SBZ sowie den Grad der Kriegseinwirkungen und der Demontagen wieder:

54 Viktor Knoll, Zur Wirtschaftspolitik der SMAD. Konzeption eines Editionsprojektes, in: Potsdamer Bulletin für Zeithistorische Studien 38/39, Potsdam 2006, S. 39–47.

55 Zur Biografie vgl. Steiner, Plan, S. 268; Elke Reuter/Helmut Müller-Enbergs, Heinrich Rau, in: Helmut Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.), Wer war wer in der DDR? Ein biographisches Lexikon, 2 Bde., Berlin 2001, Bd. 2: M–Z, S. 682 f.

56 Vgl. Wolfgang Mühlfriedel/Klaus Wießner, Die Geschichte der Industrie der DDR bis 1965 (Forschungen zur Wirtschaftsgeschichte 25), Berlin (Ost) 1989, S. 35; Wolfgang Mühlfriedel, Die Wirtschaftsplanung in der sowjetischen Besatzungszone von den Anfängen bis zur Bildung der deutschen Wirtschaftskommission, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1985, Teil 2, S. 9–30.

**Anzahl der produzierenden Betriebe in der SBZ in ihrer zahlenmäßigen Entwicklung
zwischen 1945 und 1946.**

Land	IV. Quartal 1945	III. Quartal 1946
SBZ insgesamt	13 685	21 611
Brandenburg	1 341	2 107
Mecklenburg	393	1 359
Sachsen	7 043	11 993
Sachsen-Anhalt	939	1 936
Thüringen	3 969	4 216

Im zweiten Halbjahr 1945 entwickelte sich die industrielle Produktion (Produktionswerte in Millionen RM) folgendermaßen:

Industrielle Produktion in der SBZ von Juli bis Dezember 1945.⁵⁷

Zeitraum	Sachsen ⁵⁸	Thüringen	Sachsen-Anhalt	Brandenburg ⁵⁹	SBZ
Juli	–	49	–	11	–
Oktober	155	–	–	36	–
November	187	110	100	41	657 ⁶⁰
Dezember	–	122	–	56	–

Auch aus dieser Tabelle lässt sich sowohl der variierende Grad der Industrialisierung als auch die Schwere der Kriegszerstörungen und der Demontagen ablesen, die in den Ländern recht unterschiedlich waren. In Brandenburg waren nach Kriegsende zunächst nur 40 Prozent aller Betriebe an der Produktion beteiligt. In Thüringen hingegen waren es 90 Prozent, in der Provinz Sachsen-Anhalt immerhin 80 Prozent.⁶¹ Sachsen, die ‚Werkstatt Deutschlands‘ seit Beginn der Industrialisierung, nahm die Spitzenposition ein.

Im November 1946 lebten in der Provinz Mark Brandenburg 2 537 124 Menschen. Davon stellten 603 985 arbeitende Männer und 567 756 arbeitende Frauen das eigentliche Arbeitsreservoir der Industrie dar. In diesem Monat waren 28 807 Arbeitslose sowie 676 737 ‚Umsiedler‘ registriert.⁶² Sowohl Industriebetriebe als auch die zivile Brennstoffversorgung waren auf die Kohleförderung der Mark angewiesen. Die Förderung von Rohbraunkohle

57 Zahlen entnommen aus Mühlfriedel/Wießner, Industrie der DDR, S. 35.

58 Betriebe mit mehr als zehn Beschäftigten (ohne Bergbau und Lebensmittelindustrie).

59 Produktionswert des gesamten IV. Quartals 1945.

60 Produktionswert der industriellen und handwerklichen Produktion.

61 Vgl. ebd., S. 36.

62 Vgl. Abt. II-Industrie, Amt für Planung und Wiederaufbau: Bevölkerungsstatistik der Provinz Mark Brandenburg Ende November 1946, in: BLHA, Rep. 250, Nr. 234, unfol. Gezählt wurde nach verteilten Lebensmittellkarten.

betrug im September 1945 542 308 Tonnen und konnte bis zum Dezember des Jahres bis auf 1 124 954 Tonnen gesteigert werden. Braunkohle förderten die Unternehmungen Anhaltische Kohlenwerke mit den Gruppen Klettwitz (Anna-Süd, Viktoria III, Ferdinand), Senftenberg, Greifenhain und Welzow (Clara), weiterhin die Unternehmen Ilse Bergbau AG (Ilse-Ost, Marga), Senftenberger Kohlenwerk, Salzdetfurth (Friedrich-Ernst) und das Märkische Elektrizitäts-Werk (Finkenheerd). Die Briketterzeugung konnte von 142 291 Tonnen im September 1945 auf 321 732 Tonnen im Dezember gesteigert werden.⁶³ Bis März 1946 gelang es, die Förderung der Rohbraunkohle auf 1 433 800 Tonnen und die Produktion von Briketts auf 415 340 Tonnen zu erhöhen. In der Zwischenzeit hatte sich gezeigt, dass einige Planungszahlen zu optimistisch angesetzt worden waren. Einige Braunkohleunternehmen konnten nicht die geplante Menge fördern, da ihnen Ersatzteile und Maschinen fehlten, die Kriegsbeschädigungen noch immer nicht repariert und einige Tagebaue verschlammt oder überschwemmt waren, sodass manche Unternehmen „von der Substanz leben“ mussten.⁶⁴ Außerdem sagen die Fördermengen noch nichts darüber aus, wie viel die Provinz davon tatsächlich für ihre eigene Produktion und Versorgung behalten durfte. Die Brennstoffversorgung der Provinz Brandenburg sah im ersten Quartal 1946 wie folgt aus:

Zugewiesene Brennstoffversorgung im ersten Quartal 1946.⁶⁵

Brennstoffart	Der Provinz zugewiesene Menge (in Tonnen)	Hierfür angeforderte Waggons	Tatsächlich angelieferte Menge (in Tonnen)	Tatsächlich gestellte Waggons	Gelieferte Prozent der zugewiesenen Menge
Braunkohle	34 000	1 700	34 424	1 821	107
Briketts	120 000	6 000	98 738	4 935	82,2
Steinkohle	38 000	1 900	22 156	1 108	58,6
Koks	1 500	75	1 406	70	93,7

Der Wert der gesamten industriellen Produktion in Brandenburg belief sich im März 1946 bei 90 706 Beschäftigten in den produktiv arbeitenden Betrieben auf 96.642.200 RM. Die Produktionsleistung pro Beschäftigtem (Einheitsleistung) lag somit bei 1.070 RM.⁶⁶ Hiermit

63 Vgl. die Förderung von Rohbraunkohle und Erzeugung von Briketts 1945, o.D. [Anfang 1946], in: BLHA, Rep. 330, Nr. 98, Bl. 39 f.

64 Ebd., Bl. 127 f.

65 Vgl. Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. Wirtschaft und Verkehr, Kurzer Bericht über die Erzeugung industrieller Produkte im Monat März und I. Quartal 1946 vom 10. April 1946, in: ebd., Bl. 106–108.

66 Die SMA Brandenburg legte 1948 einen umfänglichen Rechenschaftsbericht über die Entwicklung, Geschichte und Leistung der Militäradministration ab. Einen großen Raum nahm darin die Berichterstattung über die wirtschaftliche Entwicklung ein. Der Verf. hat auf diese Zahlen nicht zurückgegriffen, da sich die Frage nach der Zuverlässigkeit des sowjetischen Zahlenmaterials kaum eindeutig beantworten lässt. Grundsätzlich ist zu berücksichtigen, dass es sich bei den Tätigkeitsberichten um Selbstdarstellungen handelte, die vor allem dem Zweck dienten, die eigenen Leistungen herauszustreichen. Viel Spielraum für Manipulationen bestand gleichwohl nicht, da man sowohl in Karlshorst als auch in Moskau über statistisches Vergleichsmaterial verfügte. Am ehesten lassen sich noch die Angaben zum wirtschaftlichen Wiederaufbau verifizieren, die

ist bereits ein Kernpunkt der Wirtschaftspolitik berührt, der künftig eine stetige Bedeutungssteigerung erfahren sollte, nämlich die Planung und Lenkung der Wirtschaft.

2.5 Beginnende Wirtschaftsplanung

Die beginnende Wirtschaftsplanung wurde ständig durch die Entnahmen für Reparationen, Demontagen, Sequestrierungen, unklare Vorgaben der Besatzungsmacht und die ungenügende Erfahrung der deutschen Wirtschaftsplaner erschwert und durcheinandergebracht. Bis 1948 wurde in der gesamten SBZ zunächst jeweils für einen überschaubaren Zeitraum von einem Quartal geplant. Das grundlegende Problem jeglicher Wirtschaftsplanung war, das Vorhandene zu erfassen und die Voraussetzungen einer geordneten Fertigung sicherzustellen. Überdies verschleierten die Unternehmen ihre realen Kapazitäten, Rohstoff- und Materialvorräte vor den planenden Instanzen, weil sie in der unsicheren Lage über Reserven verfügen wollten oder Beschlagnahmungen fürchteten. Die SMAD führte deshalb die Rohstoffbewirtschaftung ein, die sich aber bald als Hemmschuh für die Produktion erwies. Produktion, Bedarf und Distribution waren kaum aufeinander abgestimmt. „Zonal ließen sich die Wirtschaftsaktivitäten ohnehin nur ansatzweise koordinieren“, urteilt der Wirtschaftshistoriker André Steiner. „Die Zentralverwaltungen hatten nur wenige Kompetenzen, die Länder wehrten sich im Interesse ihrer eigenen wirtschaftlichen Belange meist erfolgreich gegen deren Anweisungen und schotteten sich separatistisch gegeneinander ab. So liefen die planerischen Mühen oft gegeneinander, und viele Beteiligte hielten die Planung für reine Zahlenspielerlei der Besatzungsmacht.“⁶⁷

Die Voraussetzungen zur Steigerung der Produktion waren nach Kriegsende zunächst günstig, weil genügend unausgelastete Kapazitäten zur Verfügung standen und die Betriebe vorerst noch über Reserven aus der Kriegszeit verfügten. Viele dieser vorhandenen Kapazitäten konnten mit relativ geringem Aufwand und Einsatz wieder instandgesetzt werden. Das führte zu schnellen und überraschenden Erfolgen bis Ende 1946. Dann jedoch waren die Vorräte erschöpft. Dabei bestimmte die Ausstattung mit Roh- und Brennstoffen sowie mit Energie entscheidend die Entwicklung der Produktion. Schließlich spielten auch Kompensationsgeschäfte für die Wirtschaftsergebnisse der einzelnen Betriebe und Unternehmen eine bedeutende Rolle. Die in der SBZ beziehungsweise in Brandenburg fehlenden Rohstoffe und Vor-

in der Regel auf deutschen Berechnungen basierten. Für die Bereiche Demontagen/Reparationen sieht die Situation ungleich problematischer aus. Zum einen existierte hier aufgrund des Geheimhaltungsgebots keine kompakte deutsche Gegenüberlieferung. Zum anderen bleibt häufig unklar, wie die sowjetischen Zahlen zustande kamen. Zudem operierte die Besatzungsmacht (durchaus bewusst) mit Mengenangaben, die wenig aussagekräftig waren (Demontagegut in Tonnen, Zügen und Waggonen, Reparationslieferungen in RM usw.). Viktor Knoll hat exemplarisch die Kapazitätsverluste für den Braunkohlebergbau geprüft und gelangt zu dem Schluss, dass in diesem Bereich „die Zahlen einigermaßen realistisch sind“ (Mitteilung an den Verf. vom 31. März 2016). Vgl. SMAB, Istorija Sowjetskoi Wojennoi Administratsii Zemlja Brandenburg (v Germanii) 1945–1948 g. g., in: Staatsarchiv der Russischen Föderation [im Folgenden: GARF], F 7077 (SMAB), Op. 1, D. 2, Bl. 1–333. Der Verf. bedankt sich für den Hinweis bei Viktor Knoll. Der Bestand befindet sich als Mikrofilm im Bundesarchiv.

67 Steiner, Plan, S. 46 und passim.

produkte hätten zwar teilweise über den Interzonenhandel beschafft werden können; dieser gestaltete sich aber wegen restriktiver alliierter Vorschriften von Beginn an schwierig, sodass der Schwarzhandel über die Zonengrenzen hinweg zunächst boomte. Erst 1946/47 stiegen die legalen Bezüge von Eisen, Stahl und Maschinenbauerzeugnissen aus den westlichen Zonen.⁶⁸

Die KPD-Führung bemühte sich schon bald nach Kriegsende darum, die SMAD zur Aufstellung eines allgemeinen Produktionsplans zu bewegen. Dahinter stand die Absicht, die sowjetischen Demontagen in geregelte Bahnen zu lenken, denn schließlich blieben diese in den Augen der KPD ein Hemmnis für ihre eigenen politischen Pläne und Ansprüche. Der Chef der SMAD, Marschall Georgi K. Schukow, forderte die Präsidenten der Landesverwaltungen im Juli 1945 dazu auf, nicht nur die Wirtschaft in Gang zu setzen, sondern auch einen ‚Projektionsplan‘ aufzustellen. Für dessen Umsetzung war in Brandenburg das Referat Industrielle Wirtschaftsplanung innerhalb der Abteilung Wirtschaft und Verkehr der Provinzialverwaltung verantwortlich. Allerdings musste diese Planungstätigkeit schon bald hinter die Aufgabe zurücktreten, bloße Branchenproduktionspläne zur Erfüllung sowjetischer Lieferungswünsche zu erarbeiten. Aufgrund der kaum vorhersehbaren Demontagen erlangten diese aber kaum Bedeutung für die Wirtschaftsplanung. Immerhin gelang es der KPD, ein behelfsmäßiges ‚Winteraubauprogramm‘ aufzustellen. Auf Anweisung der SMAD begannen im Oktober und November 1945 in den Landes- und Provinzialverwaltungen die Vorarbeiten für einen Wirtschaftsplan und ein Reparationslieferprogramm für das Jahr 1946. Letztlich musste die Führung der KPD die Planungsarbeit selbst übernehmen.⁶⁹ Die einzelnen KPD-Bezirksleitungen erhielten den Auftrag, die Parteizentrale über Verlauf und Ergebnis der Planungsanstrengungen in den Ländern zu unterrichten. Hingegen hatten die KPD-Kreisleitungen die Aufgabe, durch konkrete Angaben über das vor Ort vorhandene Wirtschaftspotenzial der administrativen Wirtschaftsplanung eine realistische Basis zu geben. Dies betraf das industrielle Potenzial ebenso wie das landwirtschaftliche. Diesen Aufgaben kamen die Bezirks- und Kreisleitungen in Brandenburg zwar recht zügig nach; sie stellten aber noch kein Hilfsorgan einer Planungsadministration dar.

Bereits bei der Aufstellung des ‚Winteraubauprogramms‘ im November/Dezember 1945, bei dem die Funktionäre „völliges Neuland“ betraten, zeigte sich, dass „die Kreise sehr verschieden reagierten und bis zum heutigen Tage noch einige in der Berichterstattung fast vollkommen versagen.“⁷⁰ Die KPD-Bezirksleitung der Provinz Brandenburg stellte aber dennoch zufrieden fest, dass „gerade die Inangansetzung der Betriebe, die fast ausschließlich auf die Initiative der Arbeiter selbst zurückzuführen ist“, einen ersten Schritt in Richtung einer Wirtschaftsplanung darstelle. Außerdem registrierte die KPD-Bezirksleitung in „verschiedenen Gebieten Brandenburgs [...] Ansätze zur Gründung von Genossenschaften in allen Wirtschaftszweigen [...],

68 Vgl. ebd.; Werner Matschke, *Die industrielle Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) von 1945 bis 1948 (Wirtschaft und Gesellschaft im geteilten Deutschland, Bd. 2)*, Berlin (West) 1988, S. 178–180; Mühlfriedel/Wießner, *Industrie der DDR*, S. 30–40; Sattler, *Wirtschaftsordnung*, Teilbd. 1, S. 376–382.

69 Vgl. ebd., S. 382 f.

70 KPD-Bezirksleitung der Provinz Brandenburg, Kommunal- und Wirtschaftsabteilung: Bericht der Wirtschaftsabteilung der Bezirksleitung vom 30. Dezember 1945, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 97, Bl. 34–40.

die aber nach unserer Ansicht nicht richtig waren. Auch diese konnten in die richtigen Bahnen gelenkt werden“, hieß es optimistisch. Geradezu euphorisch gab sich die KPD in ihrer Rolle bei der „Beseitigung der Konzerne und ihrer Nazidirektoren“ und ob der wiedergewonnen Leistungsfähigkeit der Brandenburger Betriebe. Als Beispiele nannte man Forst, wo „alle Textilbetriebe in treuhänderische Verwaltung übergegangen“ seien, und Babelsberg. Hier reparierte die Fa. Orenstein & Koppel monatlich zwei bis drei Lokomotiven, stellte wöchentlich 250 Kochherde, 125 Öfen und zehn dreiteilige Eggen für die Landwirtschaft her. Auch dieser Betrieb war angeblich „durch Selbstinitiative der Arbeiterschaft entstanden“.

Die Zeit zwischen Kriegsende und Jahresende 1945 sah die KPD als „erste Etappe“ der einzuführenden Wirtschaftsplanung an.⁷¹ Für die weitere planerische Arbeit mussten aus KPD-Sicht noch einige Mängel beseitigt werden: „Dass unsere Betriebsgruppen fast überall noch fehlen und von Arbeit ihrerseits bis jetzt kaum gesprochen werden kann; dass die Gewerkschaftsarbeit mit wenigen Ausnahmen schwach ist und dass sich bei der Aufstellung des Jahresplanes für 1946 die Parteiorganisation nur zögernd an die Durchführung und insbesondere an die Aufstellung macht. Um das abzustellen und um durch eine regelmäßige Berichterstattung und Beratung das gesteckte Ziel zu erreichen, muss die Partei ihr Hauptaugenmerk auf die Betriebe richten.“⁷² Trotz einiger Schwächen beim Aufbau und der Arbeit der Betriebsräte, die es aus Sicht der KPD zu konstatieren galt, verwies man dennoch mit einigem Stolz auf die erreichten Zahlen. Die folgende Tabelle zeigt die Zahl der produktiv arbeitenden Betriebe, die Zahl der Beschäftigten und den Wert der Produktion:

**Zahl der produzierenden Betriebe, Zahl der Beschäftigten
und Wert der Produktion von Juli bis November 1945.⁷³**

	Zahl der produzierenden Betriebe	Zahl der Beschäftigten	Wert der Produktion (in RM)
Juli 1945	376	13 681	11.120.620
August 1945	841	26 628	18.767.210
September 1945	1 143	41 039	27.225.310
Oktober 1945	1 551	52 049	36.601.630
November 1945	2 143	62 210	41.701.280

Ende des Jahres 1945 befanden sich noch 2 529 LKW, 1 433 Zugmaschinen, 66 Spezialfahrzeuge, 907 Anhänger, 53 Omnibusse, 2 770 PKW, 433 Kräder ohne und 35 Kräder mit Beiwagen sowie 459 Kraftfahrreparaturwerkstätten und 813 Tankstellen in Betrieb. Allerdings standen von den so wichtigen LKW und Zugmaschinen in der Regel nur die Hälfte zur Verfügung, da die andere Hälfte sich in Reparatur befand. Vor allem fehlten für die Umsetzung der Pläne für 1946 noch über 400 LKW mit einer Tragkraft von fünf Tonnen.

71 Ebd., Bl. 36 und passim.

72 Ebd.

73 Entnommen und berechnet nach ebd.

Der Produktionsplan sah für das Jahr 1946 bedeutende Steigerungen vor. Geplant war, die Zahl der Beschäftigten innerhalb eines Jahres auf 122 011 nahezu zu verdoppeln und die Gesamtproduktion der Provinz Mark Brandenburg auf sagenhafte 1,67 Milliarden RM zu steigern.⁷⁴ Ganz oben in der Planung standen die Industriezweige der Brennstoff- und Energieerzeugung, gefolgt von der metallverarbeitenden Industrie, der chemischen Industrie, der Textil- und Konsumgüterindustrie und der Nahrungsmittelindustrie. Die mit Abstand größte Produktionssteigerung sollte die Nahrungsmittelindustrie mit circa 32 Prozent der Gesamtindustrielleistung der Provinz und einem Produktionswert von circa 5,3 Millionen RM erfahren. Danach folgten die Eisen- und Metallindustrie mit 14 Prozent der Gesamtleistung (2,34 Millionen RM). Die Energieerzeugung sollte um 13 Prozent gesteigert werden (2,17 Millionen RM), die Textilindustrie um 10,4 Prozent (1,74 Millionen RM). Mit nur 4,6 Prozent Steigerung lag die Konsumgüterindustrie noch weit hinter der Baumaterialindustrie, der Elektroindustrie (4,7 Prozent; 0,79 Millionen RM) und der holzbearbeitenden Industrie (5,8 Prozent; 0,96 Millionen RM) zurück. Der Zweig mit den meisten Beschäftigten sollte die Eisen- und Metallindustrie mit circa 24 000 Beschäftigten sein.

Um zu zeigen, dass dieser überzogene Plan tatsächlich Chancen auf eine Realisierung habe, präsentierte die KPD-Bezirksleitung Beispiele aus dem Niederlausitzer Braunkohlerevier, die die Kreisleitung Calau geliefert hatte.⁷⁵ Durch die dort erreichte „Steigerung verschiedener Gruben“ gab man sich optimistisch, die Planziele erreichen zu können. Denn im Bereich der Rohkohleförderung konnte im November 1945 gegenüber dem Vormonat eine Steigerung von 21 Prozent erzielt werden. Bei der arbeitstäglichen Leistung wurde gar eine Steigerung von mehr als 65 Prozent erreicht und bei der Brikettproduktion bei einigen Brikettfabriken eine Übererfüllung des Solls von 130 Prozent registriert. Dementsprechend stieg auch der Absatz von Briketts von Oktober auf November um 32 Prozent. Post scriptum merkte die KPD-Kreisleitung an: „Bei Beachtung vorstehender Erfolge und bei dem von der Partei eingeschlagenen Kurs: 100%ige Betriebsarbeit, wird der nächste Zwischenbericht ein anderes Gesicht haben.“⁷⁶ Der Berichtszeitraum von gerade einmal einem Monat war allerdings viel zu kurz, um daraus längerfristige Trends oder Prognosen ableiten zu können. Planerische Unwägbarkeiten mussten sich zwangsläufig einstellen.

Zu diesen Unsicherheiten zählten neben den Demontagen die nicht immer stimmigen Produktionskennziffern und die wahren Ressourcen der Betriebe. Bereits Ende Januar 1946 wurde klar, dass die Produktionsauflagen nicht erfüllt werden konnten.⁷⁷ In einem Bericht der ‚Industriellen Wirtschaftsplanung‘ heißt es zur Begründung: „Die Nichterfüllung der bisher von der SMA befohlenen Produktionsleistung und die Gefahr, dass auch die neu befohlenen Produktionsauflagen nicht restlos erfüllt werden können, ist im wesentlichen auf die De-

74 Vgl. den Produktionsplan für 1946, in: ebd., Bl. 37.

75 Vgl. ebd., Bl. 38. Die Zahlen lieferte die Kreisleitung Calau zum 28. Dezember 1945.

76 Ebd.

77 Vgl. Industrielle Wirtschaftsplanung, Abt. II: Bericht und Stellungnahme über die Beeinträchtigung der befohlenen Produktionsleistung der Industriebetriebe der Provinz Brandenburg vom 29. Januar 1946, in: ebd., Bl. 57–60.

montagen und Wiederaufnahme gestoppter Demontagen wichtiger Grund-Industriebetriebe zurückzuführen.“ Die unkalkulierbaren Demontagepraktiken der Besatzungsmacht, die auch militärisch nicht relevante Industriezweige betrafen, drohten sich zudem negativ auf „die Arbeitsfreude und Arbeitslust der durchaus antifaschistisch eingestellten Arbeiterschaft“ auszuwirken. Als ausschlaggebend für die Produktionserfüllung in der besonders wichtigen Sparte der Metall- und Eisenindustrie sahen die Planer die Wiederingangsetzung der Mitteldeutschen Stahlwerke in Brandenburg an der Havel und „gegebenenfalls im Kreise Osthavelland“ an. Die Schwerindustrie galt, dem sowjetischen Vorbild folgend, als ein besonders relevanter Industriezweig.⁷⁸ Deshalb schenkten ihm die Planer große Aufmerksamkeit und wiesen darauf hin, dass das Brandenburger Stahlwerk ohne weitere Rohstoffzufuhr nur noch auf der Basis von Schrott arbeiten könne. Seit Anfang Januar 1946 wurden zur beschleunigten Wiederingangsetzung des Werkes auch Verhandlungen mit der SMAB geführt, die jedoch erfolglos blieben: Statt einer erneuten Betriebsaufnahme kam es zu einer verstärkten Demontage. Eigentlich war die Hoffnung der Planer, in vier bis fünf Monaten, also bis zum Sommer 1946, Stahlblöcke und Stahlformgussstücke herzustellen. Das erwies sich aber als unmöglich – vor allem, weil die Kräne und Kranbrücken demontiert worden waren.

Ein anderes Beispiel stellen die Cottbusser Textilbetriebe dar. Nachdem die Betriebe auf Grundlage von SMAD-Befehl Nr. 9 ihre Tätigkeit wiederaufgenommen hatten, wurden sie bereits nach kurzer Zeit ohne Vorankündigung demontiert. Vier weitere Betriebe wurden teildemontiert und arbeiteten mit vermindertem Maschinenbestand weiter. Bei der Firma Grovermann & Hoppe beispielsweise waren 81 Webstühle demontiert worden und nur noch 58 betriebsbereit.⁷⁹ Beinahe zeitgleich mit der Bekanntgabe des Wirtschaftsplanes für das erste Quartal 1946 wurden die Demontagen in den vier nur teildemontierten Betrieben fortgesetzt, „wodurch nicht nur erneut die Arbeitsfreude der Cottbusser Textil-Arbeiterschaft wesentlich beeinträchtigt wurde, sondern auch die Erfüllung der Produktionsaufgabe für die Provinz Brandenburg für das erste Quartal 1946 mit 4 505 000 m Gewebe unmöglich wird, da auf die vorstehend angeführten demontierten Firmen allein eine Produktionsauflage von 253 000 m pro Quartal kommt.“⁸⁰ Die Produktionsleistung der Brandenburger Textilindustrie war durch die bevorzugte Demontage der Spinnereien besonders beeinträchtigt: Es entstand ein Engpass beim Garn, was eine verstärkte Einfuhr von Garnen aus anderen Ländern und Provinzen zwingend notwendig machte. Diese aber hatten ihre eigenen Planaufgaben und Engpässe, sodass die Lieferungen an die Brandenburger Industrie viel zu gering ausfielen.

78 Steiner, Plan, S. 51–82; Helmut Kinne, *Geschichte der Stahlindustrie in der Deutschen Demokratischen Republik*, Düsseldorf 2002; Bruno Gleitze, *Ostdeutsche Wirtschaft. Industrielle Standorte und volkswirtschaftliche Kapazitäten des ungeteilten Deutschlands*, Berlin (West) 1956, S. 170–200; ergänzend auch Bärbel Leupolt, *Industriestruktur in Berlin-Brandenburg. Genese und Entwicklungschancen*, in: Karl Eckart/Jochim Marcinek/Hans Viehrg (Hrsg.), *Räumliche Bedingungen und Wirkungen des sozial-ökonomischen Umbruchs in Berlin-Brandenburg* (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 36), Berlin 1993, S. 77–104.

79 Vgl. Bericht und Stellungnahme über die Beeinträchtigung der befohlenen Produktionsleistung, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 97, Bl. 58.

80 Ebd., Bl. 59 f.

Auch der Zustand des Schienen- und Straßenverkehrs behinderte die Wiederingangsetzung der Produktion und die Produktionsplanung. Ein „besonders schwerer Schlag“ für die Planung war die totale Demontage der Berliner Maschinenbau AG, vormals Schwarzkopff, in Wildau. Dies geschah nur wenige Tage nachdem der Belegschaft angekündigt worden war, dass die Produktion wieder in Gang gesetzt werden solle.⁸¹ Für die Reparatur von Lokomotiven in der Provinz Brandenburg und für die gesamte SBZ standen nur noch die Firmen Borsig (Allgemeine Elektrizitäts-Gesellschaft (AEG)) in Hennigsdorf sowie Orenstein & Koppel in Babelsberg zur Verfügung, die allerdings beide demontiert waren. Somit konnten beide Firmen die Reparatur von Lokomotiven und Schienenfahrzeugen nur mit „behelfsmäßigen handwerklichen Mitteln und einigen wenigen Maschinen“ durchführen. Hinzu kam, dass die Betriebsführung wenig Neigung zeigte, neue Maschinen zu beschaffen, da eine sofortige erneute Demontage zu befürchten stand. In Hennigsdorf war auch das bereits weitgehend abgebaute Mitteldeutsche Stahlwerk von weiteren Demontagen betroffen. Im Januar 1946 verfügte der Betrieb noch über etwa 400 000 Tonnen Schrott und erhielt vom sowjetischen Werkkommandanten den Auftrag, auf dieser Basis eine Produktionsplanung auszuarbeiten. Die Öfen, die dabei in Betrieb gehen sollten, waren jedoch auf Generatoren und Speisepumpen angewiesen, die demontiert werden sollten. Dies konnte allerdings verhindert werden.

Die völlig unzureichenden Leistungen der Baumaterialindustrie und der vordringlichen Karbiderzeugung der Provinz Brandenburg wurden durch die „schwierigen Verhältnisse in den Rüdersdorfer Kalk- und Zementwerken infolge der Demontagen“ ausgelöst.⁸² Trotz mehrfacher Anfragen der Provinzialverwaltung wurden die dringend benötigten Zementmühlen sowie die Zementfabrik Rittergut lange Zeit nicht freigegeben. Auch die Freigabe der Kalköfen im Rüdersdorfer Kalkwerk und der für die Wiederaufnahme der Kalkförderung und Kalkbrennerei notwendigen Maschinen verzögerte sich. Dadurch war die Zementproduktion für den Wiederaufbau in Brandenburg und Berlin völlig unzureichend und auch die Kalkversorgung des Karbidwerkes Trottendorf unmöglich.

Trotz allem stieg die Erzeugung industrieller Produkte in der Provinz Brandenburg im ersten Quartal 1946 insgesamt an. In diesem Zeitraum betrug der Wert der Produktionsleistung bereits über 238 Millionen RM, obgleich die Zahl der Betriebe und der Beschäftigten nur leicht angestiegen war.⁸³ Die Leistungssteigerung wurde hauptsächlich durch die von De-

81 Vgl. ebd. und passim. Zur Demontage von Eisenbahninfrastruktur vgl. auch Burghard Ciesla, *Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin, Köln/Weimar/Wien 2006*; ders., *Der Bevollmächtigte des „Sonderkomitees für Deutschland in der SBZ“*, in: Horst Möller/Alexandr O. Tschubarjan (Hrsg.), *SMAD-Handbuch. Die Sowjetische Militäradministration in Deutschland 1945–1949*, München 2009, S. 91–99, bes. S. 93–95; Ralph Kaschka, *Auf dem falschen Gleis. Infrastrukturpolitik und -entwicklung der DDR am Beispiel der Deutschen Reichsbahn 1949–1989*, Frankfurt am Main/New York 2011, S. 50–60.

82 Bericht und Stellungnahme über die Beeinträchtigung der befohlenen Produktionsleistung, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 97, Bl. 59 f.

83 Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, Abt. Wirtschaft und Verkehr: Kurzer Bericht über die Erzeugung industrieller Produkte in der Provinz Brandenburg im Monat März 1946 und das I. Quartal 1946 vom 10. April 1946, in: ebd., Bl. 106–110.

montagen weitgehend verschont gebliebene Rohspiritusproduktion und Spirituosenenerzeugung erreicht. Das konnte nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Planaufgaben nicht erfüllt worden waren. Die vorgegebene Produktionsleistung pro Beschäftigtem in der Industrie-Hauptgruppe I beispielsweise wurde nur zu 81 Prozent erreicht.⁸⁴ Auch wenn die Holzindustrie ihr Plansoll mit 156 Prozent übererfüllte, so schaffte doch die wichtige Metallurgie nur 75 Prozent, die Elektroindustrie 58 Prozent, die chemische Industrie 47 Prozent und die Leichtindustrie lediglich 39 Prozent der Planaufgaben. Für diese Fehlstände wurden neben den Demontagen vor allem „Schwierigkeiten in der Rohstofflage, [...] Facharbeitermangel sowie [...] Transportschwierigkeiten“ verantwortlich gemacht.

Als bald musste die KPD-Führung feststellen, dass in den meisten Branchen viel zu hohe Produktionsziffern angesetzt worden waren. Dies geschah vor allem auch deshalb, weil die von der Zentralverwaltung für Industrie zusammengefassten Pläne der Landesverwaltungen im Wesentlichen auf den vagen Produktionsvorschlägen einzelner größerer Firmen beruhten, die in Erwartung hoher Ressourcenzuteilungen ihre Kapazitäten oftmals unrealistisch hoch angegeben hatten.⁸⁵ Dabei war die Masse der Klein- und Mittelbetriebe noch gar nicht mit in die Planung aufgenommen worden. Für ihre Planbeauftragung standen einfach keine Ressourcen zur Verfügung. Um von diesem Unvermögen und den fehlenden Ressourcen abzulenken, sprach die KPD Anfang 1946 oftmals von „unternehmerischen Freiräumen“, die bewusst offen bleiben sollten. Schließlich hatte sogar die Sowjetunion ihr Vorhaben eines das gesamte Jahr 1946 umfassenden Wirtschaftsplans fallen gelassen.⁸⁶ Aber auch nach dieser Moskauer Entscheidung setzten leitende Wirtschaftsfunktionäre bei der KPD und der SMAD ihre Bestrebungen zur Etablierung geregelter Planungsmechanismen in der SBZ fort. Pläne für eine zentrale Wirtschaftsplanungsbehörde konnten jedoch nicht verwirklicht werden. In Brandenburg verhinderte der Chef der SMAB Generalmajor Wassili M. Scharow selbst deren Umsetzung, weil sich die Planungsanstrengungen im Interesse schneller und umfassender Reparationslieferungen auch weiterhin auf das Erstellen und Erfüllen kurzfristiger Produktionspläne konzentrieren sollten.⁸⁷

Die realwirtschaftlichen Probleme blieben bestehen und nahmen mit dem Abbau der Rohstoff- und Materialvorräte weiter zu. Durch fortgesetzte, teils unangekündigte Demontagen und gleichzeitig wachsende Reparationsanforderungen gingen im Sommer 1946 die materiellen Voraussetzungen für die Umsetzung des ersten Quartalsplans fast völlig verloren. Je weiter die Reparationslasten stiegen, desto mehr entwickelten sie sich zum zentralen Problem der Wirtschaftsplanung. Da die Erfüllung der erteilten Reparationsaufträge zumeist zurückblieb, ging die Militärverwaltung alsbald dazu über, sich durch Beschlagnahmen in Betrieben, die eigentlich für den Bedarf der Bevölkerung produzieren sollten, Kompensation zu verschaffen. Naturgemäß musste darunter auch die Wirtschaftsplanung im gesamten ‚zivilen

84 Ebd., Bl. 110 und passim. Siehe ebd. für das folgende Zitat.

85 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 383.

86 Ebd.; Steiner, Plan.

87 Vgl. ebd.

Sektor‘ leiden. Den im Sommer 1946 gegründeten Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) kam besondere Bedeutung zu. Sie wurden völlig unabhängig von Plänen bevorzugt mit Ressourcen versorgt und entwickelten sich deshalb bald zu einem unberechenbaren Faktor gesamtplanwirtschaftlicher Anstrengungen.

Nach den Landtagswahlen im Oktober 1946 konnte erstmals auf regionaler Ebene im Zuge der Regierungsbildung ein einheitlicher Unterbau für eine wirtschaftsplanende Zentralbehörde geschaffen werden. Die Hauptverantwortung für die Wirtschaftsplanung wurde mit Beginn des Jahres 1947 an die Länder und Provinzen übergeben, die nun über gewählte Parlamente verfügten.⁸⁸ Schon beim Aufbau der neuen Planungsabteilung arbeitete der Wirtschaftsplanungsminister Heinrich Rau (KPD/SED) eng mit dem Sekretariat des Brandenburger SED-Provinzialverbandes zusammen. Eine akute Herausforderung der Wirtschaftsplanung entstand im schweren Winter 1946/47, der als Hungerwinter im kollektiven Gedächtnis blieb. Er führte zu einer ernsten Brennstoffkrise, die das gesamte Wirtschaftsleben in der SBZ lahmzulegen drohte. Während Walter Ulbricht weiter auf die Verbesserung der Planmethoden als Ausweg aus der Krise setzte, plädierte Rau für verstärkte Importe nach Brandenburg. Das brandenburgische Ministerium für Wirtschaftsplanung legte im Frühjahr 1947 seinen Fokus darauf, dem neuen Wirtschaftsplanungsamt einen funktionierenden Unterbau in den Kreisen zu verschaffen. Zu diesem Zweck wurden ‚Kreisplanungsausschüsse‘ gebildet, in denen landeseigene Betriebe (LEB), private Industrie und Handwerk gleichermaßen vertreten waren.⁸⁹ Trotz neuer Planungsmethoden blieben die Entnahmen aus der laufenden Produktion, die 1947 noch gesteigert wurden, ein nicht zu lösendes Problem.

Nachdem im Mai 1947 ein gemeinsamer ‚Wirtschaftsrat‘ für die gesamte amerikanische und britische Zone ins Leben gerufen worden war, stimmte die SMAD schließlich auch der Bildung einer ständigen Wirtschaftskommission in der SBZ, der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) zu.⁹⁰ Um der Krise des Jahres 1947 zu begegnen, hatte die SMAD nach anderer Lesart schon am 4. Juni 1947 mit Befehl Nr. 138 eine Vereinbarung der wirtschaftlichen Zentralverwaltungen gebilligt und zu diesem Zweck die DWK installiert.⁹¹ Erst nachdem die westlichen Alliierten infolge des Scheiterns der Londoner Außenministerkonferenz Ende 1947 die Befugnisse des Frankfurter Wirtschaftsrates ausgeweitet hatten, wurde mit dem im Februar 1948 von der SMAD erlassenen Befehl Nr. 32 die DWK neu konstituiert, in der die wirtschaftlichen Zentralverwaltungen zusammengeführt waren. Diese erhielt ein allgemeines und verbindliches Weisungsrecht gegenüber den Landesverwaltungen sowie der Bevölkerung. Sie unterstand dem vormaligen Wirtschaftsminister Brandenburgs, Heinrich Rau. Bis zum Sommer 1948 schuf die DWK die Grundlagen der neuen Wirtschaftsordnung: Erstens wurde die Hierarchie in der Wirtschaftslenkung vereinheitlicht und zentralisiert und die wirtschaftspolitischen Kompetenzen der Länder de facto aufgehoben. Sie lagen inhaltlich nun bei

88 Siehe hierzu auch den Beitrag von Michael C. Bienert in diesem Band.

89 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 385.

90 So die Darstellung in ebd.

91 Zu dieser Sicht vgl. Steiner, Plan, S. 52–57.

der DWK und planungstechnisch bei ihrer Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung unter der Leitung von Bruno Leuschner (KPD/SED). Zweitens wurde die Laufzeit der Pläne ausgedehnt. Nach Rücksprache mit der SMAD entstand im Frühjahr 1948 ein Produktionsplan für das zweite Halbjahr 1948 und dann der Zweijahrplan 1949/50.⁹²

Seit dem Sommer 1947 konzentrierte sich die SED verstärkt auf das Entwicklungspotenzial der landeseigenen Betriebe. In Brandenburg bestanden bei der Einbeziehung der provinzeigenen Betriebe in das dreigliedrige Planungssystem zu diesem Zeitpunkt noch erhebliche Schwierigkeiten, denn in den Kreisplanungsausschüssen waren Handwerk und Privatindustrie durch die beiden Wirtschaftskammern oftmals besser vertreten als die organisatorisch „noch auf schwachen Füßen stehenden“ provinzeigenen Industrieverwaltungen.⁹³ Die provinzeigenen Betriebe arbeiteten mit teils hohen Verlusten und blieben in ihrer Leistungsfähigkeit noch weit hinter der Privatindustrie zurück. Deshalb bemühte sich die Landesregierung seit dem Herbst 1947 mit allen erdenklichen Mitteln darum, die Lage der landeseigenen Betriebe zu stabilisieren. Die Hilfe der Wirtschaftsabteilung des SED-Landesverbandes bestand dabei aber in der Hauptsache im personellen Auf- und Ausbau der Industrieverwaltungen. Ab Oktober 1947 erließen SMAD und SED ‚Maßnahmen zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität‘. Der desolate Zustand des industriellen Kapitalstocks sollte durch eine verstärkte Konzentration auf den Produktionsfaktor Arbeit ausgeglichen werden. Im Kern zielten die ‚Maßnahmen‘ auf den leistungssteigernden Einsatz der vorhandenen, sehr knappen Ressourcen mit einer klar erkennbaren Schwerpunktsetzung bei den landeseigenen Betrieben. Dem Handwerk und der privaten Kleinindustrie wurden nur Nebenrollen zugewiesen. Wichtigstes Instrument zur Durchsetzung der neuen wirtschaftspolitischen Akzentuierung war in Brandenburg das Gesetz zur Durchführung und Sicherung der Wirtschaftsplanung vom 12. Oktober 1947, das dem Minister für Wirtschaftsplanung weitgehende Verfügungsrechte über die materiellen Ressourcen des Landes einräumte und ihm dafür harte Sanktionierungsmittel an die Hand gab.⁹⁴ Weil auch diese Maßnahmen nicht viel an der desolaten wirtschaftlichen Lage zu ändern vermochten, legten Mitarbeiter des brandenburgischen Planungsministeriums zur Jahreswende 1947/48 ein Memorandum für sowjetische Entscheidungsträger vor, in dem die unhaltbaren Zustände schonungslos benannt wurden. Als für die Wirtschaftsplanung besonders kritische Punkte wurden darin die außerplanmäßigen Reparationsforderungen, die mangelhafte Abstimmung zwischen den Produktions- und Materialplänen sowie die unzureichende Brennstoffversorgung genannt. Sattler erklärt: „Angesichts der angespannten deutschlandpolitischen Lage herrschte bei den leitenden SED-Wirtschaftsfunktionären in Brandenburg, namentlich bei Heinrich Rau, trotz der komplexen Probleme ein wirtschaftspolitischer Zweckoptimismus vor. Grundlegende Zweifel an der prinzipiellen Richtigkeit des Versuchs, ein zentraladministratives Planungssystem zu etablieren, bestanden bei den Verantwortlichen nicht.“⁹⁵

92 Vgl. ebd. Zu Leuschner vgl. ebd., S. 267 f.; Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 945; Helmut Müller-Enbergs/Monika Kaiser, Bruno Leuschner, in: Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.), Wer war wer, Bd. 1: A–L, S. 521 f.

93 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 385 f.

94 Zit. nach ebd.

95 Ebd., S. 386.

2.6 Sequesterverfahren

Der in den Ländern und Provinzen der SBZ recht unterschiedlich gehandhabten „politischen Säuberung der Wirtschaft“ setzte die SMAD mit den Befehlen Nr. 124 und Nr. 126 vom 30. und 31. Oktober 1945 ein geregeltes Sequesterverfahren für „einige Eigentumskategorien“ entgegen. Sequesterkommissionen mit Vertretern der Parteien, Organisationen und Verwaltungen hatten per Einzelfallprüfung zu entscheiden, welches Unternehmen oder welche Inhaber zu den NS-Aktivisten und Kriegsgewinnlern zu zählen und somit zu enteignen seien. Während die Kommissionsmitglieder der SED und des FDGB die Kriterien der NS-Belastung großzügig auslegten, wollten die Vertreter der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) und der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (LDP) den Kreis der Betroffenen möglichst klein halten.⁹⁶ In der Konsequenz wurden in der Industrie eigentlich alle Großbetriebe und darüber hinaus weite Teile des Mittelstandes erfasst. Eine solche Änderung der sozialökonomischen Struktur entsprach exakt der Absicht der SED-Führung, wie Fritz Selbmann, Vizepräsident der sächsischen Landesverwaltung für Wirtschaft und Arbeit, in einer internen Funktionärsversammlung betonte: Es gehe nicht darum, ob jemand „belastet [sei] oder nicht, sondern es steht die Klassenfrage.“⁹⁷

Neben der Funktion der politischen Säuberung schuf das Sequesterverfahren wichtige Voraussetzungen für einen schrittweisen Wandel der sowjetischen Reparationspolitik.⁹⁸ Da der Wiederaufbau demontierter deutscher Anlagen in der Sowjetunion auf große Schwierigkeiten stieß, setzte ab dem Herbst 1945 ein Kurswechsel ein: Das in erster Linie von Georgi M. Malenkov verfolgte Ziel einer schnellen, umfassenden Demontage trat zugunsten der vor allem vom Volkskommissar für Außenhandel der UdSSR, Anastas I. Mikojan, vertretenen Konzeption verstärkter Entnahmen aus der laufenden Produktion mehr und mehr in den Hintergrund. „Mit dem Erlass der Sequestrierungsbefehle zeigte die Sowjetunion [...] deutlich ihre Bereitschaft, auch ohne alliierte Verständigung die Umwälzung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in ihrer Besatzungszone ein Stück voranzutreiben“, so Sattler.⁹⁹

Innerhalb der Brandenburger Provinzialverwaltung übernahm zunächst die Finanzabteilung die Verantwortung für die Umsetzung der Sequesterbefehle. Im November 1945 wurde dann eine wichtige Aufgabentrennung vorgenommen: Während der Abteilung Wirtschaft und Verkehr fortan die Erfassung und Betreuung der sequestrierten Betriebe übertragen wurde, ging die Verantwortung für die Erfassung und Verwaltung sämtlicher anderer Vermögenswerte auf die Finanzabteilung über. Hierunter fiel nicht zuletzt die Verwaltung des auf dem Gebiet Brandenburgs befindlichen Vermögens des Deutschen Reiches und Preußens. Die-

96 Steiner, Plan, S. 41 f.

97 Zit. nach ebd.

98 Vgl. ebd.; Jochen Laufer, Konfrontation oder Kooperation? Zur sowjetischen Politik in Deutschland und im Alliierten Kontrollrat 1945–1948, in: Alexander Fischer (Hrsg.), Studien zur Geschichte der SBZ/DDR (Schriftenreihe der Gesellschaft für Deutschlandforschung, Bd. 38), Berlin 1993, S. 57–80, hier S. 71; Karlsch, Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR, S. 64 f., 110–113; Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 254 f.

99 Ebd., S. 255.

se Aufteilung der Zuständigkeiten sollte dazu beitragen, Kompetenzstreitigkeiten zwischen den Abteilungen zu vermeiden.¹⁰⁰ Die Bestimmungen der beiden Sequesterbefehle waren so gehalten, dass sie im Grunde die Beschlagnahme fast jedes Betriebes ermöglichten. Da sich NS-Belastungen nicht immer zweifelsfrei nachweisen ließen, konzentrierte sich die KPD-Kreisleitung bald darauf, die ‚Herrenlosigkeit‘ von Betrieben nachzuweisen. Gelang ein solcher Nachweis, konnte das betroffene Unternehmen sofort in treuhänderische Verwaltung übernommen werden.¹⁰¹

Um die Weiterarbeit der Betriebe zu gewährleisten, setzten die staatlichen Stellen Treuhänder ein, die provisorisch die Leitung der Unternehmen übernahmen. Im November 1945 wurde bei der Provinzialverwaltung eine provinzweite Treuhandverwaltung etabliert. Diese richtete bei den vier Oberlandratsämtern entsprechende Außenstellen ein. Die Treuhandverwaltung führte nun auf Kreis- und Gemeindeebene eine Überprüfung der bislang eingesetzten Treuhänder hinsichtlich ihrer politischen Eignung und der fachlichen Qualifikation durch. Zudem galt es in vielen Fällen, die genauen Besitzverhältnisse in sequestrierten Betrieben zu klären.¹⁰² Eine erste Bestandsaufnahme ergab, dass die Treuhandverwaltung in Brandenburg im Frühjahr 1946 insgesamt 458 „industrielle Objekte“ zu verwalten hatte, von denen 351 als „arbeitende“ und 134 als „nichtarbeitende“ Betriebe eingestuft wurden.¹⁰³ Sattler konstatiert hierzu: „Verglichen mit der Bodenreform war mit der anrollenden Enteignungswelle in der gewerblichen Wirtschaft in Brandenburg also ein erheblich kleinerer Kreis ehemals wirtschafts- und gesellschaftspolitisch einflussreicher Personen betroffen, was nicht nur der gewachsenen Wirtschaftsstruktur, sondern auch den zahlreichen direkten Beschlagnahmen und der harten Demontagepolitik der Besatzungsmacht geschuldet war. Zahlreiche Betriebsinhaber waren bereits bei Kriegsende geflohen, andere fanden sich nach der Sequestrierung in sowjetischen Internierungslagern wieder.“¹⁰⁴ Von den 351 arbeitenden Betrieben waren 325 nach Befehl Nr. 124 sequestriert, 25 durch die Bodenreform enteignet und ein weiterer auf anderer Grundlage von der Treuhandverwaltung übernommen worden. Von den sequestrierten Betrieben gehörten 71 zur Metallurgie, Metallverarbeitung, Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, 15 zur chemischen Industrie, 71 zum Bereich Steine und Erden, 16 zur Keramik- und Glasindustrie, 51 zur Holzverarbeitung, 29 zur Textilindustrie und 72 zum Bereich Nahrungs- und Genussmittelproduktion. Den 485 treuhänderisch verwalteten ‚industriellen Objekten‘ standen etwa 2 000 sonstige, überwiegend private Betriebe gegenüber.

Im März 1946 umfasste die Liste der beschlagnahmten Betriebe bereits 561 Objekte, die aus Betrieben verschiedenster Wirtschaftsbranchen entstammten. Nach Auffassung von Paul Skleinski

100 Vgl. ebd., S. 258 f.

101 Für Beispiele vgl. die Überlieferung in: BLHA, Rep. 330, Nr. 121.

102 Rechenschafts- und Tätigkeitsbericht der Abt. Wirtschaft und Verkehr vom 21. Dezember 1945, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 98, Bl. 41–50, hier Bl. 46; Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 259.

103 Branchenmäßige Zusammenstellung der unter Treuhandverwaltung stehenden Betriebe in der Provinz Brandenburg, o. D. [vermutl. Februar 1946], in: BLHA, Rep. 206, Nr. 332, unfol.

104 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 259. Zu den Internierungs- und Speziallagern in Brandenburg vgl. den Beitrag von Andreas Weigelt in diesem Band.

(KPD/SED), der inzwischen an die Stelle von Hans Lauf als Leiter der Abteilung Wirtschaft und Verkehr der Provinzialverwaltung getreten war, konnte diese Liste als vollständig betrachtet werden.¹⁰⁵ Allerdings sind Aussagen darüber, welchen Anteil die sequestrierten Betriebe an der Gesamtzahl der Betriebe Brandenburgs hatten, schwierig zu treffen, weil Angaben zu Kapazitäten, Beschäftigten und Produktionsleistungen für diese Zeit fehlen. Gemessen an der Zahl von insgesamt 2952 registrierten Industriebetrieben machten die 561 sequestrierten Betriebe etwa 20 Prozent aus, die sich sehr unterschiedlich auf die Branchen verteilten.¹⁰⁶ Nach Angaben der brandenburgischen Treuhandverwaltung gab es im April 1946 insgesamt 62 Unternehmen mit Konzernverbindungen, über deren Intensität jedoch keine Aussagen gemacht werden konnten.¹⁰⁷

Am 3. Mai 1946 setzte Steinhoff die Oberbürgermeister und Landräte davon in Kenntnis, dass auch in Brandenburg ein Amt für Angelegenheiten der Sequestrierung und Beschlagnahme eingerichtet worden sei, das der im März gegründeten Zentralen Deutschen Kommission für Sequestrierung und Beschlagnahme (ZDK) zuarbeiten sollte. Dieses Amt sollte sequestrierte Betriebe in Eigentum der öffentlichen Hand überführen. Urproduktion, Kohlebergwerke, Chemiewerke und andere bedeutende Industrieunternehmen sollten den Landes- beziehungsweise Provinzialverwaltungen, Industriebetriebe mit nur ‚örtlichem Charakter‘ dagegen den Kreis- beziehungsweise Stadtverwaltungen übergeben werden. Handwerks- und Kleinbetriebe konnten an neue private Inhaber verkauft oder von Genossenschaften übernommen werden.

In Brandenburg waren es zunächst nur zehn Unternehmen, die zeitweilig, in drei Fällen auch dauerhaft, einer SAG angehörten; am 20. Juli 1946 verfügte Generalmajor Scharow ihre Übergabe. Eine Schwerpunktsetzung auf elektrotechnische und chemische Industrieunternehmen war selbst bei dieser geringen Zahl an Unternehmen klar zu erkennen. In diesen beiden Branchen lag der SAG-Anteil an der Bruttoindustrieproduktion der SBZ/DDR einschließlich Ost-Berlins in den folgenden Jahren mit Werten von durchschnittlich 38,7 Prozent (Elektrotechnik) beziehungsweise 55,8 Prozent (Chemie) signifikant hoch.¹⁰⁸ Von herausragender Bedeutung war hierbei die Übergabe des Werkes der Braunkohle-Benzin AG (Brabag) in Schwarzheide, des späteren Stammbetriebs der circa 18 000 Menschen beschäftigenden ‚SAG Synthese‘. Die Übernahme von zwei Elektrizitätswerken wurde bereits im November 1946 rückgängig gemacht. Gleichzeitig wurden ein Umspannwerk und zwei Hochspannungsleitungen nachträglich in sowjetisches Eigentum überführt. Auch der Friedländerschacht in Mückenberg wurde im November sowjetisches Eigentum. Bis auf die Elektrovakuum-Fabrik der AEG in Senftenberg, das Brabag-Werk in Schwarzheide und den Friedländerschacht in Mückenberg wurden sämtliche brandenburgischen SAG-Betriebe An-

105 BL/KPDBr., Abt. Wirtschaft an das ZS/KPD vom 2. März 1946 zur Übermittlung der von der Treuhandverwaltung der PVMBr. zur Verfügung gestellten Informationen zu den nach Befehl Nr. 124 sequestrierten Betrieben, in: BLHA, Rep. 330, Nr. 5, Bl. 40–60.

106 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 263.

107 PVMBr., Abt. Wirtschaft und Verkehr, Treuhandverwaltung, an die DZdI, vom 12. April 1946 betr. die im Land Brandenburg festgestellten Unternehmen mit Konzernverbindungen (gez. Uebel), in: BLHA, Rep. 206, Nr. 331, Bl. 118–127.

108 Karlisch, Die Reparationsleistungen der SBZ/DDR, S. 285.

fang 1947 in das Eigentum der Provinz übergeben.¹⁰⁹ Der Anteil Brandenburgs an den etwa 200 Industrieunternehmen, die bis Mitte 1947 in die SAG der SBZ eingingen, war nur gering und hatte nie das Gewicht wie etwa in der Provinz und im Land Sachsen.

Bei der Provinzialkommission waren bis Ende 1946 2 078 Anträge auf Betriebsenteignung eingegangen. In 1 300 Fällen wurde die Enteignung vollzogen, wobei sich in 80 Fällen die Besatzungsmacht die weitere Verwendung dieser Betriebe vorbehielt.¹¹⁰ Von den 1 220 formell bereits durch den Befehl Nr. 177/181 der SMA Brandenburg vom 5. August 1946 in das Eigentum der Provinz übergegangenen Betriebe wurden bis zum 31. Dezember insgesamt 961 Betriebe verschiedenen Körperschaften des öffentlichen Rechts übereignet. 547 davon gingen an die neu gegründeten ‚Provinzialbetriebe Mark Brandenburg‘ und 259 standen zum Verkauf an neue Privatbesitzer.¹¹¹

Die Zahl der von den ‚Provinzialbetrieben Mark Brandenburg‘ zu betreuenden Unternehmen änderte sich ständig. Auch Grundstücke und Sachwerte vollständig liquidierte Betriebe wurden der Provinz übereignet, weshalb die Treuhandverwaltung einige Mühe hatte, sich ein genaues Bild von der Anzahl der provinzeigenen Betriebe zu machen. Im August 1947 ergab sich für die Zahl der Betriebe und Beschäftigten in den Industrierwartungen der ‚Landeseigenen Betriebe Mark Brandenburg‘ folgendes Bild:

Anzahl der Betriebe und Beschäftigten in den Industrierwartungen der ‚Landeseigenen Betrieben Mark Brandenburg‘ im August 1947.¹¹²

Industrierwartung	Betriebe	Beschäftigte
Textil, Bekleidung, Leder	114	11 960
Eisen, Metall	156	11 421
Chemie, Papier (ab Mai 1947)	38	4 111
Bau, Steine, Erden, Keramik	88	3 117
Glas (ab Juni 1947)	19	3 154
Holz	75	2 860
Nahrung und Genussmittel	95	1 348
zusammen	585	37 971

109 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 271; PdS/SED-LVBr. vom 24. Februar 1947, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 23, Bl. 38–45.

110 Bericht über die im Laufe des Jahres 1946 durchgeführten Arbeiten innerhalb des Sachgebiets der Treuhandverwaltung vom 4. Januar 1947, gez. Adolphs/Weidenbach, in: BLHA, Rep. 206, Nr. 328, Bl. 44–46. Siehe weiterführend auch Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 280 f.; Torsten Hartisch, Die Enteignungen von „Nazi- und Kriegsverbrechern“ im Land Brandenburg. Eine Verwaltungsgeschichtliche Studie zu den SMAD-Befehlen Nr. 124 vom 30. Oktober 1945 bzw. Nr. 64 vom 17. April 1948 (Quellen, Findbücher und Inventare des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 7), Frankfurt am Main 1998, S. 48 f.

111 Der Rest ging an den FDGB, VdGB, an die Kreise und Gemeinden, an den Revisions- und Wirtschaftsverband der Konsumgenossenschaften sowie an andere Körperschaften.

112 Zahlen aus Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 282.

Neben den „Landeseigene[n] Betriebe[n] Mark Brandenburg“ mit etwa 38 000 Beschäftigten, der „Generaldirektion Landeseigene Bahnen“ mit 3 500 Beschäftigten und der „Generaldirektion Brandenburgisch-Mecklenburgische Elektrizitätswerke“ mit 3 300 Beschäftigten konstituierte sich in der zweiten Jahreshälfte 1947 auch der „Brandenburgische Bergbau – Landeseigene Betriebe“ mit 16 000 Beschäftigten.¹¹³ In der landeseigenen Industrie Brandenburgs waren Ende 1947 insgesamt 54 000 Menschen tätig. Das waren circa 40 Prozent aller Industriebeschäftigten des Landes, die mit 49 Prozent fast die Hälfte zum Brutto-Produktionswert des Landes beitrugen.¹¹⁴ Für das agrarisch geprägte Brandenburg war das ein erstaunlich hoher Wert.

**Beschäftigte und Brutto-Produktionswerte der landeseigenen Industrie
im Vergleich der Länder mit Stand Ende 1947.¹¹⁵**

Land	Beschäftigte	Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten (in Prozent)	Anteil am Bruttoproduktionswert (in Prozent)
Sachsen	190 000	25,3	ca. 31,0
Sachsen-Anhalt	110 000	26,3	ca. 27,0
Brandenburg	54 000	40,0	ca. 49,0
Thüringen	46 000	19,6	ca. 23,0
Mecklenburg	22 000	44,0	ca. 48,0
zusammen	422 000	26,6	ca. 30,2

Zum Jahreswechsel 1947/48 war ungeklärt, wem die enteigneten, aber nicht in das Profil der landeseigenen Industrieverwaltungen passenden Betriebe denn nun übergeben werden sollten. Anfang März 1948 kamen die Innen- und Wirtschaftsminister der Länder samt ihrer der SED angehörenden Abteilungsleiter bei der ZDK zusammen, um den endgültigen Abschluss des Sequesterverfahrens zu besprechen. Für Brandenburg konnte Otto Weidenbach (KDP/SED) als Leiter der Treuhandverwaltung stolz berichten, dass von den etwa 2 250 vor der Landeskommission behandelten Fällen betrieblicher Vermögenswerte nur 14 nicht einstimmig entschieden worden waren.¹¹⁶ Damit war das Ende der Sequestrierungen beschlossene Sache. Die SMAD bestätigte mit Befehl Nr. 64 vom 17. April 1948 dann auch formell und offiziell die Beendigung des Sequesterverfahrens. „Eine bloße Übergangslösung auf dem Weg zur umfassenden Verstaatlichung der gewerblichen Wirtschaft in der SBZ/DDR fand damit

113 Franz Seume, Organisationsformen der Industrie in der sowjetischen Besatzungszone, in: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (Hrsg.), Wirtschaftsprobleme der Besatzungszonen, Berlin (West) 1948, S. 203–267, hier S. 251 f.

114 Matschke, Industrielle Entwicklung, S. 227.

115 Zahlen aus ebd.; vgl. auch Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 286.

116 Protokoll der Besprechung der Innen- und Wirtschaftsminister mit der ZDK im Zentralhaus der Einheit am 4. März 1948 über die Beendigung der Sequestrierung, o. D. [1948], in: Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv [im Folgenden: SAPMO-BArch], NY 4182/958, Bl. 54–62.

ihren Abschluss“, bilanziert Sattler.¹¹⁷ Die Treuhandverfahren jedoch beschäftigten das Land noch eine ganze Weile.

Im Juni und Juli 1948 kam es allerdings zu einer Enteignungswelle gemäß Befehl Nr. 64 der SMAD. Dies betraf vor allem die Erfassung und Nacherfassung von Zweigniederlassungen und Beteiligungen. Der Ausschuss zum Schutze des Volkseigentums der DWK richtete Erfassungsschreiben an alle Landesregierungen.¹¹⁸ Die DWK sandte an die Landesregierung Brandenburg eine vierseitige Liste mit Unternehmen, „die bisher von der Enteignung nicht erfasst wurden“, und forderte dazu auf, diese systematisch zu registrieren. „Wir [die DWK, d. Verf.] machen aber nochmals darauf aufmerksam, dass – soweit es sich dabei um Beteiligungen handelt – eine Enteignung zunächst nur dann durchgeführt werden kann, wenn das bereits enteignete Unternehmen zu 100 Prozent beteiligt ist. Beträgt die Beteiligung nicht 100 Prozent, so werden vorerst die sich aus der Beteiligung ergebenden Rechte von den Rechtsträgern der volkseigenen Betriebe übernommen.“ Auf der Liste fanden sich so prominente Firmen wie die Berliner Kindl-Brauerei mit ihren Werken in Oranienburg, Mittenwalde und Erkner, weiterhin die Degussa in Frankfurt (Oder), der Mannesmann-Konzern mit Werken in Eberswalde (Fa. Seiffert & Co.), der Siemens-Konzern mit zahlreichen in ganz Brandenburg ansässigen Firmen, ebenso der Stinnes-Konzern oder auch die Schering AG mit Werken in Finow bei Eberswalde und Grundstücken in Wernsdorf/Mark. Aber auch Verkehrsunternehmen waren von dieser Welle betroffen, hier vor allem Kleinbahnen wie die Niederbarnimer Eisenbahn (die sogenannte Heidekrautbahn).¹¹⁹ Allein in der Zeit zwischen dem 1. Januar und 31. März 1951 wurden in Brandenburg gemäß Befehl Nr. 64 insgesamt 376 verschiedene Objekte von Enteignungen erfasst oder nacherfasst. Die meisten dieser Objekte, 291 an der Zahl, wurden im Zuge der Bodenreform registriert. Nacherfasst wurden 37 Objekte, die „durch Landesgrenzenänderung“ von Mecklenburg und Sachsen-Anhalt in brandenburgische Zuständigkeit fielen. 13 Objekte wurden wegen „Wirtschaftsstrafverfahren“ erfasst.¹²⁰ Damit aber war der Vorgang nicht abgeschlossen. Vielmehr standen noch zahlreiche weitere Objekte an, die „noch zu erfassen und zu verwerten“ seien: „Urteile mit Vorgängen bzw. Verfügungen liegen vor, jedoch konnten diese Objekte wegen Arbeitsüberlastung nicht realisiert werden: 1.) nach Wirtschaftsstrafverfahren circa 500, 2.) nach Bodenreform, circa 240, 3.) nach Befehl 201 circa 80, 4.) nach Befehl 201 (LG Chemnitz) circa 30, 5.) nach Tribunalurteilen circa 150, 6.) sonstige Erfassung (darunter Rechtsgeschäftlicher Erwerb, Nacherfassung durch Feststellungsbescheid Hüttenkombinat Ost etc.) circa 200 Vorgänge.“ Damit standen im April 1951 also noch etwa 1 200 Vorgänge zur Enteignung aus, die nur wegen „Arbeitsüberlastung“ der zuständigen Stellen bislang noch nicht ausgeführt worden waren. Überhaupt stand Brandenburg zu dieser Zeit quantitativ an der Spitze der vom Amte zum Schutz des Volkseigentums

117 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 292.

118 DWK, Ausschuss zum Schutze des Volkseigentums an alle Landesregierungen betr. Erfassung von Zweigniederlassungen und Beteiligungen der gemäß Befehl 64 enteigneten Betriebe vom 8. Juli 1948, in: BArch, DO 3/186, Bl. 2–6.

119 Ebd., Bl. 3–6.

120 LRBr/MdI an das MdI der DDR HA Amt zum Schutze des Volkseigentums, betr. Nacherfassung gemäß Befehl 64, Richtl. 1 Ziff. 2/2 vom 13. April 1951, in: ebd., Bl. 7 f.

bei den fünf Landesregierungen „wegen wirtschaftlichen Zusammenhangs oder Konzernzugehörigkeit“ erlassenen Feststellungsbescheiden, wie die folgende Tabelle zeigt:

Anzahl der von den Ämtern zum Schutze des Volkseigentums bei den fünf Landesregierungen im ersten Quartal 1951 wegen wirtschaftlichen Zusammenhangs oder Konzernzugehörigkeit nach Befehl Nr. 64, Richtlinie 1, Ziffer 2/2 erlassenen Feststellungsbescheide.¹²¹

	Produktionsbetrieb	andere Betriebe und Einrichtungen	Grundstücke	insgesamt
Sachsen	1	3	6	10
Sachsen-Anhalt	3	3	5	11
Thüringen	2	4	1	7
Mecklenburg	1	1	3	5
Brandenburg	17	1	19	37
insgesamt	26	12	32	70

Ende August 1950 existierten in allen Ländern der DDR insgesamt 937 Betriebe, die sich in Treuhandschaft befanden.¹²² Davon waren 97 Betriebe im Land Brandenburg angesiedelt. Die Einsetzung eines Treuhänders erfolgte dabei aus folgenden Gründen:

Anzahl der Treuhandbetriebe im Land Brandenburg, Stand: 28. August 1950.¹²³

Einsetzung des Treuhänders erfolgte wegen:	in Fällen:
Wirtschaftsvergehen	77
Wirtschaftsspionage	1
Ermittlungsverfahren	2
Verstoß gegen Gesetz vom 12. Oktober 1947	1
Strafanzeige	2
Kontrollratsgesetz Nr. 50	1
Unbekannt	1
Ohne Angaben	12
insgesamt	97

Der Hauptabteilung Justiz beim Ministerpräsidenten wurden vom Wirtschaftsministerium zur gleichen Zeit die Namen von 95 Treuhandbetrieben übermittelt, „zu denen später aus eigener

121 LRB/MdI an das MdI der DDR HA Amt zum Schutze des Volkseigentums Herrn Staatssekretär Warnke vom 20. April 1951, betr. Nacherfassung gemäß Befehl 64 Richtl. 1, Ziff. 2/2 und HA-Leiterbesprechung am 14. April 1951, in: ebd., Bl. 8.

122 Aktenvermerk „Aufschlüsselung der Treuhandbetriebe aller Länder in der DDR“ vom 28. August 1950, in: ebd., Bl. 101–103.

123 Ebd., Bl. 103.

Kenntnis noch 15 weitere Betriebe kamen.“¹²⁴ Mitte Januar 1951 stellte das Wirtschaftsministerium dem Justizministerium ein neues Verzeichnis zu, das 71 weitere „bisher noch nicht genannte Treuhandbetriebe umfasste, so dass sich die Liste der zu kontrollierenden Verfahren nunmehr auf 181 belief.“ Bis zum 15. Februar 1951 waren von den 110 bis Ende November 1950 gemeldeten Verfahren, bei denen Betriebe unter Treuhänderschaft gestellt wurden, insgesamt 75 von der Justiz erledigt. 53 Fälle waren durch „rechtskräftiges Urteil“ entschieden, in drei Fällen wurde das Verfahren eingestellt, nur ein Verfahren wurde durch die Übernahme durch das Brandenburgische Wirtschaftsministerium gelöst und in zwei Fällen wurde die Aufhebung der Treuhänderschaft verfügt; in beiden Fällen allerdings durch Konkurs des Unternehmens.¹²⁵

3. Etablierung der Planwirtschaft, 1948–1952

3.1 Kapital, Banken und Währungsreform

Die „geräuschlose Kriegsfinanzierung“¹²⁶ der Nationalsozialisten hatte die Geldmenge von 1939 bis Ende April 1945 auf das Siebenfache gesteigert.¹²⁷ Diese Entwicklung stand im Widerspruch zum deutlich gesunkenen realen Sozialprodukt. Die damit drohende Inflation war im ‚Dritten Reich‘ nur durch eine strikte Preisregulierung aufgehalten worden, und die sowjetische Besatzungsmacht setzte diesen Kurs mit ihrem Preisstopp auf dem Niveau des Jahres 1944 fort. Noch während der letzten Kriegstage befahl der sowjetische Kommandant in Berlin, alle Bankgeschäfte einzustellen. Und auch an anderen Orten der SBZ ergingen gleichlautende Befehle und Anweisungen. Bis auf wenige Ausnahmen wurden alle Banken in der SBZ geschlossen und zugleich auf Befehl der SMAD in den Ländern und Provinzen je eine Landes- oder Provinzialbank eingerichtet.¹²⁸ Dadurch sollten die drohende Inflation eingedämmt, Geldmittel eingefroren und ein Run der Anleger auf verbliebene Kassenbestände verhindert werden. Weil auch die anderen Besatzungsmächte Besatzungsgeld in Umlauf brachten, wurde der Bargeldumlauf noch weiter aufgebläht. Hinzu kamen große Mengen an Giralgeld. Bar- und Giralgeld zusammen bildeten ein Geldvolumen, das, so die Schätzung André Steiners, „1948 zwischen 170 und 190 Mrd. RM betragen haben dürfte.“¹²⁹

124 LRBr/MdJ, HA Justiz, Bericht über das Ergebnis der 1) Treuhandverfahren, 2) Verfahren wegen Nichterfüllung des Ablieferungssolls vom 22. Februar 1951, gez. Hoeniger, in: BLHA, Rep. 212, Nr. 804, Bl. 1–3.

125 Ebd., Bl. 3.

126 Vgl. hierzu Adam Tooze, *Ökonomie der Zerstörung. Die Geschichte der Wirtschaft im Nationalsozialismus*, München 2007.

127 Zur Währungsreform vgl. Steiner, Plan, S. 53–57; Burghard Ciesla, *X-Tage. Die Währungsreformen in Deutschland 1948*, Erfurt 2008; Frank Zschaler, *Die vergessene Währungsreform. Vorgeschichte, Durchführung und Ergebnisse der Geldumstellung in der SBZ 1948*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte [im Folgenden: VfZ] 45 (1997), H. 2, S. 191–224; Tatiana Nekrasova, Konferenzbericht „Währungsreform, Berlin-Blockade, Spaltung. Weichenstellung für Nachkriegsdeutschland 1948“ (Deutsch-russische Historikerkonferenz in Moskau, 19.–20. Juni 2008), in: Deutschland Archiv 41 (2008), S. 905–907.

128 Steiner, Plan, S. 54.

129 Ebd.

Der Bestand der Spareinlagen in den Ländern der SBZ entwickelte sich wie folgt (Beträge in Millionen RM):

**Der Spareinlagenbestand der Sparkassen in der SBZ in Millionen RM,
Stand: Jahresende 1947.¹³⁰**

	1933	1936	1938	1943	1946	1947
SBZ insges.	2.753,6	3.386,2	4.270,9	14.863,2	2.141,2	2.546,9
Brandenburg	435,3	562,4	711,5	2.702,4	152,6	199,0
Mecklenburg	187,1	248,6	327,0	1.044,1	47,7	71,7
Sachsen-Anhalt	595,6	740,8	968,3	3.439,4	553,4	699,2
Thüringen	394,9	478,3	617,2	2.149,7	333,4	393,4
Sachsen	1.140,6	1.358,7	1.646,9	5.527,6	1.054,1	1.223,6

Brandenburg gehörte zu den Ländern auf dem Gebiet der SBZ/DDR, die die geringsten Spareinlagen aufwiesen. Die langsamere Erhöhung der Bestände nach dem Krieg war auch eine Folge der geringeren Industrialisierung. Die durchschnittlichen Einlagen im Spar- und Giroverkehr der Sparkassen entwickelten sich im gleichen Zeitraum folgendermaßen:

**Durchschnittliche Einlagen im Spar- und Giroverkehr der Sparkassen in der SBZ in RM,
Stand: Jahresende.¹³¹**

	1933	1936	1938	1943	1946	1947
Durchschnittliche Einlage						
1. Sparbuch						
SBZ insgesamt	313	365	422	1.040	580	631
Brandenburg	–	–	448	–	540	648
Mecklenburg	–	–	476	–	528	593
Sachsen-Anhalt	–	–	434	–	636	678
Thüringen	–	–	423	–	517	552
Sachsen	–	–	393	–	585	637
Durchschnittliche Einlage						
2. Guthabenkonto						
SBZ insgesamt	865	1.010	1.116	2.500	2.133	1.989
Brandenburg	–	–	1.071	–	2.272	2.138
Mecklenburg	–	–	727	–	2.357	1.923
Sachsen-Anhalt	–	–	1.055	–	2.056	2.061
Thüringen	–	–	1.040	–	2.106	1.922
Sachsen	–	–	1.265	–	2.159	1.922

130 Der Spareinlagenbestand der Sparkassen in der SBZ in Mio. RM, Stand Jahresende, in: BArch, DN1/35843, unfol.

131 Durchschnittliche Einlagen im Spar- und Giroverkehr der Sparkassen in der SBZ in RM, Stand Jahresende, in: ebd., unfol.

Der Widerspruch zwischen der aufgeblähten Geldmenge und der zur Verfügung stehenden Warenmenge belebte die Schwarzen und Grauen Märkte, auf denen deutlich höhere Preise als die amtlich kontrollierten erzielt werden konnten. Infolgedessen waren immer weniger Waren zu den kontrollierten Preisen erhältlich. Die Reichsmark wurde als Zahlungsmittel zunehmend abgelehnt, und es entstanden Nebenwährungen, etwa Zigaretten und Tabak, die die Geldfunktion besser erfüllten. Somit war auch der amtlich Preisstopp nicht mehr zu halten und die Großhandelspreise stiegen bis zur Währungsreform im Juni 1948 gegenüber 1944 um 22 Prozent, wobei sich Investitionsgüter stärker verteuerten (60 Prozent) als Konsumgüter (27 Prozent).¹³² Der Geldüberhang und die fehlende Akzeptanz der Reichsmark als Zahlungsmittel machten eine Währungsreform zwingend erforderlich.

Als die Westalliierten am 17. Juni 1948 für den 20. Juni eine Währungsreform in den Westzonen ankündigten, verbot die Sowjetunion die Zirkulation des neuen Westgelds in der SBZ. Allerdings mussten nun für die SBZ schleunigst Maßnahmen ergriffen werden, da sonst die Gefahr bestand, dass die im Westen wertlose Reichsmark in die SBZ fließen würde. Die in zwei Schritten durchgeführte Währungsreform der SBZ begann am 24. Juni 1948 und trat zwischen dem 25. und 28. Juli in eine weitere Phase ein. Nach Abschluss der Reform umfasste der Bargeldumlauf etwa 15 Prozent der abgelieferten Altbargeldmenge, was einem Abwertungsverhältnis von nur 6,8:1 entsprach; angestrebt waren jedoch 10:1. Das Umwertungsverhältnis des Giralgelds betrug 8,0:1 und das des Geldumlaufs 7,5:1.¹³³ Die Währungsreform in der SBZ trieb, indem sie massiv die staatlichen Betriebe begünstigt hatte, die Entwicklung zur Planwirtschaft weiter voran. Auch das Banken- und Finanzsystem wurde im Anschluss an die Reform entsprechend umgebaut. Seit Juli 1948 fungierte die Deutsche Notenbank als Zentralbank und hatte den Auftrag, „die Wirtschaftsplanung mit den Mitteln der Geld- und Kreditpolitik aktiv zu unterstützen.“¹³⁴

3.2 Kompensationsgeschäfte, Interzonenhandel und Handelsstruktur

Die Wirtschaftsstruktur der SBZ machte den Handel mit den anderen Teilen Deutschlands und dem Ausland zwingend erforderlich.¹³⁵ Das Fehlen von Steinkohle, Eisen und Stahl war der entscheidende Schwachpunkt in der Struktur der SBZ-Wirtschaft. Wirtschaftshistorisch gesehen ist an der Tatsache, dass Wirtschaftsbranchen, bedingt durch historische Prozesse, Standortfaktoren und wirtschaftspolitische Entscheidungen, regional ungleich verteilt waren, nichts Außergewöhnliches. Solange die Verflechtungsbeziehungen im gesamten Wirtschaftsraum funktionierten, führte dieser Effekt sogar zu erhöhter Produktivität. Je mehr sich

132 Vgl. Steiner, Plan, S. 54 f.

133 Zahlen aus ebd., S. 56.

134 Zit. nach ebd., S. 57.

135 Vgl. ebd., S. 20 und dort die Tabelle auf S. 21. Vgl. hierzu im Überblick Ralf Ahrens, Außenwirtschaftspolitik zwischen Ostintegration und Westverschuldung, in: Dierk Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung in der SBZ/DDR. Akteure, Strukturen, Verwaltungspraxis (Wirtschaftspolitik in Deutschland 1914–1990, Bd. 3), Berlin/Boston 2016, S. 510–590.

jedoch die Beziehungen zwischen den ehemaligen Alliierten verschlechterten und die Westzonen und die SBZ sich abzuschotten begannen, desto negativer wirkten sich diese Disproportionen in der Wirtschaftsstruktur aus. Der Zusammenschluss der westlichen Zonen zur Bi- und später zur Trizone (1947/48) brachte wirtschaftlich gesehen eine deutliche Stabilisierung und Zunahme der Wirtschaftskraft: Westdeutschland war wirtschaftlich homogener, von vornherein weniger auf den innerdeutschen Handel angewiesen und eher in der Lage als die SBZ, aus der Teilung resultierende Defizite auszugleichen. Die Wirtschaftsordnung, die in der SBZ errichtet wurde, wirkte sich indes eher hemmend auf den Außenhandel aus.

Auch Kompensationsgeschäfte spielten hierbei eine Rolle. Zu unterscheiden ist zwischen Kompensationen zwischen Betrieben und zwischen Besatzungszonen. Zwischen Betrieben waren in der Nachkriegszeit Tauschverhältnisse und Kompensationsgeschäfte stark ausgeprägt. Die Betriebe gaben ihre Produkte gegen Lebensmittel für die Beschäftigten oder Rohstoffe ab, um die Produktion aufrechtzuerhalten. Obwohl der Tausch- und Kompensationshandel unzulässig und strafbar war, konnte zunächst nicht darauf verzichtet werden. Noch 1948 wurden nach einer Schätzung in Sachsen 25 Prozent der industriellen Gebrauchsgüter über den Schwarzen Markt oder Kompensationsgeschäfte umgesetzt.¹³⁶ Auch der innerdeutsche Handel war auf Kompensationsgeschäfte angewiesen, die sich zum Teil in der Grauzone zur Illegalität bewegten. Hierbei ging es in erster Linie um Vieh und Saatgut.

Der Anteil der einzelnen Länder und Provinzen der SBZ am Interzonenhandel war ihrer wirtschaftlichen Struktur entsprechend sehr unterschiedlich. Im Allgemeinen waren die Länder mit industriellem Unterbau der Wirtschaft stärker am Gesamtumsatz beteiligt als die Länder mit überwiegend landwirtschaftlichem Charakter. So hatten zwischen 1945 bis 1948 Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen aufgrund ihrer Industrieerzeugnisse gegenüber Mecklenburg und Brandenburg den Vorrang, obwohl bei den beiden letztgenannten Ländern die Auffüllung des Viehbestandes außerordentliche Einfuhren von lebendem Vieh aus den Westzonen notwendig machte, wofür von ihnen als Gegenlieferung größere Mengen landwirtschaftlicher Produkte (Getreide, Kartoffeln und Zucker) zur Verfügung gestellt wurden. In Brandenburg, das am wenigsten am Interzonenhandel der SBZ beteiligt war, bestanden die Bezüge des Jahres 1947 zu zwei Dritteln aus lebendem Vieh. Weitere Anteile entfielen auf die Gruppen Kohlen und Koks, Metallurgie und Maschinen. Unter den Lieferungen waren land- und nahrungswirtschaftliche Produkte, Braunkohle, Zellwolle, Papier sowie Glaswaren und keramische Artikel besonders wichtig.¹³⁷

Nach Inkrafttreten des Mindener Abkommens 1947, in dem sich die Militärverwaltungen der Bizone und der SBZ erneut auf einen befristeten Interzonenhandel verständigten, setzte

136 Vgl. Steiner, *Die Deutsche Wirtschaftskommission*, S. 86; Sattler, *Wirtschaftsordnung*, Teilbd. 1, S. 219 f.; Herbert Wolf/Friederike Sattler, *Entwicklung und Struktur der Planwirtschaft der DDR*, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), Bd. II/4, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 2889–2940, hier S. 2900 f.

137 MdF [Ministerium der Finanzen], Abt. Außenhandel Interzonenhandel: Übersicht zum Interzonenhandel vom 1. Mai 1948, gez. Witt (Sachbearbeiter), in: BArch, DN 1, Nr. 35843, unfol.

mit der am 1. Januar 1948 eingeführten einheitlichen Regelung für Warenbegleitscheine eine weitere Erleichterung des innerdeutschen Handels ein. Zur weiteren Förderung des Interzonenhandels wurde zeitgleich dem Brandenburgischen Industrie-Kontor mit Sitz in Potsdam ein Interzonen- und Außenhandelsbüro angeschlossen. Dieses Büro hatte die Aufgabe, die Verbindung der westdeutschen, am Interzonenhandel interessierten Firmen mit Brandenburg herzustellen.¹³⁸ Die HA Innerdeutscher Handel, Außenhandel und Materialversorgung (HAIAM) war dem Ministerpräsidenten Steinhoff direkt unterstellt. 1947 wurde die Abteilung Innerdeutscher Handel als Unterabteilung des Brandenburgischen Industriekontors (BIK) aufgebaut. Ihre Aufgabe bestand darin, als nachgeordnete Handelsorganisation der HAIAM rechtsverbindlich Geschäfte mit Westdeutschland anzubahnen und unter Mitwirkung der Landesregierung abzuschließen und abzuwickeln. Sie war, vergleichbar mit der Deutschen Handelszentrale (DHZ) im Binnenhandel, das operative Organ für den Handel mit Westdeutschland.¹³⁹ Während der ersten Berlinkrise und der doppelten Währungsreform kam der innerdeutsche Handel indes fast zum Erliegen. Infolge der Stagnation und der einsetzenden Zentralisierung des innerdeutschen Handels durch Schaffung der Gesellschaft Innerdeutscher Handel in Ost-Berlin löste man in den anderen Ländern der SBZ die dort bestehenden operativen Handelsorgane auf. Das versetzte Brandenburg gegenüber anderen Ländern in die Lage, „auf die Mithilfe privater Großhändler verzichten [zu] können.“ Zudem konnte so „die Funktion des Großhandels ohne Belastung der Geschäfte durch Handelsspannen“ erfüllt werden.¹⁴⁰

Für Brandenburg besonders wichtige Exportartikel waren Glaswaren (Wirtschafts- und Verpackungsglas, technisches Hohlglas, medizinische Flaschen) und Keramikprodukte. Fensterglas durfte im Land Brandenburg nicht hergestellt werden. „Weil es aber trotzdem gebraucht wird“, so die interne Wirtschaftsanalyse der HA Wirtschaftsplanung, „erscheint die Auflage hierzu unter ‚Sonst. Wirtschaftsglas‘ mit einer Menge von 20 000 m² und einem Wert von 104.000 DM. Dies ist ausschließlich Fensterglas.“¹⁴¹ Daher war es schwierig, mit diesem für Brandenburg so wichtigen Exportartikel überhaupt handeln zu können. Möglichkeiten dazu boten sich unter anderem über den Weg des Mindener Abkommens, über Handelskontingente im Messe-Zusatz-Abkommen, aber teilweise auch über die freie Vereinbarung von Gegenlieferungen. Allein über solche „freien Vereinbarungen von Gegenlieferungen“ verkaufte Brandenburg im Jahre 1947 Glas und Keramik im Wert von über 178.000 RM nach Schles-

138 Vgl. Amt für Interzonen- und Außenhandel an den Senat der Hansestadt Hamburg, Verwaltung für Wirtschaft und Verkehr – Abt. Interzonenhandel vom 2. Januar 1948, in: BLHA, Rep. 202B, Nr. 345, unfol.

139 Hauptabteilung Innerdeutscher Handel, Außenhandel, Materialversorgung [im Folgenden: HAIAM], Begründung zur Übernahme der Abteilung Innerdeutscher Handel des Brandenburgischen Industriekontors GmbH iL. zum staatlichen Vertragskontor vom 11. Juli 1950, in: BLHA, Rep. 202A, Nr. 444, Bl. 161–164 und passim.

140 Ebd.

141 Wirtschaftsplanung Abt. Zusammenfassende Planung, Analyse der Industrieproduktion der landesgesteuerten Betriebe im I. Q. 1949 vom 19. Mai 1949, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 724, Bl. 14.

wig-Holstein.¹⁴² Das schleswig-holsteinische Ministerium für Wirtschaft und Verkehr hatte großes Interesse an Brandenburger Waren und regte an, den Interzonenhandel möglichst zu intensivieren.¹⁴³ Mit Bayern versuchte Brandenburg einen Austausch von Kapillärsirup gegen dringend benötigte Alete-Milch herbeizuführen. Da der Bedarf an diesem Kindermilcherzeugnis in der Bizone aber sehr groß war, kam kein Handel zustande.¹⁴⁴ Insgesamt war es für die brandenburgische Wirtschaft allerdings noch schlimmer, dass nach dem Mindener Abkommen vom 18. Januar 1947 und der neuen Eisen- und Stahlbewirtschaftung in der Bizone der Warenverkehr in Halb- und Fertigfabrikaten aus Eisen und Stahl zum Erliegen kam. Am 1. Januar 1948 setzte die SMAD alle Maschinen- und Maschinenersatzteile auf die Liste der Vorbehaltsgüter.

Zu diesem Zeitpunkt war die SBZ bereits stark von Rohstoffzufuhren aus der Sowjetunion und Südosteuropa abhängig und begann, sich im Außenhandel vermehrt dem ost- und südosteuropäischen Raum zuzuwenden. Dies war vor allem auf politische und weniger auf wirtschaftliche Gründe zurückzuführen: auf die ordnungspolitischen Weichenstellungen in Ostdeutschland, die getrennten Währungsreformen in West und Ost 1948 sowie die sowjetische Berlin-Blockade und die westlichen Gegenmaßnahmen. Darüber hinaus waren west- und nordeuropäische Länder immer weniger bereit, Industriegüter zu importieren, da sie nicht über US-Dollar verfügten, mit denen sie die Importe zu bezahlen hatten. Außerdem begann man in Westeuropa damit, die Handelsbeziehungen zu liberalisieren – eine Tendenz, die in der SBZ aufgrund ihres Außenhandelsregimes nicht zu beobachten war.¹⁴⁵

Die wichtigste Institution im Interzonenhandel wurde schnell die Osthandelsgesellschaft m. b. H. mit Sitz in Potsdam-Babelsberg. Um die großen Warenlieferungen im innerdeutschen Handel zu bewältigen, besaß sie eine eigene LKW-Transportflotte in Verantwortung der Brandenburgischen Transport Union.¹⁴⁶

Der innerdeutsche Handel wurde immer wieder von Unsicherheiten begleitet. Weil er zu meist nicht vertraglich geregelt war und in der Regel von Privatunternehmen betrieben wurde, galt er de jure als ‚illegal‘, obwohl Handel und Wirtschaft in Brandenburg, wie in der gesamten SBZ/DDR, darauf angewiesen waren. Die Akteure bewegten sich also meist in den Grauzonen zur Illegalität. Mehrere Mitarbeiter der Osthandelsgesellschaft m. b. H. wurden im Oktober 1949 wegen Wirtschaftsvergehen gerichtlich bestraft. Ausnahmen bei Handelsabkommen waren zum Beispiel das zwischen der französischen und der sowjetischen Mi-

142 Volkseigene Betriebe Brandenburg, Industrieverwaltung Glas, an die LRBr – Amt für Interzonenhandel, betr. Landeswirtschaftsamt Schleswig-Holstein vom 31. März 1948, in: BLHA, Rep. 202B, Nr. 345, unfol.

143 LR Schleswig-Holstein, Ministerium für Wirtschaft und Verkehr an die LRBr – Minister für Wirtschaftsplanung vom 15. Januar 1948, in: ebd., unfol.

144 Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft an die LRBr – Abt. Handel und Versorgung, betr. Austausch von Kapillärsirup gegen Alete-Milch vom 9. April 1948, in: ebd., unfol.

145 Vgl. Steiner, Plan, S. 63 f.

146 Geschäfte und Strafverfolgung der Osthandelsgesellschaft m. b. H. Potsdam-Babelsberg, in: BLHA, Rep. 202B, Nr. 348, unfol. Abb. 1 aus ebd.



Abb. 22: LKW der Brandenburgischen Transport Union, nach 1948.

litärregierung am 20. September 1946 abgeschlossene Handelsabkommen ‚Sofra‘ und das sogenannte Braba-Abkommen zwischen Brandenburg und Rheinland-Pfalz.¹⁴⁷

Die planmäßigen Exporte des Landes Brandenburgs betrugen im Jahr 1949 58,2 Millionen Deutsche Mark (DM). Davon entfielen auf die Landesbetriebe 37,1 Millionen DM und auf die zonalen Betriebe 21,1 Millionen DM.¹⁴⁸ Die in Bezug auf Menge und Wert wichtigsten exportierten Warensorten Brandenburgs waren Briketts, Paraffin, Spiritus, Glas, Zement, Blechspielwaren, Dieselmotoren, Vulkanfiber, vier Heißdampflokomotiven und große Mengen an Holz. Wichtigster Handelspartner Brandenburgs war und blieb Nordrhein-Westfalen.

Im innerdeutschen Handel auf Dauer erfolgreich zu sein, verlangte auch von den Brandenburger Firmen eine Spezialisierung auf diesem Gebiet. Den einzelnen Betrieben war es nicht möglich, die Besonderheiten und steten Veränderungen des westdeutschen Marktes, die sich immer wieder ändernden Vorschriften sowie den differenzierten Aufbau des bundesdeutschen Preissystems zu verstehen. Dies gelang Brandenburg stattdessen in erster Linie dank der HAIAM. Beispielsweise wurden im ersten Halbjahr 1950 auf dem Textil-Sektor durch die

147 Vgl. hierzu die Überlieferung in: BLHA, Rep. 202B, Nr. 348, unfol.; Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 717.

148 Der Ministerpräsident des Landes Brandenburg, HA Interzonen- und Außenhandel: Planmäßige Exporte des Landes Brandenburg im I–IV Quartal 1949 vom 3. Januar 1950, in: BLHA, Rep. 202A, Nr. 444, Bl. 2–4.

Abteilung Innerdeutscher Handel des BIK Veredelungsverträge mit einem Hin- und Rückwert von über 3,5 Millionen DM abgeschlossen. Damit traten die Forster und Cottbuser Textilindustrien erstmals seit Kriegsende in nennenswertem Umfang auf dem bundesdeutschen Markt in Erscheinung. Verbliebene Rohstoffüberhänge kamen der Lausitzer Tewa-Industrie zugute. Charakteristisch am Interzonen- und innerdeutschen Handel war, dass etwa 60 Prozent aller Warenumsätze durch Einzelabschlüsse zwischen Produzenten und Abnehmern getätigt wurden. Hier zeigte sich die Brandenburger HAIAM als besonders rührig. Dennoch wurde auch sie, wie bereits zuvor das BIK, nach 1950 aufgelöst.

Möglichkeiten zum direkten innerdeutschen Handelskontakt bestanden auch über die Leipziger Messe. Auf der Leipziger Frühjahr- und Herbstmesse 1950 konnten die Vereinigungen Volkseigener Betriebe (VVB) des Landes beachtliche Umsätze beim Handel mit der Bundesrepublik erzielen. In den VVB-Bereichen Chemie-Papier, Metall, Glas und Keramik, Holz, Textil und Leder sowie Nahrungs- und Genussmittel wurden auf der Herbstmesse Abschlüsse von über 606.000 DM mit der Bundesrepublik getätigt.¹⁴⁹

Anfang der 1950er Jahre wurde zudem das Außenhandelsmonopol als „charakteristisches Element der Planwirtschaft“ durchgesetzt.¹⁵⁰ Nur der Staat durfte von nun an Außenhandelsgeschäfte einschließlich Devisentransaktionen (Valutamonopol) durchführen. Das Außenhandelsministerium und staatliche Außenhandelsbetriebe waren allein für den Ex- und Import zuständig. Darüber hinaus wurden die Preise im Inland von den Preisen auf den Außenmärkten getrennt und die Binnenwährung konnte nicht gegen ausländische Währungen eingetauscht werden. Staatlich monopolisiert wurde der private Zahlungsverkehr mit dem Devisenaußenland, und Devisentransaktionen der Wirtschaft wurden vollständig zentralisiert. Mit dem Außenhandels- und Valutamonopol sollte in erster Linie die Binnenwirtschaft vor unkalkulierbaren und unerwünschten äußeren Einflüssen geschützt werden. Das bedeutete aber zugleich auch, dass die Betriebe nicht mehr im internationalen Wettbewerb standen. Steiner: „Schon bald kannten sie nicht mehr die Nachfragebedingungen für ihre Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und hatten auch keinen Anreiz, sich darüber zu informieren oder ihre Produkte entsprechend anzupassen. Sie wurden ihnen ja ohnehin und zu den geplanten Preisen abgenommen. Das reduzierte den Zwang zur Innovation und mittelfristig die internationale Konkurrenzfähigkeit.“¹⁵¹

149 Der Leiter der HA Industrie, gez. i. V. Behrendt, an das Büro des MP, betr. Getätigte Umsätze auf der Leipziger Frühjahr- und Herbstmesse 1950, in: ebd., Bl. 181. Zur wirtschaftlichen und politischen Bedeutung der Leipziger Messe innerhalb der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz vgl. Christiane Fritsche, Schaufenster des „Wirtschaftswunders“ und Brückenschlag nach Osten. Westdeutsche Industriemessen und Messebeteiligungen im Kalten Krieg (1946–1973), München 2008; Jana Wüstenhagen, Staatsveranstaltung und Familienfest. Die DDR und die Leipziger Messe, in: ZfG 5 (2000), S. 423–439; Hartmut Zwahr/Thomas Tofstedt/Günter Bentele (Hrsg.), Leipzigs Messen 1497–1997. Gestaltwandel, Umbrüche, Neubeginn, 2 Teilbde., Köln u. a. 1999.

150 Steiner, Plan, S. 62.

151 Ebd., S. 62 f.

3.3 Der Zweijahrplan im Land Brandenburg

3.3.1 Die Einführung des Zweijahrplans

Der Übergang zur Zweijahrplanung war ein weiterer Schritt der SED zur dauerhaften Einführung der Planwirtschaft. Für die Partei stellte die staatliche Kontrolle ein wichtiges Instrument zur gezielten Verschärfung des ‚Klassenkampfes‘ beim Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung dar, wie Ulbricht selbst im Herbst 1948 ausführte. Mit Hilfe des Zweijahrplans 1949/50, den die SED-Spitze im Sommer 1948 bei der DWK in Auftrag gab, sollte innerhalb von 24 Monaten das endgültige Übergewicht des volkseigenen Sektors über die privaten Betriebe in Handwerk, Gewerbe und Industrie erreicht werden.¹⁵²

Die Probleme der Wirtschaftslenkung, also vor allem das Informations- und das Anreizproblem, begleiteten die Staats- und Parteiführung dabei von Anfang an. Freilich wurden diese bekannten Schwierigkeiten als Kinderkrankheiten abgetan. Neben dem Anreizproblem kämpfte man 1948 bei dem Versuch, die Wirtschaft zentral zu lenken, auch mit der Schwierigkeit, dass sowjetische Stellen ihre Vorgaben willkürlich änderten oder Produkte und Ausrüstungen beschlagnahmten. Dennoch gingen die ostdeutschen Akteure von teils illusorischen Vorstellungen der wirtschaftlichen Planbarkeit aus. Minister Selbmann äußerte sich darüber beispielsweise so: „Planwirtschaft [ist], wo die Produktion von unten, von vorn bis hinten durch Pläne geregelt wird, wo jeder Wirtschaftsvorgang, Rohstoffbeschaffung, Transport, Verarbeitung im Betrieb, Absatzregelung durch Pläne vorher bestimmt wird.“¹⁵³ Solche Vorstellungen einer totalen Planung ließen sich aber in der Realität nicht umsetzen, allein schon aufgrund der Komplexität der Volkswirtschaft. Dass es aber dennoch versucht wurde, hing damit zusammen, dass die SED ihre Herrschaft und deren Legitimierung mit dem Erfolg der Wirtschaftsplanung verknüpfte. Die sich bis 1947 verschlechternde wirtschaftliche Lage der SBZ war auch der Grund dafür, die Lenkungsprozesse immer stärker zu zentralisieren. Im Zentrum stand die DWK, die für 1948 erstmalig einen zentralen Produktions- und einen zentralen Bedarfsplan ausarbeiten sollte. Dies spiegelte sich auch auf Länderebene wider.

Über die laufenden Vorbereitungen der Landesregierung Brandenburgs für die Umsetzung des Zweijahrplans 1949/50 erstattete Ministerpräsident Steinhoff dem DWK-Vorsitzenden Rau im August 1948 ausführlich Bericht. In Brandenburg war die Zuständigkeit für die allgemeine Wirtschaftsplanung inzwischen, auf Druck der DWK, aus dem Ministerium für Wirtschaftsplanung ausgegliedert und in Form einer neuen, selbstständigen Hauptabteilung Wirtschaftsplanung direkt dem Ministerpräsidenten zugeordnet. In Vorbereitung auf den Zweijahrplan wurde die Wirtschaftsverwaltung der Länder aber nicht nur in struktureller und funktionaler Hinsicht verändert, es kam auch zu tiefgreifenden Umgestaltungen

152 Vgl. Der deutsche Zweijahrplan für 1949–1950. Der Wirtschaftsplan für 1948 und der Zweijahrplan 1949–1950 zur Wiederherstellung und Entwicklung der Friedenswirtschaft in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin (Ost) 1948, S. 145–197.

153 Zit. nach Steiner, Plan, S. 59.

im Personalbestand. Zugunsten des schnell expandierenden Apparates der DWK, die ihren Mitarbeiterstab von etwa 5 000 Personen Mitte 1948 innerhalb eines halben Jahres auf 10 000 Personen im Januar 1949 verdoppelte, erfuhren die Landesregierungen eine deutliche Schwächung.¹⁵⁴ Der bisherige Leiter der Brandenburger Wirtschaftsplanung, Ernst Scholz (KPD/SED), den Bruno Leuschner zuvor als „besten Landesplaner“ für eine leitende Position bei der DWK vorgeschlagen hatte, wurde daraufhin im März 1949 auf Beschluss des Zentralsekretariats gegen den Protest des SED-Landessekretariats abgezogen. Die Landesregierungen mussten sich in diesem Prozess mit weniger profilierten Nachrückern begnügen, im Falle von Ernst Scholz zum Beispiel „mit dem angeblich etwas führungsschwachen Günther Spieß (SED).“¹⁵⁵

3.3.2 Die Landwirtschaft im Zweijahrplan

Die Landesregierung Brandenburgs erklärte im März 1948 die Bodenreform im Wesentlichen „für abgeschlossen“.¹⁵⁶ Demnach waren bis zum 1. Januar 1948 mehr als 875 000 Hektar Land enteignet worden. Davon befand sich der größere Teil mit 536 000 Hektar (circa 61 Prozent) im Besitz neuer Individualeigentümer. Gemeinden, Kreise, das Land Brandenburg und die VdGB hatten zusammen etwa 259 000 Hektar (knapp 30 Prozent) zugeteilt bekommen, darunter die Gemeinden mehr als 50 000 Hektar und das Land mehr als 200 000 Hektar. Trotz allem galten knapp 80 000 Hektar (circa 9 Prozent) des Bodenfonds als „noch nicht verteilt“. Mit Stichtag vom 1. März 1948 hatten die neuen Besitzer, deren Rechte zu 90 Prozent in die Grundbücher eingetragen worden waren, bereits 27,3 Millionen RM (was einem Viertel des Gesamtkaufpreises entsprach) an die Landesregierung entrichtet. Viele Kreditanträge konnten aufgrund des akuten Ressourcenmangels nicht bewilligt oder bearbeitet werden. Aus diesen Gründen sah die Landesregierung, die der SMAB monatlich Bericht über den Fortgang der Bodenreform zu erstatten hatte, die ‚Sicherung‘ der Bodenreform als ausgesprochen problematisch an. Daher konnte im Frühjahr 1948 von einem Abschluss im Sinne stabiler neuer Eigentums- und Wirtschaftsverhältnisse noch keine Rede sein.

Anfang Juli 1948 hatten die Enteignungen und Landverteilungen in Brandenburg ein Ausmaß erreicht, das aus den folgenden Tabellen ersichtlich wird:

154 Vgl. Wolfgang Zank, Wirtschaftliche Zentralverwaltungen und Deutsche Wirtschaftskommission (DWK), in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949, 2. Aufl., München 1993, S. 253–296, hier S. 266.

155 Zu den ganzen Vorgängen vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 688–696.

156 LRMB, Abt. Land- und Forstwirtschaft, Schreiben: „Die Wirtschaft des Landes Brandenburg“ vom 19. März 1948, gez. Wegner/Fengler, in: BLHA, Rep. 202A, Nr. 53, Bl. 33–39, hier Bl. 33.

Enteignete Betriebe in Brandenburg, Stand: 1. Juli 1948.¹⁵⁷

	Zahl der Objekte	Fläche	
		Insgesamt (in Hektar)	davon Acker (in Hektar)
1. aus Privatbesitz			
a) unter 100 Hektar	793	23 516	15 123
b) über 100 Hektar	1 675	710 046	311 485
2. landwirtschaftlicher Besitz des Staates, Flug- und Übungsplätze usw.	212	76 334	31 811
3. Ländereien von privaten und öffentl. Siedlungs- und Spekulationsgesellschaften, NS-Instituten usw.	39	7 979	3 006
4. Staatswälder und Forsten	142	37 888	1 506
5. sonstiger Grundbesitz	192	36 188	8 988
Summe	3 053	891 951	371 919

Verteiltes Land in Brandenburg, Stand: 1. Juli 1948.¹⁵⁸

Bodenempfänger	Zahl der Eigentümer	verteilte Fläche	
		Insgesamt (in Hektar)	davon Acker (in Hektar)
a) landlose Bauern und Landarbeiter	27 592	207 431	128 981
b) landarme Bauern	21 127	78 424	32 124
c) Umsiedler	23 858	198 909	130 428
d) Kleinpächter	8 319	11 679	6 070
e) nichtlandwirtschaftliche Arbeiter und Angestellte	21 881	27 545	14 386
f) Waldzulagen an Altbauern mit 5–15 Hektar	8 203	19 168	264
Summe	110 980	543 156	312 253

Trotz allem versuchte die SMAD Ende April 1948 den Abschluss der Bodenreform per Befehl bis zum 1. Juli herbeizuführen. Das Ziel dieses Befehls dürfte Sattler zufolge gewesen sein, „den einmal erreichten Stand der Eigentumsverhältnisse ohne Überprüfung der Rechtmäßigkeit der einzelnen Enteignungsfälle zu fixieren, zusätzliche Verunsicherung bei den Neubauern zu vermeiden und ‚kapitalistische‘ Entwicklungstendenzen, die sich aus den Landaufgaben der Neubauern ergeben konnten, energisch zu unterbinden.“¹⁵⁹

157 Gesamt-Statistik der Bodenreform vom 1. Juli 1948, in: BLHA, Rep. 350, Nr. 873, unfol. [S. 1]. Die Angaben (wie auch die folgende Tabelle) finden sich in Bauerkämper, Agrargeschichte, S. 27–29.

158 Gesamt-Statistik der Bodenreform vom 1. Juli 1948, in: BLHA, Rep. 350, Nr. 873, unfol. [S. 2].

159 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 425.

Die Neubauern stellten ohnehin eine zentrale Kategorie der Landwirtschaftsplanung dar. Im Verlauf des Jahres 1947 hatten insgesamt 1 600 brandenburgische Neubauern ihr Land wieder an den Bodenfonds zurückgegeben, weil es an Wohn- und Wirtschaftsgebäuden mangelte. In der gesamten SBZ waren es im gleichen Zeitraum etwa 7 250 Neubauern. Das im Herbst 1947 angelaufene ‚Neubauernbauprogramm‘, welches in Brandenburg den Bau von 10 000 Wohn- und Wirtschaftsgebäuden ermöglichen sollte, hatte bis zum Frühjahr 1948 noch keine Linderung bringen können, denn die notwendigen Ressourcen sollten allein aus den örtlichen Reserven gewonnen und nicht mittels Zuteilungen von bewirtschafteten Gütern zur Verfügung gestellt werden. Die Neubauernstellen waren zunächst durchaus geeignet, das Überleben der Bevölkerung durch Eigenversorgung zu sichern und die berufliche Integration der Flüchtlinge auf dem Lande zu fördern. Die Betriebe sicherten damit die Subsistenz ihrer Inhaber und deren Angehörigen; sie waren aber zu klein und unrentabel, um bedeutende Marktüberschüsse zu erzielen. Noch Anfang 1950 bewirtschafteten die vielerorts als ‚Umsiedler‘ bezeichneten Neubauern in der DDR nur durchschnittlich 8,1 Hektar. Außerdem blieb ihr Verfügungsrecht über das Eigentum eingeschränkt. Überdies waren die neu eingerichteten Stellen nur unzureichend mit Vieh, Maschinen, Geräten und Gebäuden ausgestattet. So verfügte am 1. Januar 1949 statistisch nur knapp die Hälfte der Neubauern in der SBZ über ein Arbeitspferd; auf 209 939 neubäuerliche Betriebsinhaber entfielen zudem lediglich 193 939 Milchkühe, 364 664 Schweine und 131 101 Schafe. Sie mussten sich mit nur 102 307 Pferdepflügen, 73 772 eisernen Eggen, 97 895 Wagen und Anhängern und 504 Traktoren begnügen. Auch der Maschinenbestand, den die 1946/47 gebildete VdgB an die Neubauern verlieh, beseitigte den Mangel nicht. Deshalb war 1949 nur ein Drittel dieser Stellen ökonomisch gefestigt. Neben dem Zugkraftmangel, der die Bewirtschaftung der Neubauernbetriebe nachhaltig erschwerte, erwies sich die unzureichende Ausstattung mit Gebäuden als besonders gravierendes Problem. Wegen des anhaltenden Mangels an Betriebsmitteln wurde das Land in den Gemeinden vielfach nur formal aufgeteilt und von den Neubauern gemeinsam bewirtschaftet. Dabei bildeten sich zwei Verfahren heraus: Entweder wiesen Treuhänder, die nach der Enteignung der Gutsbesitzer zur Leitung ihrer Betriebe eingesetzt worden waren, den Neubauern ihre Arbeit zu, oder diese koordinierten die Bewirtschaftung ihrer Stellen selber.¹⁶⁰ Als die Sowjetunion in den späten 1940er Jahren ihre Demontagen reduzierte und mit dem Zweijahrplan 1949/50 der Wiederaufbau der Industriewirtschaft einsetzte, verließen viele Neubauern schließlich vollends ihr Land und nahmen eine Arbeit in Industriebetrieben auf, die ihren Beschäftigten relativ hohe Löhne, Sozialleistungen und zunehmend auch Kultureinrichtungen boten.¹⁶¹

160 Vgl. Bauerkämper, *Agrargeschichte*, S. 30 f.

161 Vgl. ebd., S. 33; ders., *Neubauernprogramm*; ders., *Strukturumbruch*; Dagmar Langenhan, „Industriearbeiter aufs Land“? Kollektivierung, Industrialisierung und Bevölkerungswanderung in der Region Brandenburg seit den frühen fünfziger Jahren, in: Klaus Neitmann/Jürgen Theil (Hrsg.), *Die Herkunft der Brandenburger. Sozial- und mentalitätsgeschichtliche Beiträge zur Bevölkerung Brandenburgs vom hohen Mittelalter bis zum 20. Jahrhundert* (Brandenburgische Historische Studien, Bd. 9), Potsdam 2003, S. 139–156. Aus zeitgenössischer Perspektive vgl. Schafft *die Universal-Dorfgemeinschaft! Zweijahrplan 1949/50 der landwirtschaftlichen Genossenschaftsorganisation des Landes Brandenburg*, o. O., o. J. [Potsdam 1948].

Arnd Bauerkämper zieht folgendes Fazit zum Ergebnis der Bodenreform in Brandenburg und im Allgemeinen: „Mit der Zuteilung des enteigneten Bodens an die Neubauern bildete sich in der SBZ insgesamt eine kleinbetriebliche Landwirtschaft heraus, die sich scharf von der bis 1945 in diesem Territorium vorherrschenden großbetrieblichen Agrarstruktur der Gutsherrschaft abhob. Die Bodenreform führte aber zu hohen Folgeinvestitionen, denn die Neubauern mussten noch mit Vieh, Maschinen und Geräten, Saatgut und Gebäuden ausgestattet werden. Der Mangel an diesen unabdingbaren Betriebsmitteln konnte trotz des Einsatzes beträchtlicher Ressourcen nicht beseitigt werden, so dass in den späten 1940er und frühen 1950er Jahren viele ungefestigte Neubauernstellen aufgegeben wurden. Damit hatte die Bodenreform in den ersten Nachkriegsjahren auf dem Lande zwar die Not gelindert, war aber nicht geeignet, die Agrarproduktion anzukurbeln und dadurch die Versorgung der städtischen Bevölkerung mit Lebensmitteln nachhaltig zu verbessern. Vielmehr hatte die Zerschlagung der Gutsbetriebe besonders die Erzeugung von Getreide und Kartoffeln behindert. Die Abwanderung vieler Neubauern von ihren unrentablen Stellen führte auf dem Lande schließlich eine Problemlage herbei, die den hochgesteckten wirtschaftlichen Zielen der SED entgegenstand und damit auch den Herrschaftsanspruch der Monopolpartei in Frage stellte.“¹⁶²

Der ‚Klassenkampf‘, der fester Bestandteil der SED-Ideologie war, stellte für die brandenburgische Landbevölkerung des Jahres 1948 noch keine wahrnehmbare Realität dar. Für die Großbauern, eine besondere Feindkategorie der SED, sah die Lage jedoch schlimmer aus. Die Agrarpolitik von KPD und SED bevorzugte in der Nachkriegszeit eindeutig die ‚werk tätigen‘ Kleinbauern, die nicht über abhängig Beschäftigte verfügten. Die Landwirte mit mehr als 20 Hektar wurden demgegenüber offiziell als ‚Großbauern‘ eingestuft. Sie übten nach der Entmachtung der Gutsbesitzer in vielen Dörfern – besonders in den Provinzen Brandenburg und Sachsen (seit Juli 1947: Land Sachsen-Anhalt) – die gesellschaftliche Vorherrschaft aus. In der unmittelbaren Nachkriegszeit tastete die SED diese Gruppe wirtschaftskräftiger Landwirte noch nicht an. In den späten 1940er Jahren verstärkte die Parteiführung jedoch den ökonomischen Druck auf die ‚Großbauern‘ erheblich. Diese sollten auch aus ihren Führungspositionen in den VdgB sowie in den landwirtschaftlichen Genossenschaften, die Ende 1945 von der SMAD wieder zugelassen worden waren, verdrängt werden. Auch der ökonomische Druck auf die ‚Großbauern‘ nahm zu. So belastete eine Steuerreform, die im Dezember 1948 von der DWK erlassen wurde, vor allem Landwirte mit einem Besitz von mehr als 20 Hektar; gleichzeitig erhöhte die SED-Führung rapide deren Ablieferungsnormen für tierische Produkte, indem sie ein neues Veranlagungssystem durchsetzte.¹⁶³ Die Problemlage, die aus der Landrückgabe resultierte, verschärfte die Flucht von ‚Großbauern‘ mit jeweils mehr als 20 Hektar Landbesitz. Gegen diese Gruppe richtete sich seit 1949 der zunehmende ökonomische Druck des Regimes, das 1952/53 sogar direkte Zwangsmaßnahmen – einschließlich der Enteignung – gegen die ‚Großbauern‘ durchführte. Nachdem 5 000 von ihnen schon von 1950 bis Mitte 1952 ihre Betriebe aufgegeben hatten, wurden allein von Juli 1952 bis Juni 1953 mehr als 2 000 Großbauernhöfe konfisziert. Ortsausschüsse der VdgB oder nahegele-

162 Bauerkämper, Agrargeschichte, S. 32 f.

163 Vgl. ebd., S. 38 f.

gene VEG sollten die Flächen geflohener ‚Großbauern‘ übernehmen. Bereits im April 1952 wurden in der DDR aber insgesamt rund 235 000 Hektar des Landes, das Neubauern und ‚Großbauern‘ zurückgegeben hatten, nicht oder nur extensiv bewirtschaftet. Auch nach dem Beginn der Kollektivierung beschlagnahmten Parteifunktionäre der SED und Gemeindevertreter den Besitz von ‚Großbauern‘.¹⁶⁴ Im Rahmen des Zweijahrplans wurde es immer üblicher, gegen solche Landwirte intensiv strafrechtlich vorzugehen, die ihre Ablieferungspflichten nicht erfüllten oder gegen andere Bestimmungen verstießen.¹⁶⁵

Innerhalb der neuen, dem Ministerpräsidenten unterstellten Hauptabteilung Wirtschaftsplanung wurde eine spezielle ‚Abteilung Land- und Forstwirtschaft, Nahrung‘ eingerichtet, die auf eine enge Zusammenarbeit mit der weiterhin im Wirtschaftsministerium ressortierenden Hauptabteilung Land- und Forstwirtschaft angewiesen blieb.¹⁶⁶ Als wichtigste Ziele für die Landwirtschaft galten im Zweijahrplan die Erweiterung der Anbauflächen und die Steigerung der Hektarerträge sowie die Verbesserung der Viehzucht. Zu den agrarpolitischen Schwerpunkten gehörten die Sicherung der Neubauernwirtschaften ebenso wie die Effektivierung des differenzierten Veranlagungsverfahrens zur Pflichtablieferung. Die Landesregierung verband mit dem Ausbau der Organisation ‚Freier Markt‘ die Hoffnung, den Schwarzhandel eindämmen und die „Zuteilungsechtheit“ der Lebensmittelkarten steigern zu können.¹⁶⁷ Fragen der generellen Planbarkeit in der Landwirtschaft wurden zwar von den Brandenburger Planern aufgeworfen, aber nie ernsthaft diskutiert.

Trotz aller Anstrengung gelang es dem Sekretariat des SED-Landesvorstandes Brandenburg nicht, mit dem Anlaufen des Zweijahrplans 1949/50 im Bereich der Landwirtschaft einen wirklich konsequenten Führungsstil gegenüber Verwaltung und Massenorganisationen zu entwickeln. Der mit dem Übergang zur langfristigen Wirtschaftsplanung begründete Führungsanspruch der SED in der Verwaltungspraxis des Landes Brandenburg war 1949 noch eher Programm denn Realität. Außerdem konnten die bis dahin erreichten politischen Ziele nur mit Hilfe einer brachialen, immer häufiger mit polizeilichen Verhaftungen verbundenen ‚Personalpolitik‘ durchgesetzt werden.

Am 29. März 1949 ordnete die DWK die Einrichtung von zwei Vereinigungen Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse (VVEAB) an. Die VVEAB waren zum einen für pflanzliche, zum anderen für tierische Produkte zuständig und hatten ihren Hauptsitz in Ost-Berlin.¹⁶⁸ Die Umsetzung erfolgte in Brandenburg recht zügig und problemlos mit der Eingliederung der Ausschüsse ‚Freier Markt‘ in die neue Organisation. Dennoch wurden bald darauf erneute Vorkehrungen zur „Sicherstellung der Pflichtabliefe-

164 Vgl. ebd., S. 40.

165 Vgl. hierzu die Überlieferung in: BLHA, Rep. 206, Nr. 97a, unfol.

166 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 504 f.

167 Vgl. ebd., S. 505.

168 Anordnung über die Errichtung von zwei Vereinigungen Volkseigener Erfassungs- und Aufkaufbetriebe für landwirtschaftliche Erzeugnisse, Beschluss des Sekretariats der DWK vom 29. März 1949, in: ZVBl 30 (1949), S. 244.

nung“ durch die Landesregierung erlassen.¹⁶⁹ Denn Innenminister Bechler sah in den zahlreichen im Lande agierenden Schiebern und wilden Aufkäufern, die zumeist aus den Westsektoren Berlins stammten, den Hauptgrund dafür, die staatlichen Aufkäufe bei Obst und Gemüse steigern zu müssen, um die Kontingente der Pflichtablieferung zu erfüllen.¹⁷⁰ Die ehemals penible Unterscheidung zwischen Ablieferung und Aufkauf zu erhöhten Preisen wurde zusehends verwaschen.¹⁷¹

Mit dem Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950 vom 20. Januar 1950 wurde das zentrale Anliegen des Zweijahrplans, nämlich die „Wiederherstellung der Friedensproduktion aus eigener Kraft und ohne Verschuldung an das ausländische Monopolkapital“, nochmals bekräftigt.¹⁷² Ähnliche Probleme wie in der Industrie bereitete auch in der Landwirtschaft das häufige Abändern von Vorgaben und Planzielen. So verursachte das nachträgliche Aufstocken des Anbauplans 1950 größere Schwierigkeiten. Der Volkswirtschaftsplan 1950 sah vor, die Ackerfläche von 5 088 000 Hektar, welche bei der Bodennutzungserhebung von 1938 für das Gebiet der späteren SBZ/DDR (ohne Berlin) ermittelt wurde, im Umfang von 5 010 000 Hektar für den Anbau von Sommer- und Winterkulturen zu verplanen und 78 000 Hektar Neuland zu gewinnen.¹⁷³ In Brandenburg musste der ursprünglich über eine Million Hektar umfassende Anbauplan für 1949/50, der den Kreisen für die Winterung im Juli 1949, für die Sommerung im November 1949 übergeben worden war, nach diesen Vorgaben nachträglich um nicht weniger als 37 000 Hektar auf insgesamt 1 061 000 Hektar aufgestockt werden.¹⁷⁴ Weil schnell Zweifel an der Realisierbarkeit des Plans geäußert wurden, widmete das Sekretariat des SED-Landesvorstandes der Frühjahrsbestellung größte Aufmerksamkeit.¹⁷⁵ Die wichtigsten zuständigen Funktionäre – Hans Wulfert von Zerssen (KPD, dann SED), Robert Neddermeyer (zunächst Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD), dann KPD und SED) und Waldemar Bode (zunächst SPD/Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD), dann KPD und SED)¹⁷⁶ – mussten regelmäßig vor dem Sekretariat Bericht erstatten.¹⁷⁷ Die archivalische Überlieferung ist voll mit Berichten über den Stand der Frühjahrsbestellung und über die Kontrollen der Landesverwaltung der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) und einiger anderer Stationen.¹⁷⁸ Die Kontrollberichte zeigten schwerwiegende Mängel in vielen Brandenburger Gemeinden auf.

169 PdK/LRMBR vom 29. Juni 1949, in: BLHA, Rep. 202A, Nr. 227, Bl. 16.

170 PdS/SED-LVBr vom 30. Juni 1949, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 29, Bl. 94–97.

171 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 514.

172 Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1950, das zweite Jahr des Zweijahrplanes der Deutschen Demokratischen Republik vom 20. Januar 1950, in: Gesetzblatt [im Folgenden: GBl] der DDR 8 (1950), S. 41–55.

173 Ebd., S. 46.

174 LRMBR, MfW, HA Land- und Forstwirtschaft, betr. Bericht über die Vorbereitung zur Frühjahrsbestellung vom 9. Februar 1950, in: BLHA, Rep. 206, Nr. 76, Bl. 206–218.

175 Vgl. den Vorgang PdS/SED-LVBr in: BLHA, Rep. 332, Nr. 33.

176 Für Kurzbiografien der Personen siehe Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 921, 950 und 973.

177 Vgl. die Vorgänge in: BLHA, Rep. 332, Nr. 615.

178 Vgl. bspw. den Bericht zur Überprüfung der Verordnung vom 8. Juni 1950 über die Maßnahmen zur Verbreitung und Sicherung der Ernte im Kreis Lebus/Brandenburg vom 10. bis 20. Juli 1950 vom 24. Juli 1950,

Mitte Juni 1950 lag dann auch das Kontrollergebnis der Landesregierung für die Überprüfung der landwirtschaftlichen Anbauplanerfüllung vor. Trotz der beschriebenen Mängel erstattete Hans Wulfert von Zerssen dem SED-Landessekretariat darin Bericht über einen großen Erfolg: Die Anbauflächen waren gegenüber 1949 um zehn Prozent ausgeweitet worden und lagen mit insgesamt 1 076 979 Hektar sogar leicht über dem auf 1 061 000 Hektar aufgestockten Anbauplan für 1949/50. Er betonte aber auch, dass dieses Ergebnis nur möglich geworden sei, weil Brandenburg, bedingt durch die Verwüstungen des Krieges und der Naturkatastrophen, gegenüber anderen Ländern einen großen Rückstand bei der Rekultivierung von Ackerflächen aufzuholen hatte.¹⁷⁹ In anderen Ländern der DDR sah die Lage jedoch nicht so günstig aus, sodass, insgesamt gesehen, das Ziel der Rückgewinnung der ‚Vorkriegsanbauflächen‘ nicht erreicht wurde. Dennoch wurde die Anbauplanerfüllung als Erfolg gefeiert und die Aufgabe, den Zweijahrplan bis zum III. Parteitag der SED zu erfüllen, betrachtete das Sekretariat des Brandenburger SED-Landesvorstandes in überoptimistischer Manier als nahezu gelöst.

Zu dieser Einschätzung trug sicher auch bei, dass es gelungen war, die Versorgung der Menschen in Brandenburg zu verbessern. Die kalorienmäßige Versorgung entwickelte sich wie folgt:

Entwicklung der kalorienmäßigen Versorgung der Bevölkerung.

Jahr	Kalorien pro Tag
1946	1 404
1947	1 434
1948	1 500
1949	1 705
am 1. Dezember 1949	2 102
1950	2 137

Diese Zahlen zeigen einen steigenden Trend in der Versorgung, der allerdings nur ein relativer war. Wenn man sich vor Augen führt, dass der zeitgenössisch angenommene Mindestbedarf arbeitender Menschen bei 1 550 bis 2 000 Kilokalorien lag, so erreichten die für Städter bereitstehenden Kilokalorien frühestens im Herbst 1948 das Existenzminimum. Seit Mai 1949 wurden Kartoffeln und ab Dezember 1950 Brot und Nahrungsmittel nicht mehr zugeteilt. Auch wenn 1949/50 die Rationen für Fleisch, Zucker und Fett weiter angehoben wurden, so blieb doch die Mehrheit der Bevölkerung bis in die beginnenden 1950er Jahre hinein kalorisch unterversorgt.¹⁸⁰

in: BArch, DO 1/26137, Bl. 179–200; Org-Instrukteur, Zusammenfassender Bericht über die Kontrolle der Landesverwaltung der MAS und einiger Stationen vom 28. Oktober 1950, in: ebd., Bl. 11.
179 PdS/SED-LVBr vom 15. Juni 1950, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 34, Bl. 74–79.
180 Vgl. Steiner, Plan, S. 69.

Auch die Steigerung der industriellen Produktion und der in Gang gebrachte Handel mit den sogenannten Volksdemokratien verbesserte die Versorgung der Bevölkerung mit gewerblichen Verbrauchsgütern. Im Verlauf des Zweijahrplans wurde die Punktkarte eingeführt. Außerdem ließen die Planer vom Verteilungssystem ab und schufen erstmals die Möglichkeit, ein Bestellsystem zu nutzen, womit der Bevölkerung – vor allem der ländlichen – die Einkaufsmöglichkeiten erleichtert werden sollten. Die Versorgung der Brandenburger Bevölkerung entwickelte sich gegenüber 1947 wie folgt:

Versorgung der Bevölkerung nach ausgewählten Gütern und ihre Steigerung zwischen 1947 und 1949.¹⁸¹

	1947	1949	Steigerung in Prozent gegenüber 1947
Gewebe aller Art (m)	3 132 000	10 548 000	234
Trikotagen (Stück)	572 565	4 054 400	610
Lederschuhe (Paar)	107 000	448 700	320

Die kurz zuvor gegründete staatliche Handelsorganisation (HO) war ihren Aufgaben zu diesem Zeitpunkt in keiner Weise gewachsen. Ab 1949 folgte ihr landesweiter Ausbau. Bestanden 1948 in Brandenburg nur 17 HO-Verkaufsstellen, waren es 1949 bereits 253; hinzu kamen 20 Gaststätten. Die Ausweitung des HO-Netzes war Vorbedingung für die geplante Steigerung des Warenumsatzes. Allerdings war die Warenlenkung der HO im Zweijahrplan als „ungenügend“ charakterisiert worden, denn sie „erfolgte nicht nach der schwerpunktmäßigen Bereitstellung, besonders in den Industriegebieten.“ Insbesondere die neuen Industriegebiete sollten optimal versorgt werden, um die Produktionsziele erreichen zu können.

Kurz nach den Wahlen jedoch wurde festgestellt, dass die Ergebnisse der pflanzlichen Pflichtablieferung bei der Getreideerfassung sich zwar verbessert hatten, es in anderen Bereichen – vor allem bei Kartoffeln – aber gravierende Rückstände gab.¹⁸² Der zuständige Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung beim Sekretariat der SED-Landesleitung, Ernst Kieling, sah die Ursache für die Rückstände ganz eindeutig in der vor den Wahlen geübten Zurückhaltung; diese aber sei nicht länger notwendig. Im Oktober 1950 forderte er die in den VVEAB tätigen SED-Funktionäre auf, den „Klassenkampf auf dem Lande“ nun zu verschärfen.¹⁸³ Infolgedessen wurden die ‚Großbauern‘ wieder verstärkt als Wurzel allen Übels gebrandmarkt.¹⁸⁴

181 Land Brandenburg, Analyse über die voraussichtliche Erfüllung des Zweijahrplanes mit Stand per 30. Juni 1950, in: BArch, DE 1/10052, Bl. 1–97, hier Bl. 32 (Tabelle auf S. 416) und Bl. 33 (Tabelle auf S. 417).

182 Sekretariat der SED-Landesleitung Brandenburg [im Folgenden: S/SED-LLBr], Abt. Wirtschaftspolitik, Bericht über die Tätigkeit der Partei hinsichtlich der Erfassung von pflanzlichen und tierischen Produkten vom 10. November 1950, gez. Kieling, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 529, Bl. 337–340.

183 PdPB/SED vom 30. Oktober 1950, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/2116, unfol.

184 Für die komplexen wirtschaftlichen Vorgänge und Motive, die dazu führten, dass manche größere Bauern tatsächlich weniger ablieferten als sie produzierten, vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 525.

Die allgemeine Unzufriedenheit mit den volkseigenen Erfassungs- und Ankaufstellen führte im Dezember 1950, also kurz vor Anlaufen des Fünfjahrplans, zu ihrer Reorganisation. Die beiden im März 1949 eingerichteten VVEAB für pflanzliche und für tierische Produkte wurden zum Jahresende 1950 aufgelöst; an ihre Stelle traten ab dem 1. Januar 1951 fünf neue einheitliche VVEAB, die direkt dem Staatssekretariat für Erfassung und Aufkauf im Handelsministerium der DDR unterstanden. Diese neuen VVEAB erhielten in ihren jeweiligen Geschäftsgebieten das Monopol für die Erfassung und den Aufkauf zugeteilt, „wobei das in den gesetzlichen Bestimmungen geregelte Recht des Erzeugers zum Verkauf auf örtlichen Märkten unberührt“ blieb.¹⁸⁵ Die Erfassungs- und Aufkaufstellen in den Gemeinden und die Kreiskontore wurden zu Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetrieben (VEAB) zusammengefasst und in die jeweilige VVEAB eingegliedert. Über diese Neuregelung wurden alle Abteilungsleiter für Wirtschaftspolitik in der SED-Landesleitung sofort in Kenntnis gesetzt, um die Bauern zu einer kontinuierlichen Ablieferung zu bewegen. Gleichwohl hielten Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung die gestellten Sollzahlen zu diesem Zeitpunkt bereits für nicht mehr erfüllbar.

Die nun folgende Erfassungsaktion konzentrierte sich Anfang 1951 besonders auf den Kreis Ostprignitz. In der dortigen Gemeinde Freyenstein griffen die amtlichen Erfasser zu drastischen Methoden. Denn dort hatten zwar alle Klein- und Mittelbauern ihr Soll erfüllt, die Großbauern jedoch nicht. Die Erfasser stellten den säumigen Bauern im Januar 1951 schriftliche Bescheide über die noch ausstehenden Mengen zu und teilten ihnen mit, dass schon am nächsten Tag der zwangsweise Abtransport erfolgen werde.¹⁸⁶ Daraufhin entsandten die betroffenen Bauern in ihrer Not eine Delegation nach Berlin, die aber die Beschlagnahme ihrer Getreidevorräte nicht verhindern konnte. Die SED-Landesleitung, informiert vom ersten SED-Kreissekretär Knack und Landrat Franke (SED), schickte ihrerseits Mitarbeiter der Landwirtschaftsabteilung in die Ostprignitz, um sich ein Bild von der dortigen Lage zu machen. Da waren bereits die polizeilich gesicherten Erfassungsaktionen eingestellt worden. Verlangt wurden dann „konkrete Maßnahmen“, um die wirklich „verbrecherischen Kräfte [...] zu entlarven, zu isolieren und dann zu liquidieren.“ Bei den ‚Verbrechern‘ handelte es sich nach den Erkenntnissen der eingesetzten Kommission um vier namentlich bekannte Großbauern, die ihr Ablieferungssoll schon wiederholt – angeblich wegen „schlechter Wirtschaftsführung“ – nicht erfüllt hatten, aber wohl vor allem wegen ihrer Unbeugsamkeit ein politisches Ärgernis darstellten.¹⁸⁷

Am 25. Januar 1951 wurde dem Sekretariat Bericht erstattet und dabei betont, dass die Einschaltung der Partei in die wirtschaftlichen Aufgaben des Dorfes bisher noch nicht ausgereicht habe, um Fehler bei der Anbauplanung und Differenzierung zu verhindern. Weiterhin

185 „Verordnung über die Neuorganisation der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe [...]“ vom 14. Dezember 1950 und „I. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Neuorganisation der Volkseigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebe [...]“ vom 15. Dezember 1950, beides in: GBl. DDR 144 (1950).

186 Vorgänge zit. nach Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 526 f.

187 Ebd.

trat zu Tage, dass es bei Getreide und Ölfrüchten nicht gelungen war, die Durchschnittshektarerträge gegenüber 1949 weiter zu steigern und tatsächlich ‚Friedenshektarerträge‘ zu erzielen – realiter war es teilweise gar zu einer Minderung gekommen. Auch hierfür sollten wieder einmal Großbauern als ‚Saboteure‘ verantwortlich gemacht werden.¹⁸⁸

Schließlich musste am Jahresende 1950 die doppelte agrarpolitische Zielsetzung des Zweijahrsplans, sowohl bei der Anbaufläche als auch bei den Erträgen wieder an das Vorkriegsniveau anzuschließen, als nicht erreicht angesehen werden. Die forcierte Ausdehnung der Fläche hatte zu signifikant niedrigeren Durchschnittserträgen geführt, als sie zu Beginn des Jahres 1950 erwartet worden waren. Am geplanten Gesamtaufkommen an Getreide fehlten Ende 1950 beispielsweise noch immer rund zwei Millionen Tonnen, die Ziele des Volkswirtschaftsplans 1950 konnten in der Landwirtschaft mithin nur zu etwa 84 Prozent als erfüllt angesehen werden.¹⁸⁹ Das Scheitern des Zweijahrsplans, so Sattler, „stand in auffälligem Kontrast zu einem – letztlich auf Kosten der Landwirtschaft erzielten – hohen industriellen Wirtschaftswachstum während seiner Laufzeit.“¹⁹⁰

Zu den in der Literatur bislang nur randständig betrachteten Problemen zählen die Kirchengüter in der SBZ/DDR, ihre wirtschaftliche Leistungskraft und der Einfluss der Staats- und Parteiführung auf den Agrarbesitz der Kirchen.¹⁹¹ Dieser Umstand wird noch dadurch erschwert, dass es vor 1990 „kaum publizierte Informationen über die Eingliederung von Kirchengütern in das staatliche Leitungs- und Planungssystem“ gab.¹⁹² Auch die Statistischen Jahrbücher der DDR, erstmals 1955 erschienen, gaben ab 1959 keine Auskunft mehr über kirchlichen Bodenbesitz. Bis 1958 erfasste die Statistik der DDR lediglich „Kirchliche Betriebe und deren Einrichtungen in eigener Verantwortung“. Die Kirchengüter waren keine Kategorie der staatlichen Planung und tauchten somit auch nicht in den Planungsunterlagen auf. Die kirchlichen Agrarbetriebe wurden generell als Privateigentum eingestuft und somit als privatbäuerliche Betriebe behandelt. In einer Wirtschaftsgeschichte der SBZ/DDR müssen die Kirchengüter allerdings mit betrachtet werden, verfügten sie doch mit annähernd 220 000 Hektar über den größten Bodenbesitz aller Besatzungszonen.¹⁹³

188 Vgl. zur Behandlung der Großbauern in Brandenburg Schmidt, *Agrargeschichte des Landes Brandenburg*, S. 40–42.

189 Vgl. Ulrich Kluge, *Agrarstruktureller Wandel und Kollektivierung in Ostdeutschland. Zum Problem der wirtschaftlichen „Sowjetisierung“ 1949–1954*, in: Wolfram Fischer/Uwe Müller/Frank Zschaler (Hrsg.), *Wirtschaft im Umbruch. Strukturveränderungen und Wirtschaftspolitik im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Lothar Baar zum 65. Geburtstag*, St. Katharinen 1997, S. 250–268, hier S. 260.

190 Sattler, *Wirtschaftsordnung*, Teilbd. 1, S. 527 f.

191 Vgl. Wolfgang Berndt/Paul Hagelschuer, *Kirchengüter in der DDR, Teil I: Die kirchliche Landwirtschaft in der SBZ (1945–1949)* (Working paper der Humboldt-Universität zu Berlin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, Bd. 64), Berlin 2002; Wolfgang Berndt u. a., *Kirchengüter in der DDR, Teil II: Die kirchliche Landwirtschaft im System der Planwirtschaft* (Working paper der Humboldt-Universität zu Berlin, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät, Bd. 75), Berlin 2005.

192 Berndt/Hagelschuer, *Kirchengüter in der DDR, Teil I*, S. 4.

193 Vgl. ebd., S. 9.

Prinzipiell sollte im Rahmen der Bodenreform der Kirchenbesitz verschont bleiben.¹⁹⁴ In der Verordnung über die Bodenreform in der Provinz Mark Brandenburg vom 6. September 1945 heißt es im Artikel II unter Ziffer 5d im Punkt 5: „Folgender Grundbesitz und folgendes landwirtschaftliches Vermögen unterliegt nicht der Enteignung: [Ziffer 5d] der Grundbesitz der Klöster, kirchlichen Institutionen, Kirchen und Bistümer.“¹⁹⁵ Im Dezember 1954 bestanden in der evangelischen Landeskirche Brandenburg neun landwirtschaftliche Betriebe mit 2 440 Hektar LN, die alle von der Kirche selbst verwaltet und bewirtschaftet wurden.

Gravierende Auswirkungen hatte die Bodenreform auf die Kirchenfinanzen insgesamt. Durch die Verordnung über das Kirchenpatronatsrecht und gemeinsame Angelegenheiten der Gemeinden und Kirchengemeinden vom 9. Februar 1946 der Provinz Mark Brandenburg¹⁹⁶ fielen die Baulasten weg, die der Staat beziehungsweise die Provinz und jede Kommune bislang für die 582 Kirchen und die entsprechende Anzahl von Pfarrhäusern und sonstigen kirchlichen Gebäuden getragen hatte. Allein den Wert der Baulasten veranschlagte die Kirche mit etwa einer halben Million Mark. Auch der Wegfall der Observanzen erwies sich als „sehr nachteilig“.¹⁹⁷ Observanzen waren Reallasten, die an bestimmte Grundstücke gebunden waren und größtenteils in Naturalien abgegolten wurden. Indem die Provinzial- beziehungsweise Landesregierung das enteignete Land an Neubauern verteilte, fielen diese Einnahmen für die Kirchen weg. Brandenburg war das einzige Land in der SBZ/DDR, das das Patronat aufkündigte. Dafür leistete die Provinz beziehungsweise das Land jedoch Ausgleichs und gab der Evangelischen Kirche das Domstiftsgut Brandenburg und die evangelischen Damenstifte Lindow (Kreis Ruppín), Marienfließ (Kreis Ostprignitz) und Zehdenick (Kreis Templin) zurück. Diese Vermögenswerte und die daraus zu erwartenden Erträge sollten „eine wirkungsvolle Hilfe im kirchlichen Bauwesen“ sein, wie es in der Ausführungsverordnung hieß.¹⁹⁸ Auch die aus den Gütern des Domstifts Brandenburg an der Havel erwirtschafteten Überschüsse sollten zur Förderung kultureller und sozialer Zwecke verwandt werden. Zum Domstift Brandenburg gehörten die Güter Mötzow, Grabow und Kiek mit einer beträchtlichen Gesamtfläche von 1775,81 Hektar. Diese waren bis 1945 verpachtet und gehörten seit 1930 zu einer Stiftung des öffentlichen Rechts, deren Verwaltung dem Preußischen Staatsministerium oblag.¹⁹⁹

194 Vgl. Landtag Brandenburg (Hrsg.), Abschlussbericht der Enquete-Kommission 5/1: „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“ (Schriften des Landtages Brandenburg, Heft 5/2014), Potsdam 2014, S. 213; Schmidt, *Agrargeschichte des Landes Brandenburg*, S. 26.

195 Zit. nach Berndt/Hagelschuer, *Kirchengüter in der DDR*, Teil I, S. 19.

196 Gesetzentwurf der Landesregierung – Entwurf eines Gesetzes zu dem Vertrag zwischen dem Land Brandenburg und den Brandenburgischen Landeskirchen, Artikel 11 „Patronatswesen“, Absatz (1), in: Gesetz- und Verordnungsblatt der Provinzialregierung Mark Brandenburg (GVBl.), Potsdam 1946, S. 10.

197 Berndt/Hagelschuer, *Kirchengüter in der DDR*, Teil I, S. 43.

198 Anweisung zur Ausführung der Verordnung über das Kirchenpatronatsrecht und gemeinsame Angelegenheiten der Gemeinden und Kirchengemeinden AZ. NG Nr. 66 vom 20. Juni 1946, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV-2/148, unfol.

199 Vgl. Berndt/Hagelschuer, *Kirchengüter in der DDR*, Teil I, S. 42.

Ende der 1940er Jahre gaben immer mehr Pächter von Kirchenland in Brandenburg ihre Ländereien an die Kirche zurück, um dem mit der Betriebsgröße progressiv steigenden Ablieferungssoll zu entgehen. Eine erneute Verpachtung durch die Kirche war jedoch kaum möglich. Initiativen seitens der Kirche, diese Betriebe in Eigenbewirtschaftung zu übernehmen, hatten nicht immer Erfolg. Somit blieb ein nicht geringer Teil der kirchlichen landwirtschaftlichen Nutzfläche unverpachtet, obwohl die Kirchen gesetzlich zu einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung verpflichtet waren. Diese gesetzliche Regelung galt auch dann, wenn die Eigentümer die Bewirtschaftung nicht selbst durchführten und sie einem Pächter überließen. Auf der Grundlage der Verordnung über die Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzflächen vom 22. Juni 1949 wurde die Situation für Eigentümer nicht verpachteter und brachliegender Flächen noch verschärft.²⁰⁰ Vielfach deckte die Ernte noch nicht einmal die eingebrachte Saatgutmenge. Mehrfach wurden Pfarrer und auch Gemeindeglieder mit Ordnungsstrafen belegt und mit Inhaftierung bedroht, weil man sie für die Aufbringung des Ablieferungssolls verantwortlich machte. Daraufhin unterbreitete das Konsistorium der DWK den Vorschlag, für Flächen der Bodenklassen sechs und sieben ein geringeres Ablieferungssoll festzusetzen und die Flächen der Bodenklasse acht aufzuforsten. Die DWK antwortete am 22. Februar 1949 mit dem Hinweis, dass die geringen Erträge der Flächen mit minderer Bodenqualität ausgeglichen werden könnten, wenn der gesamte Besitz einer Kirchengemeinde in lebensfähige Wirtschaften aufgeteilt werden würde. Weiterhin wurde die Überführung kirchlicher Liegenschaften in die VVG zwar erwogen, letztlich aber nicht realisiert.²⁰¹

3.3.3 Der Zweijahrplan für die Industrie

Die SMAD bestimmte für die gesamte SBZ für das Jahr 1948 eine Steigerung der Brutto-Produktion von zehn Prozent gegenüber dem Jahr 1947. Im Plan des Landes Brandenburg war eine Jahressteigerung von dreizehn Prozent bestimmt worden. Eine Anfang 1949 vorgenommene interne Analyse kam zu dem Schluss, dass „der reale Vergleich zwischen der Gesamtproduktion des Jahres 1947 und des Jahres 1948 eine Steigerung der Brutto-Produktion von rund 26 Prozent“ ergebe.²⁰² Nur einen Monat zuvor sah die Analyse der landesgesteuerten VEB aber noch ganz anders aus: In seiner Lageeinschätzung für den Minister für Wirtschaftsplanung Otto Falkenberg (KPD/SED) kam der Leiter der HA Wirtschaftsplanung Scholz zu

200 Vgl. ebd., S. 46; Verordnung über die Erweiterung der landwirtschaftlichen Nutzflächen vom 22. Juni 1949, in: Zentralverordnungsblatt (ZVOBL.) 1949, Teil 1, S. 495. Zum Problem brachliegender Flächen vgl. Elke Scherstjanoi, „Friedenshektarerträge“ auf Vorkriegsanbauflächen. Zur Bewältigung von Kriegslasten in der ostdeutschen Landwirtschaft (1950), in: Christoph Buchheim (Hrsg.), *Wirtschaftliche Folgelasten des Krieges in der SBZ/DDR*, Baden-Baden 1995, S. 323–340; Christel Nehrig, *Uckermärker Bauern in der Nachkriegszeit. Sozialhistorische Untersuchungen zur Lage von Neu- und Altbauern im Kreis Prenzlau 1945–1952* (Gesellschaft – Geschichte – Gegenwart, Bd. 7), Berlin 1996; dies., *Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen in der DDR. Die Entwicklung der örtlichen Landwirtschaftsbetriebe (ÖLB)*, in: *Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie* 51 (2003), S. 34–46.

201 Der Vorgang ist dokumentiert in BArch, DK 1/7647 und DK 1/7354, zit. nach Berndt/Hagelschuer, *Kirchengüter in der DDR*, Teil I, S. 46 f.

202 Analyse II. Halbjahr 1948, gez. Scholz, vom 29. Januar 1949, in: BLHA, Rep. 202B, Nr. 43, unfol.

deutlich negativeren Ergebnissen. Er stellte fest, dass „die landesgesteuerten VE-Betriebe den Plan vielfach wesentlich schlechter als die privaten Betriebe erfüllten.“²⁰³ Die Planerfüllung bis Ende Oktober 1948 lag somit bei nur etwa 67 Prozent. Der wichtige Sektor Maschinenbau erfüllte sein Plansoll bei den Landesgesteuerten Volkseigenen Betrieben (LVEB) zu nur 27 Prozent, während die Privatbetriebe 65 Prozent erreichten.

Die Bilanz des zweiten Halbjahrplans 1948 war insgesamt widersprüchlich. Auf der einen Seite stand der Erfolg, dass man die Produktionskrise des Vorjahres, die vor allem auf Brennstoffmangel zurückzuführen war, überwunden hatte. Stattdessen wurden nun merkliche Zuwächse verzeichnet. Auf der anderen Seite blieben die Ergebnisse in den wichtigen Sektoren Metallurgie und Maschinenbau weiterhin deutlich hinter den Erwartungen zurück. Die Planziele wurden nur zur Hälfte erreicht. Erhebliche Schwierigkeiten taten sich darüber hinaus bei der Umstrukturierung des Materialversorgungssystems auf. Diese war aufgrund der Überführung der größeren Volkseigenen Betriebe in die zentrale Lenkung erforderlich geworden. Weiterhin kam es infolge der Währungsreform immer häufiger zu Absatzstockungen, die wiederum Probleme bei der Lagerhaltung nach sich zogen. Damit verbunden war ein Warenstau, der in Brandenburg noch bis in den März 1949 anhielt.²⁰⁴

Nun also stand der Übergang zur Zweijahrplanung an. Anfang Januar 1949 erschien der Vorsitzende der obersten Planungsbehörde DWK, Heinrich Rau, beim Brandenburger Minister für Wirtschaftsplanung Falkenberg und seinen Mitarbeitern in Potsdam und sprach dort „über neue Wege der Wirtschaftsplanung“. Dabei gab er die wirtschaftspolitische Linie vor, die Walter Ulbricht auf der I. Parteikonferenz der SED Ende des Monats verkünden sollte. Seit dem zweiten Halbjahr 1948 stand fest, dass der erste Zweijahrplan Anfang 1949 anlaufen sollte. Die Planvorschläge und Kontrollziffern für 1949 waren Ende September 1948 erstmalig bearbeitet worden. Daraufhin folgten im Oktober und November Stellungnahmen zu den Planzahlen der DWK für das Land Brandenburg. Der Vorplan wurde erst am 12. Dezember 1948 bekanntgegeben. Die planerischen Vorarbeiten waren dazu aber bislang kaum vorangekommen und Unruhe breitete sich aus. Rau beschwichtigte die Brandenburger Wirtschaftsplaner, indem er sinngemäß die Mitteilung machte, dass immer noch der Vorplan und der Materialbezugsgrenzenplan gültig seien, nach denen die Betriebe bereits produzierten. Deshalb sei im Augenblick keine Störung der Produktion zu befürchten. Man habe Zeit, so Rau weiter, „um den Volkswirtschaftsplan noch einmal eingehend durchzuarbeiten, um dann nicht nur irgendwelche Zahlen herauszugeben, sondern einen Plan, der die gesamte Volkswirtschaft unserer Zone umfasst.“²⁰⁵ Der Zeitplan sah vor, die einzelnen Teile des Volkswirtschaftsplanes zu folgenden Terminen bekanntzugeben: Anfang April 1949 sollten der Plan für die industrielle Produktion für das erste Halbjahr 1949, die landwirtschaftlichen Pläne (Anbauplan,

203 Scho[lz] an den Minister für Wirtschaftsplanung Herrn Falkenberg im Hause vom 3. Dezember 1948, betr. Lage der landesgesteuerten Volkseigenen Betriebe, in: ebd., unfol.

204 Vgl. hierzu Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 696–700.

205 Ministerpräsident [im Folgenden: MP] des Landes Brandenburg Abt. Wirtschaft, Vorbemerkungen zur Analyse der Durchführung des Volkswirtschaftsplanes im I. Quartal 1949 vom 9. Juni 1949, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 725, Bl. 110–112.

Viehvermehrungsplan, Saatguterzeugungsplan, Plan für die Neulandgewinnung) der Warenumsatzplan, der Plan der kulturellen Entwicklung und der Plan des Gesundheitswesens veröffentlicht werden. Nur der Materialverteilungsplan hatte bereits Ende März vorzuliegen. Einen Termin für den Investitionsplan festzulegen, gelang nicht, da das System der laufenden Berichterstattung erst noch eingeführt werden musste. Der Arbeitskräfteplan sowie die Finanzpläne der Vereinigung Volkseigener Betriebe waren erst im Juni 1949 fertig. Nach diesen schlechten planerischen Vorarbeiten blieb es nicht aus, dass dann der Vorplan mit dem tatsächlichen Volkswirtschaftsplan kaum übereinstimmte (vgl. die folgende Tabelle).

Diese für die Planer neue und komplizierte Situation erzwang eine Veränderung der gesamten Planungsmethodik „infolge der a) veränderten Stellung zur privaten Wirtschaft. Der erste Schritt war, dass keine Produktionsauflagen für die Privatindustrie herausgegeben wurden, sondern nur Produktionsmitteilungen. b) Übergang zur umfassenden Planung im volkseigenen Sektor. c) neue Stellung des Handels, Vertragsbasis der DHG [Deutsche Handelsgesellschaft] versagte, die Handelszentralen sind noch nicht gegründet. d) Einführung einer neuen Industrieberichterstattung.“ Überdies waren sämtliche Pläne nicht aufeinander abgestimmt

Der Unterschied zwischen Vorplan und realem Volkswirtschaftsplan.²⁰⁶

	Vorplan	Volkswirtschaftsplan
	(in 1.000 DM)	
Bergbau	1.122	2.000
Maschinenbau	7.636	13.500
Elektrotechnik	1.400	3.500
Chemie	10.899	15.000
Textilindustrie	8.045	12.288
Elektroenergie und Gas	2.900	3.910

worden. Einen weiteren Grund für die Schwierigkeiten sah man im „Kampf des internationalen Finanzkapitals zur Abschnürung der Ostzone“.²⁰⁷

Erste kurze Analysen zum Ablauf des Volkswirtschaftsplans 1949 datieren vom Januar 1950 und wurden vom Zentralen Planungsamt im Ministerium für Planung, das bei Überführung der DWK in die Regierung der DDR gebildet wurde, erstellt. Sie bestätigten das schlechte Abschneiden der Länder.²⁰⁸ Am 30. November hatten die zentralgesteuerten Betriebe den industriellen Produktionsplan mit 118,5 Prozent bereits übererfüllt, während die landesgesteuerten Betriebe mit 97,4 Prozent noch hinter den Planvorgaben zurücklagen. Das Zentrale Planungsamt rechnete bis zum 31. Dezember 1949 mit einer Planübererfüllung von etwa

206 Ebd., Bl. 110.

207 Ebd., Bl. 111.

208 Vgl. Zentrales Planungsamt, Ministerium für Planung (MfP) der DDR, betr. Kurze Analyse zum Ablauf des Volkswirtschaftsplanes 1949 vom 2. Januar 1950, in: SAPMO-BArch, NY 4182/963, Bl. 370–396.

16,5 Prozent, verteilt auf die zentralgesteuerten Betriebe mit rund 27 Prozent und die landesgesteuerten mit circa sechs Prozent. Im Vergleich zum Vorjahr ergab sich für 1949 eine enorm hohe durchschnittliche Wachstumsrate von 41,5 Prozent, die jedoch in den einzelnen Industriezweigen sehr unterschiedlich ausfiel. In der Leichtindustrie und im Bergbau lag sie bei gut 20 Prozent, in der Baumaterialproduktion, der Chemie, der Energiewirtschaft, der Textilindustrie und der Metallurgie zwischen 30 und 40 Prozent, im Maschinenbau und der Holzverarbeitung zwischen 45 und 55 Prozent, in der Elektrotechnik bei 77,5 Prozent, in der Feinmechanik und Optik bei glatten 100 Prozent und in der Zellstoff- und Papierproduktion sogar bei 189 Prozent. Diese günstige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichte es, weitere Investitionen zu tätigen, den Export zu steigern und die Versorgung der Bevölkerung zu verbessern.

Scharfe Kritik übte die Plananalyse an der Investitionstätigkeit. Nur 86 Prozent der geplanten Investitionen konnten tatsächlich realisiert werden, während es gleichzeitig in fast allen Industriezweigen in großem Umfang zu außerplanmäßigen Investitionen kam, sei es wegen mehrfach abgeänderter Pläne, sei es aus betrieblichem Eigensinn oder unter Rückgriff auf laufende Mittel der Unternehmen.²⁰⁹

Die Erfolge der Produktionssteigerung hingegen wurden in erster Linie der Aktivistenbewegung zugeschrieben. Aber die auf dieser Basis erzielte Produktivitätssteigerung musste auf der anderen Seite mit erhöhten Lohnsummen erkaufte werden. Ihre Steigerung sollte bei nur 15 Prozent liegen, betrug im zweiten Quartal 1949 aber schon 21,5 Prozent und im dritten Quartal dann sogar 39 Prozent.²¹⁰ Die meisten Steigerungen der ausgezahlten Durchschnittslöhne wurden in den Bereichen Metallurgie, Maschinenbau und Bauwirtschaft erreicht. Hier wie auch im Bergbau zeichnete sich ein deutlicher Arbeitskräftemangel ab, der diese Lohnentwicklung weiter befeuern musste. Das Zentrale Planungsamt hielt deshalb den bereits beschrittenen Weg zur Leistungsentlohnung, der bisher nur für etwa 30 beziehungsweise 40 Prozent der Beschäftigten im landes- beziehungsweise zentralgesteuerten volkseigenen Wirtschaftssektor realisiert war, für besonders wichtig.

Auch bei der Materialversorgung konnten einige Fortschritte erzielt werden. Während die Verteilung von Roh- und Grundstoffen im Wesentlichen planmäßig umgesetzt worden war, gab es bei der Verteilung von Halb- und Fertigwaren, insbesondere von Produktionsgütern, noch große Schwierigkeiten. Und auch das Problem des ‚Warenstaus‘, das auf mangelhafte Abstimmung zwischen Produktion, Verteilung und Verbrauch schließen ließ, war noch immer nicht gelöst. Als einzigen Verbesserungsvorschlag konnte das Zentrale Planungsamt eine bessere Plankoordinierung anmahnen. Die einzige Hoffnung auf baldige Besserung boten hier nur die im Verlauf des Jahres 1949 gegründeten volkseigenen Großhandelszentralen.

209 Vgl. ebd., Bl. 378.

210 Vgl. ebd., Bl. 384–390, und passim.

Das Volumen des Brandenburger Außenhandels hatte sich im Verlauf eines Jahres mehr als verdoppelt: von 675,2 Millionen DM 1948 auf 1.474 Millionen DM im Jahr darauf. Das lag nicht nur am innerdeutschen Handel, sondern nunmehr auch an der verstärkten Handelsorientierung nach Osten. Mit der UdSSR und sämtlichen anderen Ländern des Ostblocks waren mittlerweile Handelsabkommen geschlossen worden. Die UdSSR und Polen waren die wichtigsten Handelspartner. Ganz nach Plan verlief die Entwicklung des Außenhandels allerdings nicht: Während die geplanten Exporte nicht in voller Höhe erbracht werden konnten, überstiegen die Importe den ursprünglichen Ansatz um deutliche 28,5 Prozent und konnten dennoch den steigenden Bedarf der Volkswirtschaft nicht decken. Der Passivsaldo im Außenhandel betrug am 30. November 1949 80,5 Millionen Dollar, davon allein 47,2 Millionen Dollar gegenüber der Sowjetunion. Die Struktur des Brandenburger Außenhandels hatte sich gegenüber dem Vorjahr dahingehend verschoben, dass zwar weniger Nahrungs- und Genussmittel, dafür aber deutlich mehr Halb- und Fertigwaren importiert, andererseits jedoch nur wenig mehr Rohstoffe und Fertigwaren exportiert werden konnten.²¹¹

3.3.4 Bilanz des Zweijahrplans 1949/50

Auf dem III. Parteitag der SED im Juli 1950 wurde bereits die vorfristige Erfüllung des Zweijahrplans bekanntgegeben. Gleichwohl fiel den ostdeutschen Planern eine klare Bewertung des ersten langfristigen Wirtschaftsplans ausgesprochen schwer. Denn die einseitige Schwerpunktsetzung auf die Industrie, eine Vorgabe Moskaus, hatte erhebliche negative Konsequenzen für die Landwirtschaft gehabt. Überdies wurden alle Bilanzierungsversuche im gewerblich-industriellen Bereich dadurch erheblich erschwert, dass es keinen einheitlichen Zweijahrplan 1949/50 gab, sondern, so Sattler, „vielmehr zwei einzelne Jahrespläne für 1949 und 1950, deren Ziele in ihrer Summe keinesfalls mit dem ursprünglichen Plandokument der SED übereinstimmten und die außerdem jeweils noch durch drei ‚Zusatzpläne‘ ergänzt worden waren.“²¹²

Das ursprüngliche Ziel des gesamten Zweijahrplans war es gewesen, das Industrieniveau des Jahres 1936 bis 1950 zu etwa 81 Prozent wieder zu erreichen. Eine offizielle Schlussbetrachtung für den zusammengestückelten Zweijahrplan legte die SED, obwohl von der SKK dazu aufgefordert, niemals vor. Wahrscheinlich erreichte die Industrieproduktion nur etwa 75 Prozent des Jahres 1936. Die Industrieproduktion der Bundesrepublik betrug zu dieser Zeit bereits etwa 113 Prozent des Wertes von 1936.²¹³

211 Vgl. ebd., Bl. 390. Die Ein- und Ausfuhren setzten sich 1949 wie folgt zusammen (in Prozent): Rohstoffe 27,5 – 12,1; Halbfertigfabrikate 26,0 – 45,9; Fertigwaren 30,6 – 35,0; Lebensmittel 15,7 – 6,6 und Energie 0,2 – 0,4.

212 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 731. Zur Entwicklung des zentralen Planungssystems in der DDR vgl. Andreas Malycha, Die Staatliche Plankommission (SPK) und ihre Vorläufer 1945 bis 1990, in: Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, S. 17–132, hier v. a. S. 18–41.

213 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 731 f.; Steiner, Plan, S. 66; Werner Abelshauser, Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Frankfurt am Main 1983, S. 34; Wolfgang F. Stolper, The Structure of the East German Economy, Cambridge/Massachusetts 1960, S. 235–267.

An diesen Zahlen störten sich die Wirtschaftsplaner aber weniger als an den Abstimmungsschwierigkeiten innerhalb des von ihnen geschaffenen Planes. Weiterhin wurden der schwache Außenhandel und eine unzureichende Arbeitskräftelenkung als negative Elemente identifiziert. Die deutlich zutage getretene Diskrepanz in der Entwicklung der zentralgeleiteten und der landesgesteuerten Industrie wurde auf mangelhafte Leitung und Verwaltung der Betriebe zurückgeführt. Vor dem Hintergrund dieser Lagebeurteilung wurden im Zuge der Regierungsneubildung im Herbst 1950 organisatorische Veränderungen in der Wirtschaftsverwaltung vorgenommen, die sämtlich im Dienste einer noch strafferen Zentralisierung standen: Aus dem Ministerium für Planung ging nun die Staatliche Plankommission (SPK) der DDR hervor, die für die Zentralisierung der gesamten Wirtschaftsstruktur sorgte. Durch große Umstrukturierungen bei den zentralen VVB und ihre Auflösung in den Ländern wurden auf fachlicher und territorialer Grundlage neue zentrale VVB gebildet. Die größten VEB unterstellte man jedoch direkt den Fachabteilungen der jeweiligen Industrieministerien, und kleinere landesgesteuerte Betriebe gingen als ‚örtliche Industrie‘ in die Verwaltung der Kreise über.

Diese Reorganisation, die als wichtige Voraussetzung für die Realisierung des Fünfjahrplans angesehen wurde, ließ die Landesregierungen rasch an Bedeutung verlieren. Diese waren künftig nur noch für die Abwicklung des Vertragssystems mit der Privatwirtschaft und für die Aufsicht über die volkseigene ‚örtliche Industrie‘ verantwortlich.

In Brandenburg kam es nach der Neukonstituierung des Landtags im Zuge der Regierungsbildung schnell zu tiefgreifenden Veränderungen. Das Ministerium der Justiz wurde aufgelöst und die bisher von ihm wahrgenommenen Aufgaben einer Hauptabteilung beim Ministerpräsidenten übertragen. Das Ministerium für Arbeits- und Gesundheitswesen wurde durch Ausgliederung der Arbeitsverwaltung, die nun zum neugebildeten Ministerium für Wirtschaft und Arbeit kam, zu einem erheblich kleineren Gesundheitsministerium umgeformt. Aus den bisherigen Wirtschaftsministerien entstanden durch Ausgliederung der Hauptabteilungen Land- und Forstwirtschaft sowie Handel und Versorgung außerdem zwei neue Ministerien. Dem vom neuen Ministerpräsidenten Rudolf Jahn (KPD/SED) gebildeten Kabinett gehörten sieben Minister an: für Inneres Bruno Lentzsch (SED), für Volksbildung, Wissenschaft und Kultur Horst Brasch (SED), für Gesundheitswesen Ingo von Koerber (LDP), für Finanzen Siegfried Dallmann (National-Demokratische Partei Deutschlands – NDPD), für Wirtschaft und Arbeit Franz Peplinski (SED), für Handel und Versorgung Karl Grobbel (CDU) sowie für Land- und Forstwirtschaft Dietrich Besler (Demokratische Bauernpartei Deutschlands – DBD).²¹⁴

Auch der SED-Parteiparat wurde im Herbst 1950 umgebaut. Das schloss den personellen Ausbau der Wirtschaftsabteilung ein. Der neue Strukturplan für die Landesleitungen vom Oktober 1950 sah eine weitgehende Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Aufgaben innerhalb der Abteilung Wirtschaftspolitik vor. Die Abteilung sollte sich künftig in die fünf Sektoren Planung und Finanzen, Industrie, Handel und Versorgung, Arbeit und Gewerkschaft

214 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 734 f.

sowie Kader gliedern und integrierte somit die frühere selbstständige Abteilung Arbeit und Soziales. Auf wirtschaftlichem Gebiet existierte daneben nun nur noch die Abteilung Landwirtschaft. Die personelle Besetzung der Planstellen konnte erst zur Jahreswende 1950/51 abgeschlossen werden.²¹⁵

Die von Ernst Kieling geleitete Wirtschaftsabteilung sollte ihre Zusammenarbeit mit den Kreisen verbessern und hatte dafür verstärkt hauptamtliche Funktionäre einzusetzen. Denn nach Ansicht Kielings musste die Tätigkeit der zahlreichen Fachausschüsse bei den Kreisleitungen bei gleichzeitiger Straffung der Parteidisziplin ausgebaut werden. Dies war ein weiterer Schritt zur Durchsetzung der zentralen Planwirtschaft, auch in Vorbereitung des kommenden Fünfjahrplans. Sattler sieht in der personellen Großoffensive des Parteiapparates die „Vorbereitung auf die kommende Auflösung der Länder“.²¹⁶ Die strukturellen und systemimmanenten Mängel und Schwächen der eigentlichen Plandurchführung wurden intern des Öfteren angeführt, um die Demontage der Landesregierungen und die Aufwertung des regionalen Parteiapparates als notwendige Voraussetzungen für die Bewältigung der großen Aufgaben des Fünfjahrplans zu begründen.

3.4 'Sicherungsmaßnahmen für die Volkswirtschaft'

Die Erfassung des neu gebildeten Volkseigentums gehörte zu den Hauptaufgaben des Ausschusses beziehungsweise der Ämter zum Schutz des Volkseigentums.²¹⁷ Insbesondere während der Zeit der Währungsreform, des Übergangs zum Zweijahrplan, des „Klassenkampfes auf dem Lande“ und der Berlin-Blockade blühte der Schwarzhandel. In der „lukrative[n] Lebensmittelschieberei in die Westsektoren Berlins“ suchten die ostdeutschen Behörden gezielt nach „Schädigungen“, „Störungen“ und „Sabotagen der Volkswirtschaft“. Dazu zählten der Schwarzhandel und alle Wirtschaftsaktivitäten, die nicht staatlicher Kontrolle oder Zustimmung unterlagen. Auch die Währungsreform konnte den Schwarzhandel nicht sofort unterbinden. Die Mehrheit der am Schwarzhandel teilnehmenden Landwirte ließ sich allerdings nicht aus Habgier oder Gewinnsucht auf derartige Geschäfte ein, sondern zumeist aus purer Not ob des drückenden Ablieferungssolls.²¹⁸

Das Landespreissamt (mit Sitz in Potsdam) führte für das Ministerium für Finanzen der DDR von September bis Dezember 1949 detaillierte Verzeichnisse über die auf dem Schwarzen Markt in brandenburgischen Städten gezahlten Preise. Im Einzelnen wurden die Städte Potsdam, Forst, Guben, Cottbus, Frankfurt (Oder), Spremberg, Luckenwalde, Perleberg, Angermünde und Wittenberge auf Preise für Lebensmittel, Textilien und Schuhe sowie für

215 Vgl. den Strukturplan des S/SED-LLBr vom 19. Oktober 1950, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 37, Bl. 55–99. Erst am 24. Mai 1951 stimmte das S/SED dem endgültigen Struktur- und Stellenplan für die LL zu, vgl. PdS/SED vom 24. Mai 1951, in: SAPMO-BArch, DY 30/IV 2/3/198, hier v. a. die Anlage Strukturplan der Landesleitungen, Bl. 53–66. Als gute Übersicht ist der Plan in Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 878–888, wiedergegeben.

216 Ebd., S. 736.

217 Vgl. ebd., S. 599–609.

218 Helle, Nachkriegsjahre, S. 317 f.

Industriewaren geprüft. Hier sind die Zahlen wiedergegeben, die nur die Nahrungs- und Genussmittel betreffen. Soweit es die Landespreisprüfer feststellen konnten, blieben die gezahlten Schwarzmarktpreise für die allermeisten Güter in den Berichtsmonaten September bis November 1949 relativ stabil. Die aktivsten Schwarzhandelsplätze in Brandenburg waren Potsdam als Landeshauptstadt mit seiner Nähe zu Berlin sowie Forst, Guben und Cottbus. Die letzten drei waren geografisch mehr Richtung Osten orientiert und lieferten Schwarzmarktgüter oft aus oder mitunter auch nach Polen weiter.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau der Planwirtschaft verstärkte die DDR-Führung ihren Kampf gegen vermeintliche Wirtschaftssabotage und entwickelte das Wirtschaftsstrafrecht zu einem politischen Steuerungsinstrument, das der sozioökonomischen Umgestaltung des Landes dienen sollte. Eines der zentralen Elemente im ersten Fünfjahrplan war denn auch der „Kampf gegen Wirtschaftssabotage“.²¹⁹

Die Abteilung Preisüberwachung des Ministeriums für Finanzen wies am 4. Oktober 1951 alle Landesfinanzdirektionen an, die Privatgaststätten zu überprüfen. Das Problem der Wirt-

**Schwarzmarkt-Preisbewegung für Lebensmittel, Land Brandenburg,
im Monat November 1949 (in DM, T = Tagespreis).²²⁰**

Warenart	Mengeneinheit	Potsdam	Forst	Guben	Cottbus
Schrippen	50 g	0,3	0,25	–	0,2
Weißbrot	1500 g	8	8	3,0/4,0	6
Schwarzbrot	1500 g	1,5	2,5	2	1,5
Käse	500 g	–	2,4	–	–
Eier	Stück	1,5	1	1,0/1,50	1,0/1,50
Butter	500 g	22	25	22/25	25
Schmalz	500 g	–	–	15	–
Margarine	500 g	12	20	–	–
Salatöl	l	–	28	25/30	25/30
Speck	500 g	–	30/35	25	30
Heringe	Stück	–	1/1,5	1	1,5
Weizenmehl	500 g	2	2,5	1,75/2	1,5/2
Roggenmehl	500 g	1	–	–	1,5

219 Dierk Hoffmann, Otto Grotewohl (1894–1964). Eine politische Biographie (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 74), München 2009, S. 467–475.

220 LRBr/Finanzministerium, Landespreisamt (Potsdam), an das Ministerium für Finanzen der Deutschen Demokratischen Republik, Preiskontrollamt, betr. Preise auf dem Schwarzen Markt im Monat November 1949 vom 3. Dezember 1949, in: BArch, DN 1/37605, unfol. Überwacht wurden außerdem die schwarzen Märkte in den brandenburgischen Städten Spremberg, Luckenwalde, Brandenburg an der Havel, Lübben, Eberswalde, Bad Freienwalde, Perleberg, Angermünde und Wittenberge.

Warenart	Mengeneinheit	Potsdam	Forst	Guben	Cottbus
Haferflocken	500 g	–	2,5	–	–
Nudeln	500 g	–	3	–	–
Griß	500 g	–	3 T	–	–
Zucker	500 g	5	6 T	6	5
Süßstoff	100 Tabl.	–	0,32 T	–	–
Rindfleisch	500 g	–	8	7,0/9,0	10
Schweinefleisch	500 g	20	10,0/15,0	8,0/10,0	10,0/11,0
Kartoffeln	50 kg	25	–	15,0/20,0	25,0/30,0
Erbsen	500 g	–	1,8	–	–
Bohnenkaffee	500 g	40	40	60	40,0/50,0
Tee	500 g	–	80	60,0/80,0	–
Kakao	500 g	–	100	48	35,0/40,0
Schokolade	50 g	3	T 4,0/4,5	4	6,0/7,0
Zigarren	Stück	–	0,3/2,0 T	–	–
Zigaretten, deutsche	Stück	0,15	0,15/0,5 T	–	–
Zigaretten, amerikanische	Stück	0,8	1	–	–
Zigaretten, russische	Stück	0,4	0,3/0,5	–	–
Tabak, Feinschnitt	50 g	–	3	–	–

schaftskriminalität war in diesem Bereich so hoch, dass die Anweisung zur Überprüfung direkt vom ZK der SED beziehungsweise von dem dort für Finanzfragen zuständigen Franz Ulbrieg (SED) ausging, weil „verschiedentlich festgestellt worden war, dass markenpflichtige Fleisch- und Fischgerichte ohne Abgabe von Marken zu überhöhten Preisen, ebenfalls Bohnenkaffee zu überhöhten Preisen verabreicht“ wurde.²²¹ In vorausseilendem Gehorsam erteilte die Abteilung Preisüberwachung von sich aus die weitere Anweisung, „auf den Verkauf von Zigaretten ohne Banderole bzw. aus dem Westsektor Berlins besonderes Augenmerk zu legen.“ Damit auch ja nichts schiefging, sandte das Ministerium für Finanzen seine Instruktoren nicht nur in sämtliche Landesfinanzdirektionen, sondern auch in ausgewählte Finanzämter (Arbeitsgebiete Preisüberwachung). Im Land Brandenburg waren davon Potsdam, Mahlow und Bernau betroffen.²²² „Da bei Reihenkontrollen in Gaststätten nicht immer der gewünschte Erfolg zu verzeichnen“ war, wurde „ferner die Anweisung erteilt, die Preisfahndung, soweit sie in den einzelnen Ämtern schon vorhanden war, einzusetzen.“ Ein Zwischenbericht,

221 Ministerium für Finanzen, Abgabenverwaltung, Abt. Preisüberwachung vom 13. Dezember 1951, betr. Überprüfung von Gaststätten, Bezug: Anweisung des ZK, gez. Neubert (k. Abteilungsleiter), in: BAArch, DN 1/38244, unfol.

222 Die anderen überprüften Finanzämter befanden sich in Dresden, Meißen, Döbeln, Grimma, Leipzig, Nordhausen, Heiligenstadt, Weimar, Erfurt, Gotha und Eisenach, Nauen, Weißenfels, Rostock, Stralsund, Demmin und Neubrandenburg.

der Mitte November 1951 dem Ministerium vorlag, vermeldete für das Land Brandenburg: „117 Preisverstöße wurden bei der Aktion festgestellt, davon 23 Geschäftsschließungen, und zwar 18 Fälle wegen des Verkaufs von un versteuerten und Westzigaretten. Besonders im Kreis Teltow, der sich an den Stadtbezirk Berlin anschließt, wurden 43 Gaststätten mit Ordnungsstrafen belegt und in 12 Fällen Geschäftsschließungen ausgesprochen. Die Höhe der festgesetzten Ordnungsstrafen und Mehrerlöse betrug im Kreis Teltow ca. DM 50.000,–.“²²³

Dennoch wurden die Ergebnisse des Zwischenberichts aus folgenden Gründen nicht als zufriedenstellend empfunden: „Der Verkauf von markenpflichtigen Fleischgerichten erfolgt meistens nur an gute, eingeführte Stammgäste. Die Gastwirte werden nur in den wenigsten Fällen derartige Gerichte an Fremde abgeben. Hierzu kommt, dass die Prüfer unserer Preisüberwachung in den einzelnen Orten größtenteils bekannt sind, sodass während ihrer Anwesenheit im Lokal Schwarzverkäufe nicht getätigt werden. Wo sich dies besonders auswirkt, wurde ein Austausch der Prüfer unter den einzelnen Finanzämtern vorgenommen.“ Weiterhin wirkte sich erschwerend aus, dass „den Prüfern der Preisüberwachung [...] keine Spesengelder zur Verfügung [stehen]. Schwarzverkäufe in den Gaststätten finden in den meisten Fällen in den Hauptverkehrszeiten, also in späten Abendstunden statt. Wenn der Prüfer zum Erfolg kommen will, muss er zunächst als Gast auftreten, in der Gaststätte den Geschäftsbetrieb beobachten, dann erst eingreifen und sich als Preisprüfer zu erkennen geben. Um dies durchführen zu können, benötigt der Prüfer eine bestimmte Zeit, in der er schließlich etwas verzehren muss. Dies trifft auch besonders zu für den Besuch von Gaststätten, in welchen Eintrittspreise verlangt werden (Großstädte). Man kann dem Prüfer nicht gut zumuten, die Spesengelder aus der eigenen Tasche zu bezahlen.“ Nachdem diese Schwierigkeiten erkannt und in Zusammenarbeit mit den anderen Ländern mehr oder weniger ausgeräumt worden waren, konnte der stellvertretende Leiter der Landesfinanzdirektion Brandenburg, Liermann, am 27. Dezember an das ZK der SED melden, dass man insgesamt 1 357 Betriebe überprüft und 206 Preisverstöße gemeldet habe. Ordnungsstrafen wurden in Höhe von 63.140 DM verhängt, während die Summe der zum Einzug verordneten Mehrerlöse 37.130 DM betrug. Im Laufe des Jahres 1951 wurden allein im Kreis Teltow 43 Gaststätten mit erheblichen Strafen belegt und in zwölf Fällen Geschäftsschließungen ausgesprochen. Die Höhe der festgesetzten Strafen und Mehrerlöse betrug in diesem Falle circa 50.000 DM. Aus diesen Größenordnungen leitete die Landesfinanzdirektion Brandenburg den Schluss ab, dass „die laufende Kontrolle der Gaststätten eine unbedingte Notwendigkeit“ sei.²²⁴

223 Siehe für alle Zitate Ministerium für Finanzen, Abgabenverwaltung, Abt. Preisüberwachung vom 13. Dezember 1951, betr. Überprüfung von Gaststätten, Bezug: Anweisung des ZK, gez. Neubert (k. Abteilungsleiter), in: BArch, DN 1/38244, unfol.

224 Vgl. das Schreiben von Hauptreferent Metis vom 1. Dezember 1951, in: ebd., unfol.

3.5 Der Übergang zur Fünfjahrplanung

3.5.1 Die Etablierung der Planwirtschaft sowjetischen Typs

Mit der Gründung der DDR 1949 bildete die DWK den Kern der Regierung. Seit November 1950 verfügte die SPK über die von der SED-Führung schon lange geforderte herausgehobene Position gegenüber den anderen mit Wirtschaft befassten Institutionen. Die Schwerindustrie, der Maschinenbau, die Leichtindustrie sowie die Land- und Forstwirtschaft wurden nun durch jeweils eigene Ministerien verwaltet und die Großbetriebe direkt den Hauptverwaltungen der Ministerien unterstellt. Darüber hinaus nahmen die Ministerien für Finanzen, für Außenhandel und Innerdeutschen Handel, für Handel und Versorgung sowie für Arbeit Querschnittsaufgaben in der Wirtschaft wahr. Die bislang dem Innenminister unterstellte Hauptverwaltung zum Schutze der Volkswirtschaft wurde im Februar 1950 in das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) umgewandelt, das seinen Zugriff auf die Wirtschaft künftig verstärken sollte. Die Etablierung der Planwirtschaft sowjetischen Typs in der DDR wurde schließlich 1949/50 – zeitgleich mit den anderen ost- und südosteuropäischen ‚Volkswirtschaften‘ – mit der Arbeit an einem Fünfjahrplan für die Jahre 1951 bis 1955 gewissermaßen abgeschlossen.²²⁵

Als Gesetz wurde der Fünfjahrplan 1951/55 im November 1951 verabschiedet.²²⁶ Absichten, einen solchen Fünfjahrplan nach sowjetischem Vorbild einzuführen, hatte es in der SED-Spitze seit Gründung der DDR gegeben. Nicht nur innerhalb der SED, sondern gleichermaßen in der staatlichen Verwaltung – auch auf Länderebene – und den Massenorganisationen herrschte anfangs eine große Planungseuphorie, die nicht nur vorgeschoben oder vordergründiger Natur war. Die Begeisterung speiste sich aus der Überzeugung, dass eine wissenschaftlich fundierte Planung der Gesamtwirtschaft unter sozialistischen Vorzeichen den weiteren Erfolg garantieren und damit die Überlegenheit des ostdeutschen Systems gegenüber dem westdeutschen Konkurrenzmodell zeigen würde. Diese Euphorie, die von der SED auch gezielt instrumentalisiert wurde, verblasste jedoch nach relativ kurzer Zeit, als Mängel und Zielkonflikte in der Gesamtplanung unübersehbar wurden, die einen erfolgreichen Abschluss der gesteckten Ziele in Frage stellten.

3.5.2 Die brandenburgische Landwirtschaft im Fünfjahrplan

Da der Fünfjahrplan dem schnellen Auf- und Ausbau der Metallurgie, des Schwermaschinenbaus und der chemischen Industrie Vorrang einräumte, kam der Landwirtschaft nur eine untergeordnete Bedeutung zu. Gleichwohl war ihr die Aufgabe gestellt worden, durch „die größtmögliche Steigerung der Ernteerträge und der tierischen Erzeugung“ den Anschluss an den noch immer nicht erreichten Lebensstandard der Vorkriegszeit zu finden.²²⁷ Der erste

225 Vgl. Steiner, Plan, S. 63.

226 Vgl. das Gesetz über den Fünfjahrplan zur Entwicklung der Volkswirtschaft der Deutschen Demokratischen Republik (1951–1955) vom 1. November 1951, in: GBl. DDR 128 (1951), S. 973–991.

227 Ebd., S. 974.

Fünffahrplan verstärkte in der DDR insgesamt die Attraktivität und das Wachstum der Industriegewirtschaft. Die Sogkraft, die von dieser Dynamik ausging, steigerte die Fluktuation unter den Neubauern. So verließen bis 1952 in der gesamten DDR mit mehr als 60 000 Menschen rund 30 Prozent von ihnen ihre Höfe.²²⁸ Das beschlossene Industrialisierungsprogramm, insbesondere der Bereich Schwer- und Chemieindustrie, bildete zwar das Rückgrat der angestrebten Modernisierung im Agrarbereich, blockierte zunächst jedoch die von der Landwirtschaft dringend benötigten Bau- und Ausrüstungsinvestitionen. Erst mittel- und längerfristig profitierte der Agrarbereich von den Ergebnissen dieses Programms. Durch die Abwanderung von Arbeitskräften in die Industrie verstärkte der Fünffahrplan zunächst einmal die Probleme der Landwirtschaft. Die neuen Industriebetriebe nahmen zwar den Überhang an Arbeitskräften aus dem ländlichen Raum auf – vom Anfang der 1950er Jahre bis Mitte der 1960er Jahre handelte es sich um etwa zwölf Prozent der landwirtschaftlich Beschäftigten. Mit höherem Einkommen, interessanteren Arbeitsplätzen, besseren Sozialleistungen und einem insgesamt attraktiveren Umfeld zogen sie allerdings aus der Landwirtschaft dringend benötigte Arbeitskräfte ab. Auch die Groß- und Schwerpunktprojekte des Fünffahrplans, wie beispielsweise das Eisenhüttenkombinat in Stalinstadt (Eisenhüttenstadt) oder der Tagebau in der Lausitz, entfalteten eine Sogwirkung – vor allem auf die Landjugend.

Als Ziel für 1955 gab der Plan vor, gegenüber 1950 eine Steigerung der Hektarerträge für pflanzliche Produkte um 125,3 Prozent sowie eine Aufstockung der Viehbestände und eine Steigerung der tierischen Produktivität vorzunehmen. So sollte etwa der Kuhbestand um 160,9 Prozent und der Jahresmilchertrag je Tier um 124,4 Prozent gesteigert werden.²²⁹ Wie schon im Zweijahrplan hatten auch nun wieder die größeren Bauern erhöhte Ablieferungsnormen zu erbringen. Großbauern waren nach wie vor die leistungskräftigsten Landwirte, wurden aber gleichzeitig durch die rigorose Abschöpfung ihrer Erträge zunehmend in den Ruin getrieben.²³⁰ Das Problem der herrenlosen Flächen weitete sich von den aufgegebenen Neubauernstellen immer mehr auf verlassene, ehemals leistungsstarke Bauernhöfe aus.

Mit den großen Aufgaben des Fünffahrplans wurde zu Beginn des Jahres 1951 auch die Reorganisation der Verwaltungen für die MAS und die VEG begründet. Die Verwaltung der MAS (VMAS) als zentrale Verwaltung aller MAS in Ost-Berlin wurde aufgelöst. An ihre Stelle traten fünf selbstständig planende und bilanzierende Vereinigungen Volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen (VVMAS) auf Landesebene, die das gesamte Vermögen der VMAS als Volkseigentum übernahmen und direkt dem Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR unterstellt waren. Die von den VVMAS neu festgesetzten Vertragsbedingungen und

228 Vgl. Bauerkämper, Agrargeschichte; ders., Neubauernprogramm; ders., Die Neubauern in der SBZ/DDR 1945–1952. Bodenreform und politisch induzierter Wandel der ländlichen Gesellschaft, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hrsg.), Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR, Göttingen 1996, S. 108–136, hier S. 123 f.; Langenhan, Industriearbeiter, bes. S. 142.

229 Vgl. das Gesetz über den Fünffahrplan, S. 981.

230 Vgl. Schmidt, Agrargeschichte des Landes Brandenburg, S. 47–56.

Nutzungstarife zielten noch stärker als zuvor auf eine Bevorzugung der Klein- und Mittelbauern.²³¹

Im „Ersten Vorschlag für den 5-Jahresplan 1951–1955“ der Brandenburger Landesregierung (HA Wirtschaftsplanung) vom März 1950 heißt es zur „Begründung zum Planvorschlag der Steigerung der Ernteerträge im Zusammenhang mit dem Bedarf an Mineraldünger und Stallmist“: „1.) Die Grundvoraussetzung ist eine bessere Bodenbearbeitung in Verbindung mit der Anwendung fortschrittlicher agrarbiologischer Erkenntnisse in den landwirtschaftlichen Betrieben. Zu diesem Zweck muss einmal der technische Teil der MAS ausgebaut werden, zum anderen das Beratungswesen der MAS und der VdgB sich weiter entwickeln. [...] 5.) Der Planvorschlag über die Neuanlage von Obstplantagen auf den Bodenklassen 7 und 8 und die Meliorationen von rund 33 000 ha schlecht genutzter Wiesenflächen wirkt ebenfalls auf die Erreichung dieses Zieles ein. Hierdurch wird bei dem Gemüseplan erreicht, dass die Gemüseerzeugung aus den für diesen Anbau ungeeigneten Wirtschaften herauszunehmen ist und somit in Spezialbetriebe verlegt werden kann. 6.) Im Wiederaufforstungsplan ist ein Vorschlag für den Austausch von minderwertigen Ackerflächen gegen Forstflächen besserer Bodenqualität vorgesehen, deren Durchführung mit einer Steigerung der Erträge verbunden ist. 7.) Zur ordentlichen Bewirtschaftung der herrenlosen Flächen wird im Jahre 1950 mit der Errichtung von 25 neuen Volksgütern oder Vorwerken begonnen, die wie im Planvorschlag angegeben, in den Jahren 1951–1955 weiter auszubauen sind, wodurch die hiervon berührten Flächen bester Bodenqualitäten zu einer erheblichen Steigerung der Erträge beitragen. [...] Die Grenzen einer schnelleren Steigerung der Erträge sind im Lande Brandenburg durch den hohen Anteil der Böden 7. und 8. Klasse gegeben.“²³² Auch wenn die genauen Planvorgaben noch mehrmals abgeändert wurden, stand doch die generelle Stoßrichtung des Fünfjahrplans in der Landwirtschaft bereits im Frühjahr 1950 fest.

Das Land Brandenburg besaß rund 300 000 Hektar Ackerländereien in den Bodenklassen sieben und acht. Die Erträge auf diesen Flächen lagen bei einem großen Teil nur wenig über den Aussaatmengen und erforderten zu einer „einigermaßen brauchbaren Nutzung“ einen so hohen Aufwand an Stalldünger und Gründung, dass der erzielte Ertrag kaum in einem angemessenen Verhältnis dazu stand. Mit dem Fünfjahrplan waren ertragreiche Kulturen auf diese Böden zu bringen, die gleichsam ein vermehrtes Aufliegen von Flugsand verhindern „und die klimatischen Verhältnisse dadurch ebenfalls [...] verändern“ sollten. Dafür entwickelte die Landesregierung Brandenburg den Planvorschlag für die Erstellung von 80 000 Hektar Obstplantagen auf diesen Ländereien. Um die Versorgung der Bevölkerung mit Frischobst zu verbessern, wurde angeregt, zusätzlich dazu und zum Ausbau des Obst-

231 Vgl. die Verordnung über die Bildung von Vereinigungen Volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen vom 14. Dezember 1950, in: GBl. DDR 140 (1950), S. 1197 f.; 3. Durchführungsbestimmung zur Verordnung über die Bildung von Vereinigungen Volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen, in: GBl. DDR 148 (1950), S. 1238 f.

232 LRBr HA Wirtschaftsplanung, 1. Vorschlag für den 5-Jahresplan 1951–1955 Land Brandenburg und Begründung zum Planvorschlag der Steigerung der Ernteerträge im Zusammenhang mit dem Bedarf an Mineraldünger und Stallmist vom 19. März 1950, in: BArch, DE 1/12049, Bl. 52–77, hier Bl. 52 f.

gürtels um Werder an der Havel weitere 20 000 Hektar aus brachliegenden Äckern zuzuführen.²³³ Das dafür erforderliche Anlagekapital sollte teils in Form von langfristigen Krediten den betreffenden Bauernwirtschaften gewährt und teils als Investitionsmittel für volkseigene Betriebe bereitgestellt werden.

Den Wirtschaftsplanern war klar, dass „zur Förderung dieses volkswirtschaftlich wichtigen Anbaues in gewissem Umfang Zuschüsse zu gewähren [waren], insbesondere für die in diesem Zusammenhang zu erstellenden wasserwirtschaftlichen Anlagen.“ Das Land Brandenburg mit seinem hohen Anteil qualitativ minderwertiger Böden auf der einen und starken Niederungen auf der anderen Seite musste daher Maßnahmen für eine ordentliche Regelung des Wasserhaushaltes einleiten. Notwendig war außerdem, zur Schaffung besserer Voraussetzungen für eine gesteigerte Rinderaufzucht die zum großen Teil in einem schlechten Zustand befindlichen Wiesenverhältnisse zu verbessern. „In der Durchführung wasserwirtschaftlicher Maßnahmen“, so die Landesregierung, „liegen im Lande Brandenburg wesentliche Reservequellen für die Hektarertragssteigerung.“²³⁴ Der Plan für die Erneuerung der Brandenburger Wasserwirtschaft umfasste, neben zahlreichen Detailobjekten, als Hauptobjekte das Rhinluch, das Staubecken Stolpe sowie das Planetal. Das Planetal hatte 1950/51 einen zu hohen Grundwasserstand und konnte infolgedessen kaum bewirtschaftet werden, sodass es zu einer Minderung der Erträge kam. Das Havelländische Luch sollte Maßnahmen zur Entwässerung, Vorflutregulierung und Bewässerung erfahren. Weiterhin waren hier Folgeeinrichtungen für eine Vorteilsfläche von 30 000 Hektar, 14 Wirtschaftsbrücken, der Neubau von acht Schöpfwerken und 200 Kilometer Wirtschaftswegen geplant. Zum Zeitpunkt der Planung war dieses Gebiet landwirtschaftlich nur sehr eingeschränkt nutzbar, nicht zuletzt aufgrund der schlechten Wiesenverhältnisse. Das Gebiet Oberspreewald sollte wasserwirtschaftliche Maßnahmen und Folgeeinrichtungen für eine Vorteilsfläche von 10 000 Hektar erhalten. Zudem wollte man zur Hebung der landwirtschaftlichen Erträge in den Ausbau des Binnenentwässerungsnetzes investieren, da das Gebiet immer wieder von großen Hochwassern heimgesucht wurde. Geplant waren auch Ent- und Bewässerungsmaßnahmen für den gesamten Nuthe-Schauverband und Hochwasserschutzmaßnahmen für das Gebiet der Spree sowie des Schwarze-Elster-Verbandes. Die dortigen Maßnahmen wurden zu Beginn des Fünfjahrplans teilweise eingeleitet. Die durchschnittliche Bauzeit der Objekte wurde mit 15 Jahren angesetzt.

Zur Steigerung der Erträge des Ackerbaus und zur Gestaltung der Rentabilität der überwiegend von Familien geführten Betriebe sollte auch eine der Struktur entsprechende maximale Viehzucht betrieben werden. Bei vielen tierischen Erzeugnissen, beispielsweise bei Kühen und Ziegen, war absehbar, dass der Jahresertrag an Milch und Fleisch der Jahre 1934 bis 1938 frühestens ab 1952/53 wieder erreicht werden konnte. Zu den weiteren Schwerpunkten des Fünfjahrplans in der Brandenburger Landwirtschaft gehörten auch die

233 Begründung zum Planvorschlag über die Neuanlage von Obstplantagen auf Bodenklassen 7 + 8, in: ebd., Bl. 64.

234 Ebd., Bl. 58 und passim.

Schaffung von 25 Volkseigenen Gütern, die weitere Entwicklung landwirtschaftlicher Genossenschaften, die Weiterentwicklung der MAS sowie der Warenbereitstellungsplan. Der Warenbereitstellungsplan für den Einzelhandel war Teil des Volkswirtschaftsplans, für den das Ministerium für Handel und Versorgung zuständig war. Es ließ durch seine Hauptabteilungen die einzelnen Detailpläne für die Länder und Kreise ausarbeiten. Der Warenbereitstellungs- und der Umsatzplan waren die Basis für die Warenkontingentierung des Einzelhandels. Der Warenbereitstellungsplan sah für Brandenburg zwischen 1950 und 1955 folgende Gesamtkosten vor:

Planvorschlag für den Warenbereitstellungsplan (in Mio. DM).²³⁵

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
Warenbereitstellung insgesamt	2.212	2.930	3.297	3.558	3.838	4.082

Auf die weitere Entwicklung der MAS legten die Landesregierung und ihre Wirtschaftsplaner größten Wert. Entsprechend oft wurden die Pläne deswegen modifiziert: Die im ursprünglichen Plan vorgeschlagenen zehn neuen MAS für 1952 wurden bereits wenige Monate später auf zwölf erhöht.²³⁶ Die bis dahin mangelhafte Auslastung der Technik, aber gleichzeitig auch ihr teils unzureichender Zustand wurde von zentralen Stellen sehr kritisch gesehen. Aus Sicht einiger SKK-Vertreter, etwa in Brandenburg und in Thüringen, waren die Landesleitungen zu wenig aktiv. Zahlreiche MAS hielten die Verträge mit den Bauern nicht ein, was wiederum ihrem Ansehen schadete.²³⁷ Für 1951 und die Folgejahre wurden daher mehr Investitionen für die MAS eingeplant:

Investitionsbedarf für Neueinrichtung von MAS (Kosten in 1.000 DM).²³⁸

	1950	1951	1952	1953	1954	1955
neu einzurichtende Stationen	4	20	10	10	–	–
Kosten für Baumaßnahmen	1.200	6.000	3.000	3.000	–	–
Kosten für Einrichtungen	520	2.600	1.300	1.300	–	–
Kosten für die Neueinrichtung von Außenstellen	300	700	500	1.000	1.000	700
Gesamtkosten	2.020	9.300	4.800	5.300	1.000	700

Aber ein wirklicher Anreiz zur Übernahme herrenloser Flächen konnte nicht geschaffen werden.²³⁹ Als das Sekretariat der SED-Landesleitung Brandenburg am 1. März 1951 die Frühjahrsbestellung besprach, musste sie feststellen, dass nur sehr wenige Bauern zusätzliche

235 Ebd., Bl. 76.

236 Vgl. die Aktennotiz, o. D. [vermutl. Herbst 1951]: Geplante MAS 1952, in: BArch, DE 1/5105, Bl. 36.

237 Vgl. Elke Scherstjanoi, SED-Agrarpolitik unter sowjetischer Kontrolle 1949–1953 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 70), München 2007, S. 331.

238 LRBr HA Wirtschaftsplanung, 1. Vorschlag für den 5-Jahresplan 1951–1955, in: BArch, DE 1/12049, Bl. 74 f.

239 Vgl. hierzu Nehrigh, Der Umgang mit den unbewirtschafteten Flächen.

Flächen in Mitbewirtschaftung genommen hatten.²⁴⁰ Eine Überprüfung der Landeskontrollkommission ergab, dass auf knapp 45 600 Hektar Ackerland, welches die Kreise im Frühjahr 1951 als „nicht bewirtschaftete Flächen“ gemeldet hatten, nur eine provisorische Feldbestellung vorgenommen werden konnte. Fest stand ferner, dass die Zahl der Landrückgaben von Neu- und Altbauern weiterhin anstieg.

Diese Schwierigkeiten und die verstärkte Landflucht erschwerten in Brandenburg die Ernte und die Herbstbestellung im Jahr 1951 enorm.²⁴¹ Auch das rigorose Vorgehen gegen ‚Großbauern‘ wurde immer üblicher. Zwischen 1946 und 1951 gaben in Brandenburg insgesamt 1 781 Bauern der Größenklasse von 20 bis 50 Hektar sowie 905 Bauern der Größenklasse von 50 bis 100 Hektar ihre Höfe auf, was 14,3 beziehungsweise 47,4 Prozent aller Höfe der entsprechenden Größenklasse entsprach. Ihr Anteil an der landwirtschaftlichen Nutzfläche sank gleichzeitig um fast 20 beziehungsweise um mehr als 50 Prozent. Vom Ergebnis dieser gezielten Verdrängung profitierten, statistisch gesehen, die Betriebe der Größenklassen von fünf bis 20 Hektar am stärksten. Vor allem aber wuchs der Umfang der Brachen.

Infolge der steigenden Zahl devastierter, ehemals leistungsfähiger großbäuerlicher Höfe geriet das beim Anlaufen des Fünfjahrplans von der SED-Führung gegebene Versprechen zur Verbesserung der Versorgung für die Bevölkerung in ernste Gefahr, denn die Landwirtschaft steuerte insgesamt auf eine neue Produktionskrise zu. Zum Frühjahrsbeginn 1952 verschärfte sich das Problem der herrenlosen Flächen erneut. Denn die Dorfgemeinden, denen die Übernahme der oftmals völlig ruinierten Höfe geflohener Bauern zur Auflage gemacht wurde, kamen dieser Verpflichtung nur unwillig oder unzureichend nach. Das hatten erneute Kontrollen des schon länger bestehenden, hauptsächlich aber im Bereich der Industrie tätigen Amtes zum Schutz des Volkseigentums ergeben. Eine Reaktion auf diese Ergebnisse bestand in einer neuen Notlösung, nämlich in der Zusammenfassung der aufgegebenen Flächen zu Kreislandwirtschaftsbetrieben.²⁴² Mit der Verordnung über devastierte landwirtschaftliche Betriebe vom 20. März 1952 wurden dann die Landräte ermächtigt, auf verlassenen oder wirtschaftlich zu schwachen Höfen Treuhänder einzusetzen. Zeitgleich wurde eine „Ergänzung“ zur Verordnung über nicht bewirtschaftete Nutzflächen herausgegeben, mit der die Pflege herrenlosen Landes durch „Gemeinschaftsleistungen im Dorfe“ eine deutliche Aufwertung erhielt. Damit, so Sattler, „war bereits im März 1952 im Prinzip der Weg frei für die Bildung von Produktionsgenossenschaften, gegen die SED und SMAD bei Beginn der Bodenreform 1945/46 so vehement zu Felde gezogen waren und von denen offiziell auch noch immer keine Rede war.“²⁴³

Verlassene Neubauernhöfe blieben auch weiterhin ein ständiges Problem der Brandenburger Landwirtschaft. Das erschwerte auch die Bilanzierung zum ‚Abschluss des Bodenreform-

240 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 449f.

241 HA Staatliche Verwaltung Org.-Instr.-Abteilung, Bericht über die Überprüfung der Vorbereitung und Durchführung der Ernte und Herbstbestellung 1951 vom 6. Juli 1951, in: BArch, DO 1/26137, Bl. 12–30. Der Bericht listet im Grunde nur negative Prüfungsergebnisse über die überprüften Stellen im Lande Brandenburg auf.

242 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 453.

243 Ebd., S. 454.

Bauprogramms 1950', die im Januar 1951 vorlag.²⁴⁴ Für Überhangbauten wurden bis zum 31. Dezember 1950 insgesamt 11 149 Wohnhäuser und Ställe mit einem (Bau-) Kreditvolumen von etwa 28 Millionen DM vom Brandenburger Ministerium für Land- und Forstwirtschaft genehmigt. Weiterhin wurden 6 612 Kernbauten mit einem Kreditvolumen von 13,2 Millionen DM und 831 Planbauten (davon 343 Wohnhäuser und 488 Ställe) für insgesamt 1,3 Millionen DM genehmigt. Am Jahresende 1950 sahen sich die Sachbearbeiter des Ministeriums trotz der vielen aufgegebenen Neubauernstellen mit einer „unerwartet hohen Zahl von Nachkreditanträgen“ konfrontiert: 885 Anträge mit einem Volumen von 2,2 Millionen DM mussten nachbearbeitet werden, obwohl das Kreditlimit bereits am 11. Dezember erreicht worden war. Das lag daran, dass „die Neubauern oft in der kurzen Bausaison nicht die Eigenleistungen aufbringen [konnten], die vorher veranschlagt waren.“ „Eigenleistung“ bedeutete hier, dass Bauern sowohl beim Bau mithelfen als auch selbst eigene Finanzmittel einbringen mussten, was viele, vor allem die finanzschwächsten unter ihnen, nicht vermochten. In zahlreichen Fällen waren auch die Transportkosten höher als veranschlagt, „da immer Materialschwierigkeiten auftraten und somit andere und teurere Transportwege in Kauf genommen werden mussten.“ Um die noch ausstehenden Anträge trotzdem noch genehmigen zu können, traf das Ministerium Maßnahmen, die es in „Rundschreiben zwecks Kreditausgleich innerhalb aller Brandenburger Kreise“ herausgab: „In verschiedenen Fällen haben Neubauern nach Fertigstellung und Abrechnung ihrer Bauten noch Kreditbeträge frei. Andererseits sind Bauten nach der Kreditgewährung ausgeschieden, weil die Neubauern von der Fertigstellung ihres Baues absahen, da sie bis zum Spätsommer über die Ausschachtung noch nicht hinaus gekommen waren. Die somit freigewordenen Mittel werden nun umgelegt auf die noch bedürftigen Bauten.“ In allen Brandenburger Stadt- und Landkreisen konnten bis zum Stichtag am 15. Dezember 1950 insgesamt 6 429 Überhang-, Plan- und Kernbauten fertiggestellt und 11 762 begonnen werden.²⁴⁵ Die zahlenmäßig meisten Kernbauten entstanden im Landkreis Prenzlau (240), gefolgt von Seelow (206) und Oberbarnim (199).

Der Anbauplan zur Ernte 1951 sah die Gewinnung von 16 100 Hektar Neuland vor.²⁴⁶ Durch Kabinettsbeschluss hatten die Kreise diese Fläche bis zum 31. März 1951 zu realisieren, da sie als „Schwerpunkt Nummer eins“ des Ministeriums für Land- und Forstwirtschaft erklärt worden war. Die Funktionäre des Ministeriums stellten bei ihren Kontrollen zur Planerfüllung fest, dass „in den Kreisen bereits wieder erheblich mehr Grünland umgebrochen wurde als aus den Meldungen der Gemeinden hervorgeht, [deshalb] muss der augenblickliche Stand

244 Vgl. Ministerium für Land- und Forstwirtschaft der DDR [im Folgenden: MfLF], Bericht über den Abschluss des Bodenreform-Bauprogramms 1950 vom 5. Januar 1951, in: BLHA, Rep. 208, Nr. 112, Bl. 15 f. und passim. Die ‚Kernbauten‘ vom Typ 50 L waren sehr einfach gehalten, um schnellen Wohn- und Stallraum zu schaffen. Dieser bestand aus 24 Quadratmetern Wohnraum und 15 Quadratmetern Stallraum. An der nur dünn gezogenen Schmalwand konnte der Neubauer dann später noch weiteren Wohn- und Stallraum anbauen. ‚Planbauten‘ waren die planmäßig veranschlagte Zahl von Bautypen aus dem Neubauernprogramm. ‚Überhangbauten‘ waren im abgelaufenen Haushaltsjahr noch nicht fertiggestellte Bauten, die ins nächste Jahr buchungsmäßig übernommen und dann fertiggestellt wurden.

245 Aufstellung Neubauernprogramm, Stand 5. Dezember 1950, in: ebd., Bl. 16.

246 Vgl. MfLF, Aktenvermerk für den Koll. Dummer, betr. Neulandgewinnung, in: ebd., Bl. 32 f.

der Neulandgewinnung als schlecht bezeichnet werden. Die Gründe hierfür sind dreifacher Art: 1.) Mangelnde Initiative der Verwaltung, 2.) die Abneigung der Bauern gegen den Grünlandumbruch, die auf unzureichender Aufklärung beruht, 3.) die Ungunst der Witterung, die seit dem 13. Dezember 1950 – einem Zeitpunkt als die Arbeiten zur Winterfurche noch nicht abgeschlossen waren – keine Pflugarbeit mehr zuließ.²⁴⁷

Ein Jahr später, bei der Frühjahrsbestellung im März 1952, plagte die Landwirtschaft in Brandenburg neben den Schwierigkeiten der Neulandgewinnung auch das „fluchtartige Verlassen“ von Neubauernhöfen. Im Kreis Prenzlau kam es zu massenhaften Fluchten von „werktätigen Bauern“.²⁴⁸ Daraufhin untersuchte eine Kommission unter Federführung des SED-Landessekretärs für Landwirtschaftsfragen Gerhard Grüneberg (KPD/SED) die dortigen Vorgänge. Nach Feststellung der Kommission hatte das ‚Paschatum‘ örtlicher Parteifunktionäre, die oft nicht lange zögerten, mit Verhaftung zu drohen, wenn es bei der Erfüllung der Ablieferungspflichten zu Problemen kam, zum besonderen Unmut der Prenzlauer Neubauern beigetragen. Das Sekretariat sah keine andere Lösung, als die Landesregierung erneut zur Verbesserung der Neubauernhilfe aufzufordern. Die offene Propagierung des Zusammenschlusses von wirtschaftsschwachen Neubauern zu Produktionsgenossenschaften stand noch immer nicht auf dem Programm.

Gerüchte über eine Kollektivierung (die oft ‚zweite Bodenreform‘ genannt wurde) verbreiteten sich bereits unmittelbar nach der Enteignung der Gutsbesitzer und der Verteilung ihres Eigentums auf dem Lande. Die SED-Führung leugnete aber noch im Mai 1952 die Absicht, Bauernhöfe in Kollektivbetriebe aufzunehmen. Auf ihrer II. Parteikonferenz (9. bis 12. Juli 1952) jedoch, auf der auch die Auflösung der Länder und die Bildung von Bezirken in der DDR verkündet wurde, verlangte die SED schließlich abrupt den Zusammenschluss der Bauern und Landarbeiter zu Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) „auf völlig freiwilliger Grundlage“.²⁴⁹

Die führenden Funktionäre sowie die Bezirks- und Kreisleitungen der SED förderten 1952/53 den Zusammenschluss zu LPG wirtschaftlich und trieben die Kollektivierung auch durch massiven politischen Druck voran, der sich weiterhin besonders gegen die ‚Großbauern‘ richtete. So wurden bis zum 9. Januar 1953 allein im Bezirk Potsdam (ohne den Kreis Zossen) 194 Bauern überwiegend zu Gefängnisstrafen verurteilt; davon hatten 165 mehr als 19 Hektar besessen. Nach einer am 19. Februar 1953 erlassenen Verordnung konnten Produktionsgenossenschaften zudem Flächen zugewiesen werden, die ‚Großbauern‘ entzogen und in staatliche Zwangsverwaltung überführt worden waren.²⁵⁰

247 Ebd.

248 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 454.

249 Zit. nach Bauerkämper, Agrargeschichte, S. 45. Zum Beginn der Kollektivierung allgemein vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 454–461; Schöne, Frühling, bes. S. 73–152; ders., „Wir sind dafür, dass über diese Fragen keine Berichterstattung erfolgt.“ Die Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR 1952/53, in: Falco Werkentin (Hrsg.), Der Aufbau der „Grundlagen des Sozialismus“ in der DDR 1952/53 (Schriftenreihe des Berliner Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Bd. 15), Berlin 2002, S. 71–94.

250 Vgl. Bauerkämper, Agrargeschichte, S. 46 f.

Der von den Bauern eingebrachte Boden sollte weiter in ihrem privaten Besitz bleiben, was zur Folge hatte, dass auch die ihnen zur Verfügung gestellten Flächen devastierter Höfe formell nicht enteignet werden mussten. Also blieben die Genossenschaftsbauern Privatbesitzer ihres Bodens, über den allerdings nur die LPG verfügten. Die SED-Führung strebte außerdem lediglich eine stufenweise Kollektivierung an. So verabschiedete der Ministerrat der DDR Ende 1952 Musterstatuten für drei LPG-Typen. Während im Typ I nur das Ackerland gemeinsam bewirtschaftet wurde, mussten in den Typ II darüber hinaus Maschinen und Geräte der Betriebe in die Produktionsgenossenschaften überführt werden. Im Typ III wurden auch Vieh und Wirtschaftsgebäude übernommen; den LPG-Bauern verblieben als Privateigentum lediglich eine Hofwirtschaft mit jeweils maximal 0,5 Hektar und Kleinvieh. Das eingebrachte Eigentum wurde in den Produktionsgenossenschaften registriert.

In einer Abteilungsleiterbesprechung des Sekretariats der SED-Landesleitung Brandenburg hatte Horst Leder (SED), seit März 1952 Leiter der Landwirtschaftsabteilung, am 19. Juli 1952 darauf aufmerksam gemacht, dass die meisten Parteigenossen der Frage nach Bildung von Produktionsgenossenschaften auswichen. Zu einer klaren Stellungnahme gegenüber den Bauern über die Beschlüsse der II. Parteikonferenz war kaum jemand von ihnen bereit. Unter großen Anstrengungen gelang es den brandenburgischen Landwirtschaftsfunktionären bis Ende Juli 1952, in verschiedenen Gemeinden, etwa in Metzelthin und Knehden im Kreis Templin, einige Neubauern, deren Höfe in nicht allzu schlechtem Zustand waren, zur Bildung von Produktionsgenossenschaften zu überreden.²⁵¹

Schon die Gründung der ersten Produktionsgenossenschaften löste in den Dörfern zum Teil heftige Auseinandersetzungen aus. Nachdem am 3. Juli 1952 in Worin (Kreis Seelow) eine von der SED-Führung als Vorbild verherrlichte LPG gebildet worden war, kam es hier im August in Friedrichsau zu einer ‚Saalschlacht‘ zwischen Anhängern und Gegnern der Kollektivierung. Sogar der 1. Sekretär der Kreisleitung stellte die Rechtmäßigkeit der gegründeten Produktionsgenossenschaft in Frage. In Jakobsdorf (Kreis Frankfurt (Oder)) verhinderte ein Bauer Anfang Juli 1952 sogar die von SED-Mitgliedern vorbereitete Bildung einer LPG. Nach dem Bericht eines SED-Funktionärs der Bezirksleitung begann der Landwirt „seine Hetze unter den werktätigen Bauern öffentlich beim Kartoffelkäfersuchen. Als die Suchgruppe auf das Feld des Genossen K. kam, entdeckte er einige Hederichpflanzen und legte sofort los: Da seht ihr! Das ist das Feld des Kolchos-Direktors – was er macht! Drei Jungens hat er bei der Volkspolizei, die könnten auch ruhig arbeiten, dann sähe es hier anders aus. [...] Er hetzte weiter, dass in Jakobsdorf einige wären, die bloß nicht mehr arbeiten wollen. Deswegen will K. jetzt den Kolchos-Sekretär machen und H. den Kolchos-Inspektor; denn auf ihrer Wirtschaft kämen sie ja nicht weiter. Sie wollten dann die dicken Gehälter einstecken, und die anderen müssten schuften. Er kenne das aus eigener Anschauung, denn er hätte gesehen, wie in Russland die Leute auf den Kolchosen verhungert wären.“²⁵² „Der Widerwille gegen die LPG“, so Bauerkämper, „der sich in diesen Beschimpfungen ausdrückte, wurde aus

251 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 460.

252 Zitiert nach Bauerkämper, Agrargeschichte, S. 62 f.

dem bäuerlichen Eigentumsbewusstsein, einem spezifischen Berufsstolz und Ressentiments gegenüber Außenseitern in dörflichen Milieus gespeist. Besonders die Entschlossenheit der Bauern, die Entscheidungsfreiheit über ihre Betriebe und die Verfügung über ihr Eigentum zu erhalten, wirkte der Kollektivierung entgegen. Auch der traditionelle Antikommunismus verlieh den Vorbehalten gegenüber den – vielerorts als ‚Kolchosen‘ bezeichneten – Produktionsgenossenschaften kräftig Auftrieb.²⁵³ Im Rahmen der ersten langfristigen Wirtschaftspläne von 1949/50 und 1951/55 wurde mit einer Abgabepolitik, die auf die rücksichtslose wirtschaftliche Ausnutzung der Leistungskraft der größeren Bauern für den Aufbau der Schwerindustrie ausgerichtet war und ihre schrittweise Verdrängung zum Ziel hatte, eine Fluchtbewegung ausgelöst, die 1953 einen vorläufigen Höhepunkt fand.

3.5.3 Der Fünfjahrplan für die Industrie

Der erste Fünfjahrplan sah tiefere Eingriffe in die Wirtschaftsstruktur vor als der vorangegangene Zweijahrplan: Die Industrieproduktion, in deren Mittelpunkt nach wie vor die Metallurgie stand, sollte sich gegenüber 1936 verdoppeln. Außerdem sollten Fertigungskapazitäten für den Schwermaschinenbau ausgebaut werden, um den Bedarf der Sowjetunion und der anderen Ostblockstaaten für ihre Industrialisierung und Aufrüstung zu decken. Solche Anlagen benötigte aber auch die heimische Wirtschaft dringend, um Rohstoffvorkommen zu erschließen sowie die Metallurgie und Energiewirtschaft auszubauen. Die wegen der Reparationen geringen Investitionsmittel wurden weiter in der Hand des Staates zentralisiert und in den Schwerpunktbereichen konzentriert eingesetzt. Nach wie vor profitierte davon die Grundstoffindustrie zu Lasten der Leicht- und Lebensmittelindustrie.²⁵⁴ Auch die Konsumgüterindustrie hatte zurückzustehen. Investitionsmittel, Rohstoffe und Arbeitskräfte wurden einseitig in die wirtschaftlichen Schwerpunktbereiche der noch jungen DDR gelenkt.

Für die Umsetzung des Volkswirtschaftsplans 1951, der erst im März 1951 Gesetzeskraft erhielt²⁵⁵, hatte die Wirtschaftsabteilung der SED-Landesleitung Brandenburg schon im Dezember 1950 einen ‚Schwerpunktplan‘ ausgearbeitet.²⁵⁶ Systematische Kontrollen, durchgeführt von ‚Instrukteuren‘, sollten das richtige Anlaufen des Planes sicherstellen. Auch ein Sonderwettbewerb ‚Auftakt zum 5-Jahrplan‘ wurde von der Landesregierung ausgerufen, für den die VVB sogenannte ‚Dekadenmeldungen‘ an die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung erstatten mussten. Der Wettbewerb lief nur schleppend an und von insgesamt 264 Betrieben der landesgesteuerten VVB hatten nur 51 Prozent ihre geforderte „Dekadenmeldung“ im Januar

253 Ebd., S. 63.

254 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 1, S. 528–535; Steiner, Plan, S. 65; Hoffmann, Grotewohl, S. 467 f.

255 Vgl. das Gesetz über den Volkswirtschaftsplan 1951, das erste Jahr des Fünfjahrplanes der Deutschen Demokratischen Republik vom 14. März 1951, in: GBl. DDR 33 (1951), S. 187–198.

256 Vgl. PdS/SED-LLBr, Schwerpunktplan der Landesleitung der SED zur Realisierung des Volkswirtschaftsplanes 1951 vom 9. Dezember 1950, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 38, Bl. 185–189.

1951 eingereicht. Das Resultat: „Im Vergleich zur durchschnittlichen Dezember-Produktion [1950, d. Verf.], wurden in der ersten Dekade mit 10.869,6 TDM = 35 Prozent erreicht.“²⁵⁷

All diese Planungen und Maßnahmen fußten auf Vorarbeiten, die die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung in Potsdam bereits seit Ende 1949 erstellte. Das gilt etwa für den „Vorschlag zur Entwicklung der Produktion in den Industriegruppen ‚Maschinenbau‘, ‚Elektrotechnik‘, ‚Feinmechanik und Optik‘ in den Jahren 1951 bis 1955“.²⁵⁸ In der Industriegruppe Maschinenbau war vorgesehen, die „stärkere Entwicklung des volkseigenen Sektors durchzuführen – insbesondere einiger Schwerpunktprobleme“. Die Produktion dieses Sektors sollte um 130 Prozent gesteigert werden. Die Planer hofften, diese gewaltige Steigerung unter anderem „durch Zusammenlegung kleinerer Betriebe zu größeren Produktionsstätten in bisher zum Teil vorhandenen Gebäuden“ zu erreichen. Eine „geringere Steigerung“ war für den privaten Sektor vorgesehen, „die *ohne* größere langfristige Kredite durchgeführt werden kann.“ Großen Wert aber legten die Planer auf „eine bessere Mechanisierung der Produktionsstätten“. Sie sahen folgende „Aufbaumöglichkeiten“ für den Sektor Maschinenbau in Brandenburg vor: „1. Aufbau einer Kugellagerfabrik in Erkner, 2. Aufbau einer Fahrrad- und Kinderwagenfabrik (ehemals Brennabor) in Brandenburg, 3. Ausbau des Industrierwerkes Hobrichsfelde [sic!], für die Produktion von Shaping-Hobelmaschinen und Universal-Fräsmaschinen kleinerer Bauart, 4. Erweiterung der Landmaschinen-Fabrik Schmachtenhagen, 5. Aufbau einer Motorenfabrik für Vergasermotoren in Basdorf (ehemals Bramo), 6. Ausbau der Eisengießerei Knackstädt, Cottbus, zur Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, Kühlmaschinen und eventuell Kühltürmen, 7. Ausbau von Hirsch-Kupfer-Messing in Finow und Erweiterung des Betriebes für eine Drahtzieherei, 8. Erweiterung der Herstellung von Klein-Schrauben für die Optik in Rathenow, 9. Errichtung eines Werkes zur Herstellung von Drahtseilen aller Art, 10. In Anlehnung an das Traktorenwerk, Brandenburg, eine Errichtung eines Betriebes zur Herstellung von LKW und Anhänger, wozu ebenfalls der Betrieb [in Basdorf, d. Verf.] herangezogen werden soll.“²⁵⁹ Die Voraussetzungen für die Entwicklung des Industriesektors Elektroindustrie sahen die Planer sogar als „noch günstiger“ als im Maschinenbau an, „da die bisher vorhandenen Kapazitäten bei weitem noch nicht ausgenutzt wurden und vor allen Dingen im Lande Brandenburg die Ausrichtung der Produktion in der Elektroindustrie auf bestimmte örtliche Schwerpunkte vorzunehmen ist.“ Diese Schwerpunkte lagen in der Entwicklung der Forster Eisengießerei zu einer Elektromotorenfabrik, des Elektromotorenwerks Werder, das zur Herstellung von Elektromotoren über 30 Kilowatt ausgebaut werden sollte, und der Werke ‚Friesicke und Höpfner‘ in Potsdam. Deren Werksgebäude, die zu diesem Zeitpunkt noch von der sowjetischen Besatzungsmacht belegt waren, sollten den Grundstock zum Aufbau eines Betriebes

257 HA Wirtschaftsplanung, Kurz-Bericht über den Stand des Sonder-Wettbewerbs „Auftakt zum 5-Jahrplan“ vom 18. Januar 1951, gez. Kahlau, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 265, Bl. 78.

258 MP LRBr. HA Wirtschaftsplanung, „Vorschlag zur Entwicklung der Produktion in den Industriegruppen ‚Maschinenbau‘, ‚Elektrotechnik‘, ‚Feinmechanik und Optik‘ in den Jahren 1951 bis 1955“ vom 17. Dezember 1949, in: ebd., Bl. 118–121.

259 Ebd., Bl. 119 [Hervorhebung im Original].

für die Radio- und Fernmeldetechnik-Produktion bilden. Und schließlich war vorgesehen, in Frankfurt (Oder) ein Glühlampenwerk aufzubauen.²⁶⁰ Hingegen war der Anteil des volkseigenen Sektors an Betrieben der Feinmechanik und Optik „äußerst gering“. Daher erschien es den Planern „notwendig, als Gegenpol zu den Privatbetrieben die Erweiterung des volkseigenen Sektors sehr schnell und zügig vorzunehmen; insbesondere in Teltow, Rathenow und Potsdam.“²⁶¹ Um nicht weniger als 254 Prozent sollte hier der Anteil des volkseigenen Sektors gesteigert werden. Für die Ausbildung der dafür benötigten Lehrlinge und des fachlichen Nachwuchses sah man keine Probleme, da in diesen Städten die Feinmechanik und Optik vorherrschend war. Geplant war hier die Entwicklung folgender Betriebe: in Rathenow die Errichtung eines Großbetriebes im ehemaligen Arado-Gelände zur Herstellung von Foto-, Vergrößerungs- und Kinoapparaten, medizinischen Geräten und Rohpressglas; weiterhin die Erweiterung des Betriebes ‚Messgeräte Falkensee‘ zur Produktion von Grammophon und Seismographen; die Erweiterung der physikalischen Werkstätten Brieselang; die Erweiterung des Betriebes ‚Summt-Mühlenbeck‘ für die Wecker- und Uhrenproduktion; die Erweiterung der Firma ‚Friesicke und Höpfner‘ in Potsdam zur Herstellung von Messgeräten, Mikroskopen und medizinischen Geräten „durch Zusammenlegung mehrerer kleinerer Firmen“; und schließlich die Erweiterung des ‚Zähler- und Apparatebau Teltow‘ zur Herstellung von elektrischen Zählern sowie medizinischen und physikalischen Geräten. Als Exportartikel des Landes Brandenburg wurden schwerpunktmäßig für den Fünfjahrplan über 80 Produkte und Produktgruppen aufgelistet.²⁶² Darunter befanden sich Produkte wie Nägel, Schrauben, Werkzeug- und Baumaschinen aller Art, Lastschiffe, Brillen und optische Geräte, Spielwaren und landwirtschaftliche Gerätschaften.

Als Auftakt des Wahlkampfes in Brandenburg fand am 21. August 1950 eine ‚Wirtschaftspolitische Konferenz‘ statt, bei der Ministerpräsident Jahn die ihm übergebenen Plankontrollziffern an die Leiter der VVB sowie die Oberbürgermeister und Landräte zur Erstellung exakter Planunterlagen weitergab.²⁶³ Bei dieser Gelegenheit stellte Jahn die kühne Prognose auf, dass sich das Land Brandenburg innerhalb weniger Jahre „in das stählerne Herz der DDR“ verwandeln werde.²⁶⁴ Seinen Ausführungen zufolge sei schon damals die Zusammenballung moderner Stahl- und Walzwerke nicht mehr zu übersehen gewesen, und nun komme noch das „größte schwerindustrielle Projekt der DDR“ hinzu, nämlich das Eisenhüttenkombinat Ost (EKO) am Oder-Spree-Kanal westlich von Fürstenberg (Oder). Das EKO war dazu auszuweisen, den Mangel an Roheisen auszugleichen, der mit dem Ausbau der Kapazitäten der beiden Stahl- und Walzwerke in Hennigsdorf und Brandenburg an der Havel immer gravierender geworden war. Für die Standortwahl der Werke war die günstige Anbindung an das

260 Ebd., Bl. 120.

261 Ebd., Bl. 121.

262 Vgl. Exportartikel für Produktionsplanung 1951–1955, in: ebd., Bl. 126 f. Die Exportartikel scheinen völlig willkürlich aufgelistet worden zu sein, d. h. sie sind weder nach zusammenhängenden Gruppen noch nach wirtschaftlicher Relevanz oder Art der Artikel, ja nicht einmal alphabetisch geordnet.

263 Vgl. das Protokoll „Wirtschaftspolitische Konferenz am 21. August 1950“ vom 26. August 1950, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 148, Bl. 2–21.

264 Ebd., Bl. 4.

Eisenbahnnetz und an Wasserstraßen entscheidend, die man zum Antransport von Eisenerz aus der Sowjetunion und Hüttenkoks aus Polen benötigte. Als weitere Schwerpunkte des Fünfjahrplans im Land Brandenburg nannte Jahn den weiteren Ausbau der Stahl- und Walzwerke in Hennigsdorf, Brandenburg an der Havel und Kirchmöser sowie das Vorantreiben des Steinkohlebergbaus in Doberlug-Kirchhain und des Braunkohletagebaus in Welzow. Den Braunkohlebergbau meinte man zu diesem Zeitpunkt „bis etwa 1980 absehen“ zu können. Innerhalb des Fünfjahrplans sollte die Steigerung hier 300 Prozent gegenüber 1950 betragen, „so dass Ende des Jahres 1955 insgesamt etwa fünf bis sechs Millionen Tonnen Kohle mehr gefördert werden, als mit den jetzigen Kapazitäten der Brikettfabriken verarbeitet werden kann.“²⁶⁵ Zu den weiteren Schwerpunkten zählten das Synthesewerk in Schwarzheide, die Kunstseidenfabrik in Premnitz, die Textilmaschinenfabrik in Wittenberge und die Optischen Werkstätten in Teltow. Die industrielle Produktion sollte im Jahr 1951 insgesamt um durchschnittlich 23 Prozent gesteigert werden: in den zentralgesteuerten VEB gar um 53 Prozent, in allen anderen Betrieben um neun Prozent.²⁶⁶

Für die Schwerpunktbetriebe wurde eine große Menge an Wohnraum benötigt. Planmäßig sollten im Jahre 1951 1 075 Wohnungseinheiten gebaut werden, wofür Kosten in Höhe von etwa 10,6 Millionen DM eingeplant waren. Den größten Posten machten dabei die Neubauten mit 651 Wohneinheiten zu acht Millionen DM aus; der Rest waren „Instandsetzungen und Ausbauten“ (2,3 Millionen DM), „Aufschließungskosten“ und „Läden“. Schwerpunkte gemäß Ministerratsbeschluss waren hierbei im Land Brandenburg, mit Stand September 1950, Hennigsdorf (LEW), Brandenburg an der Havel, Fürstenberg (Oder), Eberswalde und Wildau.²⁶⁷

Das Sekretariat der SED-Landesleitung nahm bereits im Januar 1951 erste Auswertungen zum Anlaufen des Planes vor. Systematische Kontrollen, die in den 24 volkseigenen Schwerpunktbetrieben von Instrukteursgruppen der Landesleitung, in weiteren 170 volkseigenen Betrieben von den Kreisleitungen unter Mitwirkung der Gewerkschaften vorgenommen wurden, ergaben ein generelles Zurückbleiben der Planerfüllung sowohl gegenüber dem Vormonat als auch gegenüber dem Soll. Weil aber im Vergleich zum Anlaufen des letzten Volkswirtschaftsplans eine leichte Verbesserung registriert werden konnte, wertete die Partei ihren massiven Instrukteureinsatz als Erfolg. Die SED-Kreisleitungen wurden beauftragt, sich um die listenmäßig genau erfassten zurückgebliebenen Betriebe noch intensiver zu kümmern. Das Sekretariat selbst wollte sich vor allem mit der Lage im Maschinenbau befassen. Denn

265 HA Wirtschaftsplanung, Bericht über die gemäß Ministerratsbeschluss vom 18. April 1951 erstellten Raumanalysen für sechs Schwerpunkgebiete des Landes Brandenburg vom 27. Juni 1951, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 1166, Bl. 1–20, hier Bl. 11.

266 Vgl. das Protokoll „Wirtschaftspolitische Konferenz am 21. August 1950“ vom 26. August 1950, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 148, Bl. 8. Vgl. auch Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 729 f.

267 Ministerium für Aufbau, Hauptabteilung II, Allgemeines Bauwesen, Städtebau und Hochbau, Abt. 1 – Investitionen: Plan über den Wohnungsbau 1951 im Lande Brandenburg vom 16. Oktober 1950, gez. Schmidt-Ostwald (mit Vermerk „Streng Geheim“), in: ebd., Bl. 32 f.

Maschinenbaufirmen erhielten als Reparationslieferanten besonders hohe Auflagen und waren gleichzeitig unter den zurückgebliebenen Firmen „auffallend stark vertreten“.²⁶⁸

Auch der „Ablauf des Investitionsplanes [verlief] schlecht“. Mit einzelnen Objekten war im Mai 1951 immer noch nicht begonnen worden, wie zum Beispiel mit dem Möbelkombinat Wittstock, der Grundschule Brandenburg an der Havel, der MAS Wolfshagen, dem Volksgut Kammermark und dem Sportzentrum in Frankfurt (Oder).²⁶⁹ Die Gründe für das schleppende Anlaufen der Investitionspläne lagen in einer für die Planwirtschaft typischen Verkettung von Ursachen: Durch Kürzung der Planvorschläge erfolgte erzwungenermaßen eine „Umpfanung, worüber die entsprechenden Hauptabteilungen noch nicht entschieden“ hatten. Diese ständigen Veränderungen und planerischen Unsicherheiten bewirkten eine Überlastung der zuständigen Mitarbeiter und Funktionäre, sodass die „Feinprojektierungen von den VVB Entwurf und Bauleitungen noch nicht fertiggestellt“ waren. Sofern allerdings die Feinprojektierung fehlte, verweigerte die Deutsche Investitionsbank (DIB) die Anbringung des Sichtvermerks und eröffnete die entsprechenden Konten nicht. Außerdem hatte das Amt zum Schutze des Volkseigentums den Feststellungsbescheid über die Frage der Eigentumsverhältnisse noch nicht gegeben, da auch hier die Bearbeitung dem Zeitplan hinterherhinkte. Dadurch kamen an vielen Schwerpunktbereichen bereits begonnene Baumaßnahmen wieder zum Stillstand, was große terminliche Verzögerung für den gesamten Plan mit sich brachte. Durch Kürzung einiger Investitionsauflagen wurde die geplante Baukapazität nicht erreicht. Das Ministerium für Aufbau der DDR, HA III Allgemeines Bauwesen, Abt. 1 Investitionen, kürzte am 17. Februar 1951 das Vorhaben „100 Wohnungseinheiten in Brandenburg/Havel“ auf nur noch 72 Einheiten. Durch den Schwerpunkt Stahl- und Walzwerk war die Stadt „zugleich ein Brennpunkt des Wohnungsbedarfs. Das erfordert, dass der geplante Wohnungsbau auch durchzuführen ist, zumal hierdurch die Arbeitsproduktivität der Stahlwerker gesteigert werden kann, wenn diese an ihrem Arbeitsort auch entsprechenden Wohnraum mit ihrer Familie haben.“²⁷⁰ Zu den Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1951 gehörte die Senkung der Baukosten in der volkseigenen Bauindustrie um sieben Prozent: „Wenn jedoch Bauarbeiter mit Ausschachtungsarbeiten beschäftigt werden, weil sie angeblich anderweitig nicht eingesetzt werden konnten, so muss einerseits festgestellt werden, dass gerade hier (z.B. Objekt 100 Wohnungsbauten Brandenburg/Havel) eine wesentliche Baukostensenkung hätte erfolgen können, unter Durchführung von Solidaritätsaktionen. Zum anderen ist festzustellen, dass eine schlechte Arbeitskräftelenkung vorhanden ist. [...] Durch ungenügende Projektierung wurden Material und Mittel verbaut, z.B. im Ziegelwerk II Herzfelde und Ziegelwerk IV Mildenberg. Auch wird stellenweise nach Zeichnungen gebaut, die weder von der Bauaufsicht genehmigt sind, noch den Sichtvermerk der HA Aufbau tragen (z.B.

268 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 737.

269 Staatliche Plankommission, Inspektions-Abteilung: Bericht über die Kontrolle des Ablaufes der Pläne für Investitionen und Generalreparaturen im Land Brandenburg vom 19. Mai 1951, in: BArch, DE 1/10093, Bl. 34–40.

270 Ebd., Bl. 35 f. Zum Wohnungsbau in der Stadt Brandenburg an der Havel vgl. Arbeitskreis Stadtgeschichte im Brandenburgischen Kulturbund e. V. (Hrsg.), Vom Trümmerberg bis Hohenstücken. Wohnungsbau und Stadtentwicklung in Brandenburg an der Havel von 1945 bis 1990, Brandenburg 2008.

Zentralschule Karstädt, Ziegelwerk II Herzfelde). Die Unterlagen für die Grundschule Gutengermendorf Kreis Ruppín, tragen den Stempel „Entwurf und Bauleitung wegen Terminnot nicht überprüft.“²⁷¹ Es gab also erhebliche Schwierigkeiten im Kleinen wie im Großen bei der Umsetzung des Planes im Land Brandenburg.

Auf der Tagung des Zentralkomitees der SED standen Mitte Juni 1951 die ersten Monate des Fünfjahrplans zur Debatte. Nach der Betonung einiger Erfolge übte das ZK harsche Kritik an der SPK, die es nicht geschafft habe, ihre Pläne am Bedarf der Volkswirtschaft auszurichten.²⁷² Mit großem Nachdruck wurde sie zur Umstellung der Produktion aufgefordert, mit der „die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft von dem Bezug bestimmter Waren aus den kapitalistischen Ländern kurzfristig überwunden wird.“²⁷³ Dazu wurde die verstärkte Anwendung des Prinzips der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ verlangt. Das bedeutete aber auch, dass die erst 1948 durchgehend als unselbstständige Wirtschaftseinheiten in den VVB zusammengefassten Betriebe nun wieder zu „selbständig wirtschaftenden und bilanzierenden Einheiten“ umgeformt werden sollten.²⁷⁴

Im August 1951 legte die Wirtschaftsabteilung der Brandenburger SED-Landesleitung einen umfangreichen Bericht über die Erfüllung des Volkswirtschaftsplans im ersten Halbjahr 1951 vor. Dem Bericht zufolge war eine durchschnittliche Planerfüllung in der Brandenburger Industrie von 108 Prozent erreicht worden. Dieser Durchschnittswert verteilte sich allerdings in den einzelnen Branchen und Eigentumskategorien sehr unterschiedlich: Die zentralgesteuerten Unternehmen lagen bei 114 Prozent, die sonstigen Betriebe aber nur bei 96 Prozent. Diesen Wert unterschritten die Genossenschaftsbetriebe mit 88 Prozent noch beträchtlich. Die volkseigene örtliche Industrie erreichte ebenfalls 96 Prozent, die von den Privatfirmen mit 98 Prozent leicht übertroffen wurden. „Dieses Ergebnis zeigt“, so urteilt Sattler, „dass die Übernahme der leistungsfähigsten, früher landesgesteuerten Betriebe in die zentrale Lenkung den volkseigenen Sektor erneut ins Hintertreffen gegenüber der Privatwirtschaft gebracht hatte. Der bereits entschieden geglaubte Wettstreit zwischen den Eigentumskategorien hatte dadurch noch einmal neue Nahrung bekommen.“²⁷⁵ Die in der Textilindustrie, Feinmechanik und Optik, Chemie und Maschinenbau rückständige Planerfüllung der zentralen Betriebe in Brandenburg konnte nur in der Chemie von den sonstigen Betrieben nach oben korrigiert werden; im wichtigen Sektor Maschinenbau blieben die sonstigen Betriebe sogar noch weiter zurück.

Arthur Wölk, der für Wirtschaftsfragen zuständige Sekretär der SED-Landesleitung, führte die offensichtliche Schwäche des brandenburgischen Maschinenbaus vor allem auf die Lage im VEB Abus Schwermaschinenbau Wildau zurück, der nur eine Quote von 15 Prozent Plan-

271 Staatliche Plankommission, Inspektions-Abteilung: Bericht über die Kontrolle des Ablaufes der Pläne für Investitionen und Generalreparaturen im Land Brandenburg vom 19. Mai 1951, in: BArch, DE 1/10093, Bl. 34–40, hier Bl. 35 f.

272 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 739 f.

273 Zit. nach ebd., S. 740.

274 Zit. nach ebd.

275 Ebd.

erfüllung aufwies. Dies wiederum lag Wölks Ansicht nach daran, dass wichtige Konstruktionsunterlagen vom zuständigen Ministerium nicht bereitgestellt worden waren, obwohl es sich doch um einen Schwerpunktbetrieb im Fünfjahrplan handelte. Im VEB Askania in Teltow wiederum, der ebenfalls durch schlechte Produktionsziffern auffiel, hatte man sich nach Wölks Meinung allzu sehr auf Zulieferungen aus dem Westen verlassen, die dann aber ausblieben.²⁷⁶ Das Zurückbleiben der örtlichen Industrie führten besonders drastisch die Sektoren Feinmechanik und Optik vor Augen, wo die mit knapp 80 Prozent an der gesamten Planaufgabe beteiligten Physikalischen Werkstätten Neuruppin ihre Produktion wegen noch nicht abgeschlossener Entwicklungsarbeiten für Schwingungsmess- und Metallsuchgeräte gar nicht erst aufnehmen konnten. Planungsfehler wie zum Beispiel im Druckereigewerbe, wo es die Kreisverwaltung Westhavelland schlichtweg versäumt hatte, sich um Aufträge für die volkseigene Druckerei Rathenow zu bemühen, sollten nach Wölks Vorschlag künftig durch die Einschaltung hauptamtlicher Funktionäre der SED-Kreisleitungen in die Arbeit der Kreisverwaltungen vermieden werden: Weil volkseigene Antragsteller fehlten, war die Papierzuteilung zugunsten genossenschaftlicher und privater Druckereien vorgenommen worden, wodurch hier Planübererfüllungen von 154 beziehungsweise 158 Prozent möglich wurden, während die volkseigene örtliche Industrie beim Halbjahresabschluss eine Planuntererfüllung von 45 Prozent auswies. Die SED-Landesleitung hatte dazu einen Plan zur Entwicklung der örtlichen Industrie ausgearbeitet, der neben vielen anderen Anregungen auch den Abschluss von ‚Freundschaftsverträgen‘ zwischen zentralen und örtlichen Betrieben vorsah.²⁷⁷

Aus all dem zog Wölk zahlreiche Schlussfolgerungen. Nach seiner Einschätzung waren die Voraussetzungen für die Planerfüllung 1951 gegeben, „wenn die Parteiorganisationen es mit Hilfe aller Genossen in den Massenorganisationen und der Verwaltungen in allen Zweigen der Wirtschaft verstehen, die Masseninitiative auf eine noch breitere Basis zu bringen.“²⁷⁸ Dazu gab er nicht nur an die Mitarbeiter der Landes- und Kreisleitungen der SED genau umrissene Parteiaufträge, sondern auch an Ministerpräsident Jahn, an Wirtschaftsminister Peplinski und an Innenminister Lentzsch sowie an ihre Hauptabteilungsleiter.

Von der SED-Führung wurde die Tätigkeit der gesamten brandenburgischen Parteiorganisation im Herbst 1951 nochmals eingehend kritisch überprüft. Die Leitung der Untersuchung lag in den Händen des für Organisationsfragen zuständigen Sekretärs des Zentralkomitees Otto Schön (KPD/SED).²⁷⁹ Schön betonte besonders die durch den Fünfjahrplan 1951/55 ausgelöste stärkere industrielle Belastung in Brandenburg und monierte, dass die SED-Landesleitung diesem Umstand nicht genügend Rechnung trage. Vor allem die parteiliche Unterstützung der Stahl- und Walzmaterialproduktion, des Schwermaschinenbaus, aber auch

276 Vgl. ebd., S. 740f.; zur Biografie Wölks vgl. ebd., S. 971.

277 Vgl. ebd., S. 741f.

278 Ebd., S. 742.

279 Vgl. ebd., S. 742f. Zur Biografie von Otto Schön vgl. Helmut Müller-Enbergs/Bernd-Rainer Barth, Otto Schön, in: Müller-Enbergs u. a. (Hrsg.), *Wer war wer*, Bd. 2: M–Z, S. 761.

der Landwirtschaft sei sehr mangelhaft. Reale und praxisnahe Vorschläge zur Verbesserung dieser Situation hatte Schön allerdings nicht.²⁸⁰

Im Spätherbst 1951 wurde nicht nur die Arbeit des Sekretariats und der Wirtschaftsabteilung überprüft, sondern auch die personelle Zusammensetzung und Arbeitsweise der Kreis- und Betriebsparteileitungen. In den Fokus geriet hierbei der Kreis Osthavelland mit dem Schwerpunktobjekt Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf (SWH). Im Zentrum der Kritik stand die Vernachlässigung der Agitation für die Steigerung der Arbeitsproduktivität. Hermann Hähnel (KPD/SED), der langjährige Parteisekretär des SWH, der zu diesem Zeitpunkt bereits entlassen worden war und ein Parteiverfahren über sich ergehen lassen musste, wurde beschuldigt, die Anwendung der ‚Technischen Arbeitsnormen‘ (TAN) selbst als „kapitalistische Methode“ zur Lohnsenkung verunglimpft zu haben.²⁸¹ Die TAN-Statistik wurde bereits während des Zweijahrplans eingeführt – ab dem 1. Januar 1950 rückwirkend – und sollte nunmehr in den Betrieben großzügig zur Anwendung gelangen. TAN-Normen waren nach der Definition des Ministeriums für Industrie „technisch begründete Arbeitsnormen, welche auf der Grundlage der günstigsten Ausnutzung von Maschinen, Werkzeugen, Werkstoffen, Energie, Transportmitteln, überhaupt aller technischen Produktionsmöglichkeiten entwickelt werden. Vor der Festlegung von TAN-Normen sind eingehende Arbeitsstudien durchzuführen. Die verbesserten und neu entwickelten Arbeitsmethoden der qualifizierten Arbeiter, im besonderen die der Aktivisten, sind zu untersuchen und durch entsprechende Arbeitsinstruktionen den übrigen Arbeitern zu vermitteln.“²⁸² Im Sommer 1950 wurde vom Brandenburger Ministerium für Industrie mitgeteilt, dass „von den in der Produktion beschäftigten Lohnempfängern im Landesmaßstab 55 Prozent im Leistungslohn stehen.“²⁸³ Bei den Vereinigungen im Land Brandenburg bestanden zu dieser Zeit 298 Arbeitsbrigaden. Von diesen befanden sich 82 im Wettbewerb um den Titel ‚Brigade der ausgezeichneten Qualität‘. Darüber hinaus liefen 28 innerbetriebliche Wettbewerbe. „Eine Auswertung konnte noch nicht erfolgen, da die Wettbewerbe noch nicht abgeschlossen sind. Außerdem bestehen bei den Vereinigungen 15 technische Aktivs, deren Arbeiten z. T. zu freiwilligen Normerhöhungen von Kollegen in einigen VEB geführt haben.“ Diese „freiwilligen Normerhöhungen“ wurden aber oft als verbindlich aufgefasst. Hähnels Ansicht, dass die TAN eine Methode der (kalten) Lohnsenkung darstellten, war also durchaus zutreffend. Die SED-Kreisleitung Osthavelland wiederum führte dem Brandenburger Industrieministerium zufolge den Kampf gegen solche Abweichungen von der Parteidoktrin nicht konsequent genug und lege eine „versöhnlerische Haltung“ an den Tag. Die Veränderungen und Kritiken reichten bis in die Unternehmensspitze des SWH hinein. Denn auch der erst Anfang 1950 aus Unterwellenborn (Maxhütte) nach Hennigsdorf geholte Werksleiter Helmut Hensel wurde im Januar 1951 abgelöst, später aber wieder eingesetzt. Hensel hatte dem Drängen Hähnels, 350 Beschäftigte zu entlassen, nicht entsprochen,

280 Vgl. Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 743.

281 Zu den folgenden Vorgängen um das SWH vgl. ebd., S. 745 und passim, zur Person Hähnel ebd., S. 932.

282 Ministerium für Industrie, Sonderdruck TAN, November 1949/8, S. 3, Pkt. 3,2.

283 Ministerium für Industrie, Sekretariat, Z-TAN, Protokoll der 14. Z-TAN-Sitzung am 27. Juli 1950 vom 9. August 1950, in: BArch, DN 1/38479, unfol.

obwohl die planmäßige Lohnsumme des Unternehmens bereits weit überschritten worden war.²⁸⁴ Als das Sekretariat im Februar 1952 die Ergebnisse des Volkswirtschaftsplans 1951 debattierte, spielten aber wirtschaftliche Argumente gegenüber den politischen Floskeln schon wieder eine geringere Rolle.

Für das zweite Jahr des Fünfjahrplans wurden für Brandenburg folgende Schwerpunkte festgelegt: Das Eisenhüttenkombinat Ost in Fürstenberg (Oder), die Stahl- und Walzwerke in Hennigsdorf und Brandenburg an der Havel (im März noch ergänzt um das Walzwerk in Kirchmöser), der Steinkohlebergbau in Doberlug-Kirchhain (später ausgeweitet um auf den gesamten Braunkohletagebau im Senftenberger und Spremberger Revier), die Lokomotiv- und Elektrotechnischen Werke in Hennigsdorf (LEW), der Abus Schwermaschinenbau Wildau, der Abus Kranbau Eberswalde, die Schraubenfabrik Finsterwalde (später ersetzt durch das Chemiewerk Lautau), der VEB Glühphosphat in Rüdersdorf sowie ursprünglich auch der VEB Tuchfabrik I in Cottbus, der später gestrichen wurde – dafür kam das Kanalbauprojekt Paretz-Niederneuendorf hinzu.²⁸⁵

Höchste politische Priorität hatte für die Brandenburger SED mit dem Anlaufen des Volkswirtschaftsplans 1952 das EKO in Fürstenberg (Oder). Am 18. Januar 1952 nahm Ulbricht selbst an einer Sitzung der EKO-Betriebsparteileitung mit allen im Werk tätigen Technikern und Ingenieuren teil, der eine Begehung des Werks- und Wohngeländes sowie eine Versammlung des Betriebsparteiaktivs mit mehr als 400 im Werk tätigen Parteimitgliedern und -funktionären folgte. Im EKO hatte es immer wieder Schwierigkeiten mit dem ersten Hochofen gegeben, da dieser noch vor seiner endgültigen Fertigstellung übereilt in Betrieb genommen worden war und deshalb nur mit halbem Druck gefahren werden konnte. Ulbricht musste bei seinem Besuch feststellen, dass die technischen Schwierigkeiten beim Aufbau des Werkes angesichts des durch die neuen Planvorgaben erzeugten Termindrucks trotz der enormen Arbeitsbereitschaft der Ingenieure und Arbeiter kaum zu bewältigen waren. Ulbricht konnte vielmehr nur eine Verbesserung der Arbeitsorganisation verlangen, „ohne freilich den bereits beschlossenen Einsatz sowjetischer Ingenieure bekanntzugeben.“²⁸⁶

Das brandenburgische Parteisekretariat kümmerte sich aber nicht nur um die Schwerpunktbetriebe, sondern hatte im Januar 1952 auf einer „zentralen Besprechung beim Genossen Ulbricht“ auch den Auftrag erhalten, ergänzend zum allgemeinen Volkswirtschaftsplan noch einen gesonderten „Landesvolkswirtschaftsplan“ auszuarbeiten, mit Hilfe dessen in den Krei-

284 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 745. Zu den Vorgängen im SWH und um Hensel vgl. Marcel Boldorf, Governance in der Planwirtschaft: Industrielle Führungskräfte in der Stahl- und der Textilbranche der SBZ/DDR (1945–1958), Berlin/Boston 2015, S. 166–171, 193–197, 204 f.

285 Vgl. LRBr, MfWuA, HA Industrie, Schulz, an Minister Peplinski vom 1. Februar 1952, betr. die Schwerpunkte des Fünfjahrplanes, in: BLHA, Rep. 206, Nr. 74, Bl. 104; PdS/SED-LLBr, Vorlage betr. Maßnahmen zur Sicherung der Erfüllung des Volkswirtschaftsplans 1952 vom 20. März 1952, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 56, Bl. 188–191, 193–199, 267. Im letztgenannten Dokument sind die Schwerpunkte genannt, die sich im März 1952 verändert hatten.

286 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 749.



Abb. 23: Kundgebung vor dem Hochofen Nr. 1 des Eisenhüttenkombinats Ost anlässlich der Produktion des ersten Roheisens, September 1951.

sen und Gemeinden zusätzliche „innere Reserven“ mobilisiert werden sollten.²⁸⁷ Die Konsumbedürfnisse der Bevölkerung, die im Fünfjahrplan weit zurückstehen mussten, sollten auf diese Weise doch noch irgendwie mit berücksichtigt werden. Aber derlei Maßnahmen waren letztlich aussichtslose Versuche, die Folgen des von sowjetischer Seite verlangten wirtschaftspolitischen Kurses zum schnellen Aufbau schwerindustrieller Kapazitäten, die auch für die militärische Aufrüstung relevant waren²⁸⁸, im Interesse des politischen Ansehens (und damit auch der Legitimation) der SED für die Bevölkerung etwas abzumildern.

Effekte dieses nochmals forcierten Ausbaus der volkseigenen schwerindustriellen Kapazitäten waren die weitere Hintanstellung der Konsumgüterproduktion, wodurch der Anreiz durch Geldentlohnung weiter sank. Allmählich wurde deutlich, dass sich die Arbeitsproduktivität nicht unbegrenzt steigern ließ. Weitere Effekte waren ein erhöhter Leistungsdruck sowie ein verschärfter „Steuerkrieg“ (Sattler) gegenüber der verbliebenen Privatwirtschaft.²⁸⁹ Auch die Geldwirtschaft wurde stark verändert. Denn die Preise waren für den gesamten Zeitraum des Fünfjahrplans festgesetzt, was an die Betriebe allerdings die völlig falschen Signale aussandte. Denn bei eventuell entstehenden Verlusten wurden die Betriebe in jedem Fall subventioniert, was deren Anreiz sinken ließ, international marktfähige Produkte zu fertigen. Eine gleichzeitige Finanz- und Produktionsplanung war somit letztlich unmöglich. Bereits 1952 geriet die gesamte Preispolitik in eine Schieflage²⁹⁰, was aus dem Dokument ‚Grundsätze der Preispolitik‘ klar hervorgeht. Darin wurde gefordert, einheitliche Festpreise nach Produkt und Qualität zu bilden. Eine solche objektive Preisbildung ließ sich aber nicht realisieren, sodass man eine

287 Zitiert nach ebd.; Aktennotiz Landesvolkswirtschaftsplan vom 10. Januar 1952, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 52, Bl. 109–115.

288 Die Ambitionen der SED, aufgrund von Forderungen der UdSSR eine eigene Rüstungsindustrie aufzubauen, sind mittlerweile gut erforscht und dokumentiert. Derartige Vorhaben hätten die ohnehin schon geschwächte ostdeutsche Wirtschaft noch weiter belastet und den Bereich des privaten Konsums noch mehr eingeschränkt. Vor allem in drei Bereichen beabsichtigte die DDR einen eigenständigen Rüstungssektor aufzubauen: 1.) den Reparatur- und Instandsetzungssektor für die Kfz- und Panzertechnik, 2.) den Sektor der Handfeuerwaffen- und Munitionsproduktion und 3.) den Flugzeugbau. Während der Sektor des militärischen Flugzeugbaus sich zunächst an den alten Heinkel-Standorten an der Ostsee konzentrieren sollte, kam er später nach Sachsen. In Brandenburg sollte vor allem die Schwerindustrie für den zweiten Sektor genutzt werden. Vom ‚Büro für Wirtschaftsfragen‘ wurden z. B. allein für das SWH zusätzliche Investitionen in Höhe von 2,7 Mio. DM veranschlagt, um im Jahr 1953 Stahl für die Bombenproduktion bereitstellen zu können. Vgl. hierzu Torsten Diedrich, Aufrüstungsvorbereitungen und -finanzierung in der SBZ/DDR in den Jahren 1948 bis 1953 und deren Rückwirkungen auf die Wirtschaft, in: Bruno Thoß (Hrsg.), Volksarmee schaffen – ohne Geschrei! Studien zu den Anfängen einer „verdeckten Aufrüstung“ in der SBZ/DDR 1947–1952, München 1994, S. 273–336, hier S. 316–326, bes. S. 321.

289 Vgl. zum ‚Steuerkrieg‘ gegen die brandenburgische Privatwirtschaft Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 629–632.

290 Vgl. Jennifer Schevardo, Von der Kartenwirtschaft zum „Exquisit“: Verbraucherpreise, Lebensstandard und Herrschaftslegitimation in der DDR der fünfziger Jahre, in: André Steiner (Hrsg.), Preispolitik und Lebensstandard: Nationalsozialismus, DDR und Bundesrepublik im Vergleich (Zeithistorische Studien, Bd. 35), Köln 2006, S. 87–127; Marcel Boldorf, Planwirtschaft, Ordnungs- und Preispolitik, in: Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, S. 133–216, bes. S. 163, 172–185.

Durchschnittsbildung vornahm oder einfach die Preise des Jahres 1950 (für 1952) zugrunde legte.²⁹¹

3.6 Kreisgebietsreformen und die Auflösung der Länder

„Länder- und Provinzgrenzen in Deutschland sind Abbilder einer besonderen Spezifik der nationalen Entwicklung“, so Wolfgang Blöß in seiner grundlegenden Untersuchung über die Entwicklung der Verwaltungsgrenzen im Land Brandenburg zwischen 1945 und 1952.²⁹² Die Auflösung der Länder der DDR 1952 erfolgte jedenfalls nicht nur aus macht-, verwaltungs- und sicherheitspolitischen Gründen der SED, sondern vielfach auch aus wirtschaftlichen Erwägungen. In den Jahren vor 1952 wurden einige Versuche unternommen, zumeist aus wirtschaftsplanerischen Gründen Gebietsreformen in Brandenburg durchzuführen. Insbesondere die Herauslösung der Volkswirtschaft aus privatwirtschaftlichen Bindungen und ihre Integration in das staatliche Gefüge zogen „die Notwendigkeit der Umstellung der gesamten Staatsverwaltung auf die Leitung und Planung wirtschaftlicher Prozesse nach sich.“²⁹³ Bis dahin führte die Landesregierung in Bezug auf die gemeindlichen Strukturen die Politik der vergangenen Jahrzehnte fort, die darauf abzielte, leistungsfähige, also von ihrem Gemarkungsumfang und von ihrer Einwohnerzahl her größere Gemeinden zu schaffen. Erst mit der eindeutigen Umsetzung planwirtschaftlicher Strukturen, die eine Schwerpunktsetzung bei Großindustriestrukturen wie der Schwerindustrie hatten und dafür eine starke Arbeitskräftekonzentration benötigten, erschien eine Funktionalreform auf der politischen Agenda. Sie erhielt infolge von Auseinandersetzungen an der SED-Spitze den Vorzug vor einer zwar ebenfalls als notwendig, aber noch nicht als vordringlich erachteten Strukturreform. Die Weichen dafür wurden in der Vorbereitungsphase auf den Zweijahrplan 1949/50 im Juli 1948 auf der ersten ‚Staatspolitischen Konferenz‘ der SED in Werder an der Havel gestellt. Mit der von dieser Konferenz ausgehenden funktionalen Umformung der staatlichen Verwaltung und ihrer Arbeitsweise setzte in einem ersten Schritt die grundlegende Umgestaltung der gesamten staatlichen Strukturen ein, die in die Verwaltungsreform von 1952 mündete. Diese Veränderungen sollen hier nur insoweit nachvollzogen und berücksichtigt werden, als sie direkte wirtschaftliche und wirtschaftsplanerische Belange berühren.

291 Für die Vorgänge im Land Brandenburg vgl. Ministerien der Finanzen, Preisprüfungen im Lande Brandenburg (1952), in: BArch, DN 1/36484, unfol.

292 Wolfgang Blöß, Grenzen und Reformen einer Umbruchgesellschaft. Vom Land Brandenburg zu den Bezirken 1945–1952 (Veröffentlichungen des Brandenburgischen Landeshauptarchivs, Bd. 66), Berlin 2014, S. 21.

293 Ders., Brandenburgische Kreise und Gemeinden 1945–1952. Grenzziehungen, Eingemeindungen und Ausgemeindungen (Veröffentlichungen der Landesfachstelle für Archive und öffentliche Bibliotheken im Brandenburgischen Landeshauptarchiv, Bd. 6), Potsdam 2010, S. 2. Vgl. auch Detlef Kotsch/Harald Engler, Staat und Staatspartei. Die Verwaltungsreform der SED in Brandenburg 1952–1960, in: Oliver Werner/Detlef Kotsch/Harald Engler (Hrsg.), Bildung und Etablierung der DDR-Bezirke in Brandenburg. Verwaltung und Parteien in den Bezirken Potsdam, Frankfurt/Oder und Cottbus 1952–1960 (Bibliothek der brandenburgischen und preußischen Geschichte, Bd. 16), Berlin 2017, S. 15–56.

Zu Beginn des Zweijahrplanes fanden intensive Überlegungen zur verbesserten Umsetzbarkeit der wirtschaftlichen Ziele statt. Dazu gehörte auch die Errichtung sogenannter Wirtschaftsbezirke in der gesamten SBZ. So fand am 18. März 1949 bei der Hauptverwaltung Wirtschaftsplanung der DWK eine erste Besprechung über die Schaffung solcher Bezirke statt mit dem Ziel, „zur Aufstellung von transportwirtschaftlichen Bilanzen Wirtschaftsbezirke im Lande Brandenburg zu bilden, die zur Ermittlung der Güterströme und zum Erkennen von Gegenläufen im Verkehr dienen sollen.“²⁹⁴ Bei diesem Treffen legte Brandenburg der DWK einen Entwurf vor, der acht Wirtschaftsbezirke für das Land vorsah. Ein Gegenentwurf des Statistischen Zentralamtes legte hingegen nur sechs solcher Bezirke zugrunde und ging dabei von anderen Prämissen als die Landesregierung aus. Der Vorschlag des Statistischen Zentralamts basierte hauptsächlich auf wirtschaftsstrukturellen Grundlagen, während der Vorschlag des Landes Brandenburg auf verkehrstechnischen Grundsätzen fußte. Diese waren den Reichsbahnämtern in den verschiedenen Direktionen des Landes angepasst. Das Ziel war, in den acht Wirtschaftsbezirken gemeinsame Gütersammelstellen des Kraftverkehrs, der Eisenbahn und gegebenenfalls der Schifffahrt zu bilden. „Da eine Änderung der politischen Kreisgrenzen für die nächste Zeit nicht in Frage kommt“, so die Planer, „musste man also den Mittelweg finden und die bestehenden politischen Kreisgrenzen etwa mit den bestehenden Amtsbezirken der Reichsbahn in Übereinstimmung bringen.“²⁹⁵ Sowohl die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung als auch das Statistische Zentralamt akzeptierten diesen Brandenburger Vorschlag, jedoch forderten sie eine Überarbeitung hinsichtlich der Wirtschaftsbezirke, in denen die Städte Brandenburg an der Havel und Potsdam lagen. Denn im ursprünglichen Entwurf hatten die Planer diese Städte an die Peripherie von zwei verschiedenen Bezirken gelegt. Aus verkehrstechnischen Gründen sollten sie aber in der Mitte der künftigen Wirtschaftsbezirke liegen. Da dadurch aber die gesamten Planungen durcheinandergeworfen worden wären, willigte die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung noch nicht in diese Vorschläge ein und beraumte eine weitere Tagung an.

Die wirtschaftspolitischen und wirtschaftsplanerischen Prozesse überholten diese Gedanken jedoch schon bald. Bereits im November 1948 wurde die Eingliederung der Landesplanung in die Hauptabteilung Wirtschaftsplanung durch die DWK verfügt. Im Zuge der Weiterentwicklung der Verwaltung befand sich im Lande Brandenburg in jedem Kreis eine entsprechende Abteilung Wirtschaftsplanung. Mit diesen Kreisabteilungen wurde der für die Belange der Landesplanung erforderliche Kontakt gehalten und ausgebaut. Um die Planungsarbeit auf allen Ebenen zu gewährleisten und zu stärken, reichte im Mai 1949 der Mitarbeiter des Referats Landesplanung, Wunschik, ein Memorandum über ‚Einrichtung und Aufbau von Landesplanungsgemeinschaften (LPG) im Lande Brandenburg‘ bei der DWK ein.²⁹⁶ Er be-

294 Referat Verkehrsplanung, Aktennotiz betr. Arbeitsbesprechung bei der DWK über Wirtschaftsbezirke vom 21. März 1949, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 1165, Bl. 7 f.

295 Ebd., Bl. 8.

296 Vgl. das Memorandum betr. Einrichtung und Aufbau von „Landesplanungsgemeinschaften (LPG)“ im Lande Brandenburg vom 19. Mai 1949, in: ebd., Bl. 3–6. Diese Einrichtungen dürfen nicht mit den späteren Landwirtschaftlichen Produktionsgemeinschaften verwechselt werden, die das gleiche Kürzel hatten.

tonte dabei selbst, dass „während in einem so hoch industrialisierten Lande wie Sachsen mit seinen charakteristischen Aufgliederungen in jeweils spezifisch betonte Produktionsräume eine verhältnismäßig große Zahl (fünf) von relativ räumlich eng begrenzten LPG ohne weiteres berechtigt“ erscheine, „in dem an sich größeren Lande Brandenburg eine Forderung nach einer entsprechenden Vielzahl derartiger Gemeinschaften in gleicher Weise nicht begründet werden“ könne. Prinzipiell wurden zwei Vorschläge zur Aufgliederung des Landes Brandenburg in Landesplanungsgemeinschaften (LPG) unterbreitet. Vorschlag A sah „unter völliger Hintansetzung des gegenwärtigen Raumes Groß-Berlin“ die Bildung von vier LPG vor, welche folgende Räume umfassen sollten: „I. LPG Prignitz/Havelland, – umfassend die Landkreise Perleberg, Kyritz, Neuruppin, Rathenow, Nauen und die Stadtkreise Rathenow, Brandenburg und Potsdam. II. LPG Uckermark/Barnim/Oderland, – umfassend die Landkreise Prenzlau, Templin, Angermünde, Freienwalde, Bernau, Lebus und die Stadtkreise Eberswalde und Frankfurt (Oder) (oder auch zuzüglich Landkreis Beeskow/Storkow). III. LPG Zaucho/Teltow, – umfassend die Landkreise Belzig, Teltow, Jüterbog und Luckenwalde. IV. LPG Niederlausitz, – umfassend die Kreise [sic!] Luckau.“ Der Vorschlag B sah unter Berücksichtigung „einer künftigen Mitbeplanung des Raumes Groß-Berlin, d. h. im wesentlichen jenes Raumes, welcher früher durch den Planungsverband Berlin/Brandenburg Mitte betreut worden ist“, vier vereinfachte Landesplanungsgemeinschaften vor: „I. LPG Prignitz/Havelland, – wie oben, aber ohne Landkreis Nauen. II. LPG Uckermark/Oderland, – wie oben, aber ohne Landkreis Bernau. III. LPG Brandenburg-Mitte, – umfassend die Landkreise Nauen, Bernau, Teltow und Beeskow-Storkow sowie den Stadtkreis Potsdam. IV. LPG Fläming/Niederlausitz, – umfassend die Landkreise Belzig, Jüterbog-Luckenwalde, Luckau, Lübben, Calau, Cottbus, Guben, Spremberg und die Stadtkreise Cottbus, Guben und Forst.“²⁹⁷

Obwohl solche Vorschläge bei der DWK durchaus willkommen waren, wurden doch mehrere Schwachpunkte bemängelt. Diese betrafen allerdings weniger die inhaltliche Seite, sondern formal-juristische Fragen. Als unangemessen wurde beispielsweise empfunden, dass die Landesplanungsgemeinschaften als Körperschaften öffentlichen Rechts agieren sollten.²⁹⁸ Interessant ist die Forderung der DWK, der Vorschlag A sei so umzugestalten, dass „möglichst jeder Bezirk mit einer Grenze an Berlin und einer oder mehreren Hauptverkehrseseisenbahnstrecken und -straßen als Rückgrat auszustatten“ sei. Damit waren schon wesentliche Punkte der Kreisgebietsreform von 1952 vorweggenommen. In ihrer Reaktion auf Wunschiks Memorandum erklärte das Referat Landesplanung weiter, die Eingliederung der südöstlichen Kreise werde der besonderen Aufmerksamkeit der DWK bedürfen.²⁹⁹ Sollten diese Änderungen erfolgen, wäre die DWK bereit, der Einrichtung der LPG zuzustimmen, obwohl das Memorandum von Anfang an die Maßnahmen als eher mittelfristig betrachtete und aufgrund

297 Ebd.

298 Vgl. Referat Landesplanung an die DWK, HV Wirtschaftsplanung, Abt. Landesplanung, betr. Memorandum des Herrn Dr. Wunschik vom 19. Mai 1949 über die Einrichtung und Aufbau von Landesplanungsgemeinschaften im Lande Brandenburg vom 9. August 1949, in: ebd., Bl. 1 f.

299 Ebd., Bl. 2.

der Komplexität der Materie betonte, dass die Vorschläge „nicht Gegenstand einer Sofortmaßnahme zu sein“³⁰⁰ bräuchten.

Der Landtag von Brandenburg verabschiedete am 28. April 1950 das Gesetz über die Änderungen zur Verbesserung der Kreis- und Gemeindegrenzen.³⁰¹ Generell trafen die Funktionäre in allen betroffenen Kreisen, Städten und Gemeinden „wegen der Veränderungen“ auf großen Widerstand.³⁰² Eines der mit dem Gesetz verfolgten Ziele bestand darin, die Zahl der kreisfreien Städte zu verringern. „Die ursprüngliche Absicht, Potsdam und Brandenburg durch zahlreiche Eingemeindungen noch zu verstärken, wurde aus kommunalpolitischen Gründen fallen gelassen. Das schließt jedoch nicht aus, dass die Planung des Industrieraumes Brandenburg die Gebiete von Plau und Kirchmöser mit einbezieht“, heißt es im Abschlussbericht der HA Wirtschaftsplanung vom Juni 1950.³⁰³ Durch die im Zweijahrplan geforderte Schwerpunktsetzung auf die Schwerindustrie waren die letztgenannten Schritte sogar erforderlich. „Die Konzentrierung der Stahlwerksindustrie im Raum des Stadtkreises Brandenburg lässt es geboten erscheinen, die Eingemeindung von Kirchmöser nach Brandenburg durchzuführen, sodass hier unter gleichzeitiger Eingemeindung der Stadt Plau endlich alle Voraussetzungen gegeben sind, um in diesem Gebiet die mit der wirtschaftlichen Bedeutung notwendig werdenden Maßnahmen planmäßig durchführen zu können.“³⁰⁴

Damit allerdings, so Blöß, war die volle Ausprägung der neuen Wirtschaftsordnung „als Blaupause für staatliche Strukturen [...] noch nicht erreicht worden. Analysen und planerische Vorstellungen konnten erst im Zusammenhang mit der Bewertung der Ergebnisse des Zweijahrplans und in der Vorbereitung und Durchführung des Fünfjahrplans 1951–1955 mit dem Ziel erarbeitet werden, eine weitgehende Übereinstimmung von Wirtschafts- und Verwaltungsräumen anzustreben.“³⁰⁵

Insbesondere mit Sachsen konkurrierte Brandenburg um die für die industrielle Produktion, den Handel und für die Versorgung der Bevölkerung mit Heizmaterial so wichtigen Kohleabbaugebiete. Brandenburg übte daher immer wieder Druck auf Sachsen aus, um Grenzrevisionen zu erreichen.³⁰⁶ Eine wichtige Entscheidung auf dem Weg zur (wirtschaftlichen) Bereinigung der Ländergrenzen wurde am 18. Mai 1948 erreicht: Die Betriebsleiter und Betriebsratsvorsitzenden der brandenburgischen Bergbaubetriebe kamen zu einer abschließen-

300 Memorandum betr. Einrichtung und Aufbau von „Landesplanungsgemeinschaften (LPG)“ im Lande Brandenburg vom 19. Mai 1949, in: ebd., Bl. 3–6.

301 Vgl. das Gesetz- und Verordnungsblatt des Landes Brandenburg [im Folgenden: GVBl.] I (1950), S. 9; Blöß, Brandenburgische Kreise, S. 3.

302 HA Wirtschaftsplanung, Abschließender Bericht über die Verbesserung von Gemeinde-, Kreis- und Landesgrenzen vom 27. Juni 1950, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 1160/1, Bl. 72–76.

303 Ebd., Bl. 76.

304 HA Wirtschaftsplanung, Potsdam den 4. Mai 1950, Anlage zur Übersicht über die im Rahmen der Neuordnung der Kreis- und Gemeindegrenzen erforderlichen Veränderungen an den Landesgrenzen gegen Mecklenburg und Sachsen-Anhalt, in: ebd., Bl. 104–106, hier Bl. 105.

305 Blöß, Brandenburgische Kreise, S. 3 f.

306 Vgl. ders., Grenzen und Reformen, S. 170–342. Vgl. überblickend zur Rohstoffwirtschaft Rainer Karlsch, Energie- und Rohstoffpolitik, in: Hoffmann (Hrsg.), Die zentrale Wirtschaftsverwaltung, S. 249–362.

den und das Ende des vom Land Brandenburg betriebenen Bergbaus symbolisierenden Beratung in Senftenberg zusammen. Der scheidende Generaldirektor des Brandenburgischen Bergbaus, Kurt Rudolph, der eine leitende Stellung in der DWK übernommen hatte, begrüßte den Fall der Ländergrenzen im Bergbau der SBZ.³⁰⁷ Am 9. März 1948 fasst die DWK auf ihrer konstituierenden Sitzung den Beschluss, eine Liste der in zonale Verwaltung zu übernehmenden Betriebe zu erstellen. Am 17. März konkretisierte Selbmann dies, indem er die Zahl von circa 3 000 leistungsfähigen Betrieben nannte, die in der folgenden Zeit der zentralen Wirtschaft unterstellt werden würden. Am 5. Mai 1948 wurde die Anordnung zur Durchführung der Neuorganisation der VEB erlassen, die die bisher bei den Ländern bestehenden Hauptverwaltungen (HV) der VEB samt den dazugehörigen Betrieben dem Sekretariat der DWK unterstellte und der Verfügungsgewalt der Länder entzog. Damit war eine neue Grundlage der wirtschaftlichen Planung geschaffen. Sie ordnete die übrigen volkseigenen Betriebe nach Bedeutung den Ländern und den kommunalen Körperschaften zu und fasste die bisherigen wirtschaftlichen Zentralverwaltungen in der DWK zusammen. In diese neue Struktur der VEB, die die „in Sachsen angewandten Formen der Organisation der volkseigenen Wirtschaft aufnahm“³⁰⁸, wurde auch die Organisation der Braunkohleindustrie mit einbezogen. Dadurch war ein ganz neuer Konzentrationsgrad der Betriebe erreicht worden: Die Errichtung der HV Braunkohle innerhalb der Zentralverwaltung (ZV) Kohle der DWK, in der die Deutsche Zentralverwaltung für Brennstoffindustrie (DZVB) aufgegangen war, schloss diese Neuorganisation ab. Acht VVB Braunkohle (Lauchhammer, Senftenberg, Welzow, Magdeburg, Merseburg, Bitterfeld, Borna, Meuselwitz) wurden der HV Braunkohle nach „rein wirtschaftlichen Zweckmäßigkeitserwägungen zugeordnet“ und nahmen ab dem 1. Juli 1948 mit rund 300 Betrieben und über 99 000 Beschäftigten ihre Arbeit auf.³⁰⁹ Der brandenburgische Bergbau verfügte im Sommer 1948 über insgesamt 49 Betriebe: 13 Kohlegruben, 16 Brikettfabriken, neun Kraftwerke, zwei Sägewerke, sechs Ziegeleien, eine Sauerstofffabrik und je ein Wasser- und Gipswerk. Bei dieser wirtschaftlichen Ordnung spielten Ländergrenzen keine Rolle. Manche Historiker sehen in diesen Vorgängen entweder die Zerschneidung des einheitlichen Niederlausitzer Wirtschaftsgebietes oder eben die Herstellung der ökonomischen Einheit des Gebietes.³¹⁰

Nicht nur in Rohstoff- und Handelsfragen, sondern auch im Hinblick auf die Arbeitskräfte waren die Landesgrenzen von Bedeutung. Im Juni und Juli 1950 wurde in Zusammenarbeit zwischen dem Ministerium für Arbeit und Gesundheitswesen und dem Ministerium für Industrie eine Untersuchung über den Stand der Beschäftigtenlage in den Grenzgebieten der Länder Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg durchgeführt.³¹¹ Die in jedem

307 Vgl. ebd., S. 323.

308 Blöß, Grenzen und Reformen, S. 338 f.

309 Ebd., S. 339.

310 Für den zweiten Punkt vgl. ebd. Für den ersten Standpunkt vgl. etwa Fritz Böhnisch, Der Blick in die Geschichte. Vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz rückschreitend zur ältesten Kreisgliederung, Senftenberg 1995, S. 34 f. Böhnisch sieht die Neuordnung erst mit der Kreisgebietsreform von 1952 als gegeben an.

311 Vgl. Ministerium für Industrie, Sekretariat, Abt. Industrieplanung vom 11. Oktober 1950, betr. Bericht über den Stand der Beschäftigtenlage an der Zonengrenze und über die notwendigen Maßnahmen zur Senkung

Grenzkreis bestehenden Schwierigkeiten wurden gemeinsam mit den Ämtern für Arbeit, den Landräten beziehungsweise Kreisplanern, den Bürgermeistern, den Betriebsleitern sowie Vorsitzenden der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL), den SED-Betriebsgruppen der aufgesuchten Betriebe sowie zwei Vertretern der zuständigen Landesregierung besprochen. Bei diesen Besprechungen wurde allgemein festgestellt, dass „die Beseitigung der Arbeitslosen nur durch eine verstärkte Industrialisierung 1. durch Kapazitätserweiterung einzelner VEB, 2. durch höhere Materialzuweisungen, 3. durch Erhöhung der Produktionspläne, 4. durch Neuerstellung von Betrieben (Fertigungs- oder Zubringerbetrieben) erfolgen“ könne. Weiterhin stellten die Funktionäre der Abteilung Industrieplanung fest: „Durch die zum Teil hohen Erwerbslosenzahlen der Grenzkreise ist eine schlechte politische Situation zu verzeichnen. Abwanderungen sowie legale wie auch illegale Arbeitsaufnahme in den Westgebieten rufen unter unserer werktätigen Bevölkerung eine schlechte politische Stimmung hervor. Diejenigen Personen, welche im Westen arbeiten und in der DDR wohnen, sind auf Grund des schwindelhaften Wechselkurses in der Lage, besser als unsere Arbeiter zu leben. Die Geldumtauschverordnung wird nicht eingehalten. Diese Tatsachen führen zu einer Verbitterung unserer Werktätigen. Werber für die Arbeitsaufnahme im Westen sowie westliche Unternehmer zahlen ihren Arbeitern aus der DDR, welche einen neuen Arbeitskollegen nach dem Westen berufen, eine Kopfprämie bis zu 20 DM (West). Die neugeworbenen Arbeiter erhalten ebenfalls sofort einen Betrag in DM (West), bevor sie die Arbeit aufnehmen. Der größte Teil der Erwerbslosen sind Frauen. Voll einsatzfähige Männer werden zum großen Teil überbezirklich in Arbeit vermittelt. Ein Teil der Bevölkerung betätigt sich als Grenzschlepper. Die an die Erwerbslosen gezahlten sozialen Unterstützungen belasten im großen Maße die einzelnen Gemeinden. In allen Kreisen und Orten wurden der dringende Ruf und die Bitte nach Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen ausgesprochen. Nur durch eine verstärkte Industrialisierung der Grenzkreise wird es möglich sein, die z. Zt. vorhandenen Erwerbslosen in Arbeit zu bringen und damit die politische Situation zu verbessern. In einzelnen Orten melden sich wöchentlich fünf bis sechs Arbeitskräfte aus dem Westen Deutschlands mit der Bitte um Arbeitsaufnahme in der DDR.“³¹² Im Land Brandenburg wurden zwei Problemkreise besonders genau analysiert: Wittenberge und Lenzen im Kreis Perleberg. Wittenberge wies im Juni 1950 350 arbeitslose Frauen und 120 erwerbsbeschränkte arbeitslose Männer auf. Die arbeitsfähigen Männer waren in der stadtan-sässigen Industrie beschäftigt. Folgende volkseigene Betriebe befanden sich in Wittenberge:

Tewa Schlossfabrik	210	Beschäftigte
Textima Nähmaschinenwerk	1 313	Beschäftigte
Zellstoff und Zellwollwerk	2 300	Beschäftigte
Brauerei Wittenberge	50	Beschäftigte
Märkische Ölwerke	500	Beschäftigte
Bau-Union Nord und Ost	180	Beschäftigte
Energiebezirk Nord	130	Beschäftigte

der Arbeitslosenzahl in den Ländern Thüringen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg und Mecklenburg, in: BArch, DE 1/11425, Bl. 1–33, hier Bl. 1 f.
312 Ebd.

Die Betriebe waren alle zentralgelenkt, landesgeleitete Betriebe gab es nicht. Verschiedentlich kamen Arbeitssuchende aus dem Westen, „meist ohne Personalausweis, die zunächst in der Landwirtschaft untergebracht werden, um sich zu bewähren.“ Erst nach einer gewissen „Beobachtungszeit“ wurden sie in die volkseigenen Betriebe vermittelt. Es meldeten sich monatlich etwa drei bis fünf Bewerber, während etwa vier bis fünf Wittenberger in die Bundesrepublik gingen. Die Tewa war lediglich ein Nebenbetrieb der Textima (ehemalige Singerwerke), die die Fachkräfte der Nähmaschinenwerke weiter beschäftigte, bis sie wieder in ihrem Fachberuf untergebracht werden konnten. Die Textima-Nähmaschinenwerke beabsichtigten zu diesem Zeitpunkt, ihre Produktion durch die Übernahme der Hausnähmaschinenfabrikation aus Dresden auszuweiten. Dadurch konnten etwa 500 Arbeiter neu aufgenommen werden; 180 stammten aus der Tewa, unter ihnen waren 35 Prozent Frauen. Bis Ende des Jahres 1951 sollte die Belegschaft sogar um etwa 700 Kräfte anwachsen. Die Räume für die Ausweitung waren vorhanden und die Nähmaschinen wurden aus Dresden verlagert. Das Wittenberger Zellstoffwerk beabsichtigte, „in der nächsten Zeit 50 bis 60 Arbeitskräfte darunter 50 Prozent Frauen“, einzustellen. Ein Viertel des Betriebes bestand aus weiblichen Arbeitskräften.³¹³

Der Bezirk Lenzen war hauptsächlich durch seine landwirtschaftliche Struktur geprägt. Die Sägewerke in Lanz und Lenzen waren nicht für die geplante industrielle Ausweitung geeignet. Denn Räume für die Ausweitung oder für die Neuentwicklung von Industrie waren kaum vorhanden. „Die Bekleidungswerkstatt Emil Wien könnte bei entsprechender Auftragszuteilung noch etwa 50 Frauen anstellen. Zurzeit ist der Betrieb gezwungen, einen großen Teil der Frauen zu entlassen, da die Aufträge abgewickelt sind. Nach Angaben des Bürgermeisters soll Herr Wien seinen Betrieb als volkseigenen Betrieb dem Lande Brandenburg angeboten haben. Die Unterredung mit der Frau selbst ließen Schlüsse dieser Art nicht zu. Es wurde angeraten, Zulieferungsaufträge für volkseigene Betriebe zu übernehmen.“ Die beste Lösung hinsichtlich der Behebung der Arbeitslosigkeit in Lenzen wäre, nach Ansicht der Planer, „die Einrichtung eines Berufsautobusverkehrs nach Wittenberge, wo auch früher ein großer Teil der Lenzener gearbeitet hat. Z. Zt. sind die Fahrkosten mit 4,80 DM pro Tag zu teuer. Kindergarten und Kinderkrippe sind vorhanden, sodass auch Frauen mit Kindern nach Wittenberge vermittelt werden können.“ In Lenzen (Kreis Perleberg) wurden offiziell 217 vollarbeitsfähige arbeitslose Frauen, zwei „erwerbsbeschränkte“ Frauen, 90 vollarbeitsfähige arbeitslose Männer und 42 „erwerbsbeschränkte“ Männer gezählt.³¹⁴

Seit 1950 war in Brandenburg eine deutliche Reduzierung der Zahl kleiner Handwerksbetriebe zu verzeichnen. Die Landesregierung beobachtete diesen Trend aufmerksam; sie führte ihn auf drei hauptsächliche Gründe zurück: „[E]rstens das Fehlen der notwendigen fachlichen Voraussetzungen bei vielen Inhabern von Betrieben, die unmittelbar nach Kriegsende gegründet wurden, zweitens die besseren Verdienstmöglichkeiten für bestimmte Handwerksmeister, zum Beispiel Schmiede, Schlosser und Zimmerer, in der volkseigenen Industrie und drittens das Ausbleiben der im Gesetz zur Förderung des Handwerks versprochenen mate-

313 Ebd., Bl. 27 f.

314 Ebd.

riellen Zusagen.“³¹⁵ Bei der Handwerkskammer Brandenburg waren folgende Zahlen von Kleinbetrieben registriert:

Bei der Handelskammer Brandenburg registrierte Betriebe 1950–1951.³¹⁶

Beschäftigte (pro Betrieb)	1. Januar 1950	1. Januar 1951	30. Juni 1951	Saldo 1. Halbjahr 1951	
				absolut	in Prozent
1	17 917	17 729	15 772	-1 957	-11,04
2–3	15 740	15 350	14 542	-808	-5,26
4–5	7 583	6 185	6 166	-19	-0,31
6–9	3 346	2 887	2 882	-5	-0,17
10 und mehr	1 125	896	891	-5	-0,56
zusammen	45 711	43 047	40 253	-2 794	-6,49

Das oben erwähnte Lenzen lag in einem unmittelbaren Grenzbezirk; Grenzübertritte waren 1950/51 selten, da die Grenzpolizei die Elbe stark bewachte.³¹⁷ Damit sind auch die Besonderheiten berührt, über die nur das Land Brandenburg verfügte: Es umgab das geteilte Berlin vollständig und grenzte sowohl im Osten als auch im Westen an einen anderen Staat an. Dies war auch eine der sicherheitspolitischen Gründe der SED, die Länder aufzulösen. Die von der SED angestrebte Kongruenz von Wirtschafts- und Verwaltungsgebiet verlangte eine völlig neue territoriale Struktur. Das bedeutete eben auch, den Bestand der Länder in Frage zu stellen.

Als im Juli 1952 auf der II. SED-Parteikonferenz der ‚Aufbau des Sozialismus in der DDR‘ proklamiert und die Auflösung der Länder besiegelt wurde, hatten die Vorbereitungen für die Überleitung der politischen und administrativen Strukturen von den Ländern auf die neuen Bezirke schon begonnen. Erste Planungsansätze dazu gab es wohl schon im Februar 1952. Nachdem der Brandenburger Landtag am 25. Juli 1952 das Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik bestätigt hatte,³¹⁸ stellte auch die SED-Landesleitung auf Beschluss des Politbüros ihre Tätigkeit zum 1. August 1952 ein. In der Gliederung brandenburgischer Gebietsteile „lässt sich der Primat der Ökonomie als Organisationskriterium besonders gut beobachten“, so Blöß.³¹⁹ Die Bezirke Potsdam und Frankfurt (Oder) repräsentierten Standorte der Grundstoff- und der metallverarbeitenden Industrie, der Bezirk Cott-

315 Sattler, Wirtschaftsordnung, Teilbd. 2, S. 628.

316 Ebd.; Abt. Wirtschaftspolitik, S/SED-LLBr, Bericht über die Lage im Handwerk und der organisatorische Aufbau vom 18. September 1951, gez. Kühne/Wolter, in: BLHA, Rep. 332, Nr. 537, unfol.

317 Vgl. Ministerium für Industrie, Sekretariat, Abt. Industrieplanung vom 11. Oktober 1950, in: BAArch, DE 1/11425, Bl. 1–33, hier Bl. 28.

318 Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der Deutschen Demokratischen Republik, in: GVBl. 5 (1952), S. 15–17.

319 Blöß, Grenzen und Reformen, S. 433–505, hier S. 486 f.

bus vereinigte Braunkohle-, Energie- und Textilindustrie. Das Streben nach wirtschaftlich geschlossenen Gebieten setzte sich in den Kreisstrukturen fort. Zur Arrondierung des für die Kunststoffproduktion vorgesehenen Gebietes um Premnitz wurden dem Landkreis Rathenow die vier Gemeinden Milow, Möthlitz, Nitzahn und Steckelsdorf aus dem Landkreis Genthin (Sachsen-Anhalt) zugeschlagen. Die aus wirtschaftlichen Motiven erfolgte Errichtung des Bezirks Cottbus bedeutete Detlef Kotsch und Wolfgang Blöß zufolge einen großen Gewinn bei der Neugliederung Brandenburgs.³²⁰ Denn dadurch war es gelungen, die lange betriebene Konzentration der Braunkohleindustrie, deren Rohstoffvorräte nach dem Abfall von sächsischen Gebieten zu 60 Prozent in den Grenzen des Bezirkes lagen, in einem Verwaltungsgebiet durchzusetzen. Aus Sachsen gelangten der Landkreis Hoyerswerda und Teile des Landkreises Niesky an den neuen Kohlebezirk. „Betrachtet man die Vorgänge [der Gebietsreformen, d. Verf.] unter ihrem materiellen Gehalt“, so Blöß, „wird die völlig neue Wirtschaftsweise als der Einflussfaktor erkennbar, als der er im Reformgeschehen tatsächlich gewirkt hat, nämlich als die entscheidende Triebkraft. Diese neue Umgebung bildete auch den Rahmen dafür, dass Forderungen aus anderen Bereichen, z. B. Raumplanung und Verwaltungsorganisation, sich in der Umgestaltung einer neuen Form vereinigten.“³²¹ Inwiefern allerdings auch wirtschaftliche und industrielle Pfadabhängigkeiten – von der Industriellen Revolution über die Weimarer Republik und die Kriegsproduktion des ‚Dritten Reiches‘ – in diese Verwaltungsreform hineinspielten, muss noch erforscht werden.³²²

An den Außengrenzen der DDR wurde das Kriterium der Kongruenz von Wirtschafts- und Verwaltungsbezirk von der Forderung überlagert, möglichst wenige Bezirke an Berlin angrenzen zu lassen; vielmehr sollte nur ein Bezirk die Umschließung von Berlin absichern, nämlich der Bezirk Potsdam.³²³ Allerdings ließ sich diese Forderung nicht durchsetzen, sodass neben Potsdam auch der Bezirk Frankfurt (Oder) Berlin mit einschloss. Die Forderung, an die innerdeutsche Grenze nur vier Bezirke zu setzen, ließ sich ebenfalls nicht verwirklichen. Mit den Bezirken Rostock, Schwerin, Magdeburg, Erfurt, Suhl, Gera und Chemnitz grenzten schließlich sieben Bezirke an die Bundesrepublik. Auch die Vorgabe, die Zahl der Bezirke an der Grenze zu Polen ebenfalls auf vier zu beschränken, konnte nicht umgesetzt werden. Zu den fünf Bezirken an dieser Grenze zählten die beiden brandenburgischen Bezirke Frankfurt (Oder) und Cottbus. Grenzen zu West-Berlin hatte nur der Bezirk Potsdam. Auch dessen an West-Berlin angrenzende Kreise wurden dementsprechend zusammengefasst. Während sie vor der Reform noch mit ihren Schmalseiten der Stadt zugewandt waren, lagen sie nunmehr wie ein Gürtel an deren Grenzen. Ähnliche Überlegungen bestimmten die Zuordnung von einzelnen Landkreisen zu den Bezirken. Sie wurden so eingegliedert, dass die Kreisbewohner bei Fahrten zu ihren Bezirksstädten Berlin nicht durchqueren mussten. Aus diesem Grund

320 Vgl. ebd., S. 487; Detlef Kotsch, *Das Land Brandenburg zwischen Auflösung und Wiederbegründung. Politik, Wirtschaft und soziale Verhältnisse in den Bezirken Potsdam, Frankfurt (Oder) und Cottbus in der DDR (1952 bis 1990)* (Bibliothek der Brandenburgischen und Preussischen Geschichte, Bd. 8), Berlin 2001, S. 54.

321 Blöß, *Grenzen und Reformen*, S. 503.

322 Blöß (ebd.) und Sattler, *Wirtschaftsordnung*, nehmen sich dieser Frage zwar an, gehen jedoch nicht stringent strukturell-analytisch vor.

323 Vgl. Ciesla, *Freiheit*, S. 25.

kamen der größte Teil des brandenburgischen Landkreises Templin und der gesamte Landkreis Prenzlau an den Bezirk Neubrandenburg und Teile des Landkreises Westprignitz als Landkreis Perleberg an den Bezirk Schwerin. Auch deshalb wurde der Landkreis Bernau in den Bezirk Frankfurt (Oder) und nicht in den Bezirk Potsdam integriert.³²⁴

Neben den Aufrüstungsmaßnahmen, die die Industrie und den Staatshaushalt stark belasteten, und der beschriebenen Auflösung der Länder stand auch die Sicherung der Grenzen auf der Agenda der SED. Zum ersten markanten Einschnitt kam es am 26. Mai 1952, dem Tag der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages zwischen der Bundesrepublik und den Westmächten. Die SED reagierte darauf prompt mit der Verordnung über Maßnahmen an der Demarkationslinie zu Westdeutschland.³²⁵ Entlang der fast 1 400 Kilometer langen deutsch-deutschen Grenze ließ die DDR-Führung eine fünf Kilometer breite Sperrzone errichten und erklärte wenig später die Zonengrenze zur Staatsgrenze. Für die Bevölkerung wurde nun jeder Grenzübertritt erlaubnispflichtig. Es wurde eine Registrierungs- und Passierscheinplicht für den Aufenthalt in der Grenzzone eingeführt; Verstöße konnten mit bis zu zwei Jahren Gefängnis und hohen Geldstrafen geahndet werden. Zudem wurde den Grenzpolizisten der Schusswaffengebrauch befohlen. Die Maßnahmen wurden ab Juni 1952 auch auf die Küstenregion und auf den seit April 1948 bestehenden ‚Ring um Berlin‘ ausgedehnt. Allerdings konnte gegenüber West-Berlin keine kilometertiefe Sperrzone innerhalb der Stadt errichtet werden. Dafür schloss die östliche Seite von den ursprünglich 190 Straßenübergängen zu West-Berlin etwa die Hälfte und baute das Kontrollsystem weiter aus. Für West-Berliner und Bundesbürger wurde nun die Passierscheinplicht zur Einreise in die DDR eingeführt. Zoll- und Handelshemmnisse waren weitere Folgen. Durch die Einschränkungen und schärferen Kontrollen der Zufahrtswege sollte auch das noch immer blühende Schwarzmarktgeschäft nach West-Berlin effektiver eingeschränkt werden. „Die Verschiebung von schwarz geschlachtetem Vieh oder landwirtschaftlichen Produkten gehörte damals zum Alltag“, erklärt Burghard Ciesla.³²⁶

4. Wirtschaft und Handel zwischen Berlin und Brandenburg

4.1 Systemkonkurrenz und Berlin-Blockade

Die Region Berlin-Brandenburg hat den Kalten Krieg vor allem in der Zeit von 1948 bis zum Mauerbau wesentlich mitgeprägt. Dieses Gebiet ist mit der brandenburgisch-preußischen und (ab 1871) deutschen Metropole über Jahrhunderte historisch zusammengewachsen. Ein wesentlicher Faktor seit dem 19. Jahrhundert war dabei die Industrialisierung, durch die die Region sozioökonomisch, siedlungsgeografisch sowie kulturell noch stärker verbunden wurde. Wirtschaftlich gestaltete sich die Angleichung zwischen der Metropole und der brandenburgischen Peripherie, insbesondere mit einer Reihe märkischer ‚Trabantenstädte‘, lan-

324 Vgl. Blöß, Grenzen und Reformen, S. 489.

325 Vgl. Ciesla, Freiheit, S. 19; Jürgen Ritter/Peter J. Lapp, Die Grenze. Ein deutsches Bauwerk, Berlin 1997, S. 19–25.

326 Ciesla, Freiheit, S. 20 f.

ge Zeit disproportional. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts zeigte sich eine deutliche Tendenz zur schnellen Ausweitung industrieller Standorte auf die berlinnahen Regionen der Provinz Brandenburg.³²⁷ Einen entscheidenden wirtschaftlichen Impuls erhielt diese Entwicklung durch weitere Modernisierungsmaßnahmen der Weimarer Republik sowie durch die Rüstungswirtschaft des ‚Dritten Reiches‘, die für das Verflechtungsgebiet und seine Bewohner von erheblicher und nachhaltiger Bedeutung war. „Alles in allem“, so Michael Lemke, „stellte die Region Berlin bereits vor dem Zweiten Weltkrieg ein in Deutschland einmaliges Aggregationsgebiet dar – bevölkerungspolitisch, wirtschaftlich, kulturell und räumlich-sozial. Es bildete einen relativ frühzeitig auch geografisch definierten Verdichtungs- und Verflechtungsraum, der von der modernen Stadtanalyse differenziert erfasst und in weltweite historische und aktuelle Vergleiche von Metropolen und Metropolregionen einbezogen wird.“³²⁸

Die geteilten Regionen Berlin und Berlin-Brandenburg sind in der europäischen Nachkriegsgeschichte beispiellos. Der Raum reflektierte Lemke zufolge die „allgemeinen Merkmale und typischen Handlungsmuster der Systemauseinandersetzung, wie er auch zur Herausbildung von Besonderheiten des Kalten Krieges beitrug.“³²⁹ Innerhalb dieses Verflechtungs- und Teilungsgebietes entstanden gefährliche Zuspitzungen (beispielsweise die beiden Berlinkrisen), aber auch Tendenzen der Deeskalation. Der Raum war in den Jahren bis zum Mauerbau noch von relativer Systemdurchlässigkeit gekennzeichnet, die eine mehrdimensionale, vielschichtige Konkurrenzsituation schuf. Der daraus entstehende Wettbewerb der Systeme fand innerhalb dieses Raumes seinen prägnantesten Niederschlag in der Schaffung sogenannter ‚Schaufenster‘. Zeithistorische Untersuchungen zur daraus entstandenen direkten Konkurrenzsituation liegen seit einigen Jahren vor.³³⁰

Die Bedeutung des geteilten Berlin als Schnittstelle und bis 1961 wichtigster Ort der Begegnung und Konfrontation zweier antagonistischer politischer und gesellschaftlicher Systeme ist kaum zu überschätzen. Die Systemkonkurrenz erzeugte für die Planer der DDR-Wirtschaft einen ungeheuren Druck, der sich auch bei der Kollektivierung des Agrarsektors niederschlug. Hier sollte sich die Überlegenheit des planwirtschaftlichen Systems sowie der ‚Neuerer Methoden‘ in der Landwirtschaft beweisen. Offensichtlich war die privatbäuerliche Landwirtschaft der Bundesrepublik jedoch ökonomisch erfolgreicher. Das gab zwar der SED keinen Anlass zum Umdenken, bildete aber für die bedrängten Privatbauern in der DDR einen Bezugspunkt und bedeutete für die Funktionäre vor Ort ein dauerhaftes Problem. Der

327 Vgl. Michael Lemke, Einleitung, in: ders. (Hrsg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz*, S. 9–27, hier S. 10.

328 Ebd., S. 11.

329 Ders., Vorwort, in: ders. (Hrsg.), *Konfrontation und Wettbewerb. Wissenschaft, Technik und Kultur im geteilten Berliner Alltag (1948–1968)*, Berlin 2008, S. 7–14, hier S. 7.

330 Vgl. auch die Beiträge in ebd.; ders. (Hrsg.), *Schaufenster der Systemkonkurrenz*; Arthur Schlegelmilch, Tendenzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Berlins seit 1945. Gemeinsamkeiten und Unterschiede im Ost-West-Vergleich, in: Wolfram Fischer/Johannes Bähr (Hrsg.), *Wirtschaft im geteilten Berlin 1945–1990. Forschungsansätze und Zeitzeugen* (Einzelveröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 76), München u. a. 1994, S. 1–44, hier S. 2; Schultze, „Land in Sicht“?, bes. S. 130–330.

Sektor Wirtschaft war ein durch und durch „realer Vergleichsparameter der Systeme“³³¹ (Engler), der einen ungeheuren Konkurrenzdruck erzeugte. Der West-Berliner „Magnetismus“³³² (Lemke) entfaltete seine Wirkung auf Ost-Berlin und Brandenburg aus mehreren Gründen, wobei einer der wichtigsten der wirtschaftliche Erfolg des Westens war. Überdies arbeiteten Zehntausende ‚Grenzgänger‘ aus den nahe West-Berlin gelegenen Gebieten und dem Ostteil der Stadt in West-Berlin, was jahrelang keineswegs illegal und auch über bestimmte Modi geregelt war.³³³ Die Westsektoren der Stadt entwickelten sich nach Kriegsende sowohl für ‚Schieber‘, ‚Schwarzhändler‘ und ‚Spekulant‘, die dort in der DDR billig erworbene Waren und vor allem Lebensmittel gegen ‚harte‘ Westmark eintauschten, als auch für eine erhebliche Zahl von ‚Randberlinern‘ und Ost-Berlinern, die über den Mechanismus der ‚Wechselstube‘ zu Käufern von westlichen Waren wurden, zu einem beträchtlichen Markt. Im Zuge der Einführung der zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR trat das Phänomen hinzu, dass sich viele private, aber auch volkseigene Betriebe in Ost-Berlin und dem Brandenburger Umland in einem bis dahin nicht gekannten Maße in West-Berlin verschiedene ‚Engpassmaterialien‘, Maschinen und Ersatzteile besorgten, um überhaupt produzieren zu können.

Am wirtschaftlichen Erfolg musste sich ein politisches System in toto messen lassen.³³⁴ An der Nahtstelle Berlin-Brandenburg standen sich zwei Wirtschaftssysteme gegenüber, die von ihrer grundsätzlichen Auslegung her kaum gegensätzlicher hätten sein können: hier freie soziale Marktwirtschaft und dort sozialistische Planwirtschaft. Diese beiden Felder kamen an den Grenzen zwischen West-Berlin, Ost-Berlin und dem Brandenburger (Um-)Land direkt in Berührung; überdies grenzte Brandenburg im Nordwesten an die Bundesrepublik, wenngleich die Elbe als natürliche Barriere fungierte.

Der Erfolg der versuchten Vereinnahmung der DDR-Bevölkerung für die wirtschaftspolitischen Ziele der SED hing auch von der Alternativlosigkeit der Angebote ab. Solange West-Berlin von seinem Umland aus relativ leicht erreicht werden konnte, waren die zahlreichen ostdeutschen Besucher in der Lage, sich ein Bild über die westliche Leistungskraft und Standards zu machen und sie mit dem Niveau in der DDR zu vergleichen.³³⁵ Die enorme Anziehungskraft West-Berlins beruhte nicht nur auf den reichhaltigeren Konsumangeboten – Folgen des ‚Wirtschaftswunders‘ im Westen – sondern auch auf einem prosperierenden Arbeitsmarkt und dem enormen Freizeitangebot der Stadt.

Die deutsch-deutsche Systemkonkurrenz innerhalb des Kalten Krieges, die in dieser Region besonders heftig ausgetragen wurde, war gekennzeichnet durch wirtschaftlichen, sozialen

331 Harald Engler, Wirtschaftliche Systemkonkurrenz im Verflechtungsraum Berlin-Brandenburg während des Kalten Krieges 1945–1961, in: Lemke (Hrsg.), Schaufenster der Systemkonkurrenz, S. 129–144, hier S. 130.

332 Lemke, Vorwort, S. 8.

333 Vgl. hierzu umfassend Frank Roggenbuch, Das Berliner Grenzgängerproblem. Verflechtung und Systemkonkurrenz vor dem Mauerbau (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 107), Berlin u. a. 2008.

334 Vgl. Engler, Wirtschaftliche Systemkonkurrenz, S. 129.

335 Vgl. Michael Lemke, Vor der Mauer. Berlin in der Ost-West-Konkurrenz 1948 bis 1961 (Zeithistorische Studien, Bd. 48), Köln/Weimar/Wien 2011, S. 542 f.

und politisch-ideologischen Wettbewerb – Felder, die sich im Kalten Krieg kaum noch voneinander trennen und immer schwerer unterscheiden ließen. Sie blieben Ausdrucksformen des Kalten Krieges. Das zeigte sich beispielsweise an dem Bestreben der SED, ihrerseits alles zu verhindern, was nach 1949 – also nach der Berlin-Blockade – zur wirtschaftlichen Konsolidierung West-Berlins hätte beitragen können.

4.2 Schwarzhandel und wirtschaftliche Verflechtung

Der Schwarzmarkt hatte in Berlin Tradition. Im Kontext der „Berliner Tauschgesellschaft“³³⁶ (Lemke) bildete er auch eigene Warenhierarchien aus, die neben marktbedingten Angebot-Nachfrage-Relationen auch individuelle Mangellagen und Wunschvorstellungen reflektierten. Als nach den ersten Nachkriegsjahren das ‚Hamstern‘ an Bedeutung verlor, bestand der professionelle Großsmuggel fort. Smuggel bedeutete nun, Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre, nicht mehr nur die individuelle Warenbewegung zwischen den beiden Teilen Berlins und dem Brandenburger Umland, sondern „einen großdimensionierten, kriminellen Warentransfer, sowohl von Ost nach West als auch umgekehrt.“³³⁷ Auch in West-Berlin liefen zu Beginn der 1950er Jahre Verfahren gegen Schwarzhändler, die als Unternehmer ohne Genehmigung Stahl, Molybdän, Wolfram und andere wichtige Metalle oder anderes für den Aufbau der eigenen Industrie wichtiges Material illegal in den Osten geliefert hatten. Mit der Befestigung der Zonengrenzen um Berlin 1952 nahmen die wirtschaftlichen Folgen dieses illegalen Handels ab. Brisant blieben sie aber weiterhin, weil eine Reihe der Schmuggelgüter aus politischen und militärischen Gründen als strategisches Material qualifiziert worden war, das die USA mit einem Ausfuhrverbot in den kommunistischen Machtbereich belegten.

Etwa Ende der 1940er Jahre kristallisierten sich drei Schwerpunktprodukte heraus, die von West Richtung Ost geschmuggelt wurden: Kaffee, Zigaretten und Spirituosen.³³⁸ Am bedeutendsten war wohl der Handel mit Kaffee, der, ebenso wie das Geschäft mit Alkohol und Zigaretten, im Norden Berlins besonders rege war, weil ihn dort unwegsame Laubengelände, Bahndämme und Ruinengrundstücke begünstigten. Der West-Berliner Zoll unternahm – meist jedoch ohne besonders großen Erfolg – regelrechte Jagden auf die wendigen und trickreichen Kaffeeschmuggler. Der wirtschaftliche Hauptgrund für den beträchtlichen und ressourcenintensiven Einsatz der Polizei und des Zolls war die Tatsache, dass 1951 monatlich 30 000 Sack (zu je 60 Kilogramm) brasilianischen Rohkaffees nach Röstung in Ost-Berlin teilweise illegal in den Westen abgesetzt wurden. Dem Kaufpreis von 7,6 Millionen DM (West) stand ein Schwarzmarktgewinn von 16 Millionen DM (West) gegenüber. Das bedeutete für den West-Berliner Senat einen monatlichen Steuerausfall in Höhe von 2,5 Millionen DM (West). Ähnlich hoch bezifferte er die Verluste durch den Schmuggel von Alkohol und Zigaretten. Als nach 1955 der allerdings kaum noch professionelle Schmuggel mit Dum-

336 Lemke, Vor der Mauer, S. 389–393, das Zitat, S. 389. Zum Komplex „Wirtschaft und Soziales“ innerhalb des Verflechtungsgebietes vgl. ebd., S. 265–396.

337 Ebd., S. 389.

338 Vgl. ebd., S. 390–393.

pingwaren auf der Basis der HO-„Freikaufplätzen“ zunahm, wurde klar, dass die ostdeutsche Seite selbst in den Schmuggel verwickelt war und, so Lemke, „ihre auswärtigen Kunden aktiv vor dem West-Berliner Zollsystem schützte. Auch das war Systemwettbewerb.“³³⁹ Auf der anderen Seite kristallisierten sich beim Schwarzhandel und Schmuggel vom Osten Richtung West-Berlin andere Schwerpunktprodukte heraus: Hier waren es vor allem Nahrungs- und Genussmittel, landwirtschaftliche Produkte (sogar Heu oder Holz), Saatgut, Wolle, Tücher, Stoffe oder sogar Blumen.

Die Kappung der alten wirtschaftlichen Lieferbeziehungen sowie die politisch-militärische Überwachung der Interessensphären sorgten, zusammen mit der endgültigen wirtschaftlich-politischen Trennung zwischen West-Berlin und Ost-Berlin sowie dem brandenburgischen Umland nach Währungsreform, Blockade und Luftbrücke 1948³⁴⁰, für eine zwangsläufige Herausbildung neuer Handels- und Lieferbeziehungen. Damit entstanden auch völlig neue wirtschaftsräumliche Vernetzungen und Strukturen. Die traditionelle Belieferung West-Berliner Industriebetriebe durch Halbfertigprodukte aus den industriellen Trabantenstädten wie Babelsberg, Hennigsdorf oder Velten war nun nicht mehr möglich. So bildeten sich für West-Berlin notgedrungen neue Lieferwege und -strukturen heraus. Kamen 1927 von der mit der Bahn nach Berlin beförderten Milch noch 95 Prozent aus Brandenburg, Mecklenburg und Pommern, so musste die Milch 1959 zu 93 Prozent aus Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Bayern in den Westteil der Stadt importiert werden.³⁴¹ Auch wenn mit der politischen Spaltung der Stadt ein über Jahrhunderte gewachsenes Verflechtungsgebiet mehr und mehr zerstört wurde, blieb Berlin-Brandenburg dennoch bis weit in die 1950er Jahre hinein das größte geschlossene Verbrauchergebiet Deutschlands. Als solches hatte es eine nicht zu unterschätzende Machtstellung, die allerdings durch die Berlinkrisen und die politisch unsichere wie geografisch heikle Lage im Kalten Krieg Höhen und Tiefen erlebte.³⁴²

Wie stark die Wirtschaftsbeziehungen West-Berlins zu den umliegenden Gebieten Brandenburgs und der DDR vor dem Mauerbau waren, kann nicht mit Sicherheit bestimmt werden. Schätzungen von Ost-Berliner Behörden Mitte der 1950er Jahre ergaben, dass DDR-Bürger

339 Ebd., S. 392 f.

340 Allerdings war die Blockade nicht völlig undurchlässig. Neuere Forschungen zeigen, dass man nicht ungeprüft vom „Mythos der Luftbrücke“ oder einer totalen Blockade ausgehen kann. Auch während der Blockade war es von West-Berlin aus möglich, sogar mit der S-Bahn in das Umland zu gelangen, um sich dort mit Nahrungsgütern zu versorgen. Nach Ulrich Kluge zeigte die Berlinkrise 1948/49 dennoch „die Bedeutung des agrarischen Hinterlandes für die ehemalige Reichshauptstadt“. Und weiter: „Die auch nach Beendigung der Blockade (12. Mai 1949) weiter bestehende Abriegelung West-Berlins von der sowjetischen Besatzungszone erhöhte die Rolle der westdeutschen Agrarregionen für die Versorgung der Stadt beträchtlich.“ Ulrich Kluge, *Vierzig Jahre Agrarpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 1, Hamburg 1989, S. 62. Vgl. überblickend Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948–1958*, Berlin 2000; Burghard Ciesla, *Als der Osten durch den Westen fuhr. Die Geschichte der Deutschen Reichsbahn in Westberlin*, Köln/Weimar/Wien 2006, S. 92; Volker Koop, *Kein Kampf um Berlin? Deutsche Politik zur Zeit der Berlin-Blockade 1948/49*, Bonn 1998, S. 170; Schultze, „Land in Sicht“?, S. 88.

341 Vgl. Engler, *Wirtschaftliche Systemkonkurrenz*, S. 137.

342 Vgl. Schultze, „Land in Sicht“?, S. 96.

im Jahre 1954 etwa 200 Millionen DM (Ost) im Monat in West-Berlin ausgaben – also jährlich etwa 2,4 Milliarden DM (Ost).³⁴³

Die zunächst noch sehr intensive Verflechtung von West-Berlin mit seinem Brandenburger Umland wurde im Verlauf der 1950er Jahre auf Betreiben der SED im Bereich der technischen Infrastruktur und des Pendlerausstausches allmählich aufgelöst oder eingeschränkt. Dies geschah auch im Verkehrsbereich, der seit Jahrhunderten auf die Wirtschaftshauptstadt Berlin zugeschnitten war: Ab 1949 wurde durch den Aufbau eines Alternativverkehrsnetzes eine vollständige Umfahrung West-Berlins auf der Straße, der Schiene und den Wasserwegen möglich. Auch für das Werderaner Obstanbaugebiet, das seit den 1920er Jahren für die Versorgung der Hauptstadt angelegt worden war, mussten neue Wege für den Absatz seiner Produkte gefunden werden. Das neben Werder an der Havel weitere 21 Gemeinden umfassende Anbaugebiet genoss in den Nachkriegsjahren eine Sonderstellung. Das Land Brandenburg erhielt von dort allein ein Drittel seines gesamten Obstes und Gemüses. Matthias Helle erklärt: „Die Behörden sahen es daher mit höchstem Unwillen, dass Werder sich zu einer Art Mekka für Hamsterer und Schieber entwickelte. Um de[m] herrschenden Hamstererstrom Einhalt zu gebieten, wurde im Frühjahr 1948 extra ein Polizeikommando von 50 bis 70 Mann eingesetzt, das verschiedene Bahnhöfe und andere Verkehrsknotenpunkte überwachen sollte.“³⁴⁴ Aus diesem Grund war im Frühjahr 1949 sogar geplant, das Obstanbaugebiet während der Ernte zum polizeilichen ‚Sperrgebiet‘ zu erklären. Mittlerweile war am 12. Mai 1949 die sowjetische Blockade des westlichen Berlin aufgehoben worden. Das Landeskontor Potsdam des Volkeigenen Erfassungs- und Aufkaufbetriebes wurde im Juni informiert, Berliner Großhändler kämen mit Lastzügen nach Werder an der Havel und stellten sich an bestimmten Zentralpunkten auf. Die Erzeuger brächten scharenweise per Fuhrwerk ihre ‚Freien Spitzen‘ zu diesen Punkten, weil sie hier höhere Preise für ihre Früchte erhielten als vom VEAB. Das Landeskontor hatte den dringenden Verdacht, dass „die gesamte auf diese Art aufgekaufte Ware in die Westsektoren Berlins überführt wird und hier gegen Westmark zum Verkauf gelangt.“ Helle nimmt an, dass es der Polizei erst 1951 gelang, „den Schwarzhandel mit Werderaner Obst und Gemüse durch Einsätze an den Zufahrtsstraßen und der Autobahn stark einzuschränken bzw. ganz zu unterbinden. Aber es gab weiterhin Schlupflöcher. Zum Beispiel gingen während des Juli 1951 von der Dampfananlegestelle in Ferch täglich (geschätzte) zwei Tonnen Früchte auf illegalem Wege nach Berlin.“³⁴⁵ Vor dem Mauerbau aber – und vermutlich auch danach eine Zeit lang – konnten die ostdeutschen Sicherheitsbehörden das Problem wohl nicht zu ihrer vollständigen Zufriedenheit lösen.

343 Vgl. Engler, Wirtschaftliche Systemkonkurrenz, S. 140.

344 Helle, Nachkriegsjahre, S. 331 f. und passim.

345 Ebd., S. 332. Vgl. auch die Strafsache beim Landgericht Potsdam gegen einen Rüdersdorfer Maschinisten, einen Spandauer Schiffer und einen Spandauer Dachdeckerlehrling, die beschuldigt wurden, auf dem Fahrgastschiff ‚Elisabeth‘, das täglich von Phöben über die Havel nach Spandau fuhr, „Obst mitgenommen [...] und im Berliner Westen gegen Westmark verkauft“ zu haben. Dem Angeklagten R. wurde zur Last gelegt, „durch Bestechung der kontrollierenden Polizeibeamten nicht nur für die Besatzung, sondern für sämtliche Fahrgäste den Obsttransport nach Berlin ermöglicht zu haben“, in: BLHA, Rep. 212, Nr. 803, Bl. 35 f.

Auch andernorts machten sich die Nähe zu Berlin und die wirtschaftliche Anziehungskraft der geteilten Stadt bemerkbar. Der Kreis Senftenberg hatte schwer mit Schwarzhandel und ‚Westberlin-Fahrern‘ zu kämpfen. Anfang 1951 wandte sich der Rat der Gemeinde Schipkau an den Kreisrat und Landrat, weil „viele Personen, in der Hauptsache Frauen, nach Westberlin fahren, um dort Kaffee, Margarine, Kakao, Zitronen, Apfelsinen und sonstige Mangelware einzukaufen, die dann in den Gemeinden an irgendwelche Bewohner für teures Geld weiterverkauft werden.“³⁴⁶ Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, schlug der Gemeinderat Krüger vor, dass der Landrat der Deutschen Reichsbahn nahelegen solle, durch „geeignete Maßnahmen die Ausgabe von Teilmonatskarten von gewissen ortspolizeilichen genehmigten Aufenthaltsbescheinigungen abhängig“ zu machen. Die Deutsche Reichsbahndirektion Cottbus lehnte dies aber mit der Begründung ab, dass „diese Beschränkung den Schwarzhandel auch nicht unterbinden“ werde.³⁴⁷ Im Sommer 1951 häuften sich in der Gemeinde Schipkau „in außergewöhnlich starkem Ausmaß die Fälle, dass Frauen nach Westberlin fahren und dort für DM der Deutschen Notenbank einkaufen. Die Strafen bei der Wirtschaftsstrafabteilung nehmen laufend zu.“ Der Senftenberger Landrat Springer wandte sich daher an den ersten Vorsitzenden der Nationalen Front Senftenberg mit der Bitte, „in Schipkau eingehende Hausagitationen durchzuführen und andere Möglichkeiten zur Aufhebung dieses Zustandes verstärkt voranzutreiben.“³⁴⁸

1950 entwickelte sich der Ort Glienicke im Niederbarnim an der Nordbahn zu einem „Umschlagplatz für Schieber und Wirtschaftsverbrecher“. Nach den operativen Ermittlungen von Funktionären der HAIAM der Landesregierung kauften die „Leiter dieser Schieberringe im Gebiet der DDR Waren aller Art“ auf, und auf den Transportbegleitpapieren waren Glienicker „Deckadressen“ angegeben. Da Glienicke „auf dem Gebiet der DDR“ liege, lasse die Polizeikontrolle diese Transporte durch. Ware, die bis Glienicke gelangt war, konnte dann „ungehindert an 16 Übergangsstellen in den Westsektor abfließen, da im Ort selbst nur ein qualitativ und quantitativ schlechter Polizeigruppenposten“ bestand.³⁴⁹ Niemand konnte abschätzen, wie viele Waren in welchem Wert so nach West-Berlin flossen.

Auch der Schwarzhandel mit Stroh machte dem Land Brandenburg zu schaffen – dies sogar so sehr, dass sich Ministerpräsident Jahn persönlich darum kümmerte. Dem war vorausgegangen, dass die HAIAM in der Gemeinde Seeburg festgestellt hatte, dass der dortige Bürgermeister Stroh nach West-Berlin verkaufte, „ohne dazu berechtigt zu sein“.³⁵⁰ Offenbar hatten diese privaten Strohverkäufe derart große Ausmaße, dass Rudolf Jahn aufgrund dessen wei-

346 Rat der Gemeinde Schipkau an den Kreisrat des Kreises Senftenberg Herrn Landrat Springer, betr. Westberliner-Fahrer [sic!] vom 9. Januar 1951, in: BLHA, Rep. 250, Nr. 116, Bl. 1.

347 Deutsche Reichsbahn, RB-Direktion Cottbus an den Rat des Kreises Senftenberg, in: ebd., Bl. 2 f.

348 Sekretariat des Landrats Senftenberg, Maßnahmen gegen Schwarzhandel und Westberlinfahrer vom 12. Juli 1951, in: ebd., Bl. 4.

349 HAIAM Ref. Kontrolle an den MdI Herrn Lentzsch, betr. Sektorengrenzort Glienicke (Nordbahn) Niederbarnim vom 18. Februar 1950, gez. Matzke, in: BLHA, Rep. 202B, Nr. 380, unfol.

350 Vermerk und Schreiben an die HAIAM, betr. Strohausfuhr nach West-Berlin, o. D. [April 1950], in: BLHA, Rep. 202A, Nr. 444, Bl. 91.

tere „Maßnahmen zur Verhütung des Schwarz-Strohhandels“ veranlasste und über die weiteren Vorgänge persönlich unterrichtet werden wollte.³⁵¹ Legale und illegale wirtschaftliche Verbindungen bestanden zwischen Berlin und seinem Brandenburger Umland sowohl auf der Mikro- als auch auf der Mesoebene. Auf der Makroebene erkannte die DDR-Führung die Brisanz der Unterschiede der Konsummöglichkeiten beider Wirtschaftssysteme sehr deutlich und wusste um die Bedeutung der Systemkonkurrenz für die künftige Entwicklung der beiden parallel auf deutschem Boden existierenden politisch-gesellschaftlichen Systeme.

4.3 Das Beispiel Hennigsdorf

Bei der Beurteilung der Lebenslage der Deutschen in den frühen 1950er Jahren muss berücksichtigt werden, dass die Bevölkerung beider deutscher Staaten stark durch die Kriegs- und Nachkriegszeit geprägt worden war: Rationierungen, Lebensmittel- und Versorgungskrisen, Wohnraumknappheit und schließlich der Zusammenbruch des sozialen Wertesystems. Sozialer Abstieg bestimmte das Leben vieler Menschen. Deshalb wurde, so Ciesla, jede Verbesserung der Lebenslage „als Rückkehr in die ‚friedensmäßige‘ Versorgung angesehen, die als eine Art idealer Vergleichsmaßstab galt.“³⁵² Die Bevölkerung beurteilte die eigene soziale Lage Anfang der 1950er Jahre also noch vorrangig nach dem Lebensstandard der Vorkriegszeit. In der Bundesrepublik änderte sich dies mit dem Einsetzen eines extensiven wirtschaftlichen Wachstums relativ schnell. Je deutlicher sich die Versorgungssituation der westdeutschen und West-Berliner Bevölkerung zu verbessern begann, umso mehr verschob sich der Orientierungsmaßstab der ostdeutschen Bevölkerung in Richtung Westen. So wurde insbesondere seit Mitte der 1950er Jahre das Konsumtionsniveau des Westens für die meisten Bürger der DDR zum eigentlichen Gradmesser. Die Nähe zu West-Berlin war für die DDR im Ganzen und für den Bezirk Potsdam im Besonderen ein großes Problem. Die SED wusste um die destabilisierende Wirkung West-Berlins, des ‚Stachels im Fleisch der DDR‘, auf den angestrebten sozialistischen Transformationsprozess. Gleichwohl unternahm die Staats- und Parteiführung große Anstrengungen, ihr gesellschaftliches Idealbild durchzusetzen. Dazu gehörte auch die Gängelung der sogenannten Grenzgänger.

Fred Oelßner (KPD/SED), der unter anderem Mitglied des Politbüros des ZK der SED (1950–1958), Mitglied der Deutschen Akademie der Wissenschaft Berlin und einer der Gründer der politisch-ökonomischen Lehre und Forschung in der DDR war, hielt Anfang 1953 auf dem Bezirksparteitag in Potsdam eine Rede, in der er die Lage an den direkten Kontaktpunkten zwischen der DDR und West-Berlin problematisierte: „Für die Partei und die Arbeiterklasse gibt es an der Grenze von Westberlin ein entscheidendes Problem. Es kommt

351 Kanzlei des MP an HAIAM, betr. Strohausfuhr nach West-Berlin vom 12. April 1950, in: ebd., Bl. 92.

352 Burghard Ciesla, Zwischen den Krisen. Sozialer Wandel, ökonomische Rahmenbedingungen und Lebenslage in der DDR 1953–1956, in: Jan Foitzik (Hrsg.), Entstalinisierungskrise in Ostmitteleuropa 1953–1956, Paderborn u. a. 2001, S. 271–291, hier S. 283; Rainer Gries, Die Rationen-Gesellschaft. Versorgungskampf und Vergleichsmentalität: Leipzig, München und Köln nach dem Kriege, Münster 1991; Axel Schildt/Arnold Sywottek (Hrsg.), Modernisierung im Wiederaufbau. Die westdeutsche Gesellschaft der 50er Jahre, Bonn 1998.

darauf an, den Zustand zu beseitigen, dass der Einfluss aus den Beziehungen des Westsektors Berlins auf die Randgebiete der DDR nicht mehr in dem Maße ausstrahlen kann wie bisher, sondern im Gegenteil, die besondere politische und wirtschaftliche Aufgabe der Randgebiete der DDR, die an den Westsektor Berlins grenzen, ihren politischen Einfluss auf die fortschrittliche Bevölkerung und auf die Werktätigen Westberlins ausüben.“³⁵³ Er fürchtete die Magnetwirkung, die West-Berlin insbesondere auf das Brandenburger Umland direkt ausstrahlte und glaubte, dem etwas entgegenzusetzen zu müssen. Was dies allerdings sein könnte, ließ Oelßner offen und war überzeugt, dass der Sozialismus in der DDR genug Anziehungskraft in Richtung Westen entfalten könne. Als Beispiel soll hier näher auf den nördlich an West-Berlin angrenzenden Industriestandort Hennigsdorf, genauer auf das dortige Stahl- und Walzwerk (SWH) und die Lokomotivbau-Elektrotechnischen Werke (LEW), eingegangen werden.³⁵⁴

Hennigsdorf entwickelte sich seit Beginn des 20. Jahrhunderts zu einem wichtigen Industriestandort. Anfang 1911 hatte die AEG damit begonnen, auf einem eigens dafür erworbenen 770 000 Quadratmeter großen Gelände am Havelufer zwischen Hennigsdorf und Nieder-Neuendorf eine Fabrik zu errichten. Zunächst wurde technisches Porzellan produziert; bald darauf erweiterten Lacke und Isolierstoffe sowie elektrische Haushaltsgeräte und Industrieöfen die Produktpalette. Zur Jahreswende 1913/14 begann in Hennigsdorf die Fertigung von elektrischen Lokomotiven und wenige Jahre später auch von Dampflokomotiven und sogar Flugzeugen. Das Stahlwerk wurde ab 1917 errichtet, weil für den Ersten Weltkrieg dringend Stahl benötigt wurde. Dafür wurden auch französische Beutemaschinen und -anlagen genutzt, die nach der Niederlage Deutschlands 1918 zurückgegeben werden mussten. Ursprünglich war das Hennigsdorfer Stahlwerk, wie auch das in Brandenburg an der Havel (1913), dazu vorgesehen, Schrott aus dem Berliner Umland zu verwerten. Im Zusammenhang mit der Errichtung des Lokomotivbaus (AEG), sollte die Versorgung mit Stahl vorrangig gewährleistet werden. Ab Oktober 1921 konnte der erste Siemens-Martin-Ofen des Stahlwerkes in Betrieb genommen werden.

Die beiden Großbetriebe Lokomotivbau-Elektrotechnische Werke (AEG) und das Stahlwerk waren im ‚Dritten Reich‘ in die Rüstungsproduktion involviert. Das Stahlwerk war Teil des Flick-Konzerns. Es war kaum von Kriegszerstörungen betroffen, wurde aber zu großen Teilen nach Kriegsende auf sowjetische Veranlassung demontiert. 450 Stahlwerker begannen mit dem zügigen Abbau aller maschinellen Werksausrüstungen und deren Verladung und Transport in die Sowjetunion. Bereits im Oktober 1945 war der wesentliche Teil der Demontagen abgeschlossen; damit begann der Kampf um die Erhaltung des Werkes. Als einer der ersten Volkseigenen Betriebe wurde das Stahl- und Walzwerk der Landesregierung Brandenburg zum Wiederaufbau übergeben. Die Arbeiten gingen trotz zahlreicher Schwierigkeiten gut vo-

353 Stellungnahme des SWH zur Werkdirektorentagung am 16. Januar 1953 in Riesa, Hennigsdorf den 15. Januar 1953, gez. Riemer, in: BArch, DG 2/1696, Bl. 198–200.

354 Zum Standort Hennigsdorf vgl. Kinne, *Geschichte der Stahlindustrie; Zeitzeugnisse 1945–1990*. Aus der Geschichte eines traditionsreichen ostdeutschen Industriebetriebes, Teil I, hrsg. von Jahresringe, Verband für Vorruhestand und aktives Alter, Land Brandenburg e. V. (Ortsgruppe Hennigsdorf), Berlin/Hennigsdorf 1999.

ran und die Belegschaft wuchs kontinuierlich. Somit konnte Ende 1947 die Stahlform- und Graugießerei den Betrieb wiederaufnehmen und im September 1948 begann die Produktion des wichtigen Graugusses. Der 12. März 1948 war für das Stahlwerk ein historischer Tag: Unter großem Beifall fand der erste Stahlabstich nach Kriegsende statt. Im Dezember 1948 erfolgte die Umbenennung in ‚Volkseigener Betrieb Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf‘ und kurze Zeit später erhielt das Werk den Traditionsnamen ‚Wilhelm Florin‘. Das AEG-Werk war hingegen durch Luftangriffe stark zerstört worden. Am 18. März 1945 verwandelte es ein Tagangriff der US-amerikanischen Luftwaffe in eine Trümmerwüste. Sechs Wochen später, am 23. April, besetzten sowjetische Truppen das Werk und begannen bald darauf mit umfangreichen Demontagen von noch brauchbaren Maschinen, Anlagen und Werkzeugen. Als ehemaliger AEG-Betrieb wurde ihm der Status einer Sowjetischen Aktiengesellschaft gegeben.

Die unmittelbare Nachkriegszeit war geprägt von Demontagen und der Aufnahme der Produktion von dringend benötigten Waren für die Bevölkerung, wie zum Beispiel Kochtöpfen, Pflügen, Eggen und Spaten. Im Dezember 1945 waren dadurch wieder rund 1 400 Beschäftigte im Betrieb tätig. Nach der Enteignung wurde der Betrieb im Januar 1947 der Landesregierung Brandenburg übergeben. Für einen umfangreichen Auftrag aus der Sowjetunion benötigte man dringend Arbeitskräfte, auch aus den umliegenden Ortschaften, was bedeutete, dass die Belegschaft kontinuierlich anwuchs.

Der Raum Hennigsdorf bis Falkensee, der „von den Schwerpunktbetrieben [des Fünfjahrplanes, d. Verf.] in Hennigsdorf in Anspruch genommen wird“, war durch die Sektorengrenze gegen West-Berlin abgegrenzt, im Süden etwa durch die Bahnstrecke Berlin–Wittenberge mit den großen Wohngemeinden Falkensee und Brieselang. Im Norden war der Raum, den beiden S-Bahnstrecken folgend, durch die Städte Kremmen und Oranienburg und im Westen etwa durch die Bahnlinie Nauen–Velten eingegrenzt. Die landschaftliche Struktur war im Großen durch die Havelniederung bestimmt, die Siedlungs- und Wirtschaftsstruktur wies zu diesem Zeitpunkt „die typischen Erscheinungen des großstädtischen Randgebietes“ auf. Hier waren neben dem Industriezentrum in Hennigsdorf große Wohnsiedlungsgebiete „ohne eigene wirtschaftliche Grundlage vorherrschend, eingestreut liegen rein landwirtschaftliche Gebiete und größere Waldungen.“³⁵⁵ Die für den Fünfjahrplan in Brandenburg zuständigen Wirtschaftsplaner waren der Ansicht, dass „es den Bedürfnissen der Produktion in Hennigsdorf [entspricht], aber auch der durch die Spaltung Berlins vorherrschenden Arbeitskräftelage im vorumrissenen Raum, alle Kräfte auf Hennigsdorf zu konzentrieren. Es muss jedoch damit gerechnet werden, dass nach Wiederherstellung der Einheit auch die ursprünglichen wirtschaftlichen Beziehungen wiederhergestellt werden und z. B. die großen Gemeinden Falkensee und Brieselang sich wieder auf Spandau und Siemensstadt umstellen werden. Die Forderungen des Tages, insbesondere die Schaffung von besseren Verkehrsverbindungen zwischen Hennigsdorf und diesen Gemeinden, sind daher unter Berücksichtigung dieser

355 HA Wirtschaftsplanung, Bericht über die gemäß Ministerratsbeschluss vom 18. April 1951 erstellten Raumanalysen für sechs Schwerpunkgebiete des Landes Brandenburg vom 27. Juni 1951, in: BLHA, Rep. 202C, Nr. 1166, Bl. 1–20, hier Bl. 16–18.

Perspektive“ zu forcieren.³⁵⁶ Die industrielle Entwicklung der Stadt konnte nämlich kaum auf den Ausbau der Schwerpunktbetriebe allein beschränkt bleiben, denn für die vielen Arbeiter wurden dringend Wohnraum, medizinische Infrastruktur und kulturelle Einrichtungen benötigt. Die Schwerpunktbetriebe im Raum Hennigsdorf sollten die Zahl ihrer Arbeitskräfte bis 1955 um 37 Prozent erhöhen. Dass es den Verantwortlichen nicht gelang, für ausreichend Wohnraum in der Stadt zu sorgen, für die Jugend kulturelle Einrichtungen bereitzustellen und eine ausreichende medizinische Versorgung zu gewährleisten, war mit ursächlich für die großen Unruhen in der Stadt und der Umgebung, die am 17. Juni 1953 ausbrachen.

Wie schon zu Beginn des Jahrhunderts bildeten auch zu DDR-Zeiten die Betriebe den Lebensmittelpunkt der Menschen in Hennigsdorf und Umgebung. Insgesamt waren damals bis zu 16 000 Menschen in den Betrieben beschäftigt. Die Produktionspalette der LEW umfasste Straßenbahntriebwagen, Industrie-, Diesel- sowie Untertagelokomotiven, Zahnradloks und Erztransportwagen. Die LEW lieferten beispielsweise über 3 000 Industrielokomotiven für den Erz- und Kohlebergbau, die auch in zahlreiche Länder Osteuropas und nach China exportiert wurden. Die Fertigung von Triebfahrzeugen für U- und Stadtbahnen wurde ein wichtiger Produktionszweig. Dazu gehörten beispielsweise die Ost-Berliner U-Bahn, die Budapester S-Bahn und sogar Bahnen in Ägypten. Bereits seit Ende der 1940er/Anfang der 1950er Jahre waren die LEW ein Musterbetrieb: 1953 konnte der Produktionsplan mit 102 Prozent und 1954 mit 104,5 Prozent übererfüllt werden. Der Betrieb erhielt den Traditionsnamen ‚Hans Beimler‘.

Der Direktor des Stahl- und Walzwerkes Hennigsdorf, Kurt Riemer (KPD/SED), war mit der harten Realität der deutsch-deutschen Konkurrenz direkt konfrontiert und suchte für die von der SED gestellten Aufgaben gangbare Lösungswege.³⁵⁷ Er zitierte bei einer Direktorentagung Anfang 1953 die bereits angesprochene Rede Oelßners, um auf die zentrale Wichtigkeit und Besonderheit des SWH hinzuweisen. Es war als Schwerpunktbetrieb des Fünfjahrplans nicht nur von wirtschaftspolitischer Bedeutung, sondern spielte aufgrund seiner exponierten Lage an der Grenze zu West-Berlin auch eine wichtige Rolle im deutsch-deutschen Systemwettstreit. Seit 1952 wurde auf die Grenzgänger verstärkt Druck ausgeübt, ihren Wohnsitz auf DDR-Gebiet zu verlegen, da ihnen die SED nicht vertraute und sie für potentielle Spione oder ‚Störenfriede‘ hielt. Für viele Arbeiter der LEW, die in West-Berlin (zumeist in Tegel) wohnten und in Hennigsdorf arbeiteten, wurde die Lage immer problematischer. Man grenzte sie spürbar aus oder kündigte ihnen sogar. Im Frühjahr 1952 beschäftigte das SWH 800 Arbeiter aus West-Berlin. Einer von ihnen berichtete, dass die Grenzgänger tatsächlich regelmäßig Zeitungen und Flugblätter nach Hennigsdorf mitbrachten. Die SED-Funktionäre fanden kein Mittel dagegen, und ihre Agitationen blieben ohne Nachhall und Erfolg. Vielmehr wurden „die innerbetrieblichen Schulungsstunden [...] ständig durch Protestrufe und

356 Ebd.

357 Vgl. auch Sven Schultze, 17. Juni 1953. „Die Hennigsdorfer kommen!“ Eine Publikation zum Volksaufstand in der DDR, Hennigsdorf 2014, S. 13 f.

lautes Gelächter unterbrochen.“³⁵⁸ Neben dem Verlust qualifizierter Facharbeiter aus dem Westteil Berlins trat eine Verschlechterung bei der Lehrlingsausbildung ein, die für zusätzliche Schwierigkeiten bei der Planerfüllung sorgte.

Schließlich bildete Hennigsdorf den Lebensmittelpunkt für etwa 11 000 Industriearbeiter (vor allem SWH und LEW) und deren Angehörige. In der DDR war der Betrieb in der Regel das kulturelle und soziale Zentrum im Leben der Arbeiter. Wenn es dort Missstände gab, waren die gesellschaftlichen und sozialen Folgen mitunter tiefgreifend und von nachhaltiger Wirkung. Ein zentraler Aspekt der Unzufriedenheit war das Empfinden sozialer Ungerechtigkeiten. Dadurch erklärt sich auch, warum es oftmals diejenigen Berufsgruppen waren, die die Arbeit niederlegten, deren Gehalt als überdurchschnittlich galt und die nicht unbedingt aus einer direkten Notlage heraus handelten. Oftmals waren Streitigkeiten um Prämien, Weihnachtsgelder oder Zulagen der Grund. Ein in der DDR generell beobachtbares Phänomen war, dass die Arbeiter aus dem Empfinden sozialer Ungerechtigkeit einen grundsätzlichen Unmut gegen die Politik und die SED ableiteten.³⁵⁹

Der Standort Hennigsdorf war ein gesamtdeutsches Forum und eine Drehscheibe der Systemkonkurrenz. Hier liefen viele informelle Kontakte zusammen und auch das Ostbüro der SPD engagierte sich verstärkt. Die unmittelbare Nähe zur ‚Frontstadt im Kalten Krieg‘ West-Berlin, wo tatsächlich zahlreiche westliche Geheim- und Nachrichtendienste aktiv waren, bewirkte, dass sich östliche und westliche Geheimdienste in Hennigsdorf heftig bekämpften und in der Wahl ihrer Mittel nicht immer zimperlich vorgingen.³⁶⁰ Zum Alltag der deutsch-deutschen Systemkonkurrenz im Kalten Krieg gehörte auch, dass viele Hilfe-, Informations- und Kontaktsuchende aus der DDR an nichtstaatliche Organisationen weitervermittelt wurden. Vor allem die strikt antikomunistischen Organisationen zeigten sich hierbei vielfach als die eifrigsten Vertreter gesamtberliner und gesamtdeutscher Belange.³⁶¹

Es gab eine ganze Reihe verschiedener Widerstandsorganisationen, die meist von der Bundesrepublik und West-Berlin aus versuchten, die Machtbasis der SED zu erschüttern und auf ein Ende der kommunistischen Herrschaft hinarbeiteten. Mehrheitlich wurden sie von der Bundesregierung und den USA im Rahmen ihrer liberation policy finanziell und materiell unterstützt. Zu den bekanntesten Widerstandsorganisationen gehörten in den 1950er Jahren der Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen (UFJ), die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), der NTS (russische Kürzel für die Emigrantenorganisation ‚Bund der russischen Solidaristen e. V.‘), die SBNOR (russisches Kürzel für die ‚Union für den Kampf

358 Bericht einer Quelle über das Stahl- und Walzwerk Hennigsdorf vom 20. Februar 1952, in: Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung (AdsD-FES), SPD-PV-Ostbüro, Nr. 0072E [333], unfol.

359 Gut ist in dieser Hinsicht der große Streik von 2 000 Arbeitern im Magdeburger Schwermaschinenbetrieb ‚Karl Liebknecht‘ Ende 1952 dokumentiert.

360 Vgl. hierzu auch Burghard Ciesla, „Freiheit wollen wir!“ Der 17. Juni 1953 in Brandenburg. Eine Dokumentenedition, Berlin 2003, S. 44 f.

361 Vgl. Lemke, Vor der Mauer, S. 114.

um die Befreiung der Völker von Russland'), die OUN (russisches Kürzel für 'Organisation Ukrainischer Nationalisten'), aber auch die Ostbüros von CDU und SPD.³⁶²

Insbesondere der UFJ und die KgU waren sehr aktiv in der Beobachtung und Dokumentati-on der ostdeutschen Wirtschafts- und Agrarpolitik. Als Folge der mit der Kollektivierung und anderer Maßnahmen verbundenen Rechtsbrüche konnte die KgU viele Unterstützer gewinnen. Sie verfügte über einen gut strukturierten Apparat, zu dem auch ein Sachgebiet/Referat Landwirtschaft und Forsten gehörte.³⁶³ Um die dafür notwendigen Informationen aus der DDR zu erhalten, gab es Kontaktstellen in West-Berlin, zum Beispiel auch auf der jährlich stattfindenden 'Grünen Woche' in Berlin-Charlottenburg. Von ostdeutscher Seite wurde die KgU als 'Spionage- und Agentenzentrale' angesehen und als solche etwa von der Staatssicherheit 'bearbeitet'. Mittlerweile sind durch neue Arbeiten einige Fälle tatsächlich beabsichtigter Sabotageakte durch die KgU auf dem Gebiet der DDR bekannt geworden. Außerdem weitete sie ihre von US-Stellen finanzierte geheimdienstliche Tätigkeit bis zu ihrer Auflösung immer weiter aus und hegte Pläne für ein Netzwerk von Stay-Behind-Gruppen für den Fall eines bewaffneten Konfliktes. KgU und UFJ unternahmen mehrfach Aktionen, um die ostdeutsche Wirtschaft zu sabotieren. Dazu gehörten beispielsweise Flugblattaktionen, die über das planwirtschaftliche System informierten, die Beratung von geflüchteten Bauern oder von Bauern, die drohten, das Ablieferungssoll nicht zu erreichen, das Versenden von gefälschten Briefen an DDR-Stellen, um die Koordination der Ernte zu behindern, oder auch die versuchte Zerstörung von Ernteerträgen und Nahrungsmitteln.³⁶⁴ Im Mai 1951 schickte die KgU eine 'Instruktion Nr. 39' des DDR-Finanzministeriums an die Länderfinanzministerien, in der innerhalb einer Woche umfangreiche Berichte über die Erfassung von Steuern angefordert wurden, die angeblich für Planungen im Rahmen des Fünfjahrplans notwendig waren. In Brandenburger Finanzämtern ließ sie ein Rundschreiben mit der Information zirkulieren, dass der stellvertretende Finanzminister des Landes entlassen und aus seinem Büro ausgewiesen worden sei, weil er ein Mitarbeiter der westlichen Imperialisten sei.³⁶⁵ Laut Enrico Heitzer finden sich in den Dokumenten der KgU zahlreiche Belege für eine rege AS-Tätigkeit ('Administrative Störung'), die durch CIA-Unterlagen bestätigt und ergänzt werden. Lehrbuchhaft lässt sich das Prinzip der AS am Fall des V-Mannes Kurt H. alias 'Beutel' aus Potsdam nachvollziehen, der als Sachbearbeiter in der Landesfinanzdirektion Brandenburg arbeitete. Er war in Geldschwierigkeiten und besserte sich sein DDR-Gehalt erheblich auf, indem er mit Ideen, internen Dokumenten, Stempelabdrücken, Unterschriften und Informationen zum Steuerverfahren bei mehreren großangelegten AS half. Beteiligt war er etwa am Versand von fingierten Rundverfügungen in Behörden, falschen Benachrichtigungen an Steuerpflichtige,

362 Vgl. hierzu ebd., S. 113–117; Enrico Heitzer, *Die Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU). Widerstand und Spionage im Kalten Krieg 1948–1956* (Zeithistorische Studien, Bd. 53), Köln/Weimar/Wien 2015, bes. S. 294–301; Bernd Stöver, *Die Befreiung vom Kommunismus. Amerikanische Liberation Policy im Kalten Krieg 1947–1991* (Zeithistorische Studien, Bd. 22), Köln/Weimar/Wien 2002.

363 Vgl. Schultze, „Land in Sicht“, S. 218 f.

364 Vgl. ebd., S. 220.

365 Vgl. Heitzer, *Kampfgruppe*, S. 298. Dort sind zahlreiche weitere Fälle von AS aufgeführt, hier wurden nur die für die Wirtschaft Brandenburgs relevanten zitiert.

mit denen Steuernummern geändert wurden, und falschen Mahnungen. Der V-Mann ‚Morgan‘ aus der Kreisverwaltung Angermünde führte mehrere AS mit der KgU durch, darunter eine ‚AS der Kraftstoffversorgung (Motorenöl) der DDR‘ sowie eine mit Erntebindegarn. Ob solche Aktionen allerdings einen volkswirtschaftlich relevanten Effekt hatten, müssen künftige Forschungen noch klären. Max Pönack, der jahrelange Leiter der Administrativen Störstelle der KgU, schätzte jedoch ein, dass seine Fälschungen in der DDR-Wirtschaft einen Schaden von 20 bis 30 Millionen Mark verursacht hätten.³⁶⁶

Die Akten der Ostbüros der bundesdeutschen Parteien, vor allem die des SPD-Ostbüros, vermitteln das Bild eines engen Austauschs zwischen Ost und West. Viele (ehemalige) Gewerkschafter und Arbeiter, aber auch andere DDR-Bürger brachten, etwa bei Reisen nach West-Berlin, zahlreiche Informationen aus ihren Heimatorten mit, die dann zusammengetragen wurden. Dies gilt insbesondere für Hennigsdorf.³⁶⁷ Die Akten mit Quellenberichten des Ostbüros der SPD geben detailliert Auskunft darüber, wie es im Industriestandort Hennigsdorf aussah. Möglich wurden diese Informationsflüsse aus der DDR in erster Linie durch verdeckte Informanten und (teils offizielle) gewerkschaftliche Kontakte. Anhand dieser Überlieferungen kann die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung von der Not der Nachkriegszeit über die Phase der wirtschaftlichen Konsolidierung (1950/51) und der beginnenden Krise (Herbst 1952) bis zum Sitzstreik im Stahlwerk Hennigsdorf am 29. Mai 1953³⁶⁸ und zum Volksaufstand des 17. Juni 1953 nachvollzogen werden. Die nunmehr freigegebenen Quellen des Bundesnachrichtendienstes (BND), aber auch andere teils schon länger bekannte Unterlagen zeigen, dass es tatsächlich unzählige Spione in der DDR gab, die, auch wenn sie nur selten derart sensationelle ‚Scoops‘ landeten wie die Spione der Staatssicherheit im Westen, insgesamt sehr erfolgreich arbeiteten.³⁶⁹ Und wichtig ist dabei die Erkenntnis, dass es vor allem die ostdeutsche Stahl- und Schwermaschinenindustrie war, die im Fokus westdeutscher Spionage stand. Der Industriestandort Hennigsdorf hatte hierbei eine herausgehobene Bedeutung.³⁷⁰ Die in der Forschungsliteratur noch unbestätigten Vermutungen, dass es Kontakte und Gespräche zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und dem SPD-Ostbüro mit Vertrauensleuten in der DDR gegeben habe, „bei denen eine Vorbereitung von Streiks in den Tagen vor dem 17. Juni erfolgt sein soll“, finden in den BND-Akten Erwähnung. Stephan Thomas, der Leiter des SPD-Ostbüros, stand jedenfalls mit Arbeitern des SWH in Kontakt, die er aber am 17. Juni von einem Generalstreik abgehalten

366 Vgl. ebd., S. 299 f.

367 Vgl. Schultze, „Die Hennigsdorfer“, S. 52 f.

368 Vgl. die Überlieferung in: BArch, B 206/1305, bes. Bl. 419 f.

369 Vgl. Paul Maddrell, Im Fadenkreuz der Stasi: Westliche Spionage in der DDR. Die Akten der Hauptabteilung IX, in: VfZ 61 (2013), H. 2, S. 141–171, hier S. 141.

370 Vgl. Dokument 33: „Der ‚Neue Kurs‘ und der Aufstand in der SBZD“ vom 28. Juli 1953, in: Bodo Hechelhammer (Hrsg.), Dokumente der „Organisation Gehlen“ zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 (Mitteilungen der Forschungs- und Arbeitsgruppe „Geschichte des BND“, Nr. 6), bearb. von Ronny Heidenreich, Berlin 2013, S. 209–216, hier S. 212 f.

haben will.³⁷¹ Für alle beteiligten und beobachtenden westlichen Stellen kam der 17. Juni 1953 dann überraschend. Die Organisation Gehlen, der spätere BND, besaß 1952/53 noch nicht die strukturellen Mittel, um „neben der militärischen auch eine adäquate gesellschaftliche und wirtschaftliche Aufklärung der DDR zu betreiben.“³⁷² Von den etwa 15 000 Hennigsdorfer Arbeitern, die am 17. Juni 1953 durch West-Berlin hin zum Potsdamer Platz zogen – ein Fußmarsch von immerhin etwa 30 Kilometern – wurden West und Ost gleichermaßen überrascht.

5. Zusammenfassung

Die Etablierung der zentralen Planwirtschaft in Brandenburg zwischen 1945 und 1952 bildete einen längeren Prozess. Dies gilt auch für andere Länder der SBZ/DDR.³⁷³ Das wirtschaftliche und industrielle Gesicht Brandenburgs wurde durch den Umbruch gravierend verändert. Die mit der sowjetischen Besatzung verbundenen Enteignungen und Demontagen beendeten auch in Brandenburg die Ära der großbetrieblichen Privatwirtschaft. Diese prägte die Bevölkerungs- und Sozialstruktur jedoch nicht so lange, wie es etwa im bereits früher industrialisierten Sachsen der Fall war. Das Tempo des wirtschaftlichen Transformationsprozesses in dieser Zeit war in der gesamten SBZ nicht nur durch die dortigen Ausgangsbedingungen und durch die Vorstellungen der KPD/SED bestimmt, sondern in deutlich größerem Maße durch die sowjetische Besatzungsmacht. Die deutschlandpolitischen Vorgaben Moskaus waren anfangs keineswegs klar und wirtschaftliche Planungen erfolgten in der ersten Zeit kurzfristig und ad hoc. Die Reparationsleistungen der Brandenburger Wirtschaft für die UdSSR waren enorm.

Dennoch konnten trotz schwierigster Ausgangsbedingungen (große Kriegsschäden, Naturkatastrophen) und sowjetischer Demontagen und Reparationen in diesen sieben Jahren beachtliche Aufbauleistungen erzielt werden. Die immanenten Schwächen des planwirtschaftlichen Systems wurden durch die relativ erfolgreiche Bewältigung der Kriegsfolgen vielfach noch überdeckt. Die Landwirtschaft Brandenburgs war mit der Bodenreform und der zu Beginn

371 Ronny Heidenreich, Die Organisation Gehlen und der Volksaufstand am 17. Juni 1953 (Studien der Unabhängigen Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968, Nr. 1), Marburg 2013, S. 76 f.

372 Bodo Hechelhammer, „Es muss etwas passieren – Zentrale hat keine Zeit mehr, kleine Helle zu trinken“. Dokumente der „Organisation Gehlen“ zum Volksaufstand am 17. Juni 1953 – Eine Einführung, in: ders. (Hrsg.), Dokumente der „Organisation Gehlen“ zum Volksaufstand am 17. Juni 1953, S. 5–7, hier S. 6.

373 Vgl. hierzu Mike Schmeitzner/Clemens Vollnhals/Francesca Weil (Hrsg.), Von Stalingrad zur SBZ. Sachsen 1943 bis 1949 (Schriften des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, Bd. 60), Göttingen 2016. Der Abschnitt „III. Gesellschaft im Umbruch“ (S. 383–554) umfasst mehrere wirtschafts- und sozialhistorische Beiträge. Von diesen ist für die Prozesshaftigkeit besonders folgender Aufsatz bedeutend: Swen Steinberg, Jenseits von Politik und Plan? Langfristigkeit als Moment der Transformation sächsischer Unternehmen nach 1945, in: ebd., S. 425–443. Steinberg hinterfragt anhand von Einzel- und Branchenbeispielen, ob diese die weitere wirtschaftliche Entwicklung des sächsischen wie ostdeutschen Wirtschaftsraumes nach 1945 deutlich langfristiger prägten als der 1945 beginnende Umbruch. Er schließt sich der Perspektive auf die Zeitgeschichte an, die die Transformation nach 1945 als eine „Varianz- und Kontextgeschichte von Übergängen“ sieht.

der 1950er Jahre beginnenden Kollektivierung einer revolutionären Veränderung unterworfen. Denn die in einem langen Entwicklungsprozess landwirtschaftlicher Bodennutzung entstandenen Eigentumsverhältnisse, Produktionsweisen und die Agrarstruktur wurden ab dem Sommer 1945 plötzlich und nachhaltig verändert. Für das industrielle Gesicht Brandenburgs lassen sich ähnliche Feststellungen treffen. Nachdem die sowjetischen Reparationsforderungen und Demontagen große Teile der Industrie, der Landwirtschaft und des Verkehrsnetzes der Brandenburger Wirtschaftskraft entzogen hatten, begann ein wirtschaftliches Aufbauprogramm, das eine ebenso tiefgreifende und nachhaltige Veränderung zur Folge hatte. Dies betraf sowohl die Ausrichtung der Produktion als auch die Transformation des Eigentums an Produktionsmitteln. Diese gravierenden Transformationsprozesse prägten die SBZ/DDR als nachnationalsozialistische Gesellschaft.³⁷⁴ Denn nachhaltige Veränderungen der Brandenburger Wirtschaft begannen nicht erst ab dem Mai 1945, sondern bereits in der Zeit des Nationalsozialismus. Eine ausgearbeitete Strategie zur planmäßigen Übertragung des sowjetischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems auf die sich in ihrem Machteinfluss befindenden Staaten und Gebiete lag bei Kriegsende ohnehin nicht vor. Konstitutiv für die Etablierung einer zentralen Planwirtschaft in der SBZ/DDR war die Ausbildung planwirtschaftlicher Strukturen auf der Landesebene in den Jahren 1945 bis 1947. Diese Wiederbelebung „föderaler Vielfalt“ stand aber im Interesse eines möglichst zügigen Aufbaus einer zentralen Verwaltung, um diese für die einheitliche Durchsetzung einer zentral bestimmten Politik instrumentalisieren zu können. Somit konnte das Prinzip der zentralen Planentfaltung vorerst auch nur auf der Länder- und Provinzebene beginnen. Hier beschriftet Brandenburg seinen eigenen Weg, der aus einer individuellen „Mischung von Sowjetisierungselementen und der weiteren Nutzung bestehender, wenn auch mitunter modifizierter deutscher Traditionen“³⁷⁵ bestand.

Zum Verständnis der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes dieser Zeit gehört auch die Einbeziehung der geografischen und wirtschaftsgeografischen Situation: Brandenburg, in der Mitte der SBZ/DDR gelegen, das geteilte Berlin umschließend, im Westen an die Bundesrepublik und im Osten an Polen angrenzend und von einem industriellen Nord-Süd-Gefälle gekennzeichnet, stellte eine Drehscheibe in der wirtschaftlichen Systemkonkurrenz dar. Die Region Berlin-Brandenburg war historisch einzigartig. In dem wirtschaftlichen Verflechtungsgebiet schlugen sich die Krisen des Kalten Krieges wie die Berlin-Blockade, die Währungsreform 1948, der Korea-Krieg und die doppelte Staatsgründung nieder. Noch bis mindestens Mitte der 1950er Jahre stellte Berlin-Brandenburg das größte Verbrauchergebiet Deutschlands mit zahlreichen wirtschaftlichen Handelsbeziehungen dar. Die Triebfeder der

374 Vgl. Enrico Heitzer u. a. (Hrsg.), *Nach Auschwitz: Schwieriges Erbe DDR. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der DDR-Zeitgeschichtsforschung*, Frankfurt am Main 2018. In ihrer Einleitung sprechen sich die Herausgeberinnen und Herausgeber für eine Hinwendung der „Geschichtswissenschaft zur Untersuchung der DDR als nachnationalsozialistischer Gesellschaft“ (S. 11) aus. Leider fehlen in diesem innovativen Sammelband aber Aufsätze, die auch wirtschaftliche bzw. wirtschaftshistorische Themen berühren. Um die Tragfähigkeit des vorgeschlagenen Paradigmenwechsels künftig einschätzen zu können, sollten auch ökonomische Fragestellungen berücksichtigt werden.

375 André Steiner, *Die DDR – eine Fußnote der deutschen Wirtschaftsgeschichte?*, in: ders. (Hrsg.), *Überholen ohne einzuholen. Die DDR-Wirtschaft als Fußnote der deutschen Geschichte?*, Berlin 2006, S. 7–10, hier S. 9.

Systemkonkurrenz dieser Region, nämlich der Magnetismus West-Berlins, setzte sowohl die ostdeutschen als auch die sowjetischen Entscheidungsträger unter enormen Druck und diktierte zahlreiche politische und wirtschaftliche Entscheidungen. Der Schwarzhandel, eine weitere Kontinuität aus der Zeit vor dem Kriegsende, blieb Bestandteil des Brandenburger und Berliner Alltags bis weit in die 1950er Jahre hinein.

Einen ersten Höhepunkt in der Transformation der Eigentumsordnung der ländlichen und gewerblichen Wirtschaft brachte der Fünfjahrplan. Über ihn konnte die SED-Führung über den von ihr beherrschten Staatsapparat neue externe Regeln umsetzen. Denn die landesgesteuerten volkseigenen Industrievereinigungen wurden vollständig aufgelöst, was zu einem Bedeutungsverlust der Landesebene in der allgemeinen Wirtschaftsverwaltung führte. Der indirekte Enteignungsdruck auf die verbliebenen privaten Betriebe erhöhte sich, zumeist auf dem Weg einer instrumentalisierten Steuerpolitik. Der Fünfjahrplan gab ehrgeizige Planziele vor, die teils nur unter Hinnahme materieller Nachteile vieler Beschäftigter, insbesondere auch in der Privatwirtschaft, hätten durchgesetzt werden können. Mit dem wachsenden Druck auf die Bauern ab dem Sommer 1952, sich genossenschaftlich zu organisieren, sowie mit der verstärkten Fluchtbewegung stiegen die Versorgungsschwierigkeiten. Die zahlreichen wirtschaftlichen Probleme und Versorgungsengpässe führten dann mit zum Volksaufstand vom 17. Juni 1953, der ganz Brandenburg erfasste. Eine Folge davon war, dass noch mehr Unternehmer und (Groß-)Bauern die DDR in Richtung Bundesrepublik verließen, um dort entweder neu zu beginnen oder Firmenzentralen neu zu gründen. Welche Bedeutung diese Prozesse dann in der zweiten Transformation 1989/90 für die Entwicklung des neuen Bundeslandes Brandenburg hatten, müssen weitere Forschungen klären. Neuere Untersuchungen stellen insgesamt langfristige Momente wie die Standorttradition als markante Faktoren zur Bewertung oder Wertzuweisung heraus.³⁷⁶ Unter diesem Blickwinkel etabliert sich gerade eine Forschungslandschaft, die durch die Nutzung einer breiten Quellengrundlage auf Basis der freigegebenen Treuhand-Überlieferungen wichtige Impulse erwarten lässt.³⁷⁷

376 Vgl. etwa Marcus Böick, „Tradition“ zwischen Ab-, Um- und Aufbruch. Über argumentative Traditionsbezüge beim postsozialistischen Wirtschaftsombau durch die Treuhandanstalt, in: Sven Steinberg/Michael Schäfer/Veronique Töpel (Hrsg.), *Wirtschaft und Erinnerung. Industrie und Handel zwischen Traditionalismus, Identitätsbildung und Musealisierung* (Beiträge zur Wirtschaftsgeschichte Sachsens, Bd. 11), Leipzig 2017, S. 157–178.

377 Hier sei auf das große Projekt „Im Laboratorium der Marktwirtschaft. Zur Geschichte der Treuhandanstalt 1989/90 bis 1994“ des Instituts für Zeitgeschichte verwiesen. Siehe: <https://www.ifz-muenchen.de/aktuelles/themen/geschichte-der-treuhandanstalt/> (abgerufen am: 8. November 2018). Unter regionalem Aspekt erforscht Wolf-Rüdiger Knoll hier „Akteursstrukturen und Privatisierungspraxis in der Transformation: Die Arbeit der Treuhandanstalt im Land Brandenburg 1990–1994“.